

DAS ARGUMENT 101

<u>Editorial</u> : Neuer Jahrgang im neuen Gewand	1
Grußadressen zum hundertsten Argument (I): Günther Anders, Ernest Borneman, Walter Jens, Leo Kofler, Alessandro Mazzone, Werner Mittenzwei, IMSF und viele Zeitschriften	3
Beiträge zur materialistischen Soziologie	
K. H. Tjaden Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte. Gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie	8
Johannes Berger Handlung und Struktur in der soziologischen Theorie	56
Fred Karl Aktionsforschung	67
Ursula Koch Bericht über Soziologie in der DDR	79
<u>Kongreßbericht</u> : 18. Deutscher Soziologentag	90
<u>Diskussion</u> : Horst Kurnitzky: Replik auf Borneman	93
<u>Aufruf</u> : BdWi-Kongreß über Abrüstung	95
<u>Diskussionsschwerpunkte</u> : Philosophie Ernst Blochs; Marxistische Wissenschaftstheorie; Sprachsoziologie; Methodenfragen in der Soziologie; Sozialdemokratie und Novemberrevolution; Ideologie der neuen Rechten; Sozialistische Ökonomie	96
<u>Zeitschriftenschau</u>	

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber:

Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Verlagsleitung und Anzeigen:

Dr. Christof Müller-Wirth, Postfach 21 0730, 7500 Karlsruhe 21,
Telefon 0721 / 55 59 55, Fernschreiber 7 825 909

Redaktion:

Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat:

Karl-Ernst Lohmann, Rolf Nemitz

Redaktionsanschrift: Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33.

Telefon 0 30 / 8 31 49 15

Besprechungen

Philosophie:

Helberger, Christof: Marxismus als Methode (W. F. Haug) 96

(Fortsetzung auf Seite VIII)



ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1977 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis des Doppelheftes 9,- DM; Schüler und Studenten 7,- DM (im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,- DM). – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin-Karlsruhe. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank, Filiale Karlsruhe 105114, Postscheckkonto Karlsruhe 136360-759. – Gesamtherstellung: C. F. Müller, Großdruckerei und Verlag GmbH, 75 Karlsruhe 21, Rheinstraße 122, Telefon 07 21 / 55 59 55.

1.–12. Tausend Februar 1977

Beilagenhinweis

Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte und das Jahresinhalts-Verzeichnis des Argument-Verlages sowie einen Prospekt vom VSA; Berlin.

Neuer Jahrgang in neuem Gewand

Der Umschlag sieht anders aus. Aber das ist nicht das Wichtigste. Die Finanzdecke wird kürzer. Zugleich nehmen wir uns mehr vor, weil die Möglichkeiten der Veröffentlichung für marxistische Wissenschaftler zurückgegangen sind und *Das Argument* z. T. einspringen sollte. Wo läßt sich Geld einsparen? Wir ökonomisieren hiermit bei den Posten Papier und Druck. Im vorliegenden Heft haben wir den Satzspiegel etwas breiter und höher gemacht. Zudem sind wir auf Fotosatz umgestiegen und haben eine raumsparende Schrifttype gewählt. Um die Einbuße an Lesbarkeit auszugleichen, haben wir bei den umfangreicheren Texten, also bei den Aufsätzen, den Zeilenabstand etwas vergrößert.

Ergebnis: Im Aufsatzteil bringen wir rund 13 % mehr Buchstaben pro Druckseite unter, im Rezensionsteil 25 % mehr. Durch Verringerung der Seitenzahl gleichen wir den größeren Teil dieses Textzuwachses pro Seite wieder aus. Bisher verpflichteten wir uns, pro Jahrgang 1056 Seiten zu liefern, zuzüglich rund 40 Seiten Zeitschriftenschau (im letzten Jahrgang lieferten wir übrigens 26 Seiten mehr). Im neuen Jahrgang verpflichten wir uns, 924 Seiten zuzüglich rund 40 Seiten Zeitschriftenschau zu liefern. Das sind 12 % weniger als bisher. Andererseits vergrößert sich die durchschnittliche Textmenge pro Seite um 18 %. Unterm Strich bleibt ein Zuwachs von rund 6 % mehr Text als bisher. (Das bedeutet allerdings auch 6 % mehr Satzkosten.)

Sollte die finanzielle Klemme im nächsten Jahr andauern, werden wir in den sauren Apfel beißen müssen, auch die Aufsätze in der Weise der Rezensionen zu setzen und den Textzuwachs pro Seite durch Verringerung der Seitenzahl auszugleichen. Auf jeden Fall verteidigen wir die Textmenge. Und erst recht die Textqualität.

Sollten die Maßnahmen nicht ausreichen, werden wir verstärkt an die Leser und Mitarbeiter appellieren müssen, uns durch Gewinnung neuer Abonnenten und durch andere Werbemaßnahmen (am wirksamsten ist die Organisation von Büchertischen an Unis) zu unterstützen. Schon jetzt danken wir über 50 Lesern und Autoren unentbehrliche Beiträge zur Lösung von Verbreitungsproblemen. Möglicherweise werden wir uns darüber hinaus gezwungen sehen, Förderabos oder einen Kreis von Förderern des *Argument* einzurichten. In den Anfangsjahren gab es das schon einmal.

Für 1971 nehmen wir uns viel vor. Im Editorial zu Heft 81/1973, haben wir die Gründe dargelegt, die uns bewogen haben, „die Reihe der *Argument*-Sonderbände als relativ selbständige Reihe auszubauen und die Themenbindung der regulären Zeitschriftenhefte auf Schwerpunkte zu reduzieren“. Wir versprochen uns davon eine Konzentration der Zeitschrift auf allgemein wichtige Themen, auf Diskussion und auf Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie. In den Sonderbänden sollte desto umfassender zu einzelnen Themenkomplexen gearbeitet

werden können. Wir definierten mithin die Zeitschrift als gemeinsames Diskussions-Forum und theoretisch-politisches Integrationsinstrument arbeitsteilig (z. T. auch politisch) voneinander entfernter Gruppen.

Das Konzept hat sich bewährt, obwohl wir es noch nicht konsequent genug durchgeführt haben. 1974 haben wir die drei ersten Bücher in der neuen Reihe Argument-Sonderbände herausgebracht, 1975 brachten wir 4 Titel und 1976 bereits 6 Titel. 1977 werden wir mindestens 8, wahrscheinlich 10 Titel bringen. Zum erstenmal sind wir in der Lage, den gesamten Jahrgangsplan von vornherein vorzustellen (siehe die Eigeninserate am Ende dieses Heftes). Wer ein Auswahl-Abonnement der AS-Reihe abschließt, das ihn auf die Abnahme von drei Bänden verpflichtet, kann nunmehr auch wirklich auswählen. Zugleich trägt er damit den Ausbau eines neuen Mediums kritischer Wissenschaft, das weder irgendeiner der Moden dient, noch Wegwerfprodukte sonstiger Art erzeugt, auch nicht indem es dem Fraktionsgezänk oder dem Konkurrenzkampf intellektueller Warenproduzenten zur Verfügung steht. *Wissenschaftliche Verbindlichkeit in der Perspektive eines umfassenden Linksbündnisses* – so orientieren wir unsere Redaktionspraxis.



Der Themenschwerpunkt dieses Hefts bedarf keiner Rechtfertigung in einem Organ gesellschaftswissenschaftlich fundierter Wissenschaft und Politik. Statt einer Vorstellung der einzelnen Beiträge und ihrer jeweiligen Fragestellung verweisen wir auf den Kongreßbericht über den Deutschen Soziologentag, der einen Einblick in die Problemlage in der Soziologie gibt.

Wie angekündigt bringen wir in diesem Heft eine Reihe von Grüßen zum hundersten *Argument*. Sie zeigen *Argument* im Geflecht demokratischer Öffentlichkeit; einige der Absender haben mit der freundlichen Würdigung die Formulierung von Aufgaben verbunden. Einige der Texte lesen sich geradezu als Beiträge zur aktuellen Sozialismus-Diskussion. Im nächsten Heft bringen wir einen zweiten Teil von Grußbotschaften, u. a. von Wolfgang Abendroth, Bund demokratischer Wissenschaftler, campus Verlag, Bruno Frei, Geschichtsdidaktik, Gewerkschaftliche Monatshefte, kürbiskern, Gerhard Lozek, Marxistische Blätter, Materiales, Helmut Ridder, Johano Strasser, Suhrkamp Verlag, Text + kritik, vorgänge, 3. Welt Magazin.

Grußadressen zum hundertsten Argument (I)

Günther Anders (Wien):

Ich habe die Geburt und das Sterben vieler Zeitschriften miterlebt. Aber keine Zeitschrift, der ich zur hundertsten Nummer hätte gratulieren können. Daß Ihr Euer Kind, obwohl Ihr ihm erlaubt, nein befiehlt, kein Blatt vor den Mund zu nehmen, und komplizierte, gewagte, ja trockene Texte von sich zu geben – daß Ihr dieses Euer Kind so lange habt großziehen können, das ist eine in der Geschichte der linken, parteilosen, philosophisch-politischen Zeitschriften einmalige Tatsache.

Zu dieser Tatsache gratuliere ich, und ich wünsche Eurem Kinde weiter ein langes und ungestörtes Leben; und schließlich vielleicht seine Überflüssigkeit.

Günther Anders

Blätter für deutsche und internationale Politik (Köln):

Das 100. Argumentheft – da denkt man unwillkürlich an die ersten Hefte zurück, die Ende der fünfziger Jahre als Flugblätter der Westberliner Studentengruppe gegen Atomrüstung erschienen und deren allererstes dazu aufrief, die Diskussion um die mit der Atombombe gegebene „neue Wirklichkeit“ nicht mehr verstummen zu lassen, „zuallererst an der Universität“. Alles, was die Zeitschrift „Das Argument“ heute ist, ist sie eigentlich – und was kann man Großartigeres von ihr sagen – nur dadurch geworden, daß sie ihren Ausgangspunkt, den Protest gegen die geplante Atomrüstung, und den Appell ihres ersten Heftes ernstgenommen hat. Denn mit dem öffentlichen Nachdenken über den atomaren Rüstungswahnsinn, dem die Bundesrepublik entgegentaumelte („Krönung der Restauration“, der „postume Triumph Hitlers“, Haug, Heft 17), ernstzumachen, das hieß damals zuallererst, blindwütigen Antikommunismus gegen sich aufzubringen, also mit ihm konfrontiert zu werden, also über ihn, also schließlich über die ideologische Gesamtverfassung einer Gesellschaft, in der er möglich ist, nachzudenken – im nächsten Schritt folglich über die Strukturen einer Gesellschaft, die ein solch pathologisches Gesellschaftsbewußtsein hervorhebt – und hierüber an den Universitäten die Diskussion nicht verstummen zu lassen (nein, richtig: sie zu eröffnen, um sie danach nicht mehr verstummen zu lassen), führte zwangsläufig (– aber was heißt zwangsläufig! Ähnliches angekündigt hatten damals viele, nur wer hat es auch getan?) dahin, immer mehr auch auf den einzelnen Wissenschaftsgebieten dem Frontenverlauf zwischen Reaktion und Fortschritt, Obskurantismus und Humanismus nachzuspüren und ihn ans Licht zu bringen, mit der Folge, daß das „Argument“ zu einer Zeitschrift wurde, die Themen formulierte, Fragen aufwarf und Diskussionen initiierte, die oft erst etliche Jahre später, mit dem Aufschwung der demokratischen Bewegung und speziell der Studentenbewegung, in größerem Umfang virulent und in ihrer politischen Aktualität erkannt wurden. Ein wissenschaftlich-theoretisches Pionier- oder Vorausdenk-Organ der demokratischen Bewegung, das die Diskussionen von morgen heute beginnt und dabei nicht das Risiko scheut, daß ihr Ausgang

dann vorerst auch disparat bleiben kann – in diesem Ruf steht das „Argument“ heute, und es hat ihn, wie seine 100 Hefte bezeugen, zu Recht. Wer aber könnte leugnen, daß die demokratische Bewegung zu ihrer Entwicklung, also ständigen fruchtbaren Beunruhigung durch Fragestellungen aus jeweils vordersten Frontbereichen der theoretisch-ideologischen Auseinandersetzungen, ein solches Organ gerade auch in Zukunft braucht? Wir wünschen Euch daher anläßlich des Erscheinens des 100. Heftes vor allem alles Gute für die – zunächst – nächsten 100 Hefte.

In solidarischer, herzlicher Verbundenheit
Karl D. Bredthauer, Paul Neuhöffer

Ernest Borneman (Salzburg):

Dreimal im Jahr, meist während der Universitätsferien, mache ich mich ans Bibliographieren. Das heißt: ich exzerpiere alle Zeitungen, Zeitschriften, Verlagskataloge und Bücher, die sich in vier Monaten aufgestapelt haben, um die Werke, die auf meinen Forschungsgebieten erschienen sind, systematisch zu erfassen. Bei dieser Gelegenheit habe ich auch die letzten Nummern des ARGUMENT durchgearbeitet und bin beim Vergleich mit den ersten Nummern auf die Tatsache gestoßen, daß sich das Profil des Periodikums viel mehr verändert hat, als ich anfangs wahrgenommen hatte. Wer erinnert sich zum Beispiel daran, daß DAS ARGUMENT früher viel mehr auf Ästhetik und Literatur ausgerichtet war als heute (man denke an die Nummern 26 und 28)? Oder daß die Ränder extra breit gehalten waren, um die Illusion größeren Inhalts bei gleicher Seitenzahl zu geben? Oder daß die Heftchen weniger als ein Viertel des gegenwärtigen Inhalts enthielten? In seiner heutigen Form scheint mir DAS ARGUMENT eine wertvolle, eine unersetzliche Zeitschrift zu sein. Erstens, weil sie sich mit den Themen befaßt, die mich berühren. Zweitens, weil sie das mit Sorgfalt tut. Drittens, weil sie akademischen und marxistischen Jargon zu vermeiden sucht, wo das möglich ist. Viertens, weil sie jene abstrusen stilistischen Spielereien vermeidet, die das Lesen so mancher anderen linken Zeitschrift schwer machen. Und schließlich, weil sie jene elitäre Arroganz verabscheut, die das Lesen mindestens einer anderen linken Zeitschrift unmöglich macht. Schlecht finde ich, daß die Postverbindung nach wie vor relativ abstrakt bleibt, so daß man nie vorher weiß, wer in der Redaktion den eigenen Beitrag bearbeitet und wen man für Unterlassungssünden (zu spät oder an die falsche Adresse gesandte Korrekturfahnen) verantwortlich machen soll. Schlecht finde ich auch, daß es so lange dauert, bis man bezahlt wird oder auch nur eine Abrechnung erhält. Das klappt bei der bürgerlichen Presse besser und sollte auch bei einem sozialistischen Kollektiv möglich sein. Gut finde ich es, daß Kommunisten und Sozialisten schreiben, wie ihnen der Schnabel gewachsen und poliert worden ist: ohne redaktionelle Verschlimmbesserung. Ich kenne eine sozialistische Zeitschrift in Wien, die ihre freien Mitarbeiter zur schieren Raserei bringt, indem sie jeden Beitrag umschreibt oder mit Titeln und Zwischentiteln versieht, die sehr deutlich machen, was die Redaktion sagen will, und völlig verfälschen, ja geradezu auf den Kopf stellen, was der Mitarbeiter selber sagen will. Marx sei dank, daß das bei dem ARGUMENT nicht geschieht. Mögen der Zeitschrift, ihrer Redaktion und ihren Mitarbeitern mindestens die zweiten hundert Nummern gelingen!

Critica marxista (Rom):

In Jahren, in denen eine ganze Reihe neuer Probleme in der kapitalistischen Welt aufgetaucht sind, mußten und müssen sich die intellektuellen Kräfte, die sich am Marxismus orientieren, einer großen gedanklichen Anstrengung der Erweiterung der Erkenntnis unterziehen, um die Arbeiterbewegung mit den begrifflichen Werkzeugen auszustatten, die dieser neuen Realität mit dem Ziel ihrer Veränderung entsprechen. Dabei hat *das Argument* einen wirkungsvollen Beitrag geleistet und neue und alte Themen aufgegriffen, im Geist einer freien Diskussion und einer kulturellen Erneuerung („rinovamento culturale“), der heute, nicht nur in Deutschland, wesentlich für die Demokratisierung der gesamten Kultur ist. Allein die freie Diskussion über die wirklichen Probleme der Gesellschaft und die fortwährende kritische Aufmerksamkeit gegenüber den Entwicklungen der zeitgenössischen Wissenschaften können tatsächlich erreichen, daß die Intellektuellen sich einer wahrhaftig den Interessen der Volksmassen verbundenen Kultur öffnen und die Volksmassen selbst aus jeder Form falschen Bewußtseins herausbewegen können („spingere fuori“). *Das Argument* wirkt in dieser Richtung von Fortschritt und Demokratie. Hierin liegt wahrscheinlich der Hauptgrund seines Erfolges, und wenn es in seinem Bemühen, einem solchen tiefen Bedürfnis nach demokratischer Kultur, wie es vor allem unter den Jugendlichen gegenwärtig ist, zu entsprechen, weiter fortfährt, wird sich nach unserer Überzeugung der Erfolg auch künftig einstellen. Dieses, unabhängig von den immer möglichen Meinungsunterschieden in dieser oder jener Auffassung, wünschen wir dem *Argument* sehr herzlich. Die Redaktion der *Critica marxista*

Alessandro Mazzone (Rom):

Durch eine 18jährige Entwicklung ist es, wie mir scheint, dem *Argument* gelungen, nicht im billigen Sinne des Hinter-dem-gegebenen-herlaufens „aktuell“ zu sein, sondern durch Gebrauch der Theorie im geschichtlichen Horizont, in der wechselvollen, stetigen Arbeit einer Analyse der Phänome, welche fähig wird, auch sich selbst zu reflektieren. So haben sich der einst vorwiegenden „kritischen“ Thematik nach und nach eine mehr „klassische“ zugesellt (Ästhetik, Geschichte der Arbeiterbewegung), die Diskussion überkommener Bewußtseinsformen (bürgerlicher Geschichtsschreibung, Sozialwissenschaften), die Ausleuchtung „jüngerer“ Gebiete der gesellschaftlichen Bewußtheit (kritische Medizin, Psychologie), und zugleich die Debatten über das theoretische Instrumentarium des wiedererstandenen westdeutschen Marxismus – von Fragen der Dialektik bis zur laufenden Sozialismus-Diskussion. Meine Ansicht ist ganz einfach diese: wer weiß, daß kein Sozialismus in Westeuropa denkbar ist ohne ernsthafte (auch) theoretische Bewältigung des geschichtlichen Kräftespiels, und daß diese nicht durch noch so kluge politische Gedankenblitze zu erlangen ist, sondern die Einheit vom „Sinn der Abgrenzung“ und „ununterbrochener Forschung“ voraussetzt (wie Gramsci es einmal formulierte), der wünscht auch, daß *Das Argument* seine Arbeit weiter fortsetzt und vertieft, über die Repressionsversuche hinaus, welchen die deutsche Linke noch einmal ausgesetzt ist.

Institut für marxistische Studien und Forschungen (Frankfurt/Main):

Das Argument hat seit seinem Erscheinen einen wertvollen Beitrag zur Verbreitung der marxistischen Theorie und zur wissenschaftlichen Diskussion zahl-

reicher Probleme geleistet. Es hat viel dazu getan, junge Intellektuelle mit der Geschichte und den gegenwärtigen Problemen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik bekanntzumachen. Wir wünschen ihm weitere fruchtbare Arbeit und Erfolge in der Gewinnung neuer Leser. Die Mitarbeiter des IMSF

International Journal of Health Services (Baltimore):

My warmest congratulations for the 100th number of *Das Argument*. This journal is serving a most needed function in the stifling intellectual environment prevalent in the Western world. *Das Argument* provides an alternative vision and a critical outlook much needed in world scholarship. Again, my warmest congratulations for your excellent work.

Sincerely yours
Vicente Navarro
Editor-in-Chief

Walter Jens (Tübingen):

Hundert Bände „Argument“: Wer sie durchblättert, stellt nicht ohne Betroffenheit fest, einen wie großen Teil seines Wissens, seines Reflexions-Reservoirs und seiner Standpunkt-Begründung er den Essays dieser Reihe verdankt – wie oft er, zur Absicherung und kritischen Ergänzung seiner Überlegungen, zum Ansporn und zum Sich-Provozieren-Lassen auf Studien zurückgreift, die für ihn längst die Bedeutung von klassischen Traktaten gewonnen haben – und das in einem Ausmaß, daß der Leser – ein Kompliment für die Argument-Autoren! – immer wieder in Gefahr gerät, für einen Augenblick zu vergessen, wie sehr er, scheinbar Niemandsland erobernd, sich in Wahrheit auf Feldern bewegt, die im „Argument“ schon längst bestellt worden sind. Wieviel wurde hier, der Zeit voraus, zum ersten Mal vor-bedacht; wie vieles hat, über Moden hinweg, Gültigkeit gewonnen. Man braucht nur „Tjaden-Steinhauer“ zu sagen, „Heydorn-Koneffke“, „Margherita von Brentano“ . . . und die Diskussionen über die Klassenlage, hier und jetzt, über die emanzipatorische Verfremdungskraft des Neuhumanismus oder den Pluralismus der Wissenschaft gewinnen unverzüglich Kontur: „Argument Nr. X – ja, das ist ein Fixpunkt, von dem wir ausgehen können.“

Nicht, daß es an Kritik fehlte – o, nein! Die Rezensionen haben, zumal für Adepten, die ihrer Sache noch nicht so gewiß sind, gelegentlich etwas Einschüchternd-Zermalmendes; die Gefahr der Glasperlenspielerei – zum hundertsten Mal, und immer die gleichen Zitate, das Problem der Widerspiegelung! – liegt auf der Hand; scholastische Disputationen lassen den „Wärmestrom“ im Sinne Blochs: das „Voraus“ des Sozialismus bisweilen vergessen; die operationes spirituales, ausgetragen zwischen den roten und den von ihnen Widersachern als nicht ganz so rot betrachteten Nachfahren der Herren Settembrini und Naphta muten hier und da wie Retraktionen mittelalterlicher Theologen-Zwistigkeiten an – aber das alles ändert nichts an der Tatsache, daß es heute keine Zeitschrift gibt, in der auf einem vergleichbaren Reflexions-Niveau diskutiert werden kann.

Mein Wunsch für die nächsten hundert Nummern: Ein weiter Blick (im Haus der Linken gibt es viele Wohnungen: Die alten Radikaldemokraten, Ostermarschierer und christliche Sozialisten, die bei der Stange geblieben sind, während so mancher revolutionäre Aktionist ins Lager des regierenden Establishments hinübergewechselt ist, sollten, mit dem Blick auf die Anfänge des „Arguments“, wieder mehr zu Wort kommen), Sinn für geschichtliche Kontinuitäten (der rote

Vorschein in der bürgerlichen Revolution), Entschiedenheit, gepaart mit Toleranz (über dem Kontrahenten im eigenen Lager den gemeinsamen Feind nicht vergessen!), Lessings Witz und Brecht'sche Freundlichkeit.

In multos annos, amici – an Themen, wahrlich, mangelt es nicht („Das Bürgerliche Gesetzbuch: Entstehungsgeschichte, Ideologie und Wirksamkeit – wann treten die Juristen auf den Plan?). Im Arsenal der Leser, die sich wappnen müssen, ist noch Platz. Wir brauchen die Berliner Enzyklopädie.

Herzlichst:
Walter Jens

Leo Kofler (Köln):

Aus Anlaß des Erscheinens der 100. Auflage des „Argument“ fühle ich mich zutiefst beglückt, mich zu den regelmäßigen Lesern dieses großartigen Organs marxistischer Theorie und Meinungsbildung zählen zu können. Leo Kofler

Lendemains. Zeitschrift für Frankreichforschung und Französischstudium (Westberlin):

Herzlichen Glückwunsch zum Hundertsten! Tut alles, damit die nächsten Hundert kräftig dazu beitragen, daß die LENDEMAINS auch wirklich singen!

Marksizam u svetu (Belgrad):

On the occasion of the publication of the one hundredth issue of the journal "Das Argument" I am addressing our most cordial congratulations on behalf of the editorial office of our journal.

Our magazine "Marksizam u svetu" (Marxism in the World) features serbo-croatian translations of articles appearing in a large number of Marxist-oriented publications all over the world.

In this respect, your journal was invaluable as by translating many articles taken from it, we were able to acquaint Yugoslav readers with the most noteworthy research and discussions in Marxian circles in the Federal German Republic.

This gives us all the more reason to wish you every success in furthering and disseminating Marxist thought in your own environment and to underline once again our desire further to promote our cooperation.

With comradely greetings,

Miloš Nikolić
Editor-in-Chief

Werner Mittenzwei (Berlin/DDR):

Dem Argument Geltung im Sinne eines eingreifenden Denkens zu verschaffen, so habe ich ARGUMENT immer gelesen. Ich gratuliere zum hundertsten Heft. Werner Mittenzwei

psychologie heute (Weinheim):

glueckwunsch zu 100 schlagenden argumenten
redaktion psychologie heute

K. H. Tjaden

Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte

Überlegungen zu einer gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie

1. Formationsbegriff und gesellschaftswissenschaftliche Entwicklungstheorie

Die historisch-materialistische Theorie zielt auf ein Verständnis menschlicher Vergesellschaftung, das es ermöglicht, die konkrete Geschichte vergangener und gegenwärtiger Gesellschaften zu begreifen und, was die gegenwärtige Gesellschaftsgeschichte angeht, in sie einzugreifen. Trotz dieser Zielsetzung sind die Versuche der marxistischen Theorie, die geschichtliche Entwicklung von Gesellschaften und die geschichtliche Entfaltung menschlicher Vergesellschaftung überhaupt darzustellen und nachzuvollziehen, vielfach noch unsicher und unzureichend. Es sei nur daran erinnert, daß bereits das methodologische Problem, wie die historische und die systematische Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse sich zueinander verhalten, immer noch Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen zwischen marxistischen Theoretikern ist. Und man muss sich auch gegenwärtigen, daß der Anspruch des Historischen Materialismus, die geschichtliche Bewegung menschlicher Vergesellschaftung als gesetzmäßige zu begreifen, bislang allenfalls für einen kleinen Ausschnitt der Weltgeschichte voll eingelöst ist. Das sind nur zwei Beispiele für theoretische Defizite, die darauf hinweisen, daß der Fragenbereich der Entwicklung menschlicher Vergesellschaftung stärkerer Aufmerksamkeit seitens der historisch-materialistischen Theorie bedarf. Verstärkung der entwicklungstheoretischen Bemühungen ist jedoch auch aus einem anderen Grunde erforderlich. Nach jahrzehntelanger Zurückhaltung auf diesem Gebiet haben sich die bürgerlichen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, durch die Einengung des äußeren Spielraums und der inneren Entwicklungsmöglichkeiten kapitalistischer Gesellschaften im zweiten und dritten Viertel unseres Jahrhunderts angeregt, vor allem in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg wieder stärker mit dynamischen Problemen der Wirtschafts- und Gesellschaftsanalyse befaßt und hierzu im Rahmen bürgerlichen Denkens teilweise beachtliche theoretische Modelle vorgelegt. Was das Bemühen angeht, die bürgerliche, von ihnen freilich nicht als solche begriffene Gesellschaft als ein sich entwickelndes Gebilde wie als Ergebnis weltgeschichtlicher Entwicklungsvorgänge zu verstehen, sind einige bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler durchaus jenen Marxisten überlegen, deren Theorie zur statischen Reflexion des kapitalistischen Systems als einer quasi autochthonen Struktur verkümmert ist. Die evolutionstheoretischen und dynamisch-systemtheoretischen Probleme haben jedenfalls in der Diskussion der gesellschaftswissenschaftlichen Paradigmen und Strategien ein so starkes Gewicht erhalten, daß die Ausarbeitung des entwicklungs-

theoretischen Gehalts der historisch-materialistischen Gesellschaftstheorie nunmehr besonders wichtig ist.

Der Grundbegriff „ökonomische Gesellschaftsformation“, mittels dessen der Gegenstandsbereich der historisch-materialistischen Gesellschaftswissenschaft bestimmt wird, enthält bereits die Aufforderung, die gesellschaftliche Wirklichkeit als ein Werdendes, nämlich als ökonomische Formation von Gesellschaft zu begreifen. Er bezeichnet geschichtlich bestimmte Systeme gesellschaftlicher Produktion, deren Wesen die kollektiv-praktische Bewältigung des materiellen Austauschs zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur ist, mitsamt ihren eigentümlichen Mitteln der Selbstregelung dieser Tätigkeit¹. Ökonomische Gesellschaftsformationen sind nicht mit historisch-geografisch vorfindlichen Gesellschaften – z. B. der Gesellschaft in der BRD, der Gesellschaft im alten Rom – zu verwechseln, die wir mit dem Begriff „konkretes gesellschaftliches System“ bezeichnen. Diese historisch-geografisch gegebenen konkreten Systeme, in denen die Menschen in einem bestimmten Raum und in einer bestimmten Zeit kollektiv-praktisch sich mit ihrer Naturumwelt auseinandersetzen und sich am Leben erhalten, sind Grundlage und Vorlage, nicht aber der Inhalt der *gesellschaftstheoretischen* Erkenntnis. Diese besteht vielmehr in der gedanklichen Erfassung des Allgemeinen, das der Vielfalt anschaulicher Einzelheiten in der geschichtlichen Wirklichkeit innewohnt², nämlich in der gedanklichen Nachbildung der sich entwickelnden Verfassung und Gestalt der verschiedenen konkreten gesellschaftlichen Systeme als die sich entwickelnde Verfassung und Gestalt einer ganz bestimmten Gesellschaftsformation.

Das Allgemeine, das mit dem Begriff einer ökonomischen Gesellschaftsformation – das gesellschaftswissenschaftliche Theorieobjekt – an den verschiedenen konkreten gesellschaftlichen Systemen – den gesellschaftswissenschaftlichen Realobjekten – herausgearbeitet wird, ist ihr Allgemeines nicht nur im räumlichen,

1 Vgl. zum Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation im einzelnen unten, Abschnitt 2.2 – Es soll an dieser Stelle schon deutlich gemacht werden, daß die hier vorgetragene Ausdeutung des Begriffs der ökonomischen Gesellschaftsformation diese vor allem als ein geschichtlich und materiell bestimmtes gesellschaftliches System versteht, das selbst einen *Vermittlungszusammenhang* zweier *Umweltbedingungen* darstellt, die als menschliche Natur einerseits und außermenschliche Natur andererseits begriffen werden. Diese historisch-materialistische Konkretisierung des Begriffs des gesellschaftlichen Systems als ein Zusammenhang, der zwischen den beiden genannten Naturmomenten vermittelt, unterscheidet sich grundsätzlich von der häufig vertretenen Auffassung, die „Gesellschaft“ und „Natur“ als die beiden Momente eines Vermittlungszusammenhangs betrachtet (so grundsätzlich, wenn auch mit bestimmten Einschränkungen, beispielsweise A. Schmidt, Der Begriff der Natur in die Lehre von Marx. Frankfurt/M.1962) und die in der platten Gegenüberstellung von „System“ und „Umwelt“ in bürgerlichen System- und Evolutionstheorien wiederkehrt. Erste Formulierungen des hier vorgetragenen alternativen Ansatzes habe ich versucht in meinen Beiträgen: Zur historisch-materialistischen Entwicklungstheorie. In: Zwischenbilanz der Soziologie. Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentags. Stuttgart 1976. S. 70–77 und: Krisenreflexion und Krisentheorie. Sozialwissenschaftliche Paradigmen im Spätkapitalismus. In: Die Krise in der Soziologie. Hrg. v. H. J. Krysmanski und P. Marwedel. Köln 1975. S. 73–96.

2 Vgl. V. M. Bader, J. Berger (u.a.), Krise und Kapitalismus bei Marx. 2 Bde. Köln 1975. Bd. 1. S. 38 ff.

sondern auch im zeitlichen Vergleich. Es ist dasjenige, was den verschiedenen konkreten Systemen eines Typs – etwa: allen kapitalistischen Gesellschaften – in Verfassung und Gestalt gemeinsam ist und zudem in der Entwicklung dieser Gesellschaften sich entfaltet. Diese entwicklungstheoretische Implikation des Formationskonzepts und ihre methodologischen Konsequenzen können hier nur angedeutet werden. Der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation enthält jedenfalls bereits allgemeine Aussagen auch über die Entwicklung derjenigen konkreten Systeme, die dieser Form entsprechen; nämlich, daß bestimmte Grundverhältnisse sich in ihnen im Zeitverlauf durchhalten. Und er erfordert zudem die allgemeine Bestimmung derjenigen Entwicklungsschritte, welche sich mit der Entfaltung der Verfassung und Gestalt der konkreten Systeme derselben Formation verwirklichen – und zwar von *Entwicklungsschritten*, weil eine jede Entwicklung die Verneinung vorangegangener Zustände einschließt. Geht man so davon aus, daß die theoretische Ausarbeitung des Begriffs der Gesellschaftsformation für eine bestimmte Gesellschaftsform (z. B. Kapitalismus, Feudalismus) Aussagen über die andauernde Verfassung und Gestalt wie über die schrittweise Entfaltung aller Verhältnisse der Gesellschaftsformation enthält, dann ist die methodologische Diskussion über das Verhältnis von „logischer“ und „historischer“ Analyse in der marxistischen Theorie³ zu großen Teilen gegenstandslos geworden. Dies insoweit, als die Kontroversen auf der Verwechslung von empirisch-historischer und kategorial-evolutionärer Analyse beruhen, die ihrerseits zurückgeht auf die Verwechslung der Realobjekte von Gesellschaftswissenschaft – der historisch-geografisch gegebenen Gesellschaften – mit dem Theorieobjekt „ökonomische Gesellschaftsformation X“, das als ebenso systematisch wie evolutiv organisiert begriffen werden muß⁴.

Geht man von dieser Auffassung aus, daß die sogenannte logische und die sogenannte historische Analyse zwei Momente der Entfaltung des Begriffs der ökonomischen Gesellschaftsformation für eine bestimmte Gesellschaftsform sind, dann begreift man die Theorie einer bestimmten Formation als Erkenntnis der Struktur wie des Prozesses der entsprechenden Produktionsweise als der Basis dieser Gesellschaftsformation. Ungeachtet aller wechselseitigen Bezüge ist eine solche Theorie von der Beschreibung und Deutung der Zustände und der Geschichte konkreter („empirischer“) gesellschaftlicher Systeme grundsätzlich zu unterscheiden. J. Zelený hat eine so begriffene Theorie der ökonomischen Gesellschaftsformation zutreffend als „einheitliche strukturell-genetische Analyse“ bezeichnet⁵, und P. Bollhagen hat auf dieser Grundlage eine Theorie gesell-

3 Vgl. beispielsweise: O. Morf, *Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie*. Frankfurt/M., Wien 1970. S. 146 ff.; M. M. Rosental, *Die dialektische Methode der politischen Ökonomie von Karl Marx*. Berlin 1973. S. 459 ff.; A. Schmidt, *Geschichte und Struktur*. München 1971. S. 126 ff.; J. Bischoff, *Gesellschaftliche Arbeit als Systembegriff*. Berlin 1973. S. 108 ff.

4 In diese Richtung geht auch die Argumentation von H. Holzkamp, *Die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Verknüpfung durch J. Bischoff*. In: *Das Argument* 16, 1974. Nr. 84. S. 1–75.

5 J. Zelený, *Die Wissenschaftslogik und „Das Kapital“*. Frankfurt/M., Wien 1973. S. 21.

schaftlicher Gesetze entworfen, in deren Mittelpunkt der Begriff des strukturell-genetischen Gesetzes steht, der auf das Allgemein-Regelmäßige in der Entwicklung der Gesellschaften zielt, die einer Gesellschaftsformation zugehören⁶. Die theoretische Reflexion der strukturell-genetischen Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der verschiedenen Gesellschaftsformationen wurde durch die Kapitalismusanalyse von Marx eingeleitet, als sie den Widerstreit der Tendenz zu „absoluter Entwicklung der Produktivkräfte“ und der Tendenz zum „stets beschleunigten Anwachs[en]“ des Kapitalwerts explizierte und im „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ formulierte⁷. Dieser gedankliche Nachvollzug der eigentlichen Gesetzmäßigkeit der Entwicklung einer jeden Gesellschaftsformation ist die Hauptaufgabe der gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie.

Es dürfte schon deutlich sein, daß die Bewältigung dieser Aufgabe nicht nur eine Vielzahl materialer Analysen der Zustände und Entwicklungen vieler verschiedenartiger Gesellschaften erfordert, sondern auch eine weitere methodische Reflexion der Kategorie Gesellschaftsformation, die ihrerseits wieder auf bestimmte materiale Analysen angewiesen ist. Einer solchen entwicklungstheoretisch gerichteten Reflexion des Formationsbegriffs gelten die nun folgenden Überlegungen, welche *Vorfragen* der weiteren entwicklungstheoretischen Formationsanalyse betreffen. Sie beziehen sich auf das Verhältnis von Gesellschaftsentwicklung und Naturevolution (Teil 2) sowie auf das Verhältnis von Formationsentwicklung und Weltgeschichte (Teil 3) und wollen folgendes deutlich machen. Erstens: wenn wir ökonomische Gesellschaftsformationen als Formen der gesellschaftlichen Bewältigung des materiellen Austausches zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur bestimmen, dann sind die Formen menschlicher Vergesellschaftung in bestimmten Naturverhältnissen begründet, in ihnen vermittelt und auf sie bezogen, so daß die Entwicklung menschlicher Vergesellschaftung überhaupt und die Entwicklung ihrer einzelnen Formationen mit Rücksicht auf gesellschaftsbedeutsame Naturverhältnisse begriffen werden müssen. Zweitens: Wenn die Theorie einer bestimmten ökonomischen Gesellschaftsformation das Allgemein-Regelmäßige in der Anschauungsvielfalt vieler konkreter Gesellschaften ausdrückt, dann gehört zu dieser Stiftung einer begrifflichen Einheit des Mannigfaltigen der Begriff einer Entwicklungsfolge von Gesellschaftsformationen, welche die Erscheinungsvielfalt der Menschheitsgeschichte formationstheoretisch begreifbar macht, ohne diese Vielfalt zu beschneiden. Die Diskussion beider Probleme – des Verhältnisses ökonomischer Gesellschaftsformationen zur Naturevolution und des Verhältnisses ökonomischer Gesellschafts-

6 P. Bollhagen, *Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft*. Berlin 1967. Vgl. besonders S. 123 ff. – Die Idee, das „System“ gesellschaftlicher Gesetze durch den Typus genetisch-struktureller Gesetze abzuschließen, welche den weltgeschichtlichen Zusammenhang der konkreten gesellschaftlichen Systeme ausdrücken sollen, erscheint mir aus Gründen, die in Teil 3 dieser Abhandlung deutlich werden sollen, als verfehlt.

7 Vgl. K. Marx, *Das Kapital*. Bd. 3. MEW 25. S. 221 ff., bes. S. 259.– Vgl. zur Charakterisierung des „Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate“ als „Entwicklungsgesetz“ der kapitalistisch strukturierten Gesellschaft: L. Althusser, E. Balibar, *Das Kapital lesen*, Bd. 2. Reinbek 1972. S. 381 ff.

formationen zur Weltgeschichte – erfolgt notwendigerweise auf einer begrifflichen Ebene, die über der Ebene der Erörterung der Gesetzmäßigkeit spezifischer Formationsentwicklungen liegt. Es handelt sich um Aussagen über die Entwicklung von Gesellschaftsformationen schlechthin, über das Verhältnis ökonomischer Gesellschaftsformationen zu den naturgegebenen Vor- und Randbedingungen menschlicher Vergesellschaftung sowie über die Abfolge und den Wechsel ökonomischer Gesellschaftsformationen in der Entfaltung menschlicher Vergesellschaftung überhaupt. Eine solche abstrahierende Reflexion soll *nicht* in der Absicht unternommen werden, eine der Formationsanalyse vorauszusetzende allgemeine Theorie menschheitsgeschichtlicher Evolution zu konstruieren: die Geschichte menschlicher Vergesellschaftung ist immer nur die Geschichte der formationsvermittelten Auseinandersetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur, die sich in stufenweise steigender Vergesellschaftung konkretisiert. Vielmehr dient die abstrahierende Reflexion der genannten Probleme eben der Klärung von Vorfragen zu einer Theorie, die die eigentümlichen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung einer jeden der verschiedenen Gesellschaftsformationen begreifen und beschreiben muß.

Die Erörterung dieser Vorfragen der gesellschaftswissenschaftlichen Entwicklungstheorie wäre freilich in höherem Maße, als dies hier geschehen kann, in eine Auseinandersetzung mit den nicht-marxistischen Ansätzen zur Theorie gesellschaftlicher Entwicklung einzubinden; auch werden die folgenden Überlegungen vielfach nur dazu führen können, die zu diskutierenden Probleme genauer zu umreißen, als dazu, sie zu lösen; und schließlich sind manche der zu behandelnden Fragen Gegenstand einer marxistischen Diskussion in Westeuropa und in sozialistischen Ländern, die nicht vollständig verfolgt und nur teilweise verarbeitet werden konnte. Trotz dieser Einschränkungen könnte die Funktion der folgenden Ausführungen darin bestehen, bestimmte Defizite ausgleichen zu helfen, die die „nachholende Entwicklung“ der marxistischen Diskussion hierzulande noch auszeichnen.

2. Gesellschaftsentwicklung in ihrem Verhältnis zur Naturevolution

Gesellschaftliche Entwicklung in ihrem Verhältnis zur außergesellschaftlichen Welt zu begreifen ist Aufgabe einer jeden Theorie, welche die gesellschaftliche Wirklichkeit als systematischen Gesamtzusammenhang beschreiben will. Seit die frühbürgerliche Sozial- und Geschichtsphilosophie die gesellschaftliche Wirklichkeit einerseits als Erzeugnis menschlicher Tätigkeit und andererseits als Ausdruck natürlicher Gesetze begriff, bleibt die Gesellschaftstheorie vor die Aufgabe gestellt, die geschichtliche Eigenart und die naturhafte Grundlegung menschlicher Vergesellschaftung in einer Theorie des eigentümlichen Verhältnisses von Naturevolution und der Entwicklung von Gesellschaft zu klären. Der klassische gesellschaftswissenschaftliche Positivismus, der sich ausdrücklich als Gesamtkonzeption des Prozesses von Natur und Gesellschaft verstand, hat im wesentlichen zwei Entwürfe zur Lösung dieses Problems vorgelegt. A. Comte begriff

Gesellschaftslehre ausdrücklich als einen „ergänzenden Zweig der Naturphilosophie“¹, der sich mit der gesellschaftlichen Fortsetzung der Evolution der Natur befaßt und deren Naturgesetze begreifen soll. Menschliche Vergesellschaftung gründet hiernach gleichwohl auf einer Abstimmung der Individuen, die durch familiäre und vor allem gesellschaftliche Arbeitsteilung voneinander getrennt sind, vermittelt eines Satzes gemeinsamer Grundansichten. Die Entwicklung menschlicher Gesellschaft hebt sich hiernach von der regellosen Entfaltung der höchsten Tiergattungen vor allem dadurch ab, daß sie als Entwicklung eines Ordnung schaffenden menschlichen Geistes zu verstehen sei². Demgegenüber begreift die Theorie von H. Spencer Gesellschaft weit nachdrücklicher als einen „Teil der Natur“³, deren Evolution, als ein durchgängiger und allumfassender Differenzierungs- und Integrationsprozeß, die Geschichte menschlicher Vergesellschaftung enthält. Gesellschaftliches Geschehen ist hiernach vollkommen auf menschliche und außermenschliche Naturkräfte und die Kombination beider zurückzuführen, wobei die Kräfte der arbeitsteilig voneinander geschiedenen gesellschaftlichen Einheiten vor allem durch Anpassung an die Bedingungen der umgebenden Natur in ein – bewegliches – Gleichgewicht kommen⁴. Die Entwicklung menschlicher Gesellschaft stellt sich als ein besonders vollkommener Ausdruck der universellen Evolution der Natur dar. Die klassischen Evolutionsmodelle stellen damit entweder auf eine Hypostasierung der kulturellen Organisation oder des natürlichen Substrats der vergesellschafteten Aktivitäten als Hauptbedingung ihrer Entwicklung ab, ohne das System gesellschaftlicher Praxis insgesamt als Ausdruck und Mittel von Evolution zu begreifen. Die Kritik, welche in der weiteren Entwicklung der bürgerlichen Sozialwissenschaften an diesen Modellen geübt wurde, richtete sich allerdings weniger gegen diese Einseitigkeiten als vielmehr gegen den Einbezug von Gesellschaftslehre in die Evolutionstheorie überhaupt und letztlich gegen die Reflexion der Naturreferenz sozialer Aktivität. Sie mündet ein in vielfältige Versuche, den Gegenstand von Soziologie auf zwischenmenschliche Beziehungen schlechthin zu reduzieren⁵. Die Ansätze zu Theorien des sozialen Wandels, welche sich im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts um eine soziologische Rekonstruktion gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse bemühen, beziehen das praktische Verhältnis vergesellschafteter Menschen zur Natur daher allenfalls als Sachverhalt⁶, nicht aber als die Grundlage sozialer Wirklichkeit in ihre Aussagen ein. Erst die vor allem nach dem zweiten Weltkrieg unternommenen Versuche, gesamtgesellschaftliche Verhältnisse als problematisches System sozialer Aktivität zu begreifen, nehmen die Frage nach dem Verhältnis der gesellschaftlichen Entwicklung zur außergesellschaftlichen Welt systematisch wieder auf. Die Theorie von T. Parsons, welche die Beziehun-

1 Vgl. A. Comte, *Soziologie*, 3 Bde. Jena 1923. Bd. 1, S. 2.

2 Vgl. ebd., S. 470 ff.

3 Vgl. H. Spencer, *Social Statics*. London 1868. S. 80.

4 Vgl. H. Spencer, *Grundlagen der Philosophie*. Stuttgart 1875. S. 516 ff.

5 Vgl. im einzelnen: K. H. Tjaden, *Soziales System und sozialer Wandel*. Stuttgart 1972. S. 21–35, 64 ff.

6 Dies gilt selbst noch für die grundlagentheoretisch weitreichende Arbeit von G. E. Lenski, *Power and privilege*. New York 1966.

gen gesellschaftlicher Einheiten zueinander als prinzipiell instabile, aber ökonomisch rationalisierte und kulturell normierte Interaktionen begreifen möchte, kommt nicht umhin, in ihren Grundannahmen auf äußere Bedingungen menschlichen Handelns und Verhaltens Rücksicht zu nehmen. Als Umwelten der Systeme menschlicher Aktivität überhaupt werden die außermenschliche Natur sowie eine sinnstiftende Realität postuliert, welche menschliche Aktivität bedingen bzw. steuern sollen⁷. In der Anthropogenese bringt die Evolution der Natur, Parsons zufolge, die organischen Bedingungen – in erster Linie die Verfügbarkeit der Hände und die Vergrößerung des Gehirns – hervor, welche es den menschlichen Lebewesen gestatten, in jenen Umwelten und im gesellschaftlichen Verband zu existieren⁸. Diese Bedingungen menschlich-gesellschaftlicher Existenz werden als allgemeine Fähigkeiten von ihren besonderen Umsetzungen in bestimmten Aktionssystemen nicht nur begrifflich unterschieden, sondern auch sachlich abgetrennt: sie werden als bloße Prärequisiten einer Aktivität betrachtet, welche selbst in Kategorien symbolischer Systeme organisiert sein soll⁹. Diese Dichotomie von Genesis und Geltung ist unhaltbar. Die Theorie gesellschaftlicher Evolution, welche die historische Realität als spezifische Realität konstruieren muß, darf die vorgesellschaftliche Bedingtheit von Gesellschaft nicht nur als deren abstrakte Möglichkeit, sondern muß sie als die konkrete Möglichkeit einer bestimmten Wirklichkeit begreifen.

An diesem Postulat sind auch die neuesten Modelle sozialer Evolutionen, die von J. Habermas und von N. Luhmann vorgelegt werden, zu messen. Habermas will die außergesellschaftliche Welt, in der die gesellschaftliche sich konstituiert, als vor-geschichtliche Vorbedingung des sogenannten soziokulturellen Evolutionsniveaus begreifen, in dem die menschliche Lebensweise sich verwirklicht. Voraussetzung menschlicher Vergesellschaftung ist hiernach jene Veränderung der organischen Ausstattung der Hominiden und jene Veränderung der ökologischen Bedingungen ihrer Existenz, welche gesellschaftliche Arbeit ermöglichen, sowie die Ausbildung eines Systems gesellschaftlicher Arbeit selbst in der Phase einer „organisch-kulturellen Mischform“ von Evolution¹⁰. Von diesen Voraussetzungen einer „ausschließlich sozialen Evolution“ wird als spezifisch menschliche Form des Lebens diejenige Lebensweise abgehoben, in der die Produktionsweise der Jagd durch eine familial differenzierte und sozial normierte Struktur, welche auf der vollen Ausbildung von Sprache beruht, „ergänzt wird“¹¹. Der Habermassche Entwurf von Gesellschaft erkennt somit die Entwicklung von Systemen gesellschaftlicher Produktion als Grundlage menschlicher Vergesellschaftung an. Aber diese Form der Reproduktion von Leben, konstituiert in einer angeblichen organisch-kulturellen Mischform von Evolution, erscheint als bloße Voraussetzung einer Entwicklungsstufe, in der sprachliche Kommunikation, in Verbindung mit innerfamiliärer Spezialisierung und sozialer Kontrolle, ein ei-

7 Vgl. T. Parsons, *Societies*. Englewood Cliffs 1966. S. 8 ff.

8 Vgl. ebd., S. 30 ff.

9 Vgl. ebd., S. 32.

10 J. Habermas, *Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus*. Frankfurt/M. 1976. S. 147.

11 Ebd., S. 150 ff.

gentliches menschliches Leben ermöglicht. So hat die menschliche Vergesellschaftung, deren fortwährende Bedingtheit durch materielle Produktion Habermas freilich nicht leugnet, seiner Theorie zufolge ihre Eigenart in Errungenschaften der (in Wahrheit: gesellschaftlichen) Entwicklung, welche in Wirklichkeit erst vermittelt der kooperativ und kommunikativ organisierten Auseinandersetzung von menschlichen Lebewesen mit ihren natürlichen Lebensbedingungen hervorgebracht worden sind. Daher ist die Habermassche Ausklammerung der Fähigkeit zur zielstrebigsten Umweltveränderung, zur planvollen Geräteherstellung und zum begrifflichen Denken bei (humanen) Hominiden der *Homo erectus*-Stufe aus dem Komplex spezifisch menschlicher Merkmale reine Willkür. Sie scheint lediglich durch den Wunsch begründet zu sein, menschliche Gesellschaft wesentlich als Sprachgemeinschaft zu charakterisieren¹². Luhmann hingegen begreift die außergesellschaftliche Welt, in der die gesellschaftliche sich konstituiert, als außer-geschichtliche Randbedingung der sinnkonstituierenden Systembildung, deren ausgezeichneter Fall die Bildung autarker Sinnsysteme ist. Der Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Ergebnissen der Theorie der Sozio-Anthropogenese entzieht sich die Luhmannsche Theorie durch Ausklammerung des Problems, welche spezifischen Bedingungen die Konstitution gesellschaftlicher Systeme ermöglichen¹³. Anstelle dessen setzt sie das gewiss nicht falsche

12 Der lockere Umgang mit wissenschaftlichen Begriffen, der die Habermassche Rolle in der Entwicklung der Wissenschaften gefördert und dessen er sich gelegentlich selbst gerühmt hat, kam ihm auch bei dem Unternehmen zugute, die Entwicklungszeit der menschlichen Gattung erheblich zu verkürzen. Hierbei war insbesondere der willkürliche Gebrauch des Begriffs der Hominiden nützlich, der gleichrangig mit dem Begriff des Primaten und dem Begriff des Menschen gebraucht, von beiden als Bezeichnung für eine eigenständige Entwicklungsstufe („Hominidenhorden“) innerhalb der „Entwicklung vom Primaten zum Menschen“ abgehoben und insbesondere als Gegenbegriff zu einem Begriff des Menschen gebraucht wird, der sich nur auf die Geschichte des *homo sapiens* bezieht (vgl. ebd., S. 147 ff.). Vgl. in diesem Zusammenhang: G. Heberer, *Der Ursprung des Menschen*. Stuttgart 1972. S. 9 ff., 56 ff. sowie O. H. Schindewolf, *Phylogenie und Anthropologie aus paläontologischer Sicht*. In: H. Gadamer, P. Vogler (Hrsg.), *Biologische Anthropologie*. Erster Teil. Stuttgart 1972. S. 230–292, hier S. 271 ff., aber auch 284 ff.; der Verfasser hebt auch (S. 282) die Willkür eines Verfahrens der Definition des Menschens hervor, das auf vergleichsweise junge kulturelle Merkmale abstellt: „Jeder Willkür wären Tür und Tor geöffnet, man könnte ebensogut, je nach Geschmack und Einstellung, den Menschen mit Buddha oder Christus, . . . mit Perikles oder Karl Marx beginnen lassen.“

13 Die Frage nach der Spezifik der Möglichkeitsbedingungen der Bildung gesellschaftlicher Systeme (die in dieser Theorie genauso unbeantwortet bleibt wie die Frage nach der Spezifik gesellschaftlicher Systeme selbst) soll offenkundig dadurch als obsolet dargestellt werden, daß sie mit der Frage nach spezifischen Ursachen gesellschaftlicher (soziokultureller) Evolution gleichgesetzt wird. (Vgl. N. Luhmann, *Soziologische Aufklärung* (1). Köln, Opladen 1973. S. 150 f.). Daß die Frage nach einer ersten Ursache von Evolution methodologisch unzulässig ist, wissen wir freilich nicht erst seit Luhmann, sondern jedenfalls seit Engels, der für die Betrachtung der Natur schlechthin hervorhob: „*Wechselwirkung* ist das erste, was uns entgegentritt, wenn wir die sich bewegende Materie im ganzen und großen . . . betrachten. . . . Erst von dieser universellen Wechselwirkung kommen wir zum wirklichen Kausalitätsverhältnis. Um die einzelnen Erscheinungen zu verstehen, müssen wir sie aus dem allgemeinen Zusammenhang reißen, sie isoliert betrachten, und da erscheinen die wechselnden Bewegungen, die eine als Ursache, die andre als Wirkung.“ (F. Engels, *Dialektik der Natur*. MEW 20. S. 305–358, hier S. 499, im Original hervorgehoben.)

Postulat, daß Systembildungen Voraussetzung von Evolution sind, welche ihrerseits durch „Nichtidentität von [systeminternen und systemexternen] Wirkungsreihen“ beliebiger Ereignisse wahrscheinlich gemacht wird und die Erhöhung von Weltkomplexität insgesamt bewirkt. Die Differenz zwischen Systemen und ihren Umwelten, als Komplexitätsgefälle beschrieben, bleibt für die allgemeine Richtung von Evolution, die „Steigerung der Komplexität der Welt“, konstitutiv¹⁴. Solche Aussagen, welche Merkmale von System-Umwelt-Verhältnissen und ihrer Entwicklung im allgemeinen treffen, dürfen freilich nicht mit hinreichenden Erklärungen oder auch nur Beschreibungen und Deutungen besonderer Verhältnisse verwechselt werden. Die Theorie des hier interessierenden besonderen Falls, der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrem Verhältnis zur Evolution der Natur, kann sich mit der differenzierten Elaboration systemtheoretischer Generalien – etwa: daß jedwedes System seine Umwelt hat und Entwicklung auch Veränderung der Beziehungen beider ist – nicht bescheiden. Sie erfordert die allgemeine inhaltliche Bestimmung der jeweiligen Eigenart von gesellschaftlichen Systemen, nicht-gesellschaftlicher Umwelt sowie der eigentümlichen, zugleich produktiven wie reduktiven Beziehungen dieser beiden Momente. Diese inhaltliche Kennzeichnung der Gegenstände von Gesellschaftstheorie als gesellschaftliche erheischt die Ausarbeitung einer spezifischen Theorie jener Systembildung, welche Voraussetzung gesellschaftlicher Evolution ist: die Bildung gesellschaftlicher Verhältnisse überhaupt. Dasjenige „sinnkonstituierende System“ der Theorie Luhmanns, das Gesellschaft genannt wird, soll sich indessen gerade dadurch auszeichnen, daß es „ins Unbestimmbare und Voraussetzungslose gebaute“ Reduktionen von Komplexität institutionalisiert: wönnleich die Umwelt, auf die hin es seine Leistungen erbringt, sogar nach Luhmann durch „physische und organische Systembildungen strukturiert“ ist, betätigt sich das Gesellschaft genannte System selbst doch „im Voraussetzungslosen“¹⁵ – eine Vorstellung, welche der Forderung, eine allgemeine Theorie der Konstitution gesellschaftlicher Systeme als Grundlegung gesellschaftswissenschaftlicher Entwicklungstheorie auszuarbeiten, freilich den Boden entzieht.

Die historisch-materialistische Theorie der Gesellschaft geht demgegenüber davon aus, daß die vor- und außergesellschaftliche Natur tatsächliche und andauernde Bedingung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen ist, welche somit weder als voraussetzungslose noch als unabhängige soziokulturelle Evolution von der Evolution jener Bedingung abgetrennt werden kann. Gesellschaftliche Entwicklung ist Entwicklung derjenigen Systeme sozialer Aktivität, die auf der naturevolutionären Entgegensetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur beruhen und den problematischen materiellen Austausch zwischen diesen beiden Naturmomenten bewerkstelligen. Das Problem dieser Theorie besteht daher auch nicht darin, Leistungen des Systems im Hinblick auf seine Umwelt wie beispielsweise die strategische Koordination oder die kom-

14 Luhmann, *Aufklärung* (1). S. 150 f.

15 Ebd., S. 145; N. Luhmann, *Moderne Systemtheorien als Form gesamtgesellschaftlicher Analyse*. In: *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*. Stuttgart 1969. S. 253–266, hier S. 260.

plexitätssteigernde Funktion von Systemaktivität nachträglich in Entwürfe einer angeblich sich selbst tragenden und sich selbst genügenden gesellschaftlichen Betätigung einzufügen. Das kooperative und kommunikative Zusammenwirken produktiver Aktivitäten in den Systemen gesellschaftlicher Produktion, das solche Leistungen von vornherein enthält, ist hiernach vielmehr grundsätzlich als Ausdruck und Mittel einer schrittweise sich entfaltenden praktischen Auseinandersetzung von menschlicher und außermenschlicher Naturmacht zu betrachten.

In dieser Perspektive des System-Umwelt-Problems treten drei Probleme in den Vordergrund. Es stellt sich zunächst die Frage, wie die gesellschaftliche Lebensweise der Menschen überhaupt sich zu den bestimmten naturgeschichtlichen Bedingungen verhält, die ihre Herausbildung erst ermöglichten. Es ist ferner zu erörtern, auf welche Weise die eigentümliche Form menschlicher Vergesellschaftung, als System materieller Produktion, sich im Verhältnis zu ihren Naturbedingungen im Allgemeinen entwickelt. Und es bedürfte schließlich der Klärung, wie diese Entwicklung der Form menschlicher Vergesellschaftung, als gegebene gesellschaftliche Entfaltung menschlicher Produktivkraft und Beherrschung der außermenschlichen Natur, im Verhältnis zur Evolution eben dieser Naturbedingungen der gesellschaftlichen Lebensweise zu sehen ist. Die folgenden Bemerkungen können nicht beanspruchen, diese Fragen zu beantworten; sie können aber vielleicht zur Klärung der Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten beitragen.

*2.1. Naturgeschichte und Gesellschaftsbildung**

Voraussetzung der Bildung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen ist die naturgeschichtliche Entgegensetzung von Naturmomenten, nämlich eine Ausdifferenzierung hochflexibler (menschlicher) Lebewesen aus einem hochkomplexen (nichtmenschlichen) Naturgebilde, bei Fortdauer des Zusammenhangs dieser Momente in Gestalt eines wechselseitigen Stoffwechsels und Energieumsatzes. Die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse über die Abstammungsgeschichte der Menschen und die Herausbildung der menschlich-gesellschaftlichen Form des Lebens haben diese naturgeschichtlichen Bedingungen der Möglichkeit von Vergesellschaftung weitgehend geklärt. Diese Bedingungen entstehen mit der – von der Theorie der Evolution der anorganischen und organischen Natur selbst zu begreifenden – evolutionären Hervorbringung eines bestimmten Gesamtzusammenhangs von organismischen bzw. ökologischen Systemen, nämlich der Interaktion einer Population von Hominiden, deren morphologische Ausstattung zum Erwerb des aufrechten Gangs befähigt, mit einem geografischen Milieu, dessen Vegetationsform zur zweifüßigen Bewältigung des Naturraums anhält. Die Interaktion dieser beiden Naturmomente, Bedingungen der

* Die folgenden Abschnitte 2.1. und 2.2. stellen eine Ausarbeitung und Weiterentwicklung einiger Überlegungen dar, die ich in einer Diskussion auf dem 17. Deutschen Soziologentag 1974 vorgetragen habe. In einigen wenigen Fällen habe ich Formulierungen dieses Beitrags übernommen. Vgl. Zwischenbilanz der Soziologie. Vhdlg. d. 17. Dt. Soziologentags, hrsg. v. M. R. Lepsius. Stuttgart 1976. S. 70–77.

Möglichkeit menschlicher Vergesellschaftung, stellt ein evolutives Potential dar, dem die naturhaften Bedingungen und die grundlegenden Verhältnisse realer Vergesellschaftung entspringen: bipede Populationen, bei denen Hände und Hirn differenziert gebraucht und entwickelt und deren geografische und biologische Umweltbedingungen differenziert angeeignet und verändert werden können¹⁶. Diesen Naturbedingungen, die zu den naturalen Umwelten von Vergesellschaftung werden, entspricht ein eigenartiges Grundverhältnis der beiden Momente, das als Entgegensetzung bei gleichzeitiger Verbindung zu kennzeichnen ist. Die menschlichen Bevölkerungen sind durch die Bedingungen der außermenschlichen Natur zwar in ihrem Überleben gefährdet, zugleich aber zur zielstrebigem Eroberung dieser Natur befähigt. Die außermenschlichen Umwelten sind zwar Ausprägungen einer gesetzmäßigen Bewegung der Gesamtnatur, zugleich aber der planvollen Gestaltung durch Menschen zugänglich. Unter dieser Voraussetzung kann die Form, in der der unverändert notwendige Austausch zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur erfolgt, weder allein durch menschliche Tätigkeit noch allein durch naturhaften Zwang gesetzt sein, sondern muß selbst eine ebenso zwangsläufige wie tätige Vermittlung zwischen außermenschlicher und menschlicher Naturmacht darstellen. Diese Vermittlung besteht in der zugleich systematischen wie praktischen Bewerkstelligung des Stoffwechsels bzw. des Energieumsatzes zwischen „Mensch“ und „Natur“ in der Form einer gesellschaftlichen Verausgabung von Arbeitskraft und Aneignung von Naturbedingungen.

Die naturgeschichtlichen Bedingungen, welche die Entstehung menschlich-vergesellschafteten Lebens ermöglichen, lassen die Art, in der sich die einmal entstandene menschlich-gesellschaftliche Reproduktion von Leben verwirklicht, nicht unberührt. Sie verlangen, daß in aller Differenzierung von natürlicher und von gesellschaftlich-geschichtlicher Welt die Vermittlung des materiellen Austausches zwischen Mensch und Natur, die das Auseinandertreten beider Momente zum Problem werden ließ, unablässig weiter geleistet wird. und zwar auf eine bestimmte Weise: als systematische Veranstaltung der jeweiligen Bevölkerung zur praktischen Bewältigung ihrer Umweltbedingungen. Ist die Ausdifferenzierung von menschlichen Lebewesen aus nicht-menschlichen Naturverhältnissen auf der Erde erst einmal in Gang gekommen, so ist damit auch die Integration beider Momente durch Systeme gesellschaftlicher Produktion gesetzt, in denen diese Lebewesen aus Notwendigkeit und mit Willen die Ausnutzung und Beeinflussung ihrer Umwelten bewerkstelligen. Die Verwirklichung der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen durch Systeme materieller Produktion heißt dabei nichts anderes als die Einführung von gesellschaftlicher (und schließlich auch: geteilter) Arbeit, durch die die menschlichen Naturwesen als gesellschaftlich arbeitende Wesen und die außermenschliche Naturumwelt als gesellschaftlich bearbeitete Umwelt bestimmt werden¹⁷. Wenngleich in einem

16 Vgl. insbesondere Heberer, Ursprung, S. 34 ff. Dabei ist auch hier die elementare Evolutionseinheit die Population, nicht das Individuum; vgl. S. Wappler, Philosophische Studien zum Problemkreis Genetik und Evolution. Jena 1973. S. 85.

17 Vgl. hierzu die Ausführungen zum Arbeitsbegriff bei K. Marx, Kapital, Bd. 1, MEW 23. S. 192 ff.

technischen Sinne als Okkupationswirtschaft zu bezeichnen¹⁸, stellen sich doch in den Horden Jagd- und Sammelwirtschaft betreibender Urmenschen solche ersten Formen gesellschaftlicher Arbeit dar: „Der Mensch, eben erst dem Tierreich entwachsen, konnte sich nur allmählich über die Natur erheben. Nach und nach eignete er sich Erfahrungen an, die ihm immer mehr eine Sonderstellung unter allen Lebewesen verschafften. Diese Erfahrungen aber konnte er nur durch seine eigene Tätigkeit, d.h. durch die Arbeit, erlangen¹⁹“. Die zweckbewußte Herstellung von Geräten und die verallgemeinernde Verwendung von Begriffen sind ebenso wie das Zusammenwirken und die Verständigung unter den beteiligten Menschen Elemente dieser Arbeitstätigkeit²⁰.

Die naturevolutionär bedingten Formen gesellschaftlicher Arbeit, welche zunächst in Gestalt der gemeinschaftlichen Erbeutung, Aufteilung und Verwendung naturwüchsiger Lebensmittel verwirklicht wurden, unterscheiden sich von den Lebensformen des vorgesellschaftlichen Evolutionsniveaus in charakteristischer Weise. Zwar kennt auch die vormenschliche Natur die Entwicklung variationsfähiger Umwelten und Lebewesen, Anfänge von Handfertigkeit und Sprechfähigkeit, von Umweltgestaltung und Lebensraumerweiterung, von Werkzeugzurichtung und Verallgemeinerungsvermögen; auch Ansätze zu einem funktionellen und informationellen Verbund in Populationen und selbst die soziale Organisation von Produktion gibt es verschiedentlich und/oder zeitweilig auch in den vorgesellschaftlichen Entwicklungsstufen des Lebens²¹. Indessen finden sich diese Errungenschaften der Entwicklung zusammenhängend, vollständig und dauerhaft nur in der gesellschaftlichen Lebensweise der Menschen verwirklicht. Die Besonderheit des Evolutionsniveaus, das wir als das gesellschaftliche bezeichnen, besteht in der umfänglichen, zusammenfassenden und langfristigen Verbindung von operativen, interpretativen, kooperativen und kommunikativen Momenten der strategischen Transaktionen zwischen Lebewesen und Umwelt in der Lebensform der gesellschaftlichen Arbeit, die dieser Besonderheit wegen als *Systeme* gesellschaftlicher *Produktion* begriffen werden müssen. Es ist der systematische und produktive Charakter der Wechselbeziehungen zwischen Bevölkerungen und Umwelten, welcher das spezifisch humane Niveau von Evolution ausmacht. Die sachliche Ausrichtung, die räumliche Abstimmung und die zeitliche Verstetigung der Akte, durch die sich gesellschaftliche Arbeit verwirklicht, führt zu Verbindungen des Einsatzes von körperlichen und geistigen Leistungen der Menschen und von stofflichen und energetischen Unterhaltsquellen der Natur, deren Zweck die Erzeugung und Bedingungen gesellschaftlichen Lebens in der gesellschaftlichen Arbeit ist. Diese unterscheidet sich als eine solche systematische und produktive, eben zweckvolle²² Aktivität von allen subhumanen Formen der Lebensreproduktion. Der systematische Charak-

18 Vgl. I. Sellnow, Grundprinzipien einer Periodisierung der Urgeschichte. Berlin 1961. S. 113 f.

19 Ebd., S. 119.

20 Vgl. hierzu z. B. Heberer, Ursprung, S. 22 und S. 56.

21 Vgl. hierzu: Schindewolf, Phylogente, S. 278 ff.; A. Remane, Das soziale Leben der Tiere. Hamburg 1961. S. 59 ff., 108 ff.

22 Vgl. K. Marx, a.a.O., S. 193.

ter gesellschaftlicher Arbeit drückt sich schließlich darin aus, daß die allseitige und beständige Verbindung von Einzeltätigkeiten durch die Verteilung und Verwendung der gemeinsamen Erzeugnisse sich durchhält und auf eine stete Erneuerung der Arbeitsbedingungen und des gesamten Arbeitsvorgangs selbst abzielt, während der produktive Charakter desselben Arbeitszusammenhangs darin zutage tritt, daß er schrittweise Erhöhung der Menge und der Leistung der eingesetzten Arbeitskraft und eben solche Vergrößerungen des Umfangs und der Ausnutzung der angeeigneten Naturbedingungen ermöglicht, die eine Vermehrung der Arbeitsergebnisse erlauben. Gesellschaftliche Arbeit hat die Gestalt von Systemen sich selbst erneuernder und erweiternder Produktion, die als solche durch eine konkrete Struktur gekennzeichnet sind. Diese Strukturierung, mit anderen Worten: die eigenartige Gesellschaftlichkeit des Arbeitszusammenhangs hat zur Folge, daß die nichtfestgelegte menschliche Natur in ihrer Auseinandersetzung mit einer vielgestaltigen außermenschlichen Natur evolutive Vorteile besonderer Art erlangt²³. Die Durchsetzung relativ dauerhafter Strukturen gesellschaftlicher Arbeit, von gesetzmäßigen Arbeitsbeziehungen also, hebt die gesellschaftliche Lebensweise der Menschen von vergleichsweise unstabilen Sozialverbänden anderer Wirbeltiere ab, die nur begrenzte Aufgaben (etwa solche der Verteidigung, der Fortpflanzung, der Nahrungverteilung) erfüllen; sie ermöglicht längerfristige und umfassende überindividuelle Lösungen fundamentaler Probleme, deren Prototyp die gesellschaftliche Arbeitsteilung ist. Die Beschleunigung, welche die gesellschaftliche Evolution gegenüber der vorgesellschaftlichen auszeichnet und die in der Diskrepanz zwischen der relativen Konstanz der Verfassung der menschlichen Lebewesen und der außermenschlichen Natur auf der einen Seite und der rapiden Variation der soziokulturellen Verhältnisse auf der anderen Seite zum Ausdruck kommt, hat in dieser Strukturbildung ihre Grundlage²⁴.

Damit ist eine zweite Seite des Verhältnisses von Naturgeschichte und Gesellschaftsbildung angesprochen, die wir bislang vernachlässigt haben. Wenn die Bildung von Systemen gesellschaftlicher Arbeitsverhältnisse als durch naturevolutionäre Bedingungen ermöglicht – freilich nicht: verursacht – gelten muß und als Ausdruck solcher Bedingungen erscheint, so gilt umgekehrt doch auch, daß die Verwirklichung strukturierter gesellschaftlicher Arbeitsbeziehungen einen Bereich eigener Gesetzmäßigkeit setzt, welche die Vielfalt der einbegrieffenen Momente der vorgesellschaftlichen Natur einschränkt. Die Vermittlung und Entwicklung des Verhältnisses von außermenschlicher und menschlicher Natur durch systematisch-produktive Aktivität schließt ein, daß die Verausgabung und die Nutzung dieser beiden Momente im gesellschaftlichen Arbeitsvorgang ebenso wie die Aufgaben und Ansprüche der beteiligten Akteure in ihrem Verhältnis zueinander aufeinander abgestimmt sind. Die Kräfte und Stoffe, die in die Austauschbeziehungen zwischen „Mensch“ und „Natur“ eingehen, werden durch

23 Vgl. F. Engels, Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen. MEW 20. S. 444–455, hier S. 448.

24 Vgl. hierzu und zum folgenden: A. Remane, Die Bedeutung der Evolutionslehre für die allgemeine Anthropologie. In: H. Gadamer, P. Vogler (Hrsg.), Biologische Anthropologie, a.a.O., S. 293–325, hier S. 319 ff.

gesellschaftliche Erfordernisse modifiziert. Das relative Eigengewicht gesellschaftlicher Verhältnisse tritt vor allem in der Realisierung von zwei Funktionen gesellschaftlicher Systeme zutage: im Prozeß des Lernens und im Prozeß der Regelung der gesellschaftlichen Produktionssysteme. Systeme gesellschaftlicher Produktion sind lernfähig und regelungsbedürftig, weil ihr Wesen die Koordinierung des kollektiven Einsatzes flexibler Aktivitäten und variabler Instrumente zum Zweck der materiellen Interaktion von Mensch und Natur ist, sie mithin ebenso auf der Möglichkeit des Lernens, der Gestaltung und Umgestaltung dieser Abstimmung wie auf der Notwendigkeit des Regels, der Bestätigung und Aufrechterhaltung des einmal abgestimmten Zusammenhangs von Arbeitstätigkeiten beruhen.

Wir verstehen unter dem Lernen von Systemen gesellschaftlicher Produktion die Entwicklung ihrer Reproduktion im Sinne der Steigerung des Durchsetzungsvermögens der gesellschaftlichen Arbeitskraft gegenüber ihren – außermenschlichen – Naturbedingungen. Es hat die Erhöhung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit – des Verhältnisses der erzeugten Gebrauchswertmenge zur aufgewendeten gesellschaftlichen Arbeitszeit – zum Inhalt. Diese Steigerung des Verhältnisses von produktiv transformiertem Naturstoff zur aufgewendeten Arbeitskraftmenge, als gesamtwirtschaftliche Größe, vollzieht sich in einer Form, welche der realisierten Struktur der gesellschaftlichen Arbeit insgesamt entspricht. Hauptmittel dieser Steigerung von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung ist der vermehrte und verbesserte Einsatz von vorhandenen, in erster Linie aber von entwickelten und vervollkommenen Mitteln der gesellschaftlichen Arbeit: die Verwendung von Geräten als Werkzeuge und die Weitergabe von Erfahrungen in Begriffsform. Der Einsatz solcher „Entwicklungsmittel“²⁵, die Nutzung und Entwicklung von Arbeitsgeräten und Arbeitserfahrungen, ermöglicht schon in urgeschichtlicher Zeit die Erzeugung eines gesellschaftlichen Produkts, das die Unterhaltsmittel spürbar übersteigt. Dieses Mehrprodukt²⁶ erlaubt sowohl die Ausweitung der Masse und der Leistungsfähigkeit der eingesetzten Arbeitskräfte und die Vergrößerung des Umfangs und der Ausnutzung der bearbeiteten Naturbedingungen als auch die Anwendung von spezialisierter Arbeit für die Herstellung und Verbesserung von Entwicklungsmitteln²⁷. Das Lernen der Systeme gesellschaftlicher Produktion durch Entwicklung von Entwicklungsmitteln, unter Einschluß der Vervollkommnung der technischen Arbeitsorganisation und der gesellschaftlichen Abstimmung von Teilarbeiten, erfolgt daher wesentlich in Form eines sich selbst verstärkenden kumulativen Prozesses: er beruht auf der Akkumulation stets verbesserter Geräte und auf

25 Wir verwenden hier einen Ausdruck von Engels in ausgeweiteter Bedeutung; vgl. Engels, *Biologie*. MEW 20. S. 554–568, hier S. 565.

26 Vgl. zum Begriff des Mehrprodukts und zur Theorie der produktivitätssteigernden Mehrproduktsverwendung im einzelnen die Überlegungen unten in Abschnitt 3.2.

27 Solche von Luhmann (vgl. besonders: *Aufklärung* (1), S. 92 ff.) abstrakt so benannten reflexiven Mechanismen sind als konkrete Prozesse vielfach zu demonstrieren. Die Geschichte der gesellschaftlichen Arbeit läßt sich bis in die industrielle Gegenwart hinein – als Stichwort sei die maschinelle Fabrikation von Maschinen genannt – als ein solcher Selbstverstärkungsprozeß begreifen. Vgl. hierzu auch unten, Abschnitt 3.1.

der Tradition stets verfeinerter Erfahrungen und setzt die schon verfügbaren sachlichen und begrifflichen Mittel und Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsvorgangs voraus. Die Einführung beispielsweise der Schneeschuhjagd im Alaska der spätgeschichtlichen Zeit setzt die Erfahrungen und Geräte der ursprünglicheren Formen der Jagdwirtschaft, aber auch deren Beutezuwächse für die familialen Arbeitseinheiten voraus²⁸, ebenso wie die Einführung der industriell erzeugten und industriell genutzten elektrischen Energietechnik im Europa des ausgehenden 19. Jahrhunderts auf einer Technologie und Maschinerie und auf Profiten aufbaut, welche der Industrie der Dampfmaschinenzeit zuzurechnen sind²⁹. Diese kumulativen Lernprozesse gesellschaftlicher Produktionssysteme realisieren sich aber nur vermittelt der strukturspezifischen Kontinuität des gesellschaftlichen Arbeitsvorgangs selbst. Sie sind an die Struktur des Produktionssystems gebunden und werden dann verwirklicht, wenn die arbeitstechnische Neuerung denjenigen Erfolgskriterien entspricht, welche die Organisation der produzierenden Systemaktivität selbst setzt: nur die tatsächliche Vermehrung der familial verfügbaren Jagdbeute bzw. nur die Erhöhung des unternehmerischen Profits auf das eingesetzte Kapital ermöglicht die Realisierung der Innovation. Ausmaß und Form der Steigerung von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung sind durch die Struktur der gegebenen Produktionsweise bestimmt.

Unter der Regelung von Systemen gesellschaftlicher Produktion verstehen wir die Aufrechterhaltung der grundlegenden Verhältnisse gesellschaftlicher Arbeit, welche den Einsatz und die Nutzung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln festlegen. Diese Reproduktion der konstitutiven Struktur gesellschaftlicher Produktionssysteme wird in erster Linie durch den wirtschaftlichen Kreislauf, der die Phasen der Entstehung, der Verteilung und des Austausches sowie der Verwendung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts umfaßt, selbst gewährleistet. Die Verwirklichung des Arbeitszwecks, den materiellen Austausch zwischen „Mensch“ und „Natur“ zu vermitteln und zu gewährleisten, schließt die Regelung des Systems der Produktionsaktivität in Gestalt der ökonomischen Selbsterneuerung seiner Elemente und Relationen ein. Hauptmittel dieser ökonomischen Selbstbestätigung ist die strukturadäquate Distribution und Zirkulation der Produktion und ihre ebensolche Verwendung zur Reproduktion der Arbeitskräfte, der Produktionsmittel und der gesellschaftlichen Beziehungen dieser Produktionsfaktoren³⁰. Die Reproduktion der produktiv eingesetzten Kräfte und Mittel, welche eine entsprechende Distribution und Zirkulation der Produkte voraussetzt, schließt die Reproduktion der grundlegenden Einsatz- und Nutzungsverhältnisse dieser Elemente und damit auch der gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt ein, in denen der Einsatz und die Nutzung von Arbeitskraft und Produktionsmittel festgelegt sind. Der Gesamtzusammenhang der Entstehung, der

28 Vgl. zu dem Beispiel: Sellnow, Grundprinzipien, S. 203 ff.

29 Vgl. zu dem Beispiel: H. Mottek (u. a.), Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, Bd. 3. Berlin 1974. S. 33 ff.

30 Marx hat diesen Gedanken besonders für die kapitalistische Gesellschaftsformation entwickelt; vgl. hierzu: Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin 1953. S. 362.

Verteilung und des Austausches und der Verwendung der produzierten Güter hat somit nicht nur eine systemspezifische Struktur. Er stellt auch das hauptsächlichste Mittel zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse und damit ein Mittel gesellschaftlicher Gewalt dar, denn die Bestimmung über die Wiederverwendung des gesellschaftlichen Produkts für die Zwecke der ökonomischen Reproduktion und ihrer Erweiterung ist Ausübung von Gewalt.

Solche mit der Organisation gesellschaftlicher Arbeit identische Gewalt, die die Gewalt der Gesellschaft selbst und Grund ihrer Eigengesetzlichkeit ist, wird gewiß schon in urgeschichtlichen Zeiten durch ein gesellschaftliches Bewußtsein und gesellschaftliche Steuerungseinrichtungen vermittelt, die dann nach Ablösung der gemeinwirtschaftlichen Koordination von Produktionsaktivitäten durch klassenantagonistische Systeme gesellschaftlicher Produktion in Rechtfertigungsbewußtsein und Herrschaftseinrichtungen übergehen³¹. Doch erfolgt trotz der Bestätigung der Systemstruktur durch ideelle Selbstreflexion die Regulierung der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit wesentlich durch die materielle Selbstreproduktion, ist also ökonomische Selbstregelung. Daß zum Beispiel die aufgebrachte Beute bei bestimmten australischen Jäger- und Sammlervölkern nahezu vollständig und unmittelbar verbraucht wird, wobei die Männer im jagdfähigen Alter bevorzugt werden, schließt die Erneuerung der gegebenen Einsatz- und Nutzungsform von Arbeitskräften und Produktionsmitteln und ihres Verhältnisses in der gemeinschaftlichen Beutewirtschaft ein³², so wie, um ein anderes Beispiel zu nennen, die Aufteilung des gesellschaftlichen Nettoprodukts auf Bauernwirtschaften mit festgelegtem Bedarf auf der einen Seite und die Träger und verschiedenen Anhängsel der Grundherrschaft etwa im vorindustriellen Mitteleuropa auf der anderen Seite eben die Aufrechterhaltung des grundherrlich-bäuerlichen Herrschaftsverhältnisses bedeutet³³. In dieser materiellen Selbstreproduktion der Struktur von Systemen gesellschaftlicher Produktion reguliert sich allerdings das Zusammenspiel gesellschaftlicher Arbeitstätigkeit nach Maßgabe spezifischer Zielfunktionen der Produktionsaktivität³⁴, welche, wenn auch objektiv konstituiert, sich subjektiv realisieren. Die systemspezifische Koordination differenzierter Aktivitäten schließt daher die Selbstreflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die sich diese Realisierung vollzieht, ein. Die ideelle Selbstreflexion von Systemen gesellschaftlicher Produktion – und ihre Weiterentwicklung in kulturellen und politischen Überbauten – ist daher weder als zusätzliche Bedingung des Vollzugs noch als Voraussetzung der Begründung gesellschaftlicher Arbeitsverhältnisse zu verstehen. Sie stellt vielmehr eine Implikation der ökonomischen Selbstregelung von Systemen gesellschaftlicher Produktion dar³⁵.

31 Zum Begriff des gesellschaftlichen Bewußtseins vgl. M. Tjaden-Steinhauer, *Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter*. Köln 1975. S. 100 ff., 136 ff.

32 Vgl. zu dem Beispiel: Sellnow, *Grundprinzipien*, S. 124 ff.

33 Vgl. zu dem Beispiel: G. Mackenroth, *Bevölkerungslehre*. Berlin 1953. S. 421 ff.

34 Vgl. hierzu unten, Abschnitt 3.2.

35 Die Frage, inwieweit selbstreflektorische Funktionen in Gestalt relativ selbständiger kultureller und politischer Aktivitäten evolutiv zur Implikation jeder künftigen Form gesellschaftlicher Reproduktion geworden sind, muß hier offen bleiben.

2.2. Gesellschaftsformation und Naturverhältnis

Wir können die Struktur von Systemen gesellschaftlicher Produktion, welche die Auseinandersetzung von „Mensch“ und „Natur“ vermitteln und bewältigen und das Zusammenspiel der einzelnen Produktionsaktivitäten regeln, mit Marx als Produktionsverhältnisse bezeichnen. Das Verhältnis der menschlichen gegenüber der außermenschlichen Naturmacht, das durch diese Produktionsverhältnisse gesteigert werden kann, können wir dementsprechend gesellschaftliche Produktivkraft bzw. Naturbeherrschung nennen. Die Aktivität des Systems gesellschaftlicher Produktion, das diese Momente umfaßt, ist mit diesem Ausdruck selbst angemessen beschrieben, wenn bedacht wird, daß sie die ökonomische Reproduktion der Kräfte, Mittel und Verhältnisse gesellschaftlicher Produktion einschließt. Die strukturspezifische Form dieser Systemaktivität können wir auch Produktionsweise nennen. Die Selbstregulierung der gesellschaftlichen Arbeitsverhältnisse durch ökonomische Reproduktion wird mittels ideeller Selbstreflexion dieser Verhältnisse verwirklicht, die als gesellschaftliche Reflexionsaktivität begriffen werden muß und im Anschluß an die vorhandene Begriffsbildung als Überbautätigkeit bezeichnet werden kann. Um die Einheit der genannten Relationen und Momente von Systemen gesellschaftlicher Produktion hervorzuheben, wird der umfassendere Ausdruck ökonomische Gesellschaftsformation gebraucht³⁶.

Das Verhältnis der ökonomischen Formationen von Vergesellschaftung zu ihren beiden Naturmomenten ist in seinen Grundzügen und in seiner Entfaltung jeweils entscheidend durch die ökonomische Struktur des Systems, das als Entwicklungsform des Verhältnisses von menschlicher und außermenschlicher Naturmacht bezeichnet werden kann, geprägt. Als Produktionsverhältnisse bezeichnen wir die Art, in der Arbeitskräfte und Produktionsmittel als Elemente gesellschaftlicher Produktion sich verbinden und die eine bestimmte soziale Kopplung dieser Faktoren einschließt: die Betätigung der Arbeitskräfte und die Verfügung über Produktionsmittel schließt ein soziales Verhältnis der Träger dieser Funktionen, nämlich ein bestimmtes Verhältnis von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum ein³⁷. Diese Festlegung des Einsatzes und der Nutzung der Produktionsfaktoren durch die grundlegenden Produktionsverhältnisse nun wirkt sich in der Entfaltung gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherr-

36 Vgl. im einzelnen das Nachwort in K. H. Tjaden (Hrsg.), *Soziale Systeme*. Neuwied 1971. S. 437 ff.; auf die zentrale Bedeutung des Begriffs ökonomischer Gesellschaftsformation für die Begründung der historisch-materialistischen Gesellschaftslehre hat besonders Lenin hingewiesen. (Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten? Werke Bd. 1. S.119 – 338, hier S. 131). Vgl. als umfängliche theoriegeschichtliche Diskussion des Begriffs E. Sereni, *De Marx à Lénine*. In: *La Pensée* 159, 1971, S. 3–49. Wir sehen in diesem Zusammenhang davon ab, daß eine Gesellschaftsformation durch dominante Produktionsverhältnisse (und eine ihnen entsprechende Produktionsweise) charakterisiert sein kann, der untergeordnete und/oder ergänzende Produktionsverhältnisse entsprechen. Dieses Problem (und das damit zusammenhängende Problem einer angemessenen Definition des Begriffs Produktionsweise) berührt weniger die Grundannahmen und allgemeinen Aussagen der Gesellschaftstheorie als vielmehr ihre Konkretisierung durch Verarbeitung empirischer Verhältnisse.

37 Vgl. zum Begriff der ökonomischen Struktur: Marx, *Kapital*, Bd. 2. MEW 24. S. 42.

schung und somit in der Entwicklung des gesellschaftlichen Verhältnisses von menschlicher und außermenschlicher Naturmacht aus. Sie kann zunächst zu gleichsam eingebauten Störungen des Prozesses der gesellschaftlichen Betätigung von Arbeitskraft und Aneignung von Naturbedingungen führen. Die Fixierung von Produktionsmomenten durch die ökonomische Struktur des Systems kann darüberhinaus zu langfristigen und sich verstärkenden Störungen der Systemreproduktion führen, welche auch dauerhafte Störungen der Naturreferenz des Systems darstellen und letztlich in die Durchsetzung einer produktionswirksamen ökonomischen Systemstruktur münden. Wir bezeichnen die erste Form der Störung als Reproduktionskrise, die zweite Form der Störung als Transformationskrise. In Bezug auf gesellschaftliche Systeme kann der Begriff der Krise sinnvollerweise dann verwendet werden, wenn damit kritische Momente oder Phasen der Entwicklung des Systems selbst und nicht bloß Funktionsprobleme innergesellschaftlicher Systeme, zum Beispiel des politischen oder des kulturellen Systems, gemeint sind. Die Reproduktion des Gesellschaftssystems und ihre Erweiterung aber beinhaltet, wie bei jedem materiellen Fließ-System, den materiellen Austausch mit den Systemumwelten (hier: den beteiligten menschlichen Organismen und der beteiligten außermenschlichen Natur), insbesondere die Transformation angeeigneter Ressourcen durch die Systemaktivität (hier: die produktive Umwandlung von Energien und Materialien in Gebrauchswerte) sowie die Abgabe der Umbauprodukte (hier: der Mittel des produktiven und konsumtiven Konsums und der Abfallerzeugnisse) an die beteiligten Umwelten. Mit dem Begriff der gesellschaftlichen Krise können, wenn man den Begriff der Auseinandersetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur ernst nimmt, nur Schwierigkeiten der praktisch-gesellschaftlichen Verwirklichung dieses Stoff- und Energieaustausches gemeint sein. Er bezieht sich auf Störungen der Umsetzung der naturalen Umweltbedingungen in der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion des Systems selbst³⁸. Sie äußern sich in absoluten oder relativen Rückgängen der produktiven Systemkapazität und beziehen sich hier entweder auf einen realisierten relativ stabilen Systemzustand oder auf die konstitutive Systemverfassung insgesamt, wenn man so will: auf die Systemidentität³⁹.

38 Anders ausgedrückt: „Die natürlichen Grundlagen der Geschichte treten als historische Verhältnisse in Erscheinung, deren Veränderlichkeit wesentlich durch die materielle Produktionstätigkeit der Menschen bestimmt wird“ (G. Stiehler, *Gesellschaft und Geschichte*. Berlin 1974, S. 21), deren Diskontinuitäten aber – so ist zu ergänzen – vom produzierenden Bezug der historischen Verhältnisse zu den Naturmomenten nicht abgelöst sind.

39 Für den Begriff der Krise, so muß gegen J. Habermas eingewandt werden, ist die Annahme einer Umsetzung der Reproduktionsschwierigkeiten in Integrationschwierigkeiten in einer besonderen sozialen Dimension ebensowenig erforderlich, wie die Abhebung einer Sozialintegration von der sogenannten Systemintegration selbst sinnvoll ist: sozial integriert sind die beteiligten Individuen in einem Gesellschaftssystem aufgrund der immanenten Sozialität von Produktion und Reproduktion eben des Systems. Demzufolge handelt es sich bei Krisen dieses Systemprozesses auch keineswegs um Probleme seiner sogenannten Steuerung nach Maßgabe sogenannter Sollwerte, sondern um Leistungsrückgänge einer sich selbst regulierenden Systemaktivität im Rahmen einer bestimmten Zielfunktion mit entsprechenden Konsequenzen für die Ausnutzung und Wiederherstellung der beteiligten menschlichen und sächlichen Produktionsfaktoren sowie der betroffenen Elemente der Systemumwelt insgesamt (vgl. Habermas, *Legitimationsprobleme*, S. 9–130).

Unter Reproduktionskrise ist zunächst die Beendigung der relativen Stabilität eines *Systemzustands* zu verstehen, wobei Zustand die Gesamtheit aller Werte der charakteristischen Größen eines Systems gesellschaftlicher Produktion meint. Relative Stabilität heißt daher vor allem Aufrechterhaltung der vorgegebenen Relationen zwischen dem Aufwand an lebendiger und vergegenständlichter gesellschaftlicher Arbeit auf der einen Seite und dem Umfang des gesellschaftlichen Gesamtprodukts auf der anderen Seite. Beendigung der relativen Stabilität des Zustands bedeutet daher Außerkraftsetzung der gegebenen Relation zwischen Arbeitsaufwand und Bruttoprodukt. Eine solche Außerkraftsetzung äußert sich beispielsweise in der Freisetzung von zuvor tätigen Arbeitskräften und/oder im Brachliegen von zuvor eingesetzten Produktionsmitteln und/oder im Rückgang des Ergebnisses der gesellschaftlichen Produktion. Sie ist Abschluß einer Serie von zunächst paralyisierten inneren Störungen der relativen Stabilität, insbesondere infolge einer Beschränkung oder Einseitigkeit der Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte oder der Wirkung der Produktionsmittel, die sich aus der strukturellen Festlegung der Verteilung von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum und letztlich aus der Herrschaft des letzteren über die lebendige Arbeit ergeben, wengleich sie im konkreten historischen Fall auch durch äußere Umstände (z.B. Naturkatastrophen, Seuchen) veranlaßt sein können. Solche Störungen können in der Regel durch eine Intensivierung des Einsatzes der Produktionsbedingungen, gegebenenfalls mittels einer Verschiebung im Verhältnis von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit im Rahmen der gegebenen Produktionsverhältnisse, unwirksam gemacht werden⁴⁰. Beschränkungen der Erträge im Ackerbau beispielsweise, die bei gegebenem Aufwand an lebendiger Arbeit und an Geräten etwa aufgrund einer Erschöpfung der feudalherrschaftlich verfügbaren Bodenfläche auftreten, kann unter Umständen zeitweilig mit Hilfe verbesserter Arbeitsverfahren und Arbeitsgeräte, aber auch durch Erschließung neuer Ländereien entgegengewirkt werden⁴¹. Einem sich verschlechternden Verhältnis von industriewirtschaftlichem Ertrag und Produktionsmittel- und Arbeitsaufwand der Unternehmungen, etwa aufgrund von Steigerungen der Durchschnittskosten bei bestimmten Kapazitätsausweitungen, kann in der kapitalistischen Wirtschaft unter Umständen durch Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen begegnet werden⁴². Soweit es nicht gelingt, Beeinträchtigungen des gegebenen Standes der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit durch Intensivierungen des Einsatzes der Produktionsfaktoren und

40 Dieses abstrakte Muster von Reproduktionskrisen ist durch Übersetzung der ökonomischen Theorie der kapitalistischen Reproduktionskrisen – vgl. besonders Marx, *Kapital*, Bd. 3. MEW 25. S. 221 ff. – in eine verallgemeinernde Beschreibung stofflicher Reproduktionsprobleme gewonnen, deren Anwendbarkeit auf Reproduktionsschwierigkeiten vorkapitalistischer Gesellschaften noch systematisch zu prüfen wäre. Der Krisenmechanismus selbst läßt sich auch generalisierend als Demonstration des Prinzips der „Einheit von Selbstentwicklung und Entwickeltwerden“ beschreiben (vgl. G. Pawelzig, *Dialektik der Entwicklung objektiver Systeme*. Berlin 1970. S. 67 ff.).

41 Vgl. zu dem Beispiel H. Mottek, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*. Bd. 1 Berlin 1964. S. 126 ff.

42 Vgl. zu dem Beispiel die Hinweise bei R. Katzenstein, *Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus*. Berlin 1967. S. 134 ff.

gegebenenfalls vermehrten Einsatz arbeitssparender Mittel zu bewältigen, tritt eine Reproduktionskrise ein: die relative Stabilität eines Systemzustands wird beendet. Prinzip einer solchen Krise ist, daß das gesellschaftliche Produkt im Verhältnis zum gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zurückgeht und die Reproduktion der Produktionsfaktoren, der Unterhalt der Arbeitskräfte und der Ersatz der Produktionsmittel, gefährdet ist. Wird die Krise, unter Umständen durch eine Serie von Instabilitäten hindurch, überwunden, so geschieht dies aufgrund einer Steigerung des gesellschaftlichen Produkts. Dabei bedeutet produktive Krisenüberwindung die Durchsetzung einer dauerhaften Verbesserung des Verhältnisses von gesellschaftlichem Arbeitsaufwand und Arbeitsertrag im Rahmen der Systemstruktur, insbesondere aufgrund einer Erhöhung der Produktionsmitteldensität der gesellschaftlichen Arbeit. Gesellschaftliche Reproduktionskrisen sind die Höhepunkte von strukturell geprägten Erschöpfungen oder Wachstumsrückgängen der gesellschaftlichen Produktivkraft und, als Ausgangslagen der Durchsetzung eines relativ stabilen darauffolgenden Systemzustandes, in der Regel Voraussetzung einer Steigerung dieser Produktivkraft. Strukturspezifisch sind schließlich auch die Formen, in denen die relative Stabilität der Zustände – also Produktivkraftstände – eines Systems durch längerfristige Störungen oder durch die Selbstverstärkung von Instabilitäten dauernd beeinträchtigt wird sowie die Form, in denen solche Systemkrisen gegebenenfalls längerfristig überwunden werden. Solche längerfristigen Störungen, die die Wiederherstellung einer relativen Zustandsstabilität auszuschließen drohen und damit die Systemstabilität selbst – also das spezifische Verhältnis von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum – bedrohen, können unter Umständen durch Änderung der Strategie der Systemreproduktion paralysiert werden⁴³. Solche säkularen Krisen der Systemreproduktion, die etwa durch dauerhafte Intensivierungen der gesellschaftlichen Arbeit aufgefangen werden mögen, können sich auch als Einleitung irreparabler Störungen und unter Umständen damit als beginnende Transformationskrisen erweisen.

Unter Transformation des Systems ist die Aufhebung einer Gesellschaftsformation durch Bildung eines komplexer strukturierten Systems gesellschaftlicher Produktion zu verstehen. Sie ist eng mit der Entfaltung der Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit verbunden, die langfristig bestimmte Auswirkungen auf die Außenbedingung des Systems hat: die Entwicklung gesellschaftlicher Entwicklungsmittel und die darauf gegründete Selbstentwicklung gesellschaftlicher Arbeit erlauben mit einer zunehmenden Versteigerung und Steigerung der Mehrproduktserzeugung schließlich die Einführung dauernder gesellschaftlicher Arbeitsteilungen und Arbeitsverbindungen. Diese wiederum ermöglichen damit eine – langfristig gesehen – dauernde Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion. Diese Entwicklung gesellschaftlicher Produktion hat bestimmte Auswirkungen auf die Außenbeziehungen des Systems: sie führt zu gesteigerter Exploitation der gegebenen außermenschlichen Reichtumsquellen und zur erweiterten Reproduktion der beteiligten menschlichen Bevölkerung. In Hinblick auf das gegebene System gesellschaftlicher Produktion wird so schließlich das Gesamt

43 Unter dieser Fragestellung ist der Übergang zum Spätkapitalismus zu analysieren.

der nutzbaren Arbeitsbedingungen in der außermenschlichen Natur quantitativ und/oder qualitativ vermindert und das Gesamt der zu befriedigenden Bedürfnisse der menschlichen Bevölkerung quantitativ und/oder qualitativ erhöht, so daß die gegebenen natürlichen Reproduktionsquellen sich erschöpfen und der gegebene menschliche Reproduktionsbedarf überhaupt sich vermehrt. Während sich zunächst das produktive Potential weiter entfaltet, werden seine Entwicklungsmöglichkeiten durch Entstehung dieser problematischen Relation zwischen den Systemumwelten auf die Dauer strukturell eingeschränkt⁴⁴. So werden urchenichtliche Gesellschaften nach Entfaltung der Produktivkräfte des Landbaus und der Viehhaltung beispielsweise durch die Verknappung des Bodens bei Steigerung der Bevölkerungszahl an der Fortführung der gemeinwirtschaftlichen Produktionsweise gehindert⁴⁵ oder wird die kapitalistische Produktionsweise in ihrer gegenwärtigen Phase durch eine spezifische kapitalistische Überforderung von Energien und Ressourcen⁴⁶ und eine Anhebung des privaten und öffentlichen Konsumtionsminimums gekennzeichnet, eine prekäre Relation, welche durch die spezifisch kapitalistische Weise der Produktivkraftentfaltung gesetzt, aber auch durch politische Kämpfe vermittelt ist: etwa durch die politische Durchsetzung höherer Erzeugerpreise seitens der Rohstoffegner oder die politische Durchsetzung höherer Löhne durch die lohnabhängig Arbeitenden. So erfährt die Entfaltung der gesellschaftlichen Produktion durch die strukturellen Verhältnisse des Produktionssystems, welche sie zunächst entscheidend förderten, langfristig Beschränkungen, welche sich auch in strukturellen Modifikationen des Systems selbst ausprägen. Die Festlegung der Arbeitsbeziehungen auf eine bestimmte arbeitsteilige Struktur von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum, die vorab der Ausweitung gesellschaftlicher Arbeit durch Erschließung bestimmter und den Ausschluß anderer Arbeitsfelder sowie durch Erhöhung der überschüssigen und die Senkung der notwendigen Arbeitszeit dient, führt längerfristig zur angegebenen Problematisierung im Verhältnis des menschlichen zum außermenschlichen Naturmoment des Systems. Die gesellschaftlich erzeugte problematische Relation von Reproduktionsbedarf und Reproduktionsquellen erfordert schließlich, sobald sie durch das strukturell gegebene gesellschaftliche Produktionspotential nicht länger entschärft werden kann, eine produktivkraftsteigernde Umstrukturierung der gesellschaftlichen Produktion⁴⁷. Entwicklungsgeschichtlich überholte, weil nicht mehr zureichend produktionswirksame Verteilungen von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum

44 Vgl. hierzu das bekannte Marxsche Bild von den Produktionsverhältnissen, die aus „Entwicklungsformen“ zu „Fesseln“ der gesellschaftlichen Produktivkraft werden; K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. MEW 13, S. 3–160, hier S. 9.

45 Vgl. zu dem Beispiel Sellnow, Grundprinzipien, S. 343–358.

46 Vgl. hierzu H. Mottek, Zu einigen Grundfragen, der Mensch-Umwelt-Problematik. In: Wirtschaftswissenschaft 1972. S. 36–43, hier S. 39 ff. 47 Der Versuch einer Konzeptionalisierung des Formationswechsels in der geschichtlichen Entwicklung, den Stiehler (Gesellschaft, S. 195 ff.) unternimmt, greift meines Erachtens deshalb zu kurz, weil es der Verfasser versäumt, in dieser Frage die theoretischen Konsequenzen der aus eigenen Grundannahmen über das Verhältnis von Natur und Geschichte (vgl. ebd., S. 9 ff.) zu ziehen.

können dann mittels transformierender Praxis durch komplexer strukturierte Systeme ersetzt werden, welche der gesellschaftlichen Verausgabung von Arbeitskraft bessere Möglichkeiten der Aneignung von Naturbedingungen eröffnen.

Gemeinsam ist den beiden Arten gesellschaftlicher Krise, den Reproduktionskrisen und den Transformationskrisen, aber die Eigenart, Bewegungsform der praktischen Vermittlung von Naturmomenten zu sein. In ihnen treten Verselbständigungen dieser zusammengehörigen Momente gegeneinander zutage, welche sich regelmäßig in der inneren Entwicklung einer Gesellschaftsformation oder als Vorbereitung der Ablösung einer Gesellschaftsformation durch ein komplexeres System notwendig ergeben, solange Systeme gesellschaftlicher Produktion ihre Aktivität nicht umfassend planen und steuern: sie sind im Falle der reproduktiven Krisen Ausdruck einer zeitweiligen Verschärfung des Gegensatzes von Produktionsmitteleigentum und Arbeitsleistung, sowie, im Fall der transformatorischen Krisen, Ausdruck einer sich steigernden Verschärfung des Gegensatzes von gesellschaftlich entwickelten menschlichen Bedürfnissen und gesellschaftlich ausgenutzten natürlichen Reichtümern. Die notwendige Einheit dieser auseinandertretenden Momente aber stellt sich, wie Marx am Beispiel der kapitalistischen Reproduktionskrise zeigt, gerade durch die Krise selbst her⁴⁸.

2.3. Naturevolution und Gesellschaftsentwicklung

In der Sicht einer materialistischen Evolutionstheorie, welche die Entwicklung offener Stoffsysteme zu Formen höherer Ordnung als gesetzmäßige beschreibt, stellt sich menschliche Vergesellschaftung insgesamt als eine eigengesetzliche, entwicklungsgeschichtlich neuartige und gegenüber den Stufen der vorgesellschaftlichen Evolution höhere Bewegungsform der Materie dar⁴⁹. Die Art und Weise, in der sich die Entwicklung von Momenten der Natur auf der Ebene von Vergesellschaftung vollzieht, erscheint hier als eine zwar qualitativ andere, aber doch in die Evolution der Natur überhaupt inbegriffene Bewegungsform der Materie, welche gesteigerte Entwicklungsmöglichkeiten enthält. Seit F. Engels in der Einleitung zur „Dialektik der Natur“ vor hundert Jahren die Entwicklung der materiellen Verhältnisse auf der Erde skizzierte, welche ihrerseits die Entwicklungsvoraussetzung der Substanz lebender Stoffsysteme und der biotischen Evolution waren⁵⁰, hat die Forschung der beteiligten naturwissenschaftlichen Disziplinen den Charakter jener vorgesellschaftlichen Naturevolution deutlicher bezeichnen können: als eine Serie von Typen materieller Systeme, welche im Austausch mit ihrer Umwelt sich selbst erneuern und begrenzt veränderlich sind; solche Systeme schaffen zugleich die Voraussetzungen für die Entstehung strukturell komplexerer Systeme, welche die Entwicklungsbeschränkungen des jeweils gegebenen Evolutionsniveaus überwinden können.

48 Vgl. K. Marx, Theorien über den Mehrwert, Zweiter Teil. MEW 26.2. S. 501.

49 Vgl. hierzu und zum folgenden K. Fuchs, Über die Kategorie der Möglichkeit und die Entwicklungsstufen der Materie. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 20, 1972. S. 410-417, bes. S. 415 ff.

50 Vgl. Engels, Dialektik, S. 320 ff.

So treten zu den physikalischen und chemischen Systemen auf der Früherde, unter denen schließlich auch die hochorganisierten lebensnotwendigen Makromoleküle entstehen, lebende Fließsysteme, die durch Vermehrung und Erbwandel gekennzeichnet sind und die zu immer komplexer organisierten Organismen evolvieren; die in die Biosphäre einbegriffenen gesellschaftlichen Systeme, die sich arbeitsteilig erhalten und verändern, stellen das jüngste Ergebnis einer Entwicklungsfolge offener Systeme dar, die man als „Serie von Instabilitäten“ und als – durch Zufall und Notwendigkeit vermittelte – gesetzmäßige Evolution „zu Zuständen höherer Funktionalität und damit auch höherer Ordnung“ gekennzeichnet hat⁵¹.

Die Gesetzmäßigkeiten, welche den Austausch, die Erneuerung und die Veränderung von Systemen einer jeden Entwicklungsstufe kennzeichnen, stellen die Form der Betätigung, damit zugleich aber auch die Schranke der Entfaltung von Systemaktivität dar. So wird die Evolution biotischer Systeme durch zufällige Mutationen und starre Adaptationen sowie, M. Eigen zufolge, durch eine eindeutige Korrelation zwischen Informationsträgern und Funktionsträgern ermöglicht; sie wird aber hierdurch zugleich auch begrenzt. Die gegenüber der organischen Evolution ungleich größere Geschwindigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verdankt sich demgegenüber offenbar der Tatsache, daß die natürlichen Mechanismen der Mutation, Adaptation und Translation mittels sozialer Evolutionsmechanismen überspielt werden können: an die Stelle der zufälligen Mutation ist die organisierte Produktivkraftentfaltung getreten⁵², an die Stelle der starren Adaptation die regulierende Überbautätigkeit; und die informationellen und funktionellen Momente gesellschaftlicher Praxis sind aufgrund des gemeinschaftlichen Charakters dieser Praxis, insbesondere im Falle der Arbeitsteilung, zwar eindeutig aufeinander beziehbar, aber darüber hinaus auch veränderlich aufeinander abstimmbar. Das System hat aufgrund dieser organisierenden und regulierenden Mechanismen in seiner Totalität mithin eine weit größere Flexibilität, als es das fest programmierte organische System aufweist, und erlangt damit die eigentümliche Fähigkeit, den Wirkungsgrad der gesellschaftlichen Arbeit bereits im Rahmen gegebener, besonders aber durch Ablösung überholter Produktionsstrukturen schrittweise und beschleunigend zu steigern.

Die historisch-materialistische Bestimmung gesellschaftlicher Arbeit, kollektiv-praktische Handhabung des Stoffwechsels bzw. Energieaustauschs zwischen menschlicher und außermenschlicher Natur zu sein, eröffnet den Sozialwissen-

51 Vgl. hierzu und zum folgenden: Manfred Eigens Theorie über die Evolution biologischer Makromoleküle. In: Umschau 1973. S. 420–422; auch: M. Eigen, Molekulare Selbstorganisation und Evolution. In: Informatik. Nova acta Leopoldina Bd. 37/1, Nr. 206. Leipzig 1972. S. 171–223, hier S. 215–221. Vorsorglich sei an dieser Stelle noch einmal betont, daß es sich hierbei um *verschiedenartige* Formen einer Entwicklung handelt, die jeweils zu ihrer Beschreibung und Erklärung *spezifischer* Wissenschaften bedürfen; mit der Anerkennung des Moments der Kontinuität im diskontinuierlichen Prozeß der Naturevolution ist mithin *nicht* der Anspruch zu verbinden, die Entwicklung *gesellschaftlicher* Verhältnisse mit naturwissenschaftlichen Mitteln klären zu wollen.

52 Vgl. zur Analogie von Mutation und Produktivkraftentfaltung: V. Childe, Der Mensch schafft sich selbst. Dresden 1969. S. 43.

schaften den angemessenen Zugang zu den ökologischen Bestimmungen sozio-ökonomischen Geschehens. Gesellschaftliche Arbeit vermittelt, regelt und lenkt den ständigen Fluß von Energien und Stoffen zwischen und in den menschlichen Organismen und den außermenschlichen Milieus als ein von den Menschen „selbst geschaffener externer Energie/Materialumwandlungs-Metabolismus“⁵³. Sie ist damit ein Mittel des wechselseitigen Aufeinanderwirkens der beteiligten Naturmomente und darüber hinaus der Durchsetzung der menschlichen Naturmacht in ihrer Naturumwelt oder Mittel eines dialektischen Prozesses dieser Momente. Als externe, kollektive und instrumentelle Stoff- und Energieumwandlung zugunsten der menschlichen Organismen vermittelt gesellschaftliche Arbeit somit einen naturdialektischen Prozess, in dem die Energien und Materialien des materiellen Kreislaufs im Gesamtsystem der Erde durch informierte Aktivität der menschlichen Populationen umverteilt werden. Die ökologischen Verhältnisse auf der Erde, in die gesellschaftliche Arbeit als Beziehung zwischen bestimmten Organismen und ihrem Milieu inbegriffen ist, stellen daher nicht einen bloß äußeren Kontext der ökonomischen Systeme dar; die Ökonomie menschlicher Vergesellschaftung ist vielmehr nur ein – freilich: ausgezeichnetes – Element der im übrigen durch die Ökologie erforschten „Ökonomie der natürlichen Systeme“⁵⁴.

Wenngleich die Entfaltung der gesellschaftlichen Beziehungen von menschlicher und außermenschlicher Natur selbst noch als Moment eines Prozesses der Gesamtnatur gesehen werden muß, der *evolutionären* Charakter trägt, stellt sich uns die gesellschaftliche Umverteilung von Energien und Materialien wegen der vergleichsweise hohen Geschwindigkeit gesellschaftlicher Entwicklung vor allem als progressive Redistribution in *zirkulären* Naturprozessen dar. Als solche ist sie gesellschaftswissenschaftlich als Wachstum der gesellschaftlichen Produktivkraft und Naturbeherrschung durch Ausweitung der produzierenden Aktivität zu begreifen. Entscheidend ist, daß durch die organisatorische und/oder instrumentelle Erhöhung der Leistung der gesellschaftlich eingesetzten Arbeitskraft zusätzliche Arbeitsfelder und überschüssige Arbeitszeit – jeweils gemessen an den Notwendigkeiten der Reproduktion des Systems – verfügbar werden und damit die Macht der menschlichen Seite im gesellschaftlichen Naturzusammenhang wiederum gesteigert werden kann: Größe und Bedürfnisse der aneignenden Bevölkerung sowie Umfang und Eigenart der angeeigneten Naturreichtümer vervielfachen sich, so daß das Wachstum der Erdbevölkerung, die Umgestaltung der Erdoberfläche, die Ausweitung des Materialverbrauchs und die Steigerung des Energiegewinns die hauptsächlich unmittelbaren Ergebnisse der organisatorischen und instrumentellen Ausweitung der gesellschaftlichen Produktion im

53 J. McHale, *Der ökologische Kontext*. Frankfurt/M. 1974. S. 60; vgl. hierzu und zum folgenden auch: O. Duncan, *Social Organization and the ecosystem*. In: R. Farris (ed.), *Handbook of modern sociology*. Chicago 1964. S. 36–82, hier S. 36–45.

54 Vgl. G. Biolat, *Ökologische Krise?* Berlin 1974. S. 79.

55 An solche unmittelbaren Ergebnisse knüpfen bestimmte mechanisch-materialistische Konzeptionen gesellschaftlicher Evolution an; vgl. z. B. M. D. Sahlins, E. R. Service (ed.), *Evolution and culture*. Ann Arbor 1960.

Verlauf der Menschheitsgeschichte darstellen⁵⁵. Naturwissenschaftlich betrachtet, stellt dieser Progress gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung als Umverteilung von Materialien und Energien eben dadurch eine Veränderung der materiellen Zyklen in der Biosphäre dar. Bekanntlich schließt schon die primitivste Form der Okkupationswirtschaft eine Verschiebung natürlicher Kreisläufe ein. Die agrarische Revolution der Jungsteinzeit, die den Nahrungsspielraum der Menschen entscheidend verbreitert, und die industrielle Revolution der jüngsten Vergangenheit, die den Wirkungsgrad vergesellschafteter Arbeit entscheidend erhöht, führen jeweils zu erheblichen Entwicklungsschüben in der gesellschaftlichen Aneignung von Materialien und Energien und zu entsprechenden Anpassungsvorgängen in anderen Dimensionen der Biosphäre, die sich – um nur einige Beispiele zu nennen – in der Verdichtung der Besiedlung, der Verarmung von Böden, der Veränderung des Tier- und Pflanzenbestandes, der Entwicklung von Städten und der Entfaltung des Verkehrs, vor allem aber in der Entwicklung von Arbeitsbevölkerung, Produktionsmittelbestand und Gütererzeugung historisch konkretisieren. Diese zunehmende Ausnutzung des Energiezuflusses – von der Anwendung kollektiver menschlicher Kräfte über die Aneignung sonstiger tierischer Energien bis zur heute überwiegenden Nutzung fossiler Energieträger – bzw. die zunehmende Verwendung des Materialbestandes im globalen Gesamtsystem – vom Eingriff in natürliche Nahrungsketten über die Aneignung bearbeiteter Naturstoffe bis hin zur Vereinnahmung erzeugter Kunststoffe – vollzieht sich notwendig als eine Serie ökologischer Instabilitäten. Solche Ungleichgewichte im Verhältnis von Lebewesen und Umwelten gehen auch in den sozialökonomischen Prozess der Vermittlung von „Mensch“ und „Natur“ ein und verändern seinen stofflichen Gehalt. Insbesondere sind Spannungen zwischen den gesellschaftlich entwickelten Bedürfnissen der Bevölkerung und den gesellschaftlich verfügbaren Reichtümern der Naturumwelt einer Gesellschaftsform, welche sich in den krisenhaften Stockungen oder Umgestaltungen des sozialökonomischen Prozesses niederschlagen, auch ökologisch beschreibbar. Instabilitäten in den materiellen Beziehungen zwischen menschlichen Lebewesen und außermenschlichen Naturumwelten werden so auch durch die Mittel ökonomischer Krisenbewältigung – durch die Entfaltung von Arbeitsproduktivität und/oder die Umwälzung des Produktionssystems – zeitweilig überspielt.

Mit der kapitalistischen Entfaltung der industriellen Produktion ist das Verhältnis menschlicher Vergesellschaftung zu ihren Naturumwelten allerdings in einen Entwicklungsabschnitt eingetreten, der sich von der vorkapitalistischen Gesellschaftsentwicklung deutlich unterscheidet. Im System der kapitalistischen Warenproduktion geraten die stofflichen und energetischen Zufuhren und Ergebnisse der Fertigung von Massengütern sowie die Entwicklung von Bevölkerung und/oder Besiedlung in bestimmten Territorien des kapitalistischen Herrschaftsbereichs offensichtlich außer Kontrolle. Die umstrittenen Veröffentlichungen des „Club of Rome“ seit 1972 haben eine breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, daß die Vergeudung der Rohstoffe, die Zerstörung der Umwelt, die Vermehrung der Bevölkerung und die Vervielfachung des Energieumsatzes im Machtbereich der kapitalistischen Produktionsweise in absehbarer Zeit zu katastrophalen Beschränkungen der Entwicklungsmöglichkeit menschlicher Verge-

sellschaftung führen können⁵⁶. Dies gilt umso mehr, als die Konsequenzen der Umwandlung kapitalistischer Produktivkräfte in Destruktivkräfte globale Reichweite haben und die sozialistischen Gesellschaften unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung bislang nur über begrenzte Kapazitäten zur Bewältigung der ökologischen Probleme verfügen. Die exzessive Expansion der industriell-kapitalistischen Produktion hat Resultate erbracht, welche die Naturbezüge gesellschaftlicher Arbeit zwar nicht allen bürgerlichen Gesellschaftstheoretikern, wohl aber den unmittelbaren Interessenten und Repräsentanten dieser Produktionsweise drastisch demonstrieren: nur den verstocktesten Vertretern der „Kritischen Theorie“ gelingt es mittlerweile noch, vor den naturhaften Bedingungen, Vermittlungen und Auswirkungen gesellschaftlicher Arbeit die Augen zu verschließen⁵⁷.

Die Ursachen der gravierenden und unter Umständen exponentiell wachsenden Störungen des ökologischen Beziehungsgeflechts werden heute gleichwohl in der Regel auf den industriell-technischen Fortschritt an sich, allenfalls auf wirtschaftliches Wachstum überhaupt zurückgeführt. Der verschwenderische und zerstörerische Charakter der kapitalistischen Anwendung von Technik und der kapitalistischen Beschleunigung wirtschaftlicher Entwicklung bleibt somit ausgeblendet, während der gesellschaftlich geplanten und gelenkten Produktion sozialistischer Gesellschaften zugleich dieselben katastrophalen Konsequenzen für die Gleichgewichte der Biosphäre unterstellt werden. Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß die kapitalistische Produktionsweise im Unterschied zur sozialistischen Wirtschaft, welche negative ökologische Auswirkungen der Produktion grundsätzlich gering halten kann und tatsächlich zunehmend zu vermeiden sucht, aus systematischen Gründen in eine ökologische Krise hineintreibt. Erstens nämlich ist die kapitalistische Wirtschaft – im Unterschied zur sozialistischen Produktionsweise, welche auf eine planvoller Vermehrung der Masse nützlicher Gebrauchswerte abzielt – auf die Produktion von abstrakten Werten und hier insbesondere von Mehrwert im Verhältnis zum Wert des eingesetzten privaten Kapitals ausgerichtet. Voraussetzungen und Ergebnisse der Produktion interessieren daher nicht in ihrer wirklichen, stofflichen oder energetischen Qualität, sondern nur als Kosten und Erlöse, die bei den einzelnen Unternehmungen anfallen oder wirksam werden. Insbesondere werden die Eigenschaften, Vorräte

56 Vgl. insbesondere: D. Meadows, *Die Grenzen des Wachstums*. Stuttgart 1972 sowie aus der deutschsprachigen Literatur hierzu beispielsweise: H. von Nussbaum (Hrsg.), *Die Zukunft des Wachstums*. Düsseldorf 1973; S. Mansholt, *Die Krise*. Reinbek 1974; J. Kuczynski, *Das Gleichgewicht der Null*. Frankfurt/M. 1973; E. Gärtner, J. Goldberg, *Wachstumsdiskussion und Umweltkrise*. Köln 1974; H. M. Enzensberger, *Zur Kritik der politischen Ökologie*. In: *Kursbuch* 33, 1973. S. 1–42; K. Krusewitz, G. Kade, *Anti-Enzensberger*. Köln 1974; als seriöse theoretische Darstellung des Problembereichs aus marxistischer Sicht ist vor allem zu nennen: W. Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Reinbek* 1975; als politisch-ökonomisch fundierten Abriss der Hauptprobleme siehe vor allem: U. Hampicke, *Kapitalistische Expansion und Umweltzerstörung*. In: *Das Argument* 93, 1975 (17. Jg.). S. 794–821.

57 Vgl. hierzu die treffenden Bemerkungen von Harich, *Kommunismus*, S. 17 ff.

und Randbedingungen aller verbrauchten Ressourcen und die Eigenschaften, Verwendungen und Auswirkungen aller erzeugten Produkte nur insoweit entscheidungsbedeutsam, als und soweit sie sich in der Wirtschaftsrechnung der Unternehmen niederschlagen. Die Verschwendung nicht-kostenwirksamer Faktoren („freie Güter“), das Abstoßen nicht-gewinnträchtiger Resultate („Schadstoffe“) des Produktionsprozesses und die Nichtberücksichtigung aller Begleitvoraussetzungen und Begleitwirkungen der Produktion entspricht daher geradezu der Rationalität des kapitalistischen Unternehmens⁵⁸. Zweitens ist die kapitalistische Wirtschaft – im Unterschied zur sozialistischen Produktionsweise, welche die Minderung des gesellschaftlichen Aufwands an lebendiger und vergegenständlichter Arbeit in der Produktion zu ihrem Programm gemacht hat – systematisch auf überflüssiges Wachstum und daher auf eine Vervielfachung der ökologischen Störwirkungen der Mehrwertproduktion angelegt. Die Politische Ökonomie des Kapitalismus hat gezeigt, daß der Wachstumsprozeß der Kapitalverwertung und Mehrwerterzeugung vor allem durch das periodische Auftreten von überschüssiger Akkumulation von Sachkapital und von übermäßiger Produktion von Warenwerten – und daher von Akkumulations- und Realisationskrisen – gekennzeichnet ist. Die kapitalistische Produktionsweise erzeugt daher augenscheinlich fallweise wiederkehrend mehr Produktions- und Konsumtionsmittel, als zur Aufrechterhaltung eines gleichgewichtigen Wachstum bei minimalen Reproduktionsstandards ohne unproduktive Güterverwendungen benötigt würden. U. Hampicke hat in einer Modellskizze systematisch-theoretisch gezeigt, daß ein kapitalistisches System, das der latenten Tendenz zum Profitratentfall entgegenwirkt, auf exponentielles Wachstum von Arbeitsproduktivität, Produktionsmittelbestand und Produktmenge angewiesen ist. Vor allem die durch immer rascheren technischen Fortschritt vermittelte exponentielle Erhöhung der Arbeitsproduktivität bewirkt schnell zunehmenden Materialverbrauch und Energieumsatz und damit wahrscheinlich „eine echte Kollision zwischen der historischen Gesellschaftsformation des Kapitalismus und den objektiven Gesetzen der physischen Welt, in der dieser existieren muß“⁵⁹.

Die allgemeine Krise des Kapitalismus stellt sich heute auch als ökologische Krise dar, weil diese Produktionsweise aus strukturellen Gründen die materiellen Voraussetzungen und Auswirkungen der Gütererzeugung nicht berücksichtigt und um der Aufrechterhaltung des Wertbildungs- und Verwertungsprozesses eine Überentwicklung der Produktion betreiben muß, welche sich in einer Technologie der Ressourcenvergeudung und der Produktverschwendung – einer „Ex-und-hopp-Technik“⁶⁰ – niederschlägt. Die ökologischen Störungen, welche die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt, dürften – wenngleich sie in vielen

58 Vgl. besonders H. Immler, Die Notwendigkeit von Stoff- und Energiebilanzen im Betrieb. In: Das Argument 93, 1975 (17. Jg.). S. 822–834, hier S. 825 ff.

59 Hampicke, Expansion, S. 821, ferner S. 809–820.

60 Diese anschauliche Bezeichnung für Verschwendungstechnologien und einige damit verbundene Gedanken verdanke ich der in Arbeit befindlichen Dissertation von H. Wersich, Untersuchung zur optimalen Energieversorgung von Zivilisationshaushalten.

Fällen bereits die Verwertungsbedingungen einzelner Kapitale beeinträchtigt – wegen der Komplexität und Interdependenz der Nebenwirkungen privatwirtschaftlichen Wachstums unausweichlich sein, solange nicht Ansätze zu zentraler wie dezentraler demokratischer Kontrolle betrieblicher Arbeitsvorgänge auch unter dem Gesichtspunkt der stofflichen Voraussetzungen und Folgen der Fertigung verwirklicht werden⁶¹.

Die abstrakte Frage, ob die ökologischen Bedingungen ökonomischer Entwicklung objektive Wachstumsgrenzen darstellen, läßt sich auch nur abstrakt, nämlich so beantworten, daß unbegrenztes Wachstum in einem begrenzten System nicht möglich ist⁶². Hingegen kann konkret ausgesagt werden, daß ein weiteres ungezügelttes Wachstum der Mehrwertproduktion und Kapitalakkumulation in absehbarer Zeit an physische Grenzen stoßen und gleichwohl nicht zu einer mechanischen Selbsterstörung des Kapitalismus führen würde. Zutreffend meint Hampicke: „Die physischen Begrenzungen und die abzusehende Kollision zwischen ökologischen Restriktionen und systemnotwendiger Expansion des Kapitalismus werden vielmehr in das Bewußtsein der Menschen treten und zu einem wesentlichen Faktor mit Rückwirkungen auf die politische Praxis werden, lange bevor die wirkliche Kollision geschieht“⁶³. Die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, die durch die drohende kapitalistische Zerstörung natürlicher Kreisläufe in der Biosphäre vollends unabweisbar werden wird, und die Einführung der gesellschaftlich geplanten und gelenkten Produktion in allen Territorien der Erde sind die Voraussetzung dafür, die gesellschaftliche Vermittlung der Naturbedingungen menschlicher Arbeit wieder zu entstören⁶⁴.

Die sozialistische Produktionsweise richtet sich auf eine möglichst wenig aufwendige Vermehrung der gesellschaftlich benötigten Gebrauchsgegenstände. Sie ist nicht genötigt, das wirtschaftliche Wachstum um der bloßen Wertsteigerung willen und um jeden Preis voranzutreiben, da die Herrschaft von Privateigentümern an Produktionsmitteln über die Produktionsleistung von Arbeitskräften aufgehoben und durch die gesellschaftliche Steuerung des gesamten Praxiszusammenhangs von Bevölkerung und Naturumwelt ersetzt ist. Das ermöglicht die Entwicklung eines abgestimmten Verhältnisses von Lebensbedürfnissen und Natureigentümern, das auf die ökologischen Kreisläufe Rücksicht nimmt⁶⁵. In welchem Ausmaß die gleichgewichtige Reproduktion von Bevölkerung, Gesellschaft und Naturumwelt sich erweitert und damit Wachstum darstellt, ist unter den angenommenen Voraussetzungen eine zweitrangige Frage.

61 Vgl. hierzu: Immler, *Notwendigkeit*, S. 828 ff.

62 Vgl. Wersich, a.a.O.

63 Hampicke, *Expansion*, S. 796.

64 Vgl. E. K. Fjodorow, *Die Wechselwirkung zwischen Natur und Gesellschaft*. Berlin 1974. S. 70 ff., 101 ff.

65 Vgl. hierzu die interessanten Ausführungen von A. Bauer, H. Paucke, *Umweltprobleme in der Sicht des historischen Materialismus und bürgerlicher Weltmodelltheorien*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 24, 1976. S. 783–798.

3. Weltgeschichte als gesetzmäßige Entwicklung ökonomischer Gesellschaftsformationen*

Weltgeschichte als regelmäßigen Gestaltwandel sich entfaltender Vergesellschaftung zu begreifen, ist das Ziel aller neueren Gesellschaftstheorie. Mit deren Geburt aus dem Geist der Revolution und der Restauration des ausgehenden 18. und des frühen 19. Jahrhunderts ist der Anspruch gesetzt, Historie als fortschreitendes und geordnetes gesellschaftliches Geschehen, als Geschichte von Gesellschaften zu begreifen. Diesem Anspruch haben die Klassiker der positiven Gesellschaftslehren des Bürgertums in ihren Versuchen, die Zustände und die Entfaltung von Vergesellschaftung im Rahmen einer Gesamtkonzeption von Natur und Geschichte zu beschreiben, mit der Konstruktion von Stadien gesellschaftlicher Evolution nachzukommen versucht. Die Fortschritte des menschlichen Geistes und sein zunehmender Einfluß auf die Vergesellschaftung der Menschen bringen A. Comte zufolge die stufenweise Zunahme der Regelmäßigkeit und Stetigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhangs mit sich¹. Dessen ursprünglich „militärischer“ Charakter verwandelt sich in die „juristische“ und schließlich in die „industrielle“ Vergesellschaftungsweise. Hingegen ergibt sich nach H. Spencer aus der Entwicklung der außermenschlichen Natur und der Anpassung der vergesellschafteten Menschen hieran eine stufenweise Zunahme der Untergliederung und des Gleichgewichts der gesellschaftlichen Verhältnisse². Auf die frühen kriegerischen Gesellschaften folgen schließlich die industriellen Gesellschaften. In den Theorien der gesetzmäßigen Rationalisierung von Weltdeutungsweisen (Dreistadientheorie) und der gesetzmäßigen Redistribution von Naturkräften (Evolutionstheorie) wird eine entsprechende Folge von Entwicklungszuständen jeweils als gesetzmäßige behauptet³. In der nachfolgenden Geschichte der bürgerlichen Sozialwissenschaften sind beide Evolutionsmodelle und die an sie anknüpfenden Entwicklungslehren nachdrücklich kritisiert worden, freilich nicht deshalb, weil sie ihre Aufgabe unzureichend bewältigt hatten, sondern weil ihre Aufgabe falsch gestellt gewesen sei. Kritisiert wurde nicht, daß „Entwicklung“ schlechthin zum Gegenstand der Gesellschaftstheorie erhoben und die verschiedenen Vergesellschaftungsweisen als „Stufen“ einer solchen Entwicklung gedeutet wurden; kritisiert wurde vielmehr die berechtigte Frage nach dem Gesamtzusammenhang von Vergesellschaftung überhaupt und nach ihrer Entwicklung im welthistorischen Prozeß. Mit ihrer Suche nach besonderen Ursachen, welche Entwicklungszustände vermitteln und abändern, weist eine solche Kritik einer Soziologie den Weg, welche sich in Betrachtungen anschaulicher Handlungs- und Verhaltenszusammenhänge verliert⁴. Die Rekonstruktion von Modellen des

* Eine gedrängte Zusammenfassung von Teilen des folgenden Abschnitts findet sich im zweiten Abschnitt der Abhandlung von H. J. Krysmanski und dem Verfasser über „Probleme der historisch-materialistischen Entwicklungstheorie. Eine Einführung“, im von H. Strasser herausgegebenen Sammelband „Explaining Social Change“ (im Erscheinen).

1 Vgl. Comte, Soziologie, Bd. 1, S. 470 ff.

2 Vgl. Spencer, Statics, S. 476 ff., bes. S. 482.

3 Vgl. im einzelnen: Tjaden, System, S. 7–18.

4 Vgl. zu dieser dogmengeschichtlichen Transformation ebda., S. 18 ff., S. 21–35.

sozialen Wandels, welche aus dem Erbgut elementaristisch-aktionstheoretischer Soziologien seit Ende des 1. Weltkriegs mühselig erfolgt, kennt daher den Formwechsel menschlicher Vergesellschaftung unter Umständen als Folie, nicht aber als zentrale Kategorie der eigenen Analyse⁵. Erst bestimmte Entwürfe des Wandels sozialer Systeme, und hier besonders die von Parsons entworfene Konzeption gesellschaftlicher Entwicklung, machen auch den Wandel gesellschaftlicher Formen wieder zum Thema der Theorie. T. Parsons beschreibt gesellschaftliche Evolution als Ergebnis vier primärer Prozesse, nämlich der Verstärkung der adaptiven Leistungsfähigkeit, der Bildung von spezialisierten Teileinheiten, der Durchsetzung einer normativen Vereinheitlichung und der Verallgemeinerung von kulturellen Werten des gesellschaftlichen Systems⁶. Für die Konzeption des Fortgangs und des Gestaltwandels gesellschaftlicher Entwicklung sind aber diejenigen Prozesse, welche das Verhältnis der nicht-sozialen Grenzsysteme zu den Umwelten von Aktionssystemen überhaupt vermitteln, von besonderer Bedeutung. Als grundlegend für den Fortgang gesellschaftlicher Entwicklung als solcher gilt die Erhöhung der Adaptionfähigkeit, als entscheidend für die Unterscheidung von Stufen gesellschaftlicher Entwicklung erscheint die Verallgemeinerung von Kulturwerten⁷. So begründet die Steigerung der Effizienz adaptiver Prozesse, gemessen an einer unbestimmt bleibenden Relation von Aufwand und Ertrag, die Entwicklungsrichtung, während Fortschritte in der Generalisierung kultureller Strukturen, insbesondere das Auftreten von Schriftkulturen und die Einrichtung autonomer Rechtssysteme, die entscheidenden Entwicklungsstufen im historischen Prozeß markieren. Diese methodische Dichotomie, welche letztlich die Entfaltung von Geschichte dem technischen Fortschritt, die Gestaltung von Geschichte aber ausdrücklich religiösen Entwicklungen zuschreibt⁸, vermag theoretisch nicht zu befriedigen. Die Antwort auf die Fragen nach der Entwicklungsrichtung und nach den Entwicklungsstufen von Vergesellschaftung sollte nicht zwiespältig sein, sondern sowohl den Fortgang als auch den Formwandel von Gesellschaftsgeschichte begreifen helfen.

In der neuesten entwicklungstheoretischen Diskussion wird hierzu immerhin angesetzt. J. Habermas hat sein kommunikationstheoretisches Gesellschaftsmodell auch im Hinblick auf evolutionstheoretische Probleme entworfen. Für die Unterscheidung von „Gesellschaftsformationen“, welche Entwicklungsstufen menschlicher Vergesellschaftung darstellen, propagiert Habermas den Begriff des Organisationsprinzips, das „die Lernkapazität und damit das Entwicklungsniveau einer Gesellschaft“ sowohl hinsichtlich des Fortschritts von Produktivkräften als auch hinsichtlich der Entfaltung von Deutungssystemen festlegt und damit den Spielraum möglicher Entwicklung überhaupt begrenzt⁹. Im Unterschied zur

5 Dies gilt schon für die Arbeiten von W. F. Ogburn, *Social Change*, London 1923 oder von Ch. Ellwood, *Cultural Evolution*, New York 1927.

6 Vgl. Parsons, *Societies*, S. 21 ff., 26 ff.; Parsons, *The System of modern societies*. Englewood Cliffs 1971, S. 26 ff.

7 Vgl. Parsons, *Societies*, S. 26.

8 Vgl. Parsons, *Systems*, S. 28.

9 Vgl. Habermas, *Legitimationsprobleme* S. 30 ff.; vgl. auch: ders., *Rekonstruktion*, S. 168 ff.

Marxschen Konzeption der Produktionsverhältnisse als einer eigentümlichen Verschränkung von Produktionsmitteleigentum und Arbeitsleistung stellen die von Habermas vorgestellten Organisationsprinzipien „hochabstrakte Regelungen“ der Spezifik sozialer Evolution dar, in denen vor allem der jeweils entwicklungsbestimmende „Bereich“ der Gesellschaft – „Verwandtschaftssystem, politisches System, Wirtschaftssystem“ – festgelegt ist. Die damit gewonnene Reihe gesellschaftlicher Formen – von der „vorhochkulturellen“ über die „traditionale“ und „kapitalistische“ Gesellschaft bis zu einer „postkapitalistischen“ Gesellschaft „staatssozialistischen“ Charakters – damit theoretisch-systematisch bestimmt zu haben, wird auch von Habermas nicht beansprucht. Es handelt sich vorerst um eine vorthoretische Klassifizierung historisch-empirischer Phänomene, deren zentrale Kategorie, das gesellschaftliche Organisationsprinzip, in der Abwehr des historisch-materialistischen Begriffs der Produktionsweise und ökonomischen Gesellschaftsformation entworfen, aber selbst nicht theoretisch entwickelt ist¹⁰. Wollte die Theorie diesen Begriff des gesellschaftlichen Organisationsprinzips selbst bestimmen und ausdeuten, so hätte sie allgemein zu zeigen, wodurch entsprechende Prinzipien Entwicklungsspielräume festlegen und was der Charakter solcher Möglichkeitsfelder gesellschaftlicher Evolution ist – eine Aufgabe, welche im Rahmen einer kommunikationstheoretischen Lerntheorie schwerlich zu bewältigen ist. N. Luhmann hat seine funktionalistische Systemtheorie in ähnlicher Weise auf eine einheitliche Deutung der Entwicklungsrichtung und der Entwicklungsstufung von Vergesellschaftung hin erweitert. Die funktionalistische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung geht von der Voraussetzung komplexitätsreduzierender Systeme aus und zielt vor allem auf die Differenzierung strukturvariiender Mechanismen, welche der Steigerung der Komplexität gesellschaftlicher Systeme selbst und damit der Steigerung der Kapazität zur Reduktion von Umweltkomplexität dienen. Es bilden sich hiernach im Entwicklungsverlauf „Systemzustände“ heraus, die mit dieser höheren Komplexität evolutionäre Vorteile darbieten und daher kaum umkehrbar sind¹¹. Solche Komplexitätszuwächse verdanken sich jeweils dem Wechsel desjenigen Teilsystems der Gesellschaft, dessen Aufgabe aufgrund höherer Eigenkomplexität und damit Leistungsfähigkeit für das Gesamtsystem vorrangig ist und damit die gesellschaftliche Entwicklung „führt“. Entsprechend werden evolutionäre Übergänge von archaischen zu politisch geführten Gesellschaften und von diesen zu wirtschaftlich geführten Gesellschaften unterschieden. Luhmann hebt hervor, daß die funktionalistische Theorie bislang nicht geklärt hat, was unter dem Vorrang von Teilaufgaben zu verstehen und wie ihr entwicklungsbestimmender Wechsel zu erklären sei¹². Dieses theoretische Defizit ist kaum zufällig. Die Ausführung einer funktionalistisch-systemtheoretisch ansetzenden Evolutionskonzeption nämlich bedürfte für die Bestimmung eines funktionellen Primats von Teilsystemen einer umfassenden Theorie der schrittweisen Entfaltung gesellschaftlicher Komplexität, welche nicht nur die selbsttätigen Steigerungen, son-

10 Vgl. Habermas, *Legitimationsprobleme*, S. 31.

11 Vgl. Luhmann, *Aufklärung* (I), S. 225 ff.

12 Vgl. ebd., S. 226.

dern auch die umweltbedingten Beschränkungen der Aktivität gesellschaftlicher Systeme in ihrem prozedierenden Verhältnis zueinander begreift und die, anders als die funktionalistische Systemtheorie, das Verhältnis von System und Umwelt in Bezug auf spezifisch gesellschaftliche Systeme entwickelt.

Die historisch-materialistische Theorie gesellschaftlicher Entwicklung geht ausdrücklich von der Auffassung aus, daß Systeme gesellschaftlicher Produktion den ausgezeichneten Ort darstellen, an dem sich die Entfaltung menschlicher Vergesellschaftung vollzieht. In der Eigenentwicklung der Entwicklungsfolge gesellschaftlicher Formationen verwirklicht sich der Prozeß des gesellschaftlichen Lernens und der Auseinandersetzung der gesellschaftlichen Naturumwelten, der aller Gesellschaftsgeschichte zugrunde liegt. Das eigentliche Problem der Theorie ist daher nicht die Bestimmung von Richtung und Stufen eines unterstellten Prozesses soziokultureller Evolution, die Deutung empirischen Kulturwandels oder die Abklärung spekulativer Funktionsverlagerungen. Ihre Aufgabe besteht darin, die innere Bewegung und das äußere Verhältnis von Gesellschaftsformationen im Hinblick auf den wirklichen Gang der Weltgeschichte gedanklich zu rekonstruieren. Diese Aufgabe ist gewiß alles andere als bereits gelöst. Die andauernde und offene Diskussion dieses Problems soll im folgenden aufgenommen und womöglich einen Schritt weitergebracht werden. Mit der Frage, auf welche Weise die Mannigfaltigkeit der welthistorischen Prozesse überhaupt als Erscheinung und Vollzug einer durchgängigen Entwicklung verstanden werden kann, soll zunächst der Gesichtspunkt gewonnen werden, unter dem sich Theorie der Gesellschaft als Theorie gesellschaftlicher Entwicklung begreifen kann. Die weitere Frage nach der Art und Weise, in der sich der Gestaltwandel des globalen Vergesellschaftungsprozesses als Folge verschiedenartiger Gesellschaftsformationen vollzieht, zielt auf die Erörterung von Gesetzmäßigkeiten dieser gesellschaftlichen Entwicklung ab. Die Frage schließlich nach dem Verhältnis der Folge von Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen, die dem sozialistischen System vorangehen, zum empirischen Prozeß der verschiedenen Gesellschaften im weltgeschichtlichen Geschehen überhaupt will vor allem versuchen, einige methodologische Probleme der Evolutionstheorie im Sinne eines Verständnisses von konkreter Gesellschaftsgeschichte klären zu helfen.

3.1. Menschheitsgeschichte und Vergesellschaftungsfortschritt

Von gesellschaftlicher Entwicklung kann nicht im Vorhinein, sondern nur rückblickend gesprochen werden, und diese Sachlage bestimmt die Art, in der Gesellschaftsgeschichte begriffen werden kann. Wir sprechen von gesellschaftlicher Entwicklung letztlich im Hinblick auf die Tatsache, daß die gesellschaftliche Produktivkraft und Naturbeherrschung der Menschen sich im Verlaufe ihrer Geschichte gesteigert hat. Der Begriff gesellschaftlicher Entwicklung setzt, wie immer man ihn ausdeutet und bestimmt, dieses Anwachsen der gesellschaftlichen Kräfte der Menschen und der gesellschaftlichen Herrschaft über die Natur voraus und muß die Bedingungen dieses Anwachsens zum Ausdruck bringen. Wir bezeichnen diese Steigerung gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung als einen Vorgang fortschreitender Vergesellschaftung und meinen

damit, daß das Verhältnis von menschlicher und außermenschlicher Naturmacht zunehmend durch zweckgerichtete gesellschaftliche Arbeit vermittelt, geregelt und gesteuert wird und daß der gesellschaftliche Arbeitszusammenhang selbst zunehmend dichter, ausgedehnter und verflochtener wird¹³. Aufgabe der Theorie gesellschaftlicher Entwicklung ist es, diesen Fortschritt von Vergesellschaftung zu begreifen und zu erklären.

Dem Begriff der Produktionsweise als der bestimmenden Struktur einer ökonomischen Gesellschaftsformation liegt die Einsicht in die allgemeine Verfaßung des globalen Prozesses von Vergesellschaftung zugrunde. Als ein Prozeß, dessen Ausgangs- und Randbedingungen in der naturgeschichtlichen Hervorbringung eines bestimmten Verhältnisses von menschlichen Organismen und außermenschlichen Milieus bestehen, spielt er sich in bestimmter Weise als kollektiv-praktische Veränderung und Aneignung der außermenschlichen Natur durch die menschlichen Lebewesen ab¹⁴. Vergesellschaftung vollzieht sich als ein systematisch-aktives Verhältnis sowohl von verschiedenartigen Naturmomenten als auch der beteiligten Menschen zueinander. Ihr Fortschritt gründet in der gesellschaftlichen, nämlich zusammenwirkenden und schließlich auch arbeitsteiligen Weise menschlichen Produzierens. Der Sachverhalt, daß menschliche Arbeit jeweils in einer bestimmten Produktionsweise vollzogen wird, erhöht schon an sich die Beweglichkeit und Wirksamkeit menschlicher Produktionsaktivität im Vergleich zu vorstellbaren unkoordinierten Aktivitäten der Lebenssicherung und Naturaneignung. Diese Verfaßtheit gesellschaftlicher Arbeit ist darüberhinaus Voraussetzung für die gezielte Ausnutzung von Arbeitserfahrung und Arbeitswerkzeugen und für die Aufteilung und Vereinigung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Sie erlaubt, die Gesellschaftlichkeit der Arbeit in eine Steigerung der Wirksamkeit dieser Arbeit und eine Entfaltung ihres Zusammenhangs umzumünzen.

Der Sachverhalt, daß Systeme gesellschaftlicher Produktion als solche eine spezifische, differenzierungs- und integrationsfähige Struktur aufweisen, ermöglicht den globalen Progress von Vergesellschaftung im Sinne eines Ansteigens von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung und einer Entfaltung der Arbeitsbeziehungen selbst¹⁵. Betrachten wir zunächst das Anwachsen gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung. Es handelt sich um eine Verschiebung im Machtverhältnis zwischen außermenschlicher und menschlicher Natur zugunsten der menschlichen Naturmacht vermöge einer Steigerung der Masse und der Leistungsfähigkeit der vergesellschafteten Arbeits-

13 Vgl. Marx, Kapital, Bd. 1. MEW 23. S. 192 ff.

14 Vgl. im einzelnen oben, Abschnitt 2.2.; vgl. zu diesem Ansatz allgemein: E. J. Hobsbawm, Introduction. In: K. Marx, Pre-capitalist economic formations. London 1964. S. 9-65, hier S. 12 ff.

15 Demzufolge ist nicht die Benennung bestimmter Produktionsweisen oder von Entwicklungsreihen solcher Produktionsweisen, sondern die Entdeckung der Existenz von Produktionsweisen und damit ökonomischen Gesellschaftsformationen überhaupt die grundlegende Leistung der historisch-materialistischen Entwicklungstheorie. Vgl. zum Doppelcharakter von Produktionsweisen in evolutionärer Hinsicht auch: F. Engels, Anteil, S. 446.

Kräfte, die durch Vergrößerung des Umfangs und der Ausnutzung der vorgegebenen Naturbedingungen, letztlich durch Steigerung des gesellschaftlichen Stoffwechsels und Kräfteumsatzes zwischen den naturalen Umwelten gesellschaftlicher Systeme zustandekommt. Die gesellschaftliche, letztlich arbeitsteilige und arbeitsverbindende Verfassung der Arbeit ermöglicht, körperliche und geistige Kräfte auf Aktivitäten zu lenken, welche die unmittelbare Okkupation von Naturbedingungen und die unmittelbare Subsistenz der Lebewesen übersteigen. Die überschüssige Arbeit, welche die gesellschaftliche Arbeitsverfassung an sich ermöglicht und welche die spezifische Produktivität der gesellschaftlichen Produktion der Menschen ausmacht, ist immer schon durch die Verwendung von natürlichen Arbeitsmitteln und durch den Rückgriff auf menschliche Arbeitserfahrungen vermittelt¹⁶. Es ist strittig, ob die Erzeugung eines gesellschaftlichen Überschusses über die reproduktionsnotwendige Produktion hinaus als ursprüngliche Eigenschaft vergesellschafteter Arbeit angenommen werden kann. Der pessimistischen Bemerkung von E. Mandel, der auf die unzulängliche Nahrungsmittelerzeugung als „eine ständige Gefahr für das Überleben der Gattung“ hinweist¹⁷, steht die optimistische Annahme M. Godeliers gegenüber, der auf die Entdeckung eines umfänglichen potentiellen Surplus in einfachen Jäger-Sammler-Gesellschaften aufmerksam macht¹⁸. Die Gleichursprünglichkeit der Arbeit als Vermittlung der Auseinandersetzung von Mensch und Natur, der gesellschaftlichen Verfaßtheit dieses Prozesses und der zweckbestimmten Nutzung der menschlichen und natürlichen Bedingungen von Arbeit läßt vermuten, daß die optimistische Auffassung die richtige ist. Auf jeden Fall aber wird ein Mehrprodukt bereits in den frühen und mittleren Phasen urchenheitlicher Entwicklung zur systematischen Erzeugung und Verwendung von Mitteln genutzt, welche gesellschaftliche Arbeit fördern. Wir haben sie mit einem Ausdruck von F. Engels als Entwicklungsmittel bezeichnet¹⁹. Die gezielte Nutzung solcher Mittel, insbesondere der Einsatz von Arbeitswerkzeugen und die Überlieferung von Arbeitserfahrungen, ermöglichen im Verlauf der urchenheitlichen Entwicklung von Vergesellschaftung die nachhaltige Überwindung der bloßen Subsistenz- und Okkupationswirtschaft durch Steigerung der Wirksamkeit der gesellschaftlichen Produktion. Wichtig ist, daß diese Steigerung von gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung dauerhaft und gleichsam unumkehrbar werden kann. Mit der Bevorratung von Arbeitserzeugnissen und vor allem der Ansammlung und Weitergabe von Entwicklungsmitteln können Störungen der Systemaktivität abgefangen und Rückfälle auf niedrigere Evolutionsniveaus gebremst werden. Diese Verstetigung des Vergesellschaftungsvorgangs als Progress von Produktivität wird insbesondere durch die Akkumulation sächlicher und die Tradition gedanklicher Entwicklungsmittel, also von Produktionsmitteln und Refle-

16 Vgl. R. Feustel, *Technik der Steinzeit*. Weimar 1973. S. 25 ff., 216 ff. Vgl. hierzu auch oben, Abschnitt 2.1.

17 E. Mandel, *Marxistische Wirtschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1968. S. 24 f.

18 M. Godelier, *Ökonomische Anthropologie*. Reinbek 1968, S. 53 f. Vgl. auch: M. Sahlins, *Stone age economics*. London 1974. S. 1–39.

19 Engels, *Biologie*. S. 565.

xionsmitteln, erreicht. Die relative Kontinuität menschlicher Vergesellschaftung verdankt sich zumal dieser historischen Verknüpfung der Mittel gesellschaftlicher Arbeit. Entscheidend für die Entfaltung von Vergesellschaftung ist aber schließlich die Fähigkeit gesellschaftlicher Arbeit zur Selbstverstärkung. Indem sie die Erzeugung, Verteilung und Verwendung eines gesellschaftlichen Bruttoprodukts *B* einschließt, das den notwendigen Konsumtionsbedarf der Arbeitskräfte *K* und den notwendigen Reproduktionsbedarf der Produktionsmittel *R* übersteigt, schließt sie auch die Produktion eines Surplus *S* ein, der bald erheblich umfangreicher ist als der Lebensbedarf der Alten und Kinder und der für eine Ausweitung der gesellschaftlichen Produktionstätigkeit eingesetzt werden kann. Die Selbstverstärkung gesellschaftlicher Arbeit vollzieht sich in einem mehrstufigen Rückwirkungsvorgang: grundlegend ist die Erzeugung von Entwicklungsmitteln für gesellschaftliche Arbeit durch Rückverwandlung von Teilen des Mehrprodukts *S* nicht nur in zusätzliche und verbesserte Mittel für die Ernährung der Arbeitskräfte, sondern auch für die Erzeugung von Entwicklungsmitteln der verschiedenen Art. Darüberhinaus aber verstärkt die Anwendung spezialisierter Arbeit auf die gesellschaftliche Arbeit deren Leistungsfähigkeit: bereits für Jäger-Sammler-Gesellschaften der jüngeren Altsteinzeit kann die Herstellung von Werkzeugen zur Herstellung von Arbeitswerkzeugen festgestellt²⁰ werden und kann als analoger reflexiver Prozess das Sammeln von Erfahrungen über die Anwendung von Arbeitserfahrungen angenommen werden. Die Entwicklung von Mitteln für die Entwicklung von Entwicklungsmitteln verleiht dem globalen Vergesellschaftungsvorgang über seine relative Kontinuität hinaus den Charakter eines akzelerierenden Prozesses, der sich in zunächst langsamem und später beschleunigtem Wachstum der Produktivität gesellschaftlicher Produktion zeigt und sich insbesondere im zunehmendem Wachstum des gesellschaftlichen Surplus ausdrückt. Der globale Prozeß zunehmender gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung ist dabei nicht als bruchlose Verschiebung im Machtverhältnis von menschlicher und außermenschlicher Natur zu begreifen. Die Entwicklung dieses Verhältnisses ist vielmehr durch langfristige Gewichtsverlagerungen in der eigentümlichen Beziehung von lebendiger Arbeitskraft und gegenständlichen Arbeitsbedingungen, kurz: von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit gekennzeichnet. Dabei kommt der lebendigen Arbeitskraft im Verhältnis zu den gegenständlichen Arbeitsbedingungen, also der Natur als Aneignungsgegenstand und den der Natur entnommenen Arbeitsmitteln, in der alt- und mittelsteinzeitlichen Phase des Vergesellschaftungsprozesses entschieden die führende Rolle zu²¹. Mit der Umsetzung von Lernprozessen aus der erweiterten Jagd- und Sammelwirtschaft in Tätigkeiten, die zur Aufzucht von Tieren und zum Anbau von Pflanzen führen, wird zwar die Entfaltung gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung wesentlich vorangetrieben. Der Übergang zu Landbau und Viehzucht führt zur kontinuierlichen Kontrolle über Naturstoffe und -energien, welche den Lebensunterhalt der Menschen nachhaltig verbessern und verstetigen, so daß V.G. Childe nicht zu Unrecht von

20 Vgl. Sellnow, Grundprinzipien, S. 113.

21 Vgl. Feustel, Technik, S. 220.

einem „revolutionären Fortschritt in der Entwicklung der Wirtschaft“ spricht²². Die weitgehende Ablösung der Jäger- und Sammler-Wirtschaft führt indessen auch zur Fixierung der menschlichen Arbeitskraft an die natürlichen Arbeitsbedingungen, die schließlich selbst territorial festgelegt werden, und zu ihrer relativen Abhängigkeit von den sächlichen Produktionsmitteln überhaupt. Der Fortschritt gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung entwickelt sich hinfort im Rahmen der Herrschaft vergegenständlichter über die lebendige Arbeit²³. Eine erneute Verschiebung im Verhältnis beider Momente bahnt sich mit der Ablösung der Vorherrschaft bauernwirtschaftlicher Produktion durch den Übergang zur fabrikmäßigen Produktion an. Die systematische Substitution menschlicher Arbeit durch Arbeits-, Antriebs- und Steuerungsmaschinen, die der Entwicklung industrieller Produktion zugrundeliegt, verstärkt die Herrschaft der menschlichen über die außermenschliche Natur wiederum außerordentlich. Zugleich aber eröffnet die Durchsetzung einer hohen technischen und ökonomischen Mobilität von Arbeitskräften und Produktionsmitteln die Möglichkeit, das überkommene Verhältnis der Herrschaft von vergegenständlichter über die lebendige Arbeit umzukehren, womit die vergesellschafteten Arbeitskräfte die vergesellschafteten Produktionsmittel beherrschen würden.

Der globale Progress von Vergesellschaftung vollzieht sich zugleich als Entfaltung der Beziehungen vergesellschafteter Arbeit selbst. Darunter ist die Verdichtung, Ausdehnung und wechselseitige Verflechtung von strukturierten Zusammenhängen gesellschaftlicher Arbeit zu verstehen. Deren Zusammenhang konstituiert sich bekanntlich durch die Art und Weise, in der Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum gesellschaftlich verteilt sind und das Zusammenwirken von Arbeitskräften und Produktionsmitteln im Produktionsprozeß bewirkt wird²⁴. Er realisiert sich in Gestalt vielfältiger Tätigkeiten der vergesellschafteten Menschen, welche funktionale und informationelle Beziehungen miteinander und zur Sachenwelt eingehen und bereits in urgeschichtlichen Zeiten die Gesamtarbeit der Gesellschaft vermittels zweckbewußter und sinnhafter Teilarbeiten durchführen. Die Aufteilung und Vereinigung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit, wie sie zuerst in Gestalt geschlechtlicher Arbeitsteilung von Jagen und Beschützen einerseits und Sammeln und Lagerversorgung andererseits verwirklicht wurde, ist von einer bestimmten gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum nicht zu trennen, weil sie die geteilte Verausgabung der Arbeitskraft und die geteilte Nutzung der Produktionsmittel der Gesellschaft durch mehrere Träger verschiedenartiger Arbeitsvorgänge einschließt und so eine gesellschaftliche Ordnung dieser Teilung notwendig macht. Im Fortschritt von Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung auf der Grundlage bestimmter Leistungs- und Eigentumsverhältnisse liegt zunächst die Vertiefung des Zusammenhangs der Teilarbeiter begründet: über die Verstärkung

22 Vgl. V. Childe, *Soziale Evolution*. Frankfurt/M. 1968. S. 34.

23 Vgl. hierzu und zum folgenden meine „Bemerkungen zur historisch-materialistischen Konzeption der Struktur gesellschaftlicher Systeme“, in: F. Maciejewski (Hrsg.), *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*. Supplement 1. Frankfurt/M. 1973. S. 78–86, hier S. 82 ff.

24 Vgl. im einzelnen oben, Abschnitt 2.2.

wechselseitiger Abhängigkeit durch die sachliche Notwendigkeit des Arbeitsverbundes hinaus handelt es sich auch um ein Angewiesensein auf die geschichtlich akkumulierten und tradierten Kräfte und Bedingungen des gesellschaftlichen Arbeitszusammenhangs, die die Menschen, um mit Marx zu sprechen, „nicht frei wählen“ und die doch „die Basis ihrer ganzen Geschichte“ sind²⁵. Die Entfaltung von Vergesellschaftung stellt sich ferner durch diejenigen Ergebnisse fortschreitender Arbeitsteilung und Arbeitsvereinigung dar, welche als Steigerung der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit beschrieben sind: ein wachsendes gesellschaftliches Mehrprodukt erlaubt die Entwicklung von Arbeitsteilung durch die Aufnahme von Arbeiten, welche den gegebenen Produktionszusammenhang übersteigen und insofern Neuerungen darstellen, unter Umständen nur mittelbar produktiv sind oder schließlich auch nicht-produktiven Charakter tragen. Eine solche Ausweitung des Feldes gesellschaftlicher Tätigkeit kann sich als Ausdehnung des Systems selbst oder als seine Verflechtung mit anderen Systemen in Gestalt des Austausches von Überschüssen darstellen. Solche Erweiterungen des Systems gesellschaftlicher Produktion stellen die gesellschaftlichen Teilungen der Arbeit dar, deren Einführung die geschichtliche Entfaltung von Vergesellschaftung als Arbeitszusammenhang kennzeichnet. Mit der Herauslösung der Nomadenviehzucht aus Wirtschaftseinheiten, in denen Bodenbau und Viehzucht zusammen betrieben waren, wurde die erste gesellschaftliche Arbeitsteilung, zusammen mit der Einführung des regelmäßigen Austausches der Erzeugnisse von Bodenbauern und Viehzüchtern, vollzogen²⁶. Die gesellschaftliche Verteilung von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum in den urgeschichtlichen Produktionssystemen wurde indessen erst durch den Vorgang berührt, den Marx und Engels als Teilung von Stadt und Land bezeichnen²⁷. Die Verselbständigung des Handwerks gegenüber der Land- und Viehwirtschaft führt letztlich zur Unterscheidung individueller Warenproduzenten und damit zur Auflösung der urgemeinschaftlichen relativen Gleichverteilung von Leistung und Eigentum. Die Verselbständigung des Handels als weiterer Bereich gesellschaftlicher Arbeitsteilung ist hierin bereits angelegt. Als zweiten entscheidenden Schritt in der Geschichte des Zusammenhangs gesellschaftlicher Arbeit muß man die Herausbildung vielfältiger intersystemarer Beziehungen sowie die Verselbständigung eines weiteren Bereichs gesellschaftlicher Teilarbeit gegenüber dem Zusammenhang der produktiven und reproduktiven Arbeit bezeichnen. Diese moderne Ausweitung der gesellschaftlich geteilten Arbeit ermöglicht letztlich die Mobilisierung verschiedenartiger gesellschaftlicher Potenzen, insbesondere wissenschaftlicher und politischer Art, für die Planung und Steuerung der gesellschaftlichen Arbeit als ganzer auf der Grundlage einer gesellschaftlichen Verteilung von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum, welche einer bewußten und zweckmäßigen Einrichtung der Produktionsverhältnisse entspringt.

Die historisch-materialistische Theorie geht als Entwicklungstheorie von eben dieser weltgeschichtlichen Entfaltung menschlicher Vergesellschaftung aus, die

25 K. Marx, Marx an Pawel Wassiljewitsch Annenkow. MEW 27, S. 451–463, hier S. 452.

26 Vgl. Sellnow, Grundprinzipien, S. 92, 115.

27 Vgl. K. Marx, F. Engels, Die deutsche Ideologie. MEW 3. S. 50 ff.

sich im Verhältnis von Naturmächten wie im Verhältnis von Trägern der gesellschaftlichen Arbeit vollzieht. Den Gesichtspunkt, unter dem sie das weltgeschichtliche Geschehen begreifen will, gewinnt sie aus der Anerkennung dieses Prozesses als ihrer Voraussetzung. Es handelt sich um die Frage, wie sich menschliche Vergesellschaftung als Steigerung der menschlichen über die außermenschliche Naturmacht und als Entfaltung des Zusammenhangs gesellschaftlicher Arbeit selbst entwickeln und die Bedingungen der Möglichkeit eines globalen und rational konstituierten Systems gesellschaftlicher Produktion hervorbringen konnte. Diese Entfaltung von Vergesellschaftung muß als Grundzug des welthistorischen Prozesses gelten, der in der naturgeschichtlichen Erzeugung von Bedingungen menschlichen Lebens seinen Anfang nimmt und in die Verwirklichung eines globalen Systems menschlicher Gesellschaft einmündet. Insofern ist die tatsächliche Mannigfaltigkeit von Weltgeschichte Realisierung einer bestimmten Entwicklungslinie und ist es gerechtfertigt, diese Mannigfaltigkeit tatsächlich im Rahmen einer allgemeinen Theorie zu betrachten. Dabei trägt dieser Vergesellschaftungsprozeß ebenso menscheitsgeschichtlichen wie naturgeschichtlichen Charakter²⁸. Die skizzierte Prozedur der sich selbst erneuernden und erweiternden gesellschaftlichen Produktion rechtfertigt auf neue Weise den alten Satz, daß die Menschen sich und ihre Geschichte selbst erzeugen. Gleichwohl ist dieser Prozeß durchgängig auch Verwirklichung eines naturgeschichtlich gesetzten Verhältnisses, nämlich des Verhältnisses jener Naturmächte, die in gesellschaftlicher Arbeit sich verschränken.

3.2. Gesellschaftsgeschichte und Gesellschaftsformen

Wenn gesellschaftliche Entwicklung wesentlich eine Vermittlung von Naturmomenten durch gesellschaftliche Arbeit darstellt, welche sich in eigentümlichen Formen der Koppelung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln und der gesellschaftlichen Verteilung dieser Produktionsbedingungen vollzieht, dann handelt die Theorie gesellschaftlicher Entwicklung letztlich von der Entfaltung dieser Vermittlung innerhalb dieser Formen sowie im Wechsel dieser Formen gesellschaftlicher Produktion. Sie ist Theorie der inneren Entwicklung und insbesondere Entwicklungsfolge von Produktionsweisen und der durch diese Produktionsweisen geprägten Gesellschaftsformationen als Entfaltungsgeschichte globaler Vergesellschaftung. Nicht Gesellschaftsgeschichte als solche, sondern das Geschehen und die bestimmte Aufeinanderfolge von Gesellschaftsformationen ist ihr Thema, nämlich dasjenige Geschehen und diejenige Aufeinanderfolge, welche Weltgeschichte als Linie fortschreitender Vergesellschaftung im eben erörterten Sinne verwirklicht. Im Mittelpunkt stehen die strukturellen Prozesse und die strukturellen Variationen gesellschaftlicher Produktion, welche im Entwicklungsvorgang und in der Entwicklungsfolge der ökonomischen Gesellschaftsformationen auf der Grundlage akkumulierter und tradierter Entwicklungsmittel und in wechselnden Formen der reproduktiven und reflexiven Bestandserhaltung diesen Fortschritt verwirklichen. Diese Eigenentwicklung und

28 Vgl. im einzelnen oben, Abschnitt 2.3.

Entwicklungsfolge von Produktionsweisen und ökonomischen Formationen von den urgeschichtlichen Anfängen der Gesellschaftsgeschichte bis zu den gegenwärtigen Ansätzen zur Verwirklichung eines globalen Vergesellschaftungssystems kann als gesetzmäßige Entwicklungsfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen begriffen werden.

Diese Annahme ist aus verschiedenen Gründen mißverständlich und umstritten. Zunächst ist jede Diskussion dieses Problems durch die apodiktische These J. Stalins belastet, die Geschichte kenne fünf Grundtypen der Gesellschaftsordnung, nämlich die Urgemeinschaft, die Sklaverei, den Feudalismus, den Kapitalismus und den Sozialismus²⁹. Die kritische Diskussion solcher Grundannahmen hat sich vor allem an der Frage festgemacht, ob die von Marx sogenannte asiatische Produktionsweise in dieser Reihe einen Platz habe oder nicht³⁰. Sie hat, über diese Sachfrage hinaus, überhaupt deutlich erkennen lassen, daß eine Reduktion von Weltgeschichte auf eine Abfolge dieser fünf Formen nicht nur empirisch, sondern auch im Sinne der historisch-materialistischen Theorie selbst äußerst fragwürdig ist. Und wenn auch die ideologische Selbstreflexion sozialistischer Gesellschaften dazu neigt, Geschichte unter das Schema der fünf Formationen zu subsumieren, bewegt sich die theoretische Diskussion in denselben Gesellschaften doch auf ein Verständnis des historischen Prozesses hin, das Weltgeschichte im ganzen als Realisierung formativer Gesetzmäßigkeiten begreifen will³¹.

Eine Theorie der gesetzmäßigen Bewegung und Abfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen ist darüberhinaus vor allem dadurch belastet, daß über den Charakter und die methodische Bedeutung gesellschaftlicher Gesetze vielfach Unklarheit besteht. Nach unserem – an dieser Stelle nicht näher ausführbaren – Verständnis stellen gesellschaftliche Gesetze Regelmäßigkeiten des gesellschaftlichen Geschehens dar, welche weder rein zufällig noch völlig notwendig zustande kommen, sondern spezifische Kombinationen von ökonomischen Erfordernissen und historischen Spielräumen menschlicher Tätigkeit sind³². Daher ist die Vorstellung eines völlig willkürlichen und ungeordneten geschichtlichen Geschehens mit der Annahme einer formativen Gesetzmäßigkeit von Gesellschaftsge-

29 Vgl. J. Stalin, Über dialektischen und historischen Materialismus. In: Stalin, Fragen des Leninismus. Berlin 1955. S. 724–759, hier S. 749.

30 Vgl. Marx, Kritik, S. 9. Zur Diskussion der Frage der asiatischen Produktionsweise bei Marx und Engels und im Anschluß an sie bis in die unmittelbare Vergangenheit vgl. besonders G. Sofri, Über asiatische Produktionsweise. Frankfurt/M. 1972. Hervorzuheben ist insbesondere die Diskussion in *La Pensée* seit Heft 114, 1964. – B. Hindess und P. Q. Hirst (Pre-capitalist modes of production. London, Boston 1975, S. 178 ff.) diskutieren die Frage der asiatischen Produktionsweise methodisch angemessen, wenn sie fragen, ob die den „asiatischen“ Formen der Vergesellschaftung gemeinhin zugesprochenen Merkmale überhaupt den inhaltlichen Bestimmungen genügen können, die der Begriff Produktionsweise enthält, wobei sie m. E. an einer unzureichenden Explikation der Konzepte Produktionsweise und Gesellschaftsformation scheitern.

31 Vgl. als Beispiel einerseits: Lehrbuch Politische Ökonomie. Vorsozialistische Produktionsweisen. Frankfurt/M. 1972 (Moskau 1970); andererseits: J. Semjonow, Zur Diskussion über die ökonomische Gesellschaftsformation als historisches Entwicklungsstadium. In: Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge 27, 1974. S. 161–166.

32 Vgl. auch oben, Abschnitt 1.

schichte ebenso unverträglich wie die Behauptung einer völlig zwangsläufigen und unausweichlichen Reihung gesellschaftlicher Formen. Gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit bedeutet vielmehr auch in der Entwicklungstheorie die Aufhebung des Gegensatzes von ökonomischer Notwendigkeit und historischem Zufall in der gesetzmässigen Vermittlung von ökonomischen Erfordernissen und historischen Spielräumen, und zwar hier im Hinblick auf den durchgängigen Zug fortschreitender Vergesellschaftung in der bisherigen und in der absehbaren Gesellschaftsgeschichte. Diese Annahme soll insbesondere hinsichtlich der Idee der Entwicklungsfolge ökonomischer Gesellschaftsformationen erläutert werden.

Gesetzmäßigkeit der Aufeinanderfolge gesellschaftlicher Formationen bedeutet eine Abfolge von Systemen gesellschaftlicher Produktion, in der gesellschaftliche Arbeit stufenweise erweitert und wirksamer wird. Als ökonomisch notwendig kann eine solche Entwicklungsfolge insofern gelten, als bestimmte grundlegende Stufen fortschreitender Vergesellschaftung Vorbedingung der Verwirklichung eines umfassenden und planvoll gesteuerten ökonomischen Systems sind. Unstrittig ist in der historisch-materialistischen Theorie in dieser Hinsicht die Notwendigkeit des Wechsels von vorantagonistischen zu antagonistischen Gesellschaftsformen und deren Ablösung durch eben das nachantagonistische System³³. Eine nachhaltige Steigerung gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung sowie des Ausbaus gesellschaftlicher Arbeitsteilung erforderte die Ablösung der urgemeinschaftlichen relativen Gleichverteilung von Arbeitsleistung, Produktionsmitteln und Erträgen durch antagonistische Klassengesellschaften. Erst diese Klassengesellschaften, die auf Ungleichverteilung von Arbeitsleistung und Produktionsmitteleigentum unter den Gesellschaftsmitgliedern beruhen, konnten vermittels politischen oder ökonomischen Zwangs die Effektivität wie die Differenzierung und Integration gesellschaftlicher Produktion steigern und schließlich mit der modernen Entfaltung von Produktivkraft und Naturbeherrschung den Übergang zur sozialistischen Produktionsweise vorbereiten. Diese Ablösung der antagonistischen Gesellschaftsverfassung selbst erscheint als ökonomisch notwendig, weil durch die kapitalistische Produktionsweise selbst Fortschritte im globalen Vergesellschaftungsprozeß generiert und gesamtgesellschaftliche Potenzen mobilisiert werden, welche die Effizienz des kapitalistischen Arbeits- und Verwertungsprozesses abstützen sollen, zugleich aber dem Prinzip privater Kapitalverwertung zuwiderlaufen. Darüberhinaus besteht auch weitgehend Einigkeit darüber, daß der Übergang vom politisch-grundeigentümlichen Herrschafts-Knechtschafts-Verhältnis, wie es im europäischen Feudalismus realisiert war, zur kapitalistischen Klassengesellschaft ungeachtet der übrigen Differenzierungen klassenantagonistischer Entwicklung einen besonders wichtigen Einschnitt darstellt. Diese ausgezeichnete Bedeutung der Ablösung jener Verhältnisse durch die ökonomisch erzwungene und vermittelte Beziehung von

33 Vgl. hierfür und für das folgende z. B. die ansonsten konträren Positionen zum Problem der Formationsfolge von R. Eifler, *Fragen der Formationsfolge in der vorsozialistischen Geschichte*. In: *Deutsche Zeitschr. f. Philosophie* 21, 1973, S. 309–325 und von E. Engelberg, *Probleme der gesetzmässigen Abfolge der Gesellschaftsformationen*. In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 22, 1974, S. 145–173.

Lohnarbeit und Kapitalverwertung liegt in entwicklungstheoretischer Sicht jedoch nicht in der Möglichkeit, eine einzige Entwicklungsphase vorkapitalistischer Klassengesellschaft zu konstruieren³⁴, sondern in der Durchsetzung eines ökonomisch notwendigen neuartigen Typs der Koppelung von Arbeitskraft und Produktionsmitteln. Sie bestand in der Verwirklichung der Notwendigkeit, ein mittlerweile unzureichend produktionswirksames System der territorialen Fixierung von Arbeitskräften und Produktionsmitteln und ihrer grundherrschaftlichen Kombination durch ein System der rationellen Koppelung von zu Waren gewordenen hochmobilen Produktionsbedingungen zu ersetzen. Ähnlich wird man auch den urgeschichtlichen Übergang von der blutsverwandtschaftlichen zur ackerbaugemeindlich verfaßten gemeineigentümlichen Produktionsweise als ökonomisch notwendig bezeichnen können³⁵.

Solcher ökonomischen Notwendigkeit von Übergängen etwa zur dorfgemeindlich-gemeinwirtschaftlichen, zur herrschaftlich-grundeigentümlichen, zur rational-kapitalverwertenden und zur planvoll-gesellschaftlichen Verfassung gesellschaftlicher Arbeit stehen mannigfache historische Zufälligkeiten gegenüber, deren Wirkung die historisch-materialistische Theorie keineswegs unterschätzt. Die Regelmäßigkeiten des wirklichen gesellschaftlichen Geschehens, die die Entwicklungstheorie als Gesetzmäßigkeiten nachbildet und begreift, kommen nicht nur durch ökonomische Notwendigkeit, sondern auch durch historischen Zufall zustande, und die Darstellung der Gesamtentwicklung von Gesellschaftsformationen als „gesetzmäßige“ Folge zeichnet eben diese Vermittlung von Zufall und Notwendigkeit nach.

Als historisch zufällig im Hinblick auf die globale Entfaltung von Vergesellschaftung erscheinen zunächst natürliche Veränderungen des geographischen Milieus. R. Feustel betont bei aller Kritik an mechanistisch-materialistischen Verabsolutierungen solcher Bedingungen deren vermittelte Wirksamkeit. So war die Entstehung einer entwickelteren Produktionsweise als die der Jäger-Samm-

34 Vgl. hierzu besonders: B. Töpfer, Zur Problematik der vorkapitalistischen Klassengesellschaften. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, IV, 1967. S. 259–286; B. Töpfer, Zur Frage der gemeinsamen Wesensmerkmale der vorkapitalistischen Klassengesellschaften und der Anwendung des Revolutionsbegriffs für die Zeit des Bestehens dieser Gesellschaften. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 12, 1971. S. 221–230; H. Assing, Die Bedeutung der Kategorie „ökonomische Gesellschaftsformation“ für die Erforschung vorkapitalistischer Klassengesellschaften. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 12, 1971. S. 199–214; R. Eifler, Vorkapitalistische Klassengesellschaft und aufsteigende Folge von Gesellschaftsformationen im Werk von Karl Marx. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 20, 1972. S. 577–596.

35 Vgl. K. Marx, Entwürfe einer Antwort auf den Brief von V. I. Sassulitsch. MEW 19. S. 384–406; zur Diskussion der Entwicklungsformen in der Urgeschichte: R. Feustel, Zum Problem der Evolution und Revolution in urgeschichtlicher Zeit. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 14, 1973. S. 55–80 und die daran anschließenden Diskussionsbeiträge; zur Diskussion des Übergangs zur ackerbaugemeindlichen Produktionsweise und des Übergangs zur frühen Klassengesellschaft: G. Guhr, Ur- und Frühgeschichte und ökonomische Gesellschaftsformationen. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 10, 1969. S. 167–212; ferner das Diskussionsheft der Ethnographisch-Archäologischen Zeitschrift 13, 1972. S. 69 ff.; zum Übergang zum Kapitalismus vgl. auch M. Dobb, Entwicklung des Kapitalismus. Köln, Berlin 1970. S. 53.

ler-Gemeinschaft im spezifisch geographischen Milieu Australiens schwer möglich, weil domestizierbare Tiere sowie Pflanzen, „die mit angemessenem ökonomischen Aufwand kultiviert werden konnten“, fehlten. Da die Entwicklung besserer Arbeitsmittel das Verhältnis von Mensch und Natur nicht wesentlich verbessert hätte, unterblieb diese Entwicklung: „es war eben nicht notwendig, noch mehr Arbeit dafür aufzuwenden“³⁶. Umgekehrt ist der Einfluß des nacheiszeitlichen Klimas auf die Entstehung bodenbewirtschaftender Produktionsweisen in den dafür geeigneten Regionen hervorzuheben³⁷. Als historisch zufällig im entwicklungstheoretischen Sinne sind ferner jene vielfältigen individuellen Faktoren zu bezeichnen, welche vor allem vermittelt der politischen und kulturellen Aktivität gesellschaftlicher Systeme sich auf deren Entwicklungsgang auswirken, zu dem sie jedoch nur höchst vermittelt in Beziehung stehen. Was die Kritik an der Auffassung, Historie sei das Produkt von Persönlichkeiten, zu Recht als Abstraktion charakterisiert, hat doch als Zufall in einem Feld möglicher Ereignisse und als fortwirkende Tatsache entwicklungsgeschichtliche Bedeutung. Die Geschichte sozialer Bewegungen, welche meist den Übergang von überholten zu entwicklungsträglicheren Gesellschaftsformationen vermitteln, bietet, wie die Geschichte solcher Wechsel überhaupt, oft deutliche Bilder der Vermittlung notwendiger Prozesse durch zufällige Aktivität. Insbesondere stellt die Ablösung der konkreten antiken Gesellschaft durch den europäischen Feudalismus, ohnehin nur unter den Gesichtspunkten einer allgemeineren Theorie als revolutionärer Progress zu einer komplexeren Produktionsweise zu begreifen, ein reiches Feld für die Erforschung von zufälligen Bedingungen notwendiger Fortschritte dar³⁸.

Im Spannungsfeld von ökonomischer Notwendigkeit und historischer Zufälligkeit begründen und verwirklichen sich die verschiedenen konkreten Systeme gesellschaftlicher Produktion, die im globalen Vergesellschaftungsprozeß auftreten und als diese Verschränkung von Zufall und Notwendigkeit gesetzmäßigen Charakter tragen. Das bedeutet nicht, daß das materielle Substrat einer konkreten Gesellschaftsformation – etwa ihr Territorium, Arbeitskräfte und Produktionsmittel als stoffliche Elemente der Produktionsweise, die politischen und kulturellen Institutionen – im Wechsel von Gesellschaftsformationen regelmäßig in „höher“ entwickelte ökonomische Formationen eingeht. Und gewiß ist mit dieser Gesetzmäßigkeit nicht gemeint, daß solche Substrate von Gesellschaft eine bestimmte Reihe von Formationen, von der Urgemeinschaft bis zum Sozialismus, durchlaufen müssen. Vielmehr ist der komplette Transfer des materiellen Substrats einer konkreten Gesellschaftsform in eine andere konkrete Gesellschaftsformation im weltgeschichtlichen Prozeß vermutlich eher die Ausnahme als die Regel. Für den kompletten Durchlauf eines solchen Substrats durch eine ganze

36 Feustel, Technik, S. 218.

37 Vgl. Childe, Mensch, S. 71 ff.

38 Zur Diskussion dieses Übergangproblems siehe etwa: R. Günther, Herausbildung und Systemcharakter der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 16, 1968. S. 1204–1211; H. Kreissig, Zwei Produktionsweisen, „die der kapitalistischen vorhergehen“. In: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift 10, 1969. S. 361–368; Töpfer, Frage; Assing, Bedeutung; B. Brentjes, Die Sklaverei im nachantiken Europa. In: Ethnologisch-Archäologische Zeitschrift 12, 1971. S. 541–553.

Formationsreihe gilt dies daher umso mehr. Es wäre auch falsch anzunehmen, daß die Entwicklungslogik des Zusammenspiels von ökonomischer Notwendigkeit und historischem Zufall als solche überhaupt eine bestimmte Formationsfolge konstituiert, die irgendwie universalhistorische Gültigkeit habe. Vielmehr ist offenkundig, daß beispielsweise innerhalb der Entwicklung grundeigentümlicher Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse ökonomische Produktionsweisen und Formationen sehr verschiedener Art möglich sind; Klassengesellschaften, die beispielsweise auf dem Verhältnis von Sklavenarbeit und Sklavenhaltereigentum, von Dorfgemeinschaftsarbeit und Despoteneigentum, von Leibeigenenarbeit und Feudalherreneigentum, von Hörigenarbeit und Staatseigentum beruhen und in denen ein antagonistisches Verhältnis von landwirtschaftlicher Erzeugung und grundeigentümlicher Aneignung eines Mehrprodukts jeweils in einer eigentümlichen Form mit außerökonomischen Mitteln erzwungen wird³⁹. Dabei kann eine solche Vielfalt möglicher Gesellschaftsformationen des grundeigentümlichen Herrschafts- und Knechtschafts-Typs schon deshalb keine irgendwie stabile zeitliche Reihe konstituieren, weil ein historisches Nebeneinanderexistieren verschiedener dieser Formationen häufig genug beobachtet werden kann. Gleichwohl kann von einer Gesetzmäßigkeit der historischen Aufeinanderfolge bestimmter Gesellschaftsformationen gesprochen werden. Es handelt sich um diejenige Reihe ökonomischer Gesellschaftsformationen, die als Vermittlungen von ökonomischen Notwendigkeiten und historischen Zufällen der geschilderten Art in Gestalt konkreter Systeme bestimmte Entwicklungsschritte von gesellschaftlicher Produktivkraft, Naturbeherrschung und Arbeitsteilung tatsächlich verwirklicht haben. Während einer geschichtlich isolierten und andauernd stagnierenden Form gesellschaftlicher Produktion das Prädikat eines gesetzmäßigen Auftretens kaum sinnvoll zugesprochen werden kann, handelt es sich bei der von Marx genannten Folge von „asiatischer, antiker, feudaler und modern bürgerlicher Produktionsweise“⁴⁰, die durch die uralgemeinschaftlichen und sozialistischen Produktionsweisen zu ergänzen ist, um die historisch eigentümliche und ökonomisch erforderliche Stufenfolgen von Produktionsweisen, welche in konkreten Systemen verwirklicht, den tatsächlichen weltgeschichtlichen Fortschritt von Vergesellschaftung betrieben haben⁴¹.

In diesem Zusammenhang ist auf die Entwicklungsgesetzlichkeit der Formationen selbst zu verweisen. Der Begriff der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetzmäßigkeit bezieht sich auch auf die innere Bewegung bestimmter Gesellschaftsformationen. Wir unterstellen, daß auch hier die Vermittlung von ökonomischer Notwendigkeit und historischem Zufall konstitutiv für die gemeinte konkrete Bewegungsweise ist, die als Gesetzmäßigkeit begriffen wird. Die Art und Weise, in der die Erzeugung und Aneignung des gesellschaftlichen Produkts B und in den antagonistischen Gesellschaften insbesondere des Surplus S bewerkstelligt wird und Arbeitskraft und Produktionsmittel sich verbinden, ist als

39 Vgl. in diesem Zusammenhang Marx, Kapital, Bd. 3. S. 798 ff.

40 Marx, Kritik, S. 9.

41 Vgl. Engelberg, Probleme, S. 149.

das grundlegende Gesetz ökonomischer Formationen zu verstehen⁴². Spezifische strukturell-genetische Gesetzmäßigkeiten, welche bestimmte Verhältnisse von lebendiger Arbeit, vergegenständlichter Arbeit und gesellschaftlichem Produkt bzw. Produktteilen ausdrücken, artikulieren die grundlegende Struktur und den durchgängigen Prozeß gesellschaftlicher Arbeit in der jeweiligen Produktionsweise. Die jeweiligen Zielfunktionen der ökonomischen Systemaktivität lassen sich als ein bestimmtes Verhältnis von Brutto-, Netto- oder Surplusprodukt zu Größen darstellen, die insgesamt den notwendigen Reproduktions- und Konsumtionsbedarf der Produktionsbedingungen bezeichnen. Während urgemeinschaftliche Produktionsweisen einer entwickelteren Stufe vor allem auf die Erhöhung eines gemeinschaftlichen Bruttoprodukts B abzielen, stellen die antagonistischen Klassengesellschaften in jeweils verschiedener Form auf eine Erhöhung des Mehrprodukts S ab. Beispielsweise kann die ackerbaugemeindliche Produktion und Aneignung des Mehrprodukts durch den despotischen Obereigentümer in der sogenannten asiatischen Produktionsweise wohl vielfach durch das Ziel einer Vermehrung des gesellschaftlichen Surplus auch auf Kosten des produktiven Konsumtions- und Reproduktionsbedarfs gekennzeichnet werden.

Demgegenüber wird man jedenfalls für bestimmte Arten des feudalistischen Herrschaftsverhältnisses davon ausgehen können, daß das Mehrprodukt durch den Grundherren zwar überwiegend angeeignet wird, aber unter Wahrung einer bestimmten Relation von bäuerlichem Konsum zum Produktionsmitteleinsatz, welche eine langsam Erweiterung der gesellschaftlichen Produktion zuläßt, was etwa durch das Verhältnis $\frac{S}{R+K}$ wiedergegeben wird⁴³. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise schließlich regelt sich durch das Verhältnis des als Mehrwert dargestellten Surplus S zur Summe von $R+K$ als eingesetztes Gesamtkapital. Demgegenüber steuert sich die sozialistische Produktionsweise nach Maßgabe des Zielwerts der Maximierung des gesellschaftlichen Nettoprodukts $(K+S)$ oder, fortgeschrittener, des gesellschaftlichen Bruttoprodukts $(R+K+S=B)$ im Verhältnis zum notwendigen Aufwand von vergegenständlichter Arbeit (Reproduktion der Produktionsmittel R) und lebendiger Arbeit (Konsumtion der Arbeitskräfte K). Die entwicklungstheoretische Bedeutung dieser formativen Gesetzmäßigkeiten besteht aber letztendendes darin, daß die hier bezeichneten ökonomischen Produktionsweisen – von den urgeschichtlichen Produktionsweisen über die asiatische, die feudalistische und die kapitalistische Gesellschaftsform bis hin zu sozialistischen Produktionsweisen – eine Stufung steigender Produktionswirksamkeit und zunehmenden Vergesellschaftungsgrades der gesellschaftlichen Arbeit überhaupt darstellen und aufeinander aufbauen. Wenn wir eine hi-

42 Für die Konstitution einer Gesellschaftsformation und der sie strukturierenden Produktionsweise ist mit der Art der Aneignung auch schon eine bestimmte Art der *Erzeugung* des gesellschaftlichen Mehrprodukts charakteristisch, eine Akzentsetzung, die von Hindess und Hirst (Modes, vgl. z. B. S. 183 f., 193–200) mit erheblichen Konsequenzen für die Theorie der vorkapitalistischen Produktionsweisen überhaupt vernachlässigt wird. Im folgenden wird demgegenüber ein erster, noch unzureichender Versuch unternommen, die verschiedenen formationsbegründenden Arten, den Produzenten Mehrprodukt abzupressen, in der Form ökonomischer Relationen darzustellen, welche freilich nur die Struktur der jeweiligen Produktionsweise statisch reflektieren können.

43 Vgl. Marx, Kapital, Bd. 3. S. 802 und 804.

storische Folge bestimmter Gesellschaftsformationen als gesetzmäßig kennzeichnen, da sich in ihr Entwicklungsschritte gesellschaftlicher Produktivkraft und Naturbeherrschung und der gesellschaftlichen Arbeitsteilung verwirklichen, so bedeutet dies genauer, daß diese Folge der Entwicklungsgesetzlichkeit der einzelnen Formationen nach eine Reihe von sozialökonomisch zunehmend potenten Formationen darstellt⁴⁴. Abstrakt gesprochen verwirklicht sich in ihr ein gesellschaftlicher Lernprozeß globalen Ausmaßes. Aber dieser Prozeß erhält seine Kontinuität aus der Diskontinuität der einzelnen Formationsentwicklungen: die Fortschritte der menschlichen Vergesellschaftung, welche eine frühe Formation dieser Folge realisiert hat, sind durch deren ökonomische Struktur auf die Dauer nicht zu steigern, so daß das System angesichts gewachsener Bedarfe selbst in Reproduktionsschwierigkeiten hineingerät. Die weitere Entfaltung der Produktivität, Differenzierung und Integration gesellschaftlicher Arbeit ist nunmehr durch die Revolutionierung der Produktionsweise, durch Verwirklichung einer komplexeren Struktur zu leisten. Dies kann nur durch tatsächlich verändernde Praxis geschehen. Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Entwicklung bedeutet im Bezug auf die Folge ökonomischer Gesellschaftsformationen mithin in der Tat nicht, daß der historische Prozeß automatisch voranschreitet. Gemeint ist vielmehr letztlich die durch Notwendigkeit und Zufall vermittelte Erzeugung der Bedingungen, welche die praktische Herstellung besserer gesellschaftlicher Existenzweisen ermöglichen. Ein Übergang zu einer neuen Produktionsweise, die praktische Einrichtung der potenteren ökonomischen Struktur, stellt mithin einen Bruch im Prozeß globaler Vergesellschaftung dar. Gleichwohl ist dieser Prozeß nicht nur unter dem allgemeinen Gesichtspunkt der – mithin stufenweisen – Entfaltung von Produktivkraft, Naturbeherrschung und Arbeitsteilung als zusammenhängender Fortschritt zu betrachten. Die in der konkreten historischen Entwicklung vollzogene tatsächliche Übernahme und Verarbeitung von akkumulierten Elementen der gesellschaftlichen Produktivkraft und Naturbeherrschung und von tradierten Elementen des kulturellen und politischen Überbaus der Gesellschaft belegen auch empirisch jene Kontinuität, die dem globalen Vergesellschaftungsprozeß als dominante Entwicklungslinie realer Historie tatsächlich zukommt.

3.3 *Formationsentwicklung und Weltgeschichte*

Die Reihe: urgemeinschaftliche, asiatische, antike, feudale, kapitalistische und sozialistische Produktionsweisen stellt eine Folge von – im Sinne des Fortschreitens gesellschaftlicher Produktivkraft, Naturbeherrschung und Arbeitsteilung – progressiven Etappen des globalen Vergesellschaftungsprozesses dar. Das Problem, wie diese Formationsfolge zur Totalität des universalhistorischen Prozesses sich verhält, mit dem sie offensichtlich nicht identisch ist, ist in der historisch-materialistischen Theorie seit langem Gegenstand mannigfacher Erörterungen. Diese konzentrieren sich bislang überwiegend auf die Klärung der Frage, welche Formationsarten im weltgeschichtlichen Prozeß zu unterscheiden und wie entsprechende Produktionsweisen zu bestimmen sind. Die Diskussion um die asi-

44 Vgl. zum folgenden auch Engelberg, Probleme, S. 148 f.

atische Produktionsweise und die kaum weniger intensive Diskussion zum Begriff des Feudalismus – beides Fragen, denen im Hinblick auf die Theorie des Charakters der verschiedenen Gesellschaften in der Dritten Welt und ihrer politischen Entwicklungsperspektiven erhebliche Bedeutung zukommt – kennzeichnen diese Fragestellung. Im Zuge der zunehmenden intersystemaren Verflechtung und Überlagerung und vor allem der praktischen Selbstentwicklung jener konkreten Gesellschaften, die den Systemen des Kapitalismus und des Sozialismus nicht eindeutig zuzurechnen sind, gewinnt freilich die Frage, welche Gesellschaftsformationen in universalhistorischem Maßstab überhaupt zu unterscheiden sind, mehr und mehr abstrakten Charakter. So können wir in Ansehung der Entwicklungsgeschichte der gegenwärtig existierenden Produktionsweisen und konkreten Gesellschaften wiederholen, was Marx für die Entwicklungsgeschichte der bürgerlichen Welt gesagt hat: „Aber die richtige Anschauung und Deduktion derselben als selbst historisch gewordener Verhältnisse führt immer auf erste Gleichungen – wie die empirischen Zahlen z.B. in der Naturwissenschaft –, die auf eine hinter diesem System liegende Vergangenheit hinweisen. Diese Andeutungen, zugleich mit der richtigen Fassung des Gegenwärtigen, bieten dann auch den Schlüssel für das Verständnis der Vergangenheit – eine Arbeit für sich, an die wir hoffentlich auch noch kommen werden. Ebenso führt diese richtige Betrachtung andererseits zu Punkten, an denen die Aufhebung der gegenwärtigen Gestalt der Produktionsverhältnisse – und so foreshadowing der Zukunft, werdende Bewegung sich andeutet“⁴⁵. In einer solchen Betrachtung von Weltgeschichte als wirklicher Bewegung zu werdender globaler Vergesellschaftung erscheinen insbesondere bestimmte methodische Kontroversen als abstrakt, welche sich auf den Charakter des Verhältnisses von gesetzmäßiger Formationsfolge und wirklicher Weltgeschichte selbst beziehen. Die hierbei diskutierten Probleme können unter den Stichworten „Einheit und Vielfalt“ und „Gesetzmäßigkeit und Wirklichkeit“ von Gesellschaftsgeschichte zu zwei Fragebereichen zusammengefaßt werden. In der Gegenüberstellung von gesetzmäßiger Formationsfolge und universalhistorischem Prozeß erscheint erstens das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaftsgeschichte als einheitlicher und Gesellschaftsgeschichte als vielfältiger Entwicklung. Es ist als Alternative von „unilinear“ und „multilinear“ Entwicklung – eine Formulierung, die mit vielen Vorurteilen verbunden zu sein scheint – diskutiert worden. Die Formulierung einer solchen Alternative ist freilich, worauf E. Engelberg hingewiesen hat⁴⁶, wenig sinnvoll. Sie setzt die Annahme eines vorgegebenen Substrats von Gesellschaftsgeschichte, das sei's eine einzige, sei's viele Entwicklungen hervorbringt, voraus. Ein solches Substrat von Gesellschaftsgeschichte gibt es indessen nicht. Gesellschaftsgeschichte ist vielmehr die innere Bewegung und das äußere Verhältnis der Gesellschaftsformationen, durch die sich die universalhistorische Überlagerung von Naturgeschichte realisiert, im zeitlichen Verlauf. In Bezug auf die Vielfalt historischer Konkretisierungen von verschiedenartigen Gesellschaftsformationen an sich von Multilinearität oder von Unilinearität zu sprechen, ergibt keinen Sinn.

45 Marx, Grundrisse, S. 364 f.

46 Vgl. Engelberg, Probleme, S. 149 f.; vgl. auch: Semjonow, Diskussion, S. 160.

In Bezug auf die (ungleichmäßige und unstetige) Entfaltung der Produktivität, Differenzierung und Integration gesellschaftlicher Arbeit hingegen kann sowohl von konkreten, historisch aufgetretenen Gesellschaftsformationen, welche als Stufenfolge zu dieser Entfaltung beigetragen haben, gesprochen als auch von konkreten Gesellschaftsformationen berichtet werden, welche, wie bei den in die Gegenwart hineinreichenden Urgemeinschaften, zu dieser Entfaltung nicht beigetragen haben. Es wäre noch unangemessen, diese Spannung von Einheit und Vielfalt der gesellschaftsgeschichte mit Engelberg als „Dialektik von Unilinearem und Multilinearem“ zu bezeichnen⁴⁷, denn es sind nicht einheitliche und vielfältige Entwicklungen, welche hier voranschreiten und in einem Verhältnis zueinander stehen, sondern konkrete Gesellschaftsformationen, die im Zeitverlauf verschiedene Verhältnisse zueinander aufweisen. Die wirkliche Einheit des Prozesses menschlicher Vergesellschaftung ist sein Charakter als globaler Prozeß des gesellschaftlich-praktischen Verhältnisses von menschlichen Lebewesen und außermenschlicher Natur. Die wirkliche Vielfalt dieses Prozesses besteht in dem Auftreten einer Vielzahl von formationsbestimmenden Produktionsweisen, welche zum Fortschritt der Auseinandersetzung von Mensch und Natur und der menschlichen Vergesellschaftung beitragen können⁴⁸.

In der Gegenüberstellung von gesetzmäßiger Formationsfolge und universalhistorischem Prozeß erscheint zweitens das Spannungsverhältnis zwischen Gesellschaftsgeschichte als gesetzmäßiger und Gesellschaftsgeschichte als wirklicher Entwicklung. Dieses Spannungsverhältnis wird oft in der – ebenfalls vorurteilsbeladenen und unrichtigen – Alternative von „dogmatischer“ und „empirischer“ Geschichtsbetrachtung verdunkelt⁴⁹. In Wahrheit stellt das Bestreben, die grundlegenden Entwicklungslinien von Gesellschaftsgeschichte aufzudecken, keinen Gegensatz zum Bestreben nach Verarbeitung der erfahrbaren Wirklichkeit dar. Die Beschreibung des wirklichen Geschehens und seine Erklärung als gesetzmäßiges Geschehen stellen vielmehr notwendig zusammenhängende Momente wissenschaftlicher Erkenntnis dar. Das bedeutet im Hinblick auf die Theorie der globalen Gesellschaftsgeschichte, daß das gesetzmäßige Fortschreiten des menschlichen Vergesellschaftungsprozesses und sein Erscheinen im universalhistorischen Prozeß nicht identisch sind und daß es gerade die Aufgabe der sozialwissenschaftlichen Theorie ist, das Spannungsverhältnis von Gesetzmäßigkeit und Wirklichkeit zu verarbeiten. Die Entfaltung und Abfolge der Gesellschaftsformationen von den Urgemeinschaften über die antagonistischen Gesellschaften bis zum Sozialismus stellt eine Reihe konstitutiver evolutionärer Prozesse und revolutionärer Transformationen dar, die in verschiedenen Räumen, in verschiedenen Zeiten und in verschiedener Gestalt realisiert worden sind. Insbesondere ist das Verhältnis von gesetzmäßiger Konstitution und historisch-empiri-

47 Vgl. Engelberg, Probleme, S. 150.

48 Kaum anders wird man auch den Sinn des berühmten Textes von Marx in den „Grundrissen“ über „Formen, die der kapitalistischen Produktion vorhergehen“ interpretieren können; vgl. Marx, Grundrisse, S. 375–413.

49 Ansätze hierzu finden sich in dem im übrigen außerordentlich lesenswerten Buch von Sofri (Produktionsweise); – wobei mit dieser Bemerkung keineswegs bestritten werden soll, daß die komplizierte Entwicklungsgeschichte der historisch-materialistischen Theorie vielfach in der Tat dogmengeschichtliche Züge aufweist.

scher Realisierung nicht als ein Verhältnis von vorgegebenem Muster und nachträglichem Vollzug zu verstehen. Die Produktionsweise als die konstitutive Struktur und der konstitutive Prozeß einer Formation existiert nicht ohne die vielfältigen wirklichen Tätigkeiten, welche die Menschen in ihren Beziehungen zueinander und zur Sachenwelt eingehen und mit denen sie jene Produktionsweise realisieren. Und die Aufhebung einer Produktionsweise durch die Errichtung ökonomischer Verhältnisse, welche die gegebenen menschlichen Bedürfnisse und die verfügbaren natürlichen Hilfsquellen besser vermitteln als das obsolet gewordene, aufgehobene System, ist, wie immer man den Begriff der Revolution im einzelnen ausdeutet, allemal eine revolutionäre Tat⁵⁰. Die empirisch-historische Realität von Produktionsweisen und gesellschaftlichen Formationen überhaupt tritt zudem bekanntlich in räumlich und zeitlich vielfältiger Weise auf und verbindet sich mit Differenzierungen im Stand der Produktivkraftentwicklung und Naturbeherrschung sowie im kulturellen und politischen Überbau. Griechenland und Rom, England und Japan, die Sowjetunion und Vietnam sind geographische Stichworte für die Vielfalt der gesellschaftlichen Wirklichkeit, welche einer jeweils gleichen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit entspricht. Die gleichzeitige Existenz konkreter Gesellschaften, welche verschiedenen Produktionsweisen entsprechen, und die Vielfalt der Beziehungen zwischen diesen Gesellschaften bis hin zur Überlagerung durch dominante Gesellschaften machen das Bild noch komplizierter. Europäischer Feudalismus und asiatische Produktionsweisen, amerikanischer Kapitalismus und indianische Gentilgemeinschaften sind zwei historische Stichworte für die Vielfalt, welche die zeitliche Koexistenz und Interdependenz verschiedenartiger Gesellschaftsformationen hervorbringt. Die historisch-materialistische Theorie, weit davon entfernt, diese Vielfalt zu leugnen, sieht ihre Aufgabe vielmehr darin, sie zu verstehen und zu begreifen. Das hauptsächliche Problem der historisch-materialistischen Entwicklungstheorie besteht nicht in der Darstellung und der Verdeutlichung der formativen Entwicklungsgesetzlichkeit der bisherigen wirklichen Weltgeschichte. Die dabei auftretenden inhaltlichen und methodischen Fragen lassen sich durch theoretische, empirische wie kategoriale, Analysen letztlich klären. Die wichtigste und freilich auch schwierigste Aufgabe der Theorie besteht vielmehr darin, den gegenwärtigen weltgeschichtlichen Zusammenhang verschiedenartiger Gesellschaftsformen als Zusammenhang und als den Inhalt künftigen historischen Geschehens zu deuten. Gewiß ist die Rede von einem weltgesellschaftlichem System im Sinne der Theorie ökonomischer Gesellschaftsformen heute nicht zulässig. Gleichwohl hat der intersystemare Zusammenhang der heterogenen konkreten Gesellschaften sich in einem Maße verdichtet, welches das unbefangene Setzen von selbstreproduzierenden Produktionsweisen und entsprechend selbständigen Gesellschaftsformationen als die vielfältigen und aufeinanderbezogenen Einheiten universaler Vergesellschaftung verbietet. Historisch-materialistische Entwicklungstheorie wird sich künftig jedenfalls als Theorie des Gesamtvorgangs fortschreitender Vergesellschaftung begreifen müssen.

50 Dementsprechend kann unter dem Gesichtspunkt der Entwicklungstheorie die Auffassung von Töpfer (Frage, S. 226) nicht akzeptiert werden, der Übergang von einer Formation zur anderen als solcher könne noch nicht als Revolution begriffen werden.

Johannes Berger

Handlung und Struktur in der soziologischen Theorie

Seit geraumer Zeit dreht sich ein nicht geringer Teil der Debatten auf dem Gebiet der soziologischen Theorie um Fragen, die den Vergleich und die wechselseitige Kritik unterschiedlicher theoretischer Ansätze in der Soziologie betreffen. Bisher hat diese Debatte kaum konsensfähige Ergebnisse gezeitigt. Einerseits wissen wir noch wenig über den Prozeß, der zur Preisgabe eines Paradigmas in der Wissenschaft führt; das mindeste, was sich seit Kuhns Untersuchungen zur Struktur wissenschaftlicher Revolutionen sagen läßt, ist, daß das geläufige Bild des wissenschaftlichen Fortschritts, Theorien würden, wenn sie an den Tatsachen scheitern, durch Theorien größerer Erklärungskraft ersetzt, zu simpel ist, um den Prozeß der Zersetzung und Neubildung wissenschaftlicher Theorien einzufangen. Andererseits herrscht – jedenfalls auf dem Gebiet der soziologischen Theorie – noch zu große Uneinigkeit darüber, was überhaupt Gegenstand und Kriterien eines solchen Vergleichs sein könnten. Immerhin schälen sich in der Diskussion einige zentrale „topoi“ heraus, anhand derer die Klärung der Eigenart eines theoretischen Ansatzes in der Soziologie sinnvoll erscheint. Zu diesen gehört ohne Zweifel das Begriffspaar „Handlung und Struktur“. Die Frage nach dem Verhältnis von Handlungen zu Strukturen hat auch in der marxistischen Diskussion zunehmend an Bedeutung gewonnen. Gesellschaftliche Gebilde sind einerseits aus Handlungen aufgebaut – andererseits besitzen sie den Handlungen gegenüber, aus denen sie doch bestehen, neue und eigenständige Qualitäten, so daß vom Bewußtsein und Wollen der Beteiligten unabhängige Strukturen entstehen. Zu den mehr oder minder artikulierten Grundzügen des sich auf Marx berufenden gesellschaftstheoretischen Denkens gehören derartige Annahmen über handlungsunabhängige, *emergente* Eigenschaften sozialer Gebilde und in ihnen liegt in erster Linie begründet, warum sich die Gesellschaftstheorie nicht auf handlungstheoretischer Grundlage durchführen lassen soll. In der Soziologie werden Annahmen dieser Art gewöhnlich als „Emergenz-Doktrin“ bezeichnet: „Aus der Kombination und Verbindung von ‚Elementen‘ oder ‚Individuen‘ eines bestimmten Realitätsbereichs“ gehen nach dieser Doktrin Gebilde hervor, „denen als ‚Ganzheiten‘ spezifische, ‚emergente‘ Eigenschaften zukommen, Eigenschaften, die sich grundsätzlich nicht unter Bezug auf die Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der sie bildenden ‚Elemente‘ erklären lassen, sondern eine für sie spezifische, eigenständige Theorie erfordern“ (Vanberg 1975, S. 157). Zwei, für eine marxistische Gesellschaftstheorie wichtige Fragen lassen sich in bezug auf eine solche Doktrin stellen: a) gibt es für eine solche Annahme, wenn sie doch in die Grundlagen der Gesellschaftstheorie Eingang finden soll, ausreichende Gründe und b) welches ist eigentlich die genaue Stellung der Marxschen Theorie zum Gedanken der „soziologischen Emergenz“?

Hier trifft es sich nun gut, daß in letzter Zeit zwei bemerkenswerte Bücher erschienen sind (*Bohnen* 1975, *Vanberg* 1975), deren Autoren sich selbst der verhaltenstheoretischen Soziologie zurechnen und die ihr Zentrum in der Kritik des Gedankens der soziologischen Emergenz haben. Beide Publikationen, die durch ihre klare und jederzeit nachvollziehbare Gedankenführung überzeugen, entwerfen ein „dichotomisches“ Bild der in der soziologischen Theorie denkbaren Positionen. Die Alternative zwischen individualistischer und kollektivistischer Orientierung in der Sozialtheorie gibt für beide das zugrundeliegende Interpretationschema ab (vgl. *Vanberg*, 200) und beide resultieren in der Auffassung, daß das auf Durkheim zurückgehende „soziologische Erkenntnisprogramm“ (*Bohnen*), das sich in der These von der Gesellschaft als einer Realität *sui generis* zusammenfassen läßt, gescheitert ist. „Die traditionelle antiindividualistische und antireduktionistische Programmatik in der Soziologie“ – so *Vanberg* abschließend – ist in ihrer Begründung verfehlt und . . . substanzlos“ (261). Beide Autoren halten schließlich ein beredtes Plädoyer dafür, dem ihrer Meinung nach auf die schottische Moralphilosophie zurückgehenden individualistischen Erklärungsansatz in der Soziologie den Vorzug zu geben.

Dies finde ich deswegen so bedeutsam, weil damit die Identität jenes Problems ans Licht tritt, der die Soziologie ihren Ursprung verdankt und in dem ihre alternativen Erklärungsansätze ihre gemeinsame Wurzel finden. Zum Auseinandertreten von Individualismus und Kollektivismus (Holismus oder, wie *Danto* (1974) sagen würde, methodologischer Sozialismus) kommt es auf Grund der Beschaffenheit des „eigentlichen sozialtheoretischen Erklärungsproblems“, „wie es zu erklären ist, daß aus der gesellschaftlichen Verflechtung der individuellen Aktivitäten Ergebnisse erwachsen, die die handelnden Individuen als ihnen ‚äußerliche‘, ‚objektive‘ Macht erfahren“ (*Vanberg*, 237).

Die Soziologie entsteht in der Artikulation dieses Sachverhalts. Die Pointe der Ausführungen *Vanbergs* und *Bohnens* besteht nun darin, ausgerechnet jener Strömung soziologischen Denkens, die ihren Alleingeltungsanspruch mit der Unfähigkeit der individualistisch-utilitaristischen Tradition zur Lösung des „Hobbesschen Problems“ der sozialen Ordnung begründet, ihrerseits zu entgegenen, daß mit dem Rückgriff auf Normen als Ordnungsfaktor (*Parsons*) oder auf spezifische soziale Gesetzmäßigkeiten (*Marx*) die Frage der Entstehung der sozialen Ordnung nicht gelöst, sondern *umgangen* wird. Allein der individualistische Erklärungsansatz, der die soziale Integration aus der Tausch-Reziprozität ableite, sei dagegen in der Lage, die Genesis sozialer Ordnung verständlich zu machen.

Überraschend ist nun, daß *Vanberg* überhaupt von einem zentralen Erklärungsproblem spricht und insoweit die Gesellschaftstheorie über Inhalte und nicht über Verfahren definiert. Freilich scheut er wie *Bohnen* vor dem Gedanken, daß der objektive Schein verselbständigter Resultate interindividueller Handlungszusammenhänge kein generelles, mit jeder Gesellschaftsformation gegebenes Problem ist, sondern – worauf schon die auffällige Tatsache hätte führen können, das dieses Problem erstmals von den schottischen Moralphilosophen formuliert worden ist – ein historisch spezifisches, das erst zusammen mit der kapitalistischen Gesellschaftsformation entsteht. In dessen Bearbeitung hat die

Soziologie ihre leitenden Begriffe geformt; erst in weiteren Schritten hat sie dann ihren Grundbegriffen eine Gestalt gegeben, in der ihr sozialhistorischer Ursprung nicht mehr erkennbar ist.

Unter einem individualistischen Erklärungsansatz oder Erkenntnisprogramm verstehen Bohnen und Vanberg jenes Programm, dessen „Regeln die Erklärung aller gesellschaftlichen Tatbestände aus Gesetzmäßigkeiten individuellen Verhaltens, also mit Hilfe psychologischer Gesetze fordern“ (*Bohnen*, 6). Die entgegengesetzte Position besteht dann in der Annahme, daß jede Gesellschaft spezifische Organisationsmerkmale besitzt, die sich nicht auf Eigenschaften einzelner Individuen zurückführen lassen und daher auch nicht psychologisch, sondern nur mittels besonderer Gesetzmäßigkeiten der Ordnung von Gesellschaften erklärt werden können (vgl. *Bohnen*, 19 f.). Das ist ja der Sinn der Durkheimschen Formel, Gesellschaftliches ließe sich *nur* aus Gesellschaftlichem erklären.

Die Auseinandersetzung mit dem auch „methodologischer Individualismus“ genannten Erkenntnisprogramm ist nun so häufig von Mißverständnissen beherrscht worden, daß ich zunächst erläutern möchte, was es behauptet und was es nicht behauptet, bevor ich nochmals die an einem nicht-intentionalen Strukturkonzept orientierten Argumente dafür vortrage, warum m. E. der Individualismus in der Gesellschaftstheorie keine haltbare Position darstellt.

Der *methodologische* Individualismus enthält 1. keine Aussage darüber, ob das „Individuum“ oder die „Gesellschaft“ „primär“ ist. 2. hat er nichts mit dem politischen Individualismus gemein. Dieser „geht von allgemeinen Obersätzen aus, wie daß Freiheit zur Entwicklung des Menschen und zum Gesamtwohle mehr als alles andere beitrage und stellt eine Reihe von praktischen Behauptungen auf“; der methodologische Individualismus „tut nichts dergleichen, behauptet nichts (!) und hat keine besonderen Voraussetzungen“ (*Schumpeter* 1908, 90). 3. ist er auch kein „ontologischer“ Individualismus, in dem Sinne, daß er zwangsläufig auf Aussagen wie: es gibt nur Individuen, basiert. Der methodologische Individualist bestreitet nicht die Existenz sozialer Normen, Strukturen und Institutionen. Er wäre also gründlich mißverstanden, wenn man ihm unterstellte, er wolle die Soziologie ihres spezifischen Forschungsobjektes berauben. 4. der methodologische Individualismus ist nicht bestrebt, soziale Phänomene auf *angeborene* Verhaltenstendenzen zu reduzieren, so z. B. die Marktordnung auf natürliche Neigungen der Menschengattung. Ebenso wenig sollte ihm die Absicht unterstellt werden, zu bestreiten, daß das Verhalten sozial bedingt oder in einen sozialen Kontext eingebettet ist.

Wenn der methodologische Individualismus dies alles nicht ist, was ist er dann? Übrig bleibt nur noch, ihn 1. als eine „metaphysische Annahme“ zu interpretieren, die dem oben genannten Erklärungsprinzip zugrunde liegt: die Gesellschaft, generell formuliert, ist durchgehend und ohne Rest ein Handlungsprodukt. Der methodologische Individualismus, so *Watkins*, „is based on the metaphysical commonplace that social events are brought about by people“ (1973, 179). Allerdings: wenn er in nichts anderem als in diesem Gemeinplatz besteht, dann sind alle ernsthaften theoretischen Ansätze in der Soziologie individualistisch. 2. ist der methodologische Individualismus entweder ein Prinzip der *Beschreibung* oder der *Erklärung* sozialer Phänomene, je nachdem, ob er sich gegen

die These einer deskriptiven oder explanatorischen Emergenz wendet (vgl. Vanberg, 250). Wir müssen strikt unterschieden zwischen der Frage der Definierbarkeit soziologischer Begriffe durch psychologische Begriffe und der Frage der Ableitbarkeit spezifisch soziologischer Gesetzmäßigkeiten aus psychologischen Hypothesen. Als Beschreibungsprinzip genommen würde der methodologische Individualismus auf den Gedanken hinauslaufen, daß alle Begriffe der soziologischen Theorie in Ausdrücken der Interessen und Intentionen menschlicher Individuen analysierbar sein müssen. Das ist die Position Max Webers. Es gehört nicht zu den geringsten Vorzügen des Buches von Vanberg, eine betont handlungstheoretisch orientierte Soziologie dadurch von dem verhaltenstheoretischen Ansatz unterschieden zu haben, daß in den Handlungstheorien im engeren Sinne ein „Individualismus“ in der Definition sozialer Gebilde mit einem „Holismus“ bezüglich ihrer Erklärung eine eigentümliche Verbindung eingehen kann. Die Gegenposition zu dem methodologischen Individualismus als Bezugsrahmen für soziologische Beschreibungen bestünde dann in der Behauptung, daß z. B. „ökonomische Formbestimmungen“ und „Organisationsprinzipien“ von Gesellschaften nicht in individualistische Begriffe für ein entsprechendes Verhalten übersetzt werden können.

Individualistische *Erklärungen* liegen dann vor, wenn soziale Prozesse und Ereignisse abgeleitet werden aus: „(a) Prinzipien, die das Verhalten der beteiligten Individuen leiten und (b) Beschreibungen ihrer Situation“ (Watkins 1972, 338). Die verwendeten Gesetze in solchen Erklärungen sind allesamt psychologischer Natur. Die sozialen Bedingungen, auf die jede erfolgreiche Erklärung eines sozialen Ereignisses Bezug nehmen muß, haben dagegen ihren logischen Ort in den Randbedingungen eines in deduktiv-nomologischem Schema ablaufenden Erklärungsversuchs (vgl. Vanberg, 225, 258 u. a.). Solche Erklärungen müssen nicht unbedingt auf Individuen als konkrete, namentlich zu benennende Bezug nehmen, sondern können vielmehr auf „anonyme“ Individuen Bezug nehmen, ohne daß damit der Charakter der Erklärung als individualistischer verletzt wird. Das ist eine bedeutsame Korrektur, die der methodologische Individualismus in der Auseinandersetzung mit seinen Kontrahenten vorgenommen hat.

Meine Kritik an individualistischen Erklärungen als Grundlage der Gesellschaftstheorie möchte ich mit dem von Mandelbaum (1975) und Goldstein (1973) vorgetragenen Argument beginnen, daß „Diskurse“ über Ganzheiten nicht auflösbar sind in „Diskurse“ über individuelles Verhalten. „Technischer“ formuliert: angenommen, es gibt eine Sprache S, in der Ausdrücke für „gesellschaftliche Tatsachen“ (Mandelbaum) vorkommen (Organisationsprinzipien, Strukturen, ökonomische Formbestimmungen), dann lassen sich diese Ausdrücke nicht in eine Sprache P übersetzen, in der nur Ausdrücke für Individuen und ihr Verhalten vorkommen. Das ist das Argument Mandelbaums (vgl. a.a.O., 203). Sein Kern besteht m. E. nicht unbedingt darin, zu behaupten, daß, wenn ich von gesellschaftlichen Tatsachen spreche, ich von etwa anderem als von psychologischen Tatsachen rede, nämlich von Organisationsformen etc. und nicht von Gedanken und Handlungen von Individuen. Der Kern des Arguments bezieht sich weniger auf die Thematik einer Sprache, als auf deren Aufbau. Die hierfür wesentliche Differenz liegt darin, ob ich zur Beschreibung gesellschaftlicher Tatsa-

chen in Strukturkategorien oder in Verhaltenskategorien spreche. Mandelbaum illustriert die Unvermeidlichkeit von Strukturkategorien oder „institutionellen“ Begriffen, also einem begrifflichen Bezugssystem, das sich nicht in ein Handlungs-Bezugssystem gleich welcher Art übersetzen läßt, am Beispiel der Erklärung des Verhaltens eines Bankbenutzers. Er macht dabei vielleicht nicht immer hinreichend klar, daß der kritische Punkt des Arguments nicht darin besteht, daß Aussagen über den Bankbenutzer ganz unvermeidlich Aussagen über die Geldwirtschaft und das Rechtssystem einer Gesellschaft einschließen, sondern daß die Erklärung *sozialen* Verhaltens (die Benutzung einer Bank) auf Begriffe (z. B. Geldwirtschaft) zurückgreift, die sich nicht als Handlungsbegriffe interpretieren lassen. Gesellschaftliche Begriffe sind nicht einfach Begriffe für Gesellschaftliches. Das systematische Argument, das Mandelbaum hierfür hat, ist, daß eine „Gesellschaft“ sich nicht in soziale Handlungen auflösen läßt. Die Elemente einer „Gesellschaft“ sind selbst „gesellschaftliche Tatsachen“ und nicht soziale Handlungen (und schon gar nicht Individuen). Anderenfalls könnten in der Tat „gesellschaftliche Begriffe in Terme übersetzt werden, die sich auf individuelles Verhalten beziehen, hätten wir nur ausreichende Kenntnisse aller Interrelationen zwischen diese Individuen“ (Mandelbaum, 208 f.). Deswegen, und nicht weil die Bedeutung derartiger Begriffe entweder zu unbestimmt ist oder weil sie einer theoretischen Sprache angehören (Vandenberg, 257), lassen sie sich nicht in Ausdrücke für Individualigenschaften auflösen.

In der Arbeit Bohnens werden die Gesetze, die zur Erklärung des sozialen Verhaltens heranzuziehen sind, mit dem verhaltenstheoretischen Grundsatz spezifiziert, daß der Inhalt und die Stärke von Erwartungen über die belohnenden oder bestrafenden Konsequenzen bestimmter Verhaltensweisen (Bohnen, 29) die wesentlichen Verhaltensdeterminanten seien. Als Grundsatz der Gesellschaftstheorie kann dieser Gedanke nicht überzeugen, da das auch von Bohnen zugestandene Grundproblem der Gesellschaftstheorie doch nicht die Erklärung des Verhaltens von Individuen betrifft und auch nicht die Erklärung des Einflusses, den soziale Organisationen auf dieses Verhalten haben, sondern die Organisationsprinzipien von Gesellschaften selbst. In Frage steht, ob diese sich aus dem Verhalten von Individuen ableiten lassen. Das einzige, was Bohnen hinsichtlich dieser Frage anführt, ist der unbestreitbare Sachverhalt, daß Art und Stärke individueller Dispositionen häufig den Einfluß sozialstruktureller Faktoren widerspiegeln. Die für den Aufbau der Gesellschaftstheorie zentrale Frage ist aber nicht, ob den Organisationsprinzipien Verhaltensweisen *korrespondieren*, sondern ob sie in ihnen *bestehen*. Ebenso wenig kann mich der wiederholte Verweis Vanbergs darauf, daß soziale Phänomene unter Umständen das Produkt „sehr komplexer und historisch weit zurückliegender Handlungsverkettungen sind“ (263), zufriedenstellen. In jedem Falle, das ist Vanbergs Gedanke, sind es individuelle Handlungsantriebe, die zur Bildung von Vergesellschaftungen führen. Daher können und müssen Institutionen und Strukturen ihrer Entstehung wie ihren Wirkungen nach aus dem Verhalten erklärt werden. Die einzige hierbei auftretende Schwierigkeit besteht nicht in der Auffindung der jeweils die Vergesellschaftung regulierenden spezifischen Gesetzmäßigkeiten, sondern in der Komplexität eines Prozesses, dessen verhaltenstheoretische Gesetze in der Psycholo-

gie schon formuliert worden sind. Hätten wir nur genügend Informationen über die Interrelationen zwischen Individuen, dann könnten alle sozialwissenschaftlichen Fragen auch einer Lösung zugeführt werden. An diesem Gedanken scheint mit soviel richtig, daß die Verfolgung individueller Interessen nicht zwangsläufig zum Chaos führen muß, sondern im Aufbau einer sozialen Ordnung münden kann (z. B. bei der Gründung eines Fußballvereins). Aber m. E. verwechselt Vanberg ebenso wie Parsons die egoistischen Handlungsantriebe von Individuen mit dem Privatismus der Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft. Es macht keinen Sinn, in der Kritik an der normativen Lösung des „Hobbesschen Problems der Ordnung“ sich auf den Gedanken der Stiftung des gesellschaftlichen Zusammenhangs durch wechselseitige Interessen zu berufen. Was die schottischen Moralphilosophen zum Ausdruck bringen wollten, war ja nicht, daß die egoistischen Interessen der Individuen diese dazu bringen, sich zu vergesellschaften, sondern daß die Verfolgung von *Privat*interessen in einem systematischen Zusammenhang mit der Existenz von Märkten steht. Wenn man auch der verhaltenstheoretischen Soziologie darin wird zustimmen müssen, daß Annahmen „über das Vorherrschen bestimmter Handlungsziele in bestimmten Situationen“ nichts mit der „Herleitung sozialen Verhaltens aus spezifischen angeborenen Trieben“ (*Bohnen*, 24) zu tun haben, so können andererseits Vanberg und Bohnens nirgends klarmachen, warum es gerade eine bestimmte Gesellschaftsordnung ist, die aus den Interrelationen der nach ihren Motiven handelnden Individuen entsteht.

Vanberg begnügt sich mit dem generellen Hinweis darauf, es käme eben im jeweiligen Einzelfall darauf an, aufzuzeigen, „wie jene sozialen Rahmenbedingungen sich als Resultate des Verflechtungszusammenhangs individueller Handlungen einstellten“ (53). Die Soziologie müsse so verfahren, weil wir es auch bei den „sozialen Rahmenbedingungen, den Strukturen und Institutionen, mit dem *Verhalten* von Menschen“ zu tun hätten (ebda.). Das ist der eigentlich angreifbare Punkt der Argumentation Vanbergs und Bohnens. Es war doch gerade der Zweck der Ausführungen Mandelbaums und Goldsteins über die Art unserer Rede über soziales Verhalten, nämlich daß wir in ihr zwangsläufig auf „institutionelle“ Begriffe zurückgreifen, darzutun, daß diese unmittelbare Gleichsetzung gesellschaftlicher Tatsachen mit sozialem Verhalten *nicht* gilt. Unter „gesellschaftlichen Tatsachen“ oder „sozialen Gebilden“ dürfen wir nicht lediglich das Verhalten von Personenklassen im Unterschied zum sozialen Verhalten von Individuen verstehen (sie ließen sich in der Tat individualistisch rekonstruieren, wenn „gesellschaftliche Tatsachen“ nichts anderes als Gruppen wären. Gesellschaftliche Tatsachen sind aber eine Tatsachenmenge, in der neben Gruppen und sozialen Normen auch solche Gebilde wie gesellschaftliche „Organisationsformen“ (etwa die Trennung von Lohnarbeit und Kapital oder das Verwandtschaftssystem) und soziale Strukturen (etwa die Einkommensverteilung) vorkommen.

Angenommen, man würde einmal akzeptieren, daß „soziale Gebilde“ mit „sozialem Verhalten“ gleichgesetzt werden können (wobei im Auge zu behalten ist, daß solche „Gleichsetzungen“ oder „Übersetzungen“ nicht bedeuten, die Existenz sozialer Normen, Formen und Strukturen zu leugnen), dann bliebe immer

noch die weitere Aufgabe übrig, zu erklären, warum denn – wenn „soziale Rahmenbedingungen“ tatsächlich nichts anderes sind als die Resultate eines Handlungsgeflechts – diese Rahmenbedingungen so wenig mit den individuellen Handlungsabsichten übereinstimmen. Vanberg weiß sehr wohl, daß individuelle Motivation und soziale Konsequenzen eines Handelns in der Regel auseinanderfallen (vgl. 79 f. u. a.). Die Überlegenheit der „ökonomisch-utilitaristischen Tradition“ in der Sozialtheorie über den „Kollektivismus“ jedweder Spielart (Durkheim, Parsons, Marx) sieht er gerade in dem in der schottischen Moralphilosophie entwickelten Gedanken begründet, daß – wie es in der klassischen Formulierung Fergusons heißt – „nations stumble upon establishments, which are indeed the result of human action, but not the execution of any human design“ (zitiert bei Vanberg, 22). Warum die Einrichtung der Gesellschaft nicht mit den Plänen ihrer Mitglieder zusammenfalle und die Geschichte anders verlaufe als die Menschen es wollten, ließe sich eben nicht mit dem Gedanken der Eigenart und Eigengesetzlichkeit sozialer Gebilde, sondern nur mit der Idee der nicht-intendierten sozialen Konsequenzen individuellen Handelns erklären. M. E. ist nun diese Idee aber keine Erklärung dafür, daß „in der Weltgeschichte durch die Handlungen der Menschen noch etwas anderes überhaupt herauskomme, als sie bezwecken und erreichen, . . . das auch innerlich darin liegt, aber das nicht in ihrem Bewußtsein und in ihrer Absicht lag“ (Hegel, zitiert bei Vanberg, 236), sondern eine formelhafte, generelle *Beschreibung* dieses Sachverhalts des systematischen Auseinandertretens von „institutional framework“ und „individual actor“ (Goldstein, 273), so wie er vom Standpunkt der Akteure aus sich diesen zeigt. Insofern läßt sich der Einwand Vanbergs, mit den vorgeblichen Eigengesetzlichkeiten würde das zentrale Problem der Sozialtheorie nicht gelöst, sondern lediglich beschworen, an ihn selbst zurückgeben.

Wichtiger aber erscheint es mir, die Aufmerksamkeit auf die Interpretation zu lenken, die Vanberg dem Grundgedanken der schottischen Moralphilosophie gibt. Vanberg zitiert zustimmend Watkins Erläuterung des Grundsatzes der nicht-intendierten sozialen Folgen individuellen Handelns am Beispiel eines Fußballspiels, das unentschieden endet, obwohl das Resultat von keinem Spieler gewollt war. Watkins meint, daß uns das aber nicht zu der Folgerung verleiten sollte, das Resultat „sei durch eine unpersönliche Kraft erzeugt worden, die ‚unbewußt oder willenlos‘ arbeite“ (235). Zunächst wird deutlich, daß die Überzeugungskraft des methodologischen Individualismus über weite Strecken von der Furcht vor falschen Hypostasierungen lebt. Mandelbaum und Goldstein haben, was diesen Punkt anbelangt, darauf hingewiesen, daß ebenso wenig wie die Annahme, alle sozialen Ereignisse seien durch soziales Handeln produziert, den Schluß tragen kann, sie müßten daher auch individualistisch erklärt werden, die Behauptung, die Gesellschaft sei eine Realität *sui generis*, notwendig die Hypostasierung sozialer Entitäten impliziere. Abgesehen hiervon ist es bezeichnend, welche Ursachen in der Sichtweise des individualistischen Erklärungssatzes für die Abweichung der sozialen Ereignisse von den individuellen Motiven verantwortlich gemacht werden. Offensichtlich wird diese Abweichung allein damit begründet, daß zuviele individuelle Akteure ursächlich an dem Zustandekommen eines sozialen Ereignisses beteiligt sind. Vanberg wundert sich über die Ver-

wandtschaft der Smithschen Formel von der „unsichtbaren Hand“ mit Hegels oben zitierter Konzeption des „objektiven Geistes“ (236), die seiner Auffassung nach doch ganz entgegengesetzte Theorietraditionen entstammen. Was *beide* Formulierungen aber zum Ausdruck bringen wollen, ist weniger eine generelle Aussage über den Weg, auf dem soziale Normen aus Handlungen entstehen und diesen gegenüber den Schein selbständiger Existenz gewinnen, sondern eine Aussage über die spezifische Form der Vergesellschaftung im Kapitalismus. Meine Behauptung ist nun: wird die Redeweise von jenem „Inneren“, das nicht im Bewußtsein und der Absicht der Beteiligten liegt, aber durch ihre Handlungen hindurch doch auch in der Weltgeschichte vollbracht wird, als Aussage über die Form der Vergesellschaftung im Kapitalismus verstanden, dann läßt sich sagen, daß der methodologische Individualismus am Problem der Erklärung der *gesellschaftsspezifischen* Differenz von Verhalten und Verhältnissen scheitert. Damit komme ich zu der zweiten, oben angesprochenen Frage, welches denn die genaue Stellung der Marxschen Theorie zum Gedanken der „soziologischen Emergenz“ ist. Ich möchte sie in zwei Schritten beantworten, indem ich darauf eingehe, a) inwiefern der Strukturbegriff bei Marx ein anderer ist als im Struktur-Funktionalismus und b) daß Marx unter Verselbständigung mehr versteht als die für alle Vergesellschaftungen geltende Abgehobenheit sozialer Normen gegenüber individuellem Verhalten.

ad a) Die soziologische Theorie begreift nicht hinreichend, was Gesellschaften sind, wenn sie diese lediglich als normativ integrierte Handlungsketten auffaßt. In einer solchen Konzeptualisierung findet *erstens* die für Gesellschaften konstitutive Dimension der Auseinandersetzung mit Natur keinen Ausdruck. Im Umkreis der marxistischen Theorie steht der Begriff der „materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse“ für diese Dimension. Ich möchte nicht leugnen, daß der Marxismus mit einer soziologisch adäquaten Interpretation der Materialität dieser Verhältnisse seine liebe Not gehabt hat, insoweit für die Erfordernisse einer strikt sozialwissenschaftlichen Begriffsbildung der genannte Begriff von allen Anklängen an Physisches, Dinghaftes freigehalten werden muß. Ganz abstrakt gesprochen sind gesellschaftliche Verhältnisse insofern materiell, als sie durch den „Zusammenschluß“ vergesellschafteter Subjekte, Iche mit einem Nicht-Ich, der Natur, gekennzeichnet sind. Der Modus dieser Verknüpfung ist die Arbeit.

Zweitens gibt es zwei mögliche Wege der Bildung von Strukturbegriffen. Entweder definieren wir Sozialstrukturen über „value-patterns“. Diesen Weg ist die Soziologie seit Durkheim gegangen. Unter Sozialstrukturen wird dann dementsprechend ein „System von Beziehungsmustern zwischen Handelnden in ihrer Eigenschaft als Rollenträger“ verstanden (Parsons 1968, 55). Oder wir definieren sie über „ownership-patterns“ (vgl. Lockwood 1956). In Ausarbeitung dieses Unterschieds hat Lockwood in seiner ingeniosen Parsons-Kritik zwischen „normativer“ und „faktischer“ Ordnung unterschieden. Während der normative Begriff der Sozialstruktur durchaus noch handlungstheoretisch rekonstruiert werden kann, weil ja Normen im Interaktions-Paradigma als generalisierte Verhaltenserwartungen aufgefaßt werden, sind die Begriffe der „faktischen Ordnung“ von solchen Handlungsbezügen frei. Zu ihrer Analyse bedarf es in keiner Weise des Rückgriffs auf Handlungseigenschaften. Diese „factual order“ wäre mißverstan-

den, würde man sie mit den Interessen identifizieren, die im handlungstheoretischen Kontext den Gegenpol zu den normativen Mustern bilden. Es handelt sich bei ihnen um nicht-normative Substrate, die ihrerseits erst Interessen strukturieren. Was unter solchen Strukturen zu verstehen ist, können wir uns am Beispiel der Regelung der faktischen Verfügung über Produktionsmittel in Gesellschaften klarmachen. Eine solche Verfügung kann prinzipiell zwei Werte annehmen: entweder herrscht „Trennung“ oder „Zusammengehörigkeit“ von unmittelbaren Produzenten und Produktionsmitteln. Ebenso gehört in die Reihe der Begriffe für die „faktische“ Ordnung der Begriff der Arbeitsteilung und der Begriff der Trennung, soweit er das Verhältnis verschiedener gesellschaftlicher Teilsysteme zueinander (z. B. Trennung von Staat und Gesellschaft) oder die Trennung von Verhältnissen und Verhalten bezeichnet.

ad b) Die Frage, deren Lösung die Kritik der politischen Ökonomie dienen sollte, lautet in einer frühen Formulierung: „die Individuen sind immer von sich ausgegangen, gehen immer von sich aus. Ihre Verhältnisse sind Verhältnisse ihres wirklichen Lebensprozesses. Woher kommt es, daß ihre Verhältnisse sich gegen sie verselbständigen?“ (MEW 3, S. 40). In dieser Frage und ihrer Beantwortung im „Kapital“ wird der Vorgang der „Verselbständigung“ nicht als generelle, für alle Vergesellschaftungsformen zutreffende Struktur angesprochen, sondern als eine für die kapitalistische Gesellschaftsformation spezifische Erscheinung verstanden. Auch Durkheim hatte zur Charakteristik der „faits sociaux“ Wendungen benutzt, die sowohl ihre vom Handeln der Individuen losgelöste Existenz und den damit verknüpften Zwangscharakter für das individuelle Handeln, als auch ihren dinglichen Charakter hervorheben sollten. Was ich nun abschließend klarmachen möchte, soll nicht lediglich auf die Bestätigung von Durkheims zentralem Gedanken hinauslaufen, daß Gesellschaften Realitäten sui generis sind. Worauf ich vielmehr hinaus möchte, ist, daß soziale Gebilde, die wir Märkte nennen, ein von allen sozialen Organisationen prinzipiell unterschiedenes Gebilde darstellen und daß dementsprechend Verselbständigung, bezogen auf den Marktmechanismus, etwas anderes meint als Verselbständigung, wie wir sie bezüglich sozialer Organisation antreffen mögen. Märkte sind keine sozialen Organisationen. In der Erklärung des Marktmechanismus, das ist meine Behauptung, kumulieren die Schwierigkeiten des individualistischen Erklärungsansatzes.

Den Unterschied zwischen sozialen Organisationen und Märkten kann man sich kurz ungefähr so klarmachen. Während Organisationen durch Mitgliedschaft gekennzeichnet sind, haben Märkte Teilnehmer. Organisationen sind Gebilde, für die eine zentrale Führung besteht, wohingegen Märkte Gebilde sind, bei denen eben dies nicht der Fall ist (Albert 1967, 393). Blau (1968) zufolge entstehen soziale Strukturen auf zwei Wegen, entweder als das Resultat der Handlungen von Individuen, die alle ihre *eigenen* privaten Ziele verfolgen, oder sie reflektieren die „joint endeavors of individuals pursuing commonly accepted ends“. Dieser Charakter des Marktes, eine Struktur auszubilden, die auf ganz andere Weise eine selbständige Existenz erhält als soziale Organisationen sie gegenüber ihren Mitgliedern aufbauen, ist in der ökonomischen Theorie wiederholt mit dem Bild des Markts als eines Automatismus oder sich selbst regelnden Me-

chanismus beschrieben worden. Aus der prinzipiellen Andersartigkeit der strukturellen Voraussetzungen der Marktwirtschaft und z. B. der Existenzbedingungen von demokratischen Verfassungen, die es unwahrscheinlich mache, daß ein „Analogon zu jener umfassenden Interdependenz gleichartiger Quantitäten, wie sie sich uns im Zusammenhang aller Preise darbietet, außerhalb des marktwirtschaftlichen Bereichs . . . zu finden sein wird“. hat *Jöhr* (1946, 33) den Schluß gezogen, daß die Wissenschaft von den Tauschprozessen (die Katallaktik) auch mit anderen Methoden arbeiten müsse, als sie die übrigen Sozialwissenschaften verwenden. Zur Erklärung der Funktionsweise des Markts ist die Bezugnahme auf individuelle Dispositionen nicht nur nicht erforderlich, sondern für die Erzielung der Resultate der ökonomischen Theorie, wie *Schumpeter* (1908) betont hat, geradezu hinderlich. Der Schein, eine individualistische Erklärung des Marktgeschehens sei möglich, kann nur deswegen immer wieder entstehen, weil in solchen Erklärungen die Differenz zwischen Preisform und Preisbewegungen verwischt wird. Es mag eine zureichende Erklärung für das Steigen eines Preises sein, daß – ceteris paribus – mehr Nachfrager auf einem Markt auftreten; aber solche Preisbewegungen setzen die Existenz von Märkten, die einen Gleichgewichtspreis zeitigen, schon voraus. „Only in the presence of a system of price-making markets“, so *Polanyi* (1957, 252), „will exchange acts of individuals result in fluctuating prices that integrate the economy. Otherwise such acts of barter will remain ineffective and therefore tend not to occur“.

Auf der anderen Seite läßt sich die Strategie einer verhaltenstheoretischen Soziologie zusammenfassend durch das Bestreben beschreiben, die Differenz von Tausch als Form der sozialen Integration und Markt als „supporting structure“ (*Polanyi* 1957, 252) zuzuschütten. Aus dieser Strategie lassen sich die Schwierigkeiten der verhaltenstheoretischen Soziologie, zu einem adäquaten Verständnis des Marktmechanismus zu gelangen, herleiten.

Literatur

- Albert*, Hans, 1967: Marktsoziologie und Entscheidungslogik. Neuwied.
- Blau*, Peter M., 1968: Theories of Organizations. In: International Encyclopedia of the Social Sciences. Bd. 11, S. 297 ff.
- Bohnen*, Alfred, 1975: Individualismus und Gesellschaftstheorie. Eine Betrachtung zu zwei rivalisierenden soziologischen Erkenntnisprogrammen. Tübingen.
- Danto*, Arthur, 1974: Analytische Philosophie der Geschichte. Frankfurt/M.
- Goldstein*, L. I., 1973: The Inadequacy of the Principle of Methodological Individualism. In: John O’Neill (Hrsg.), Modes of Individualism and Collectivism. London.
- Jöhr*, W. A., 1946: Das Modell der vollkommenen Konkurrenz. In: Konkurrenz und Planwirtschaft. S. 19 ff.
- Lockwood*, David, 1956: Some Remarks on „The Social System“. In: The British Journal of Sociology, Bd. 7, S. 134 ff.
- Mandelbaum*, Maurice, 1975: Gesellschaftliche Tatsachen. In: J. Ritsert (Hrsg.) Gründe und Ursachen gesellschaftlichen Handelns, Frankfurt/M S. 196 ff.
- Parsons*, Talcot 1968: Systematische Theorie in der Soziologie. Gegenwärtiger Stand und Ausblick. In: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie. Hrsg. von D. Rüschemeyer. 2. Auflage.
- Polanyi*, Karl, Arensberg, C. M., Pearson, H. W., 1957: Trade and Market in the Early Empires. Glencoe, Ill.

- Schumpeter, Joseph*, 1908: Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie. Berlin.
- Watkins, J. W. N.*, 1972: Idealtypen und historische Erklärung. In: H. Albert (Hrsg.): Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften. 2. veränderte Auflage. Tübingen.
- Watkins, J. W. N.*, 1973: Methodological Individualism: A Reply. In: John O'Neill: (Hrsg.) Modes of Individualism and Collectivism. London. S. 179 ff.
- Vanberg, Viktor*, 1975: Die zwei Soziologien. Individualismus und Kollektivismus in der Sozialtheorie. Tübingen.

im Frühjahr 1977 erscheint:

AS 14

„Humanisierung“ der Lohnarbeit?

Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

Redaktion: Alfred Oppolzer

Vor allem für gewerkschaftliche Arbeit geht es in den Aufsätzen dieses Bandes darum, eine verwirrende Literaturluft und Diskussion zu durchleuchten und kritisch zu sichten: Welche Momente von „Humanisierungs“-Konzepten sind manipulativ, welche zielen auf reale Verbesserung von Arbeitsbedingungen?

Schwerpunkte:

- I. Geschichtliche und gesellschaftliche Entstehungsbedingungen der „Humanisierung der Arbeit“
- II. Gegenwärtige Ansätze einer „Humanisierung“ der industriellen Arbeitsorganisation
- III. „Humanisierung der Arbeit“ als Gegenstand von Klassenauseinandersetzungen
- IV. Diskussion zum politischen Stellenwert der Humanisierungsdebatte für die Gewerkschaften
- V. Sammelrezension zur „Humanisierung der Arbeit“

Adressaten: Gewerkschafter, Sozialisten, Sozialpolitiker, Soziologen

Fred Karl

Aktionsforschung – gesellschaftstheoretische Defizite und politische Illusionen*

„Vor der Lösung eines historischen Problems“¹, und zwar der Theorie-Praxis- und Subjekt-Objekt-Problematik in den bürgerlichen Sozialwissenschaften, sehen sich die Vertreter eines „neuen“ Forschungsansatzes, der vehemente Kritik an der „traditionellen“ Sozialforschung (die die Untersuchten als Objekt betrachtet, so daß diese weder auf Fragestellung, Durchführung und Auswertung von Untersuchungen Einfluß haben) übt: der Aktionsforschung. – Sie will den Untersuchten als „Gleichberechtigten“ anerkennen und ihn damit aus der Objekt- in die Subjekt-Rolle bringen. Der Forscher wählt Themen aus, die Bedürfnisse von Bevölkerungsgruppen ausdrücken. Er stellt Kontakt mit den Betroffenen als einer Gruppe her (er isoliert die einzelnen der Untersuchungsgesamtheit nicht voneinander) und nimmt längere Zeit aktiv am „sozialen Prozeß“ (z. B. in der Schulklasse, im Jugendzentrum oder einem Wohnviertel) teil. Der Forscher informiert zunächst über Ziel und Zweck der Untersuchung; während ständiger Diskussionen mit der zu untersuchenden Gruppe werden die Ziele endgültig formuliert und entsprechende Untersuchungsmethoden ausgewählt. Die Gruppenmitglieder sollen vor allem an der Auswertung der Forschungsergebnisse beteiligt werden, so daß sie selber nicht nur den Ablauf der Untersuchung mitbestimmen, sondern auch direkt die Resultate für sich verwerten können².

Der folgende Aufsatz befaßt sich nicht mit der unbegründeten Euphorie hinsichtlich der erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Potenzen³ der Aktionsforschung, sondern mit den behaupteten Lernprozessen bei den Untersuchungs„subjekten“ mittels einer „Sozialforschung als politische Aktion“. Die Arbeit kann vorerst nur eine allgemeine Darstellung und Kritik des politisch-strategischen Anspruchs von Aktionsforschung sein; die Untersuchung von Projekten vor allem im Bildungsbereich zwecks „Emanzipation“ von Schülern, Lehrern und Eltern wäre erst noch zu leisten.

I

Im 1972 erschienenen, für den deutschsprachigen Bereich zunächst (nach dem 1970er Aufsatz von *Fuchs* „Empirische Sozialforschung als politische Aktion“)⁴

* Das Manuskript wurde im Dezember 1975 abgeschlossen.

1 Peter Gstettner, Peter Seidl, Sozialwissenschaft und Bildungsreform, Köln 1975, S. 105.

2 Vgl. F. Haag, H. Krüger, W. Schwärzel, J. Wildt (Hrsg.), Aktionsforschung, Forschungsstrategien, Forschungsfelder und Forschungspläne, München 1972, v. a. S. 65/70.

3 Vgl. Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie, Materialistische Wissenschaft und Psychologie, Köln 1975, S. 239–243.

4 Werner Fuchs, Empirische Sozialforschung als politische Aktion, in: Soziale Welt 1/1970, S. 1–17.

bahnbrechenden Reader über Aktionsforschung von *Haag u. a.* werden von verschiedenen Autoren die politisch-strategischen Ansprüche der Aktionsforschung formuliert: Haags Intention ist „darauf aus, mit Menschen in alltäglicher Praxis in gemeinsamen Arbeits- und Lernverhältnissen zu arbeiten und darüber zu kommunizieren, um in diesen Arbeits-, Lern- und Selbstreflexionsprozessen zum *Abbau von Herrschaft* beizutragen“⁵, Klüver/Krüger wollen mit dem „action research“ „soziale Realität . . . zielbezogen verändern“⁶, Vagt „ganz allgemein die Verhältnisse ändern“⁷.

Auch in neueren Publikationen tritt dieser als „emanzipatorischer Gehalt“ der Handlungsforschung behauptete Anspruch in ähnlich weitschweifigen und unbestimmten Formulierungen auf. Gstettner/Seidl beispielsweise knüpfen an eine Vorstellung von Wissenschaft an, „die tatsächlich auf die Befreiung des Menschen aus unnötigen, also überflüssigen Herrschaftsverhältnissen“, auf den „Abbau von Fremdbestimmung“ und die „Herstellung von Selbstbestimmung“⁸ hin orientiert ist.

Eine Ernüchterung für diese Intentionen der genannten Aktionsforscher muß sich jedoch bereits auf dieser programmatischen Ebene (spätestens jedoch im Projektverlauf selbst) einstellen, wenn danach gefragt wird, „welche soziale Realität und welche Verhältnisse geändert werden sollen“⁹, und wie diese Realität theoretisch bestimmt ist.

Klüver/Krüger/Haag sehen zwar die Notwendigkeit, daß ein Begriff wie der „Abhängigkeitsverhältnisse“ „auf gesellschaftstheoretische Zusammenhänge verweist und gesellschaftstheoretisch zu interpretieren ist“¹⁰; anstatt jedoch diese Bestimmung zu leisten, belassen es die Verfasser bei der Feststellung, daß „bei unterschiedlichen gesellschaftstheoretischen Positionen . . . verschiedene Interpretationen des obigen Ausdrucks auf(treten)“¹¹. Aktionsforschung sei instrumentell für verschiedene wissenschaftstheoretische Ansätze einsetzbar¹². Als „kritisch sich verstehende“ Aktionsforscher setzen sie sich zum Ziel, daß „die Beteiligten“ bei Handlungsforschung diese vagen, verschieden bestimmbar „Abhängigkeitsverhältnisse als zu verändernde Verhältnisse begreifen lernen“¹³.

Welche Verhältnisse gemeint sein mögen, läßt sich nur aus den Forschungsfeldern ersehen, auf die sich Aktionsforschung konzentriert. Nehmen wir folgen-

5 F. Haag, Sozialforschung als Aktionsforschung, in: Haag u. a., a.a.O., S. 42 (Hervorh. von mir, F. K.).

6 J. Klüver, H. Krüger, Aktionsforschung und soziologische Theorien, in: Haag u. a., S. 76.

7 R. Vagt, Forschungspraxis und Forschungsobjekt, in: Haag u. a., S. 9.

8 Gstettner/Seidl S. 105.

9 Ursula Müller, Zur möglichen Bedeutung der empirischen Sozialforschung für die Marxsche Theorie, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 5, Frankfurt 1975, S. 221.

10 H. Krüger, J. Klüver, F. Haag, Aktionsforschung in der Diskussion, in: Soziale Welt 1/1975, S. 3-4.

11 Ebenda, S. 4.

12 Klüver/Krüger, in Haag u. a., S. 96.

13 Krüger/Klüver/Haag, S. 4.

des Postulat des „action research“: „Die Problemauswahl und -definition geschieht nicht vorrangig aus dem Kontext wissenschaftlicher Erkenntnisziele, sondern entsprechend konkreten gesellschaftlichen Bedürfnissen“¹⁴. Nun ist es allerdings nicht so, wie es die postulierte Subjekt-Subjekt-Beziehung erhofft, daß gesellschaftliche Gruppen bei ihrer Bedürfnisartikulation die Hilfestellung des Aktionsforschers anfordern. In der Regel entsteht auch ein Aktionsforschungsprojekt als Auftragsforschung¹⁵ oder aus einer Entscheidung einzelner Wissenschaftler heraus. Wissenschaftliches Interesse ist der Ausgangspunkt für die Themenwahl; nicht in erster Linie Gesellschaftsveränderung, sonst müßte die Auswahl des Forschungsfeldes systematisch aus einer gesellschaftstheoretisch bestimmten Analyse der Herrschaftsstruktur hergeleitet sein. Der Bezug auf – in ihrem gesellschaftlichen Kontext nicht bestimmte – Bedürfnisse sozialer Gruppen sprengt den etablierten Wissenschaftsbetrieb anscheinend in einer Weise, daß der „Praxisbezug“ mit allgemeinen Absichtserklärungen ausreichend begründet zu sein scheint. So verraten auch Gstettner/Seidl über den Adressaten ihrer „gesellschaftskritischen, handlungsorientierten“ Forschung nicht mehr, als daß sich Aktionsforschung auf die Seite der Machtlosen¹⁶ stelle und „ihre Prioritäten entschieden so aus(richte), daß eine Wahrnehmung von Interessen der schweigenden und vergessenen Mehrheit oder der unterdrückten Minderheit möglich und verstärkt wird“¹⁷.

Den „Postulatenhimmel“ einmal beiseite gelassen, geben die laufenden Forschungsprojekte Auskunft über die Felder, an denen Aktionsforscher ansetzen, um den Abbau von Herrschaft“ zu betreiben. Als „soziale Handlungsbereiche“ treten dann auf „z. B. Sozialarbeit, Jugendhilfe, Sonderpädagogik, Rehabilitation“¹⁸, Projekte in Gemeinwesen, Sozialisations- und Instanzen der sozialen Kontrolle, strukturell also schwerpunktmäßig in der Reproduktionssphäre der Gesellschaft angesiedelte Felder. (Soll man nun diesen spezifischen Praxisbezug so verstehen, daß die „emanzipatorisch“ wirken wollenden Handlungsforscher nur in der Reproduktionssphäre Herrschaft angesiedelt sehen, oder gesamtgesellschaftlich erkannte „Abhängigkeitsverhältnisse“ v. a. von diesem „Teilsystem“ aus ändern wollen?).

Dieser spezifische Zusammenhang von Forschungsfeld und spezifisch neuer Forschungsmethode scheint nicht zufällig: der Fakt, daß Aktionsforschung derzeit als „modischer Trend“ Anerkennung sucht, findet seine Begründung gerade im Stellenwert des Reproduktions- und Konsumtionsbereichs der kapitalistischen Gesellschaft. Für die Einschätzung, daß der „action research“ eine ähnlich spontane Reaktion (aus dem Bereich sich kritisch verstehender bürgerlicher Sozialwissenschaft) auf veränderte Reproduktionsbedingungen bildet wie jene sozialen Bewegungen, auf die sich Aktionsforschung bezieht, spricht gerade das

14 Ebenda, S. 1.

15 Vgl. Heinz Moser, *Aktionsforschung als kritische Theorie der Sozialwissenschaften*, München 1975, S. 147.

16 Vgl. Gstettner/Seidl, S. 122.

17 Ebenda, S. 115.

18 Verlagsinformation zu Moser

aktionsforscherische Bemühen, in den genannten Feldern „handlungsfähige“¹⁹ Sozialgruppen aufzubauen: Mieter-, Eltern-, Jugendzentrumsinitiativen, Stadtteil- und Schülergruppen usw. – also gemeinhin als „Bürgerinitiativen“ bezeichnete Handlungsgruppen.

Der Aktionsforscher, der die angestrebten „Selbstreflexionsprozesse“ nicht nur auf die Analyse von Interaktionsabläufen im abgesteckten Projektfeld einschränken will, muß sich Rechenschaft ablegen darüber – um Stellenwert und Grenzen seiner Praxis zu bestimmen –, warum er gerade diese Felder als Angelpunkt „emanzipatorischer“ Praxis auswählt und aufgrund welcher objektiver, strukturell-historischer Bedingungen und Entwicklungen diese von Bürgerinitiativen artikulierten gesellschaftlichen Probleme auftreten. Auf die letzte Teilfrage soll im folgenden Exkurs stichpunktartig eingegangen werden.

Exkurs: Bürgerinitiativen und Bewegungen im Reproduktionsbereich

Die erwähnten Bürgerinitiativen sind Ausdruck der Tatsache, daß unter den heutigen Bedingungen der zunehmenden Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion immer mehr Bedürfnisse, deren Erfüllung für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendig ist, nicht mehr allein individuell über den Lohn zu befriedigen ist, also gesellschaftlicher Lösungen bedarf. Unter Bedingungen einer am Profit orientierten Wirtschaft wird auf diese gesellschaftlichen Bedürfnisse nur unzureichend eingegangen; Ausgaben für Ausbildung, Freizeit, Gesundheit, Wohnen usw. versucht der kapitalistische Staat möglichst gering zu halten. Bürgerinitiativen sind spontane Antworten auf diese Reproduktionsprobleme, ihre Akteure haben jedoch zunächst meist kein Bewußtsein von der Verursachung der einzelnen Notstände. Diese vorläufige Unmittelbarkeit der Initiativen auf isolierte Anliegen birgt auch den Ansatz zur Integration dieser Bewegungen ins System: ihr Engagement wird – falls es politisch neutral bleibt – von den herrschenden Parteien als eine Form der „Partizipation“ begrüßt. Hinter dieser Anerkennung steht die Absicht, eine Kritik der Gesellschaftsstrukturen abzublocken und das Engagement auf die Behebung der unmittelbarsten Mißstände „aus eigener Kraft“ einzuengen: derartigen Bürgervereinigungen kommt damit eine kapitalsparende Funktion zu, sie mobilisieren materielle und geistige Ressourcen aus der Gruppe der Betroffenen heraus – die notwendige Reproduktion der Arbeitskraft soll also auch hinsichtlich gesellschaftlich zu lösender Probleme von ihr selbst geleistet werden²⁰.

Andererseits bergen derartige Mieterinitiativen, Jugendzentrumsgruppen usw. auch Möglichkeiten und Zugänge zu Einsichten in die Grenzen zugestanderener „partizipatorischer Mitwirkung“, damit in den Charakter der Gesellschaftsordnung und in die Kraft eigener, kollektiver Aktion. Ob ein derartiger Lernprozeß sich vollzieht, hängt wesentlich davon ab, in welchem Maße es gelingt, Erfahrungen aus verschiedenen sozialen Konflikten in Zusammenhang zu stellen,

19 Krüger/Klüver/Haag, S. 23.

20 Vgl. Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie, S. 322–330; vgl. M. Berner, Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung, in: *Facit* 32 (1973), S. 23–24.

miteinander zu vermitteln und organisatorisch zu koordinieren, und ob diese heterogenen Bewegungen Anschluß an die Kräfte gewinnen, die objektiv und real gesellschaftsverändernd sind: an die Organisationen der Arbeiterklasse. Sowohl das Wirken gewerkschaftlicher und politischer Kräfte in diesen sozialen Bewegungen als auch die offensive Beschäftigung mit diesen Problemen und das Aufstellen zusammenhängender Forderungen und Programme für diese Bereiche seitens Gewerkschaften und fortschrittlicher politischer Gruppen sind notwendig, um diese Vermittlung, diesen Bewußtseinsprozeß in Zusammenhang mit eigener Praxis voranzutreiben.

Nun wäre zu überprüfen, welchen Einfluß Aktionsforschung auf diese – von den Handlungsforschern beinahe zum „emanzipatorischen Subjekt“ hochstilisierten – Bewegungen haben kann.

Weiter und voran – doch wohin?

Aktionsforschung will zu „bewußter Strategiebildung im Alltagsdenken“²¹ beitragen, „den politischen Ausgangspunkt dieser Initiative(n) weiterentwickeln . . . helfen“²², den „sozialen Prozeß vorantreiben“²³. „Weiter“ und „voran“ – doch scheint gänzlich unklar, wohin der „soziale Prozeß“ sich bewegen soll.

Nach Klüver/Krüger/Haag wird in der Aktionsforschung „an unmittelbar konkret vorhandene und nicht schon bewußt kategorial geleitete *Alltagserfahrung* angeknüpft und *auf diese bezogen* werden die nächsten Schritte geplant“²⁴, „über Aktionsforschung voranzutreibende Pläne und Fragen können nur aus dem Handlungszusammenhang der Gruppe heraus entwickelt und erforscht werden“²⁵.

Zwar wird an subjektiv gegebenen Interessen angesetzt, doch werden „die nächsten Schritte“ nicht auf Annäherung an objektive Bedürfnisse und Bündnismöglichkeiten hin geplant, sondern bleiben auf das von (der bürgerlichen Ideologie bestimmte) Alltagsbewußtsein bezogen. Die Betonung dessen, Zielvorstellungen „nur aus der . . . Gruppe heraus“ zu entwickeln, wobei zwischen Forscher und Beteiligten Kompromisse über das Zielsystem geschlossen werden müssen²⁶, kehrt pointiert wieder in der Zeitschrift „betrifft: erziehung“: dort wird Aktionsforschung als Wissenschaft vorgestellt, die „die Betroffenen ihre eigenen Interessen entwickeln und artikulieren läßt, die nicht auf das Kommando parteilicher Autoritäten hört, sondern ihre Autorität aus der gemeinsamen Aktion zur Veränderung praktischer Probleme bezieht“²⁷.

Seitens dieser Position wird damit ein Mißtrauen gegenüber gewerkschaftlichen oder politischen Organisationen aufgebaut, welche vielleicht nicht nur bei

21 Krüger/Klüver/Haag, S. 16–17.

22 C. W. Müller, U. Schröter, Das Gemeinwesenprojekt Märkisches Viertel in Berlin, in: Betrifft: erziehung 5/1975, S. 32.

23 FB Sozialpädagogik an der PH Berlin, Überlegungen zur Handlungsforschung in der Sozialpädagogik, in: Haag u. a., S. 65.

24 Krüger/Klüver/Haag, S. 18 (Hervorh. von mir, F. K.).

25 Ebenda, S. 19.

26 Ebenda, S. 20.

27 Betrifft: erziehung 5/75, S. 3 (editorial).

der Vertretung der eigenen Interessen Unterstützung und Bündnispartner liefern könnten, sondern kraft eigener Kampferfahrungen und Wissen um gesellschaftliche Verursachungen der Interessenartikulation der „Betroffenen“ Stoßrichtung verleihen könnten. Das folgende Zitat von Klüver/Krüger/Haag erweckt den Eindruck, als solle ihrer Meinung nach die Gruppe erst mal „ins Wasser springen“, versuchsweise die Verwirklichung gesetzter Ziele angehen und dann mit den Wissenschaftlern Gründe für ein Scheitern dieser Praxis eruieren:

„Forschung wird also Instrument zur Entdeckung und systematischen Aufarbeitung von Hinderungsgründen zur Verwirklichung der Ziele der das Handlungssystem konstituierenden Individuen und somit Mittel zur Auseinandersetzung mit diesen Zielen und den gesellschaftlichen Bedingungen zu ihrer Realisierung“²⁸.

Gesellschaftliche Bedingungen, die die Verwirklichung gesetzter Ziele behindern, sollen entdeckt werden. Sie fungieren bei den Aktionsforschern Klüver u. a. als Strukturdaten, „als weitere institutionelle und gesellschaftliche Zusammenhänge“ und haben „für die Prozeßabläufe insofern erklärenden Charakter . . . , als sie die restriktiven Bedingungen für eben diese Prozesse angeben müssen“²⁹. Abgesehen von der erneut recht unbestimmten Bezeichnung gesellschaftlicher Bedingungen als „weitere Zusammenhänge“, erscheinen sie *nur* als „restriktive Bedingungen“, als „Hinderungsgründe“ für die Verwirklichung von (unbekannten) Zielen der Aktionsforschungsgruppen; von positiven Bedingungen und objektiven Möglichkeiten, die sich aus gesellschaftlichen Widersprüchen und aus der Existenz anderer, organisierter und erfahrener Handlungsgruppen ergeben, ist nicht die Rede.

Strukturdaten wirken damit wie Momente einer (in der bürgerlichen Rollentheorie so bezeichneten) „bürgerlichen Tatsache der Gesellschaft“, als äußerlicher Datenkranz. Die Schwerpunktsetzung der Forschung auf die Prozeßabläufe innerhalb des Projekts signalisiert einen Rückzug in den Bereich von Kleingruppen und auf Fragestellungen wie Ergebnisse, die nicht auf die Erkenntnis gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge zielen. So soll die Auswahl der Praxisziele im Rahmen des „Alltagsdenkens“ bleiben, wenn die unmittelbare „Durchsetzbarkeit der Interessen der Beteiligten“³⁰ – wohlgemerkt ohne Unterstützung möglicher Bündnispartner – gesichert sein soll.

Ohne daß es vielleicht die Intention der zitierten Autoren sein mag, so gerät ihr Konzept doch bedenklich nahe an die Praxis sog. Selbsterfahrungsgruppen, die sich auf das Studium isolierter Gruppenprozesse „here and now“ beschränken³¹. Der Ursprung wie die gegenwärtig in den USA (am „fortgeschrittensten“) zu beobachtende Anwendung der Aktionsforschung bewegen sich im Rahmen integrativer Gruppendynamik und Sozialpsychologie. Zum Beispiel ist ein sog. „Team Teaching Program“ zu erwähnen, das das Ziel formuliert, „Menschen in Systemen, Gruppen, Organisationen, Institutionen und Gemeinden dabei zu hel-

28 Krüger/Klüver/Haag, S. 18.

29 Ebenda, S. 24.

30 Ebenda, S. 18.

31 Autorenkollektiv Wissenschaftspsychologie, S. 308.

fen, produktiver und wirksamer bei ihren Veränderungsanstrengungen zu werden“. „Change“, so resümieren Kritiker dieser Programme, „ist das Zauberwort; wohin, für wen, warum bleibt unhinterfragt, dafür steht das ‚wie?‘ im Vordergrund. (...) Bei der Erwähnung von ‚change‘, ‚planned change‘ usw. mag man an große Dinge denken. Was die Teilnehmer . . . übten, waren in der Hauptsache winzige Projekte, die vor allem unter dem Kriterium der Machbarkeit ausgesucht waren. (...) Es werden die inhaltlichen Zusammenhänge (gesellschaftliche, politische, ökonomische) abgeschnitten, es wird geradezu das Außerachtlassen relevanter ökonomischer und sozialer Zusammenhänge eingeübt, Kriterium ist die Machbarkeit (feasibility)“³² – die Durchsetzbarkeit.

Als Resultat solcher sozialpsychologischer Trainingsformen werden allein Veränderungen von Verhaltensstilen (z. B. im „Lehrertraining“ in Richtung auf einen sozialintegrativen Unterrichtsstil, losgelöst vom Inhalt des Unterrichts)³³ erzielt und gleichzeitig die Verstärkung der Ideologie bewirkt, daß vorliegende Konflikte lediglich (durch Kommunikation behebbare) Verhaltenskonflikte sind³⁴.

So verwechseln Gstettner/Seidl Demokratie mit einer Fassade freundlicher Umgangsformen bei folgender der Aktionsforschung zugeschriebenen Fähigkeit: „Wenn Forscher Praktiker in demokratischer Weise *behandeln* und wenn ein kontinuierlicher Interaktionsprozeß gelingt, werden auch die Organisationen demokratischer, in denen die Praktiker arbeiten“³⁵.

Mit den gesellschaftstheoretisch unzureichend bestimmten Begriffen „Abbau von Herrschaft“, „Emanzipation“ usw. sind bei den genannten Aktionsforschern eher mikrosoziale Über- und Unterordnungsebenen bzw. Kommunikationsschwierigkeiten gemeint, also Strukturen der unmittelbaren Interaktion, die wenig zu tun haben mit gesamtgesellschaftlichen, aus Klassegegensätzen erklärba- ren Herrschaftsverhältnissen. Wenn Klüver u. a. in ihrem Aufsatz von „Interes- sengegensätzen“ und „Interessendiskrepanz“ – die es durch Interaktionsanstren- gungen abzustimmen und nach Kriterien der Durchsetzbarkeit „zu einem Kom- promiß zu bringen“³⁶ gelte – sprechen, so meinen sie Herrkunftsunterschiede und unterschiedliche Interessen zwischen Wissenschaftler und „Beteiligten“.

Diese „Anfangsschwierigkeiten“ könnten, so Gstettner/Seidl, aber „durch eine wissenschaftliche Reflexion über konkrete Interaktionen aufgearbeitet und allmählich überwunden werden“³⁷ und mit der „Beendigung des wissenschaftli- chen Einsatzes im Praxisfeld“ sollte dann der „Prozeß der Emanzipation“³⁸ der „Praktiker“ von den Wissenschaftlern vollzogen sein.

Vor allem bei Gstettner/Seidl dokumentiert sich am deutlichsten die Illusion, über „wissenschaftlich“ vermittelte Veränderung von Verhaltensstilen und In- teraktionstechniken in Kleingruppen „eine wenn auch minimale Korrektur der

32 Ebenda, S. 326–328.

33 Ebenda, S. 319.

34 Ebenda, S. 320.

35 Gstettner/Seidl, S. 120 (Hervorhebung von mir, F. K.).

36 Krüger/Klüver/Haag, S. 16, 17, 21.

37 Gstettner/Seidl, S. 109.

38 Ebenda, S. 107.

Realität auf dem Weg über die Veränderung des Bewußtseins und der Institutionen³⁹ vorzunehmen. Beide Autoren behaupten, mittels Handlungsforschungsprojekten nicht nur Individuen, sondern auch Organisationen verändern zu können⁴⁰, durch interdisziplinäre Fragestellungen die verschiedenen ideologischen Positionen innerhalb der Wissenschaft und bildungspolitischer Reformfraktionen zu integrieren und „Ansätze zu einer Demokratisierung des Wissenschaftsbetriebs“⁴¹ zu entwickeln, vor allem aber tatsächlich „die Herrschaftsverhältnisse und Machtstrukturen der zentralistisch aufgebauten Bildungssysteme in Frage“⁴² stellen zu können.

II

Die Bücher von Heinze/Müller/Stickelmann/Zinnecker und von Moser werden in einem eigenen Kapitel behandelt, weil sie enger begrenzt auf Bewußtseinsveränderungen sich konzentrieren und sich um eine gesellschaftstheoretische Grundlegung ihres Aktionsforschungskonzepts bemühen.

In beiden Fällen orientiert sich die gesellschaftstheoretische Begründung an der Kritischen Theorie. So wird keine politisch-ökonomische Klassenanalyse geliefert, sondern bei Heinze u. a. eine Kritik verdinglichten Bewußtseins, das es mittels Aktionsforschung zu „destruieren“⁴³ gelte: selbstverständliche Lebensweltdeutungen sollen als fragwürdig, das sonst Nicht hinterfragte als hinterfragbar thematisiert werden⁴⁴. „Ziel der Forschung sollte sein, eine wenigstens vorübergehend stabilisierte Lernmöglichkeit zu schaffen, um das verfestigte Alltagsbewußtsein und die festgefahrene Alltagskommunikation im Medium der Reflexion aufzubrechen“⁴⁵.

Moser vertritt die Offe-These von der „Legitimationskrise“: in der jetzigen Phase des Spätkapitalismus werde das herrschende System nur noch durch politisch-ideologische Interventionen zusammengehalten⁴⁶. Aktionsforschung vermöge mittels systematischen und vernünftigen Argumentierens⁴⁷ in einem „skizzierten Diskurs“ Anspruch und Realität der Gesellschaft miteinander zu konfrontieren⁴⁸ und damit „ein Bewußtsein zu schaffen, das Sein und Schein, Wesen und Erscheinung, Sein und Sollen unterscheiden kann und damit fähig ist, auf den Gesamtzusammenhang der Gesellschaft zu rekurrieren“⁴⁹.

Die behandelten Autoren schreiben der Aktionsforschung also nicht weniger als die mögliche Leistung zu, falsches Bewußtsein (bürgerliche Ideologie) zu destruieren und (bei Moser) den mystifizierenden Schein der Gesellschaft hin zu

39 Ebenda, S. 122.

40 Ebenda, S. 120.

41 Ebenda, S. 121.

42 Ebenda, S. 120.

43 Th. Heinze, E. Müller, B. Stickelmann, J. Zinnecker, Handlungsforschung im pädagogischen Feld, München 1975, S. 41.

44 Ebenda, S. 25.

45 Ebenda, S. 36.

46 Moser, S. 162–163.

47 Ebenda, S. 9, 84.

48 Ebenda, S. 103 ff.

49 Ebenda, S. 169.

Erkenntnis des Wesens der Gesellschaft zu durchbrechen, also nahezu Klassenbewußtsein zu bilden! Die (bei derart anspruchsvollen Ergebnissen zu erwartende) Potenz ihrer gesellschaftstheoretischen Grundlegung hat jedoch nicht mehr hingereicht, auch die sozialen Träger dieser durch Aktionsforschung-Diskurse zu erzeugenden Bewußtseinsveränderungen genauer als in Andeutungen zu benennen: Heinze u. a. haben sich von vorneherein auf Aktionsforschung „im pädagogischen Feld“ beschränkt; ihnen zufolge sind „Prozesse tendenzieller Aufhebung von verdinglichtem Alltagsbewußtsein als regionale, institutionsbezogene (etwa im Rahmen von Schulen) organisierbar“⁵⁰. Ihre Adressaten sind keine aufgrund sozioökonomischer Lagen ausmachbarer Klassen und Schichten, sondern „Lebensweltgruppen“, „denen das Recht zu einer legitimen Gesellschafts- und Selbstbedeutung innerhalb der herrschenden Hierarchie des Wissens und der Glaubwürdigkeit verwehrt wird. Solche Parteinahme gilt den Kindern gegenüber den Erziehern, den Abweichenden gegenüber der Mehrheit, aber auch dem unteren Büroangestellten gegenüber der bürokratischen Spitze und der Arbeiterklasse gegenüber den kapitalistischen Funktionären“⁵¹.

Auf dieser phänomenologisch-interaktionistischen Folie von Selbstverständnishierarchien lassen sich dabei nicht nur Kinder und Arbeiterklasse als Lebensweltgruppen nebeneinander denken, sondern beliebig viele Gruppen – ein schier endloses Feld für Aktionsforschung?

Der Erziehungswissenschaftler Moser wählt sich ebenfalls seine Beispiele aus dem pädagogischen Bereich, jedoch erscheint ihm sein Konzept der Aktionsforschung „auch für die Sozialwissenschaften ganz allgemein relevant“⁵² zu sein. Da er sich Hinweise auf die „Betroffenen“gruppen erspart, kann nur vermutet werden, daß er den seiner Meinung nach „bemerkenswerten Analysen“⁵³ von Offe auch in der Bestimmung des emanzipativen Subjekts folgen würde⁵⁴.

Wenngleich Heinze u. a. und v. a. Moser betonen, daß Aktionsforschungsprojekte die politische Organisation nicht ersetzen können⁵⁵, so schreiben sie dennoch der Aktionsforschung Aufgaben zu, die nicht ein Forschungsprojekt, sondern nur der mit der Vertretung der unmittelbaren Interessen verbundene politische Kampf leisten kann: die lokalen Einzelerfahrungen aus sozialen Konflikten mit untergeordneten Funktionsträgern von Herrschaft müssen zur Einsicht in Klassenstrukturen hin vermittelt werden; dazu bedarf es einer politischen Partei im gesamtgesellschaftlichen Rahmen. Sie erst vermag die allgemeinen, von den einzelnen Gruppeninteressen, den lokalen Besonderheiten usw. unabhängigen Interessen der gesamten Klasse herauszuschälen und mittels koordinierter Ak-

50 Heinze u. a., S. 23.

51 Ebenda, S. 42–43.

52 Moser, S. 7.

53 Ebenda, S. 162.

54 Bei Offe ist der Lohnkampf befriedet, nicht mehr die Arbeiterklasse, sondern „Situationsgruppen“, „Formen der Selbstorganisation der unmittelbar (von gesellschaftlichen Disparitäten) Betroffenen“ sind bei ihm das revolutionäre Subjekt. Vgl. Claus Offe, Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt 1972 und die Rezension dazu in Sozialistische Politik 31 (1974), S. 99–111.

55 Vgl. Heinze u. a., S. 42; vgl. Moser S. 141, 167.

tion bei den Handelnden ein Bewußtsein von den wesentlichen Strukturen und Gesetzmäßigkeiten zu schaffen⁵⁶.

Heinze u. a. antizipierten derartige Notwendigkeiten annähernd (aber eben in um die politische Dimension auf Aktionsforschungs-Pädagogik verkürzter Weise), wenn sie selber daran zweifeln, ob ihrer Aufklärung, sofern sie „regional“ beschränkt bleibt, Dauer beschieden ist⁵⁷.

Auch Moser ist sich klar darüber, „daß soziale Veränderung als bloße Veränderung von Kleingruppen kaum über Symptombekämpfung hinauskommt“⁵⁸. Um der „Idylle der Kleingruppe, welche kaum mehr gesellschaftliche Relevanz beanspruchen kann“, zu entgehen, schlägt er organisatorische Hilfskonstruktionen vor, um „den Aktionsforschungsansatz auch für größere Gruppen anwendbar zu machen“⁵⁹. Seine Netzwerke von Untergruppen mit interner Koordination⁶⁰ bilden jedoch nur ein aus mehreren Kleingruppen gebildetes Konstrukt. Als technisches Modell einer „größeren Gruppe“ kann es jedoch nicht die jeweiligen sozialen Schichten (bzw. die Klasse), die von ihrer gesellschaftlichen Lage her Voraussetzungen zu den intendierten qualitativen Bewußtseinsprozessen mit sich bringen und ihre politischen Organisationen, die diese Erfahrungen aus der Aktion heraus vermitteln, ersetzen.

Ogleich also die Erkenntnis der Begrenztheit von Kleingruppenprozessen für die Bildung gesellschaftlichen Bewußtseins einen Fortschritt gegenüber den im ersten Abschnitt behandelten Autoren darstellt, macht der notwendige Versuch, Aktionsforschung auch auf erweiterter Stufenleiter für „größere Gruppen“ zu konzipieren, die zentrale Fehleinschätzung erst richtig augenfällig: nämlich die Illusion, über wissenschaftlich vermittelte Aufklärung in einem Forschungsprojekt ein Bewußtsein bei den Forschungsobjekten zu erzeugen, das das Wesen der Gesellschaft abbildet.

Der Vorwurf der „Selbstüberschätzung“ an Habermas, dessen Diskurs-Modell der „herrschaftsfreien Kommunikation“ sei „bürgerliche Theorie bis ins Mark hinein“⁶¹ und „betrachte sich als Gegenmacht gegen die faktischen Herrschaftsverhältnisse in der spätkapitalistischen Gesellschaft“⁶², dürfte wohl auch auf Moser selbst zutreffen: er sieht im Diskurs nicht nur ein Modell rationaler Öffentlichkeit, sondern gar ein Medium zur Entwicklung eines an Klassenbewußtsein reichenden Wissens.

56 Vgl. W. Gerns, R. Steigerwald, G. Weiß, *Opportunismus heute*, Frankfurt 1974, S. 105–106.

57 Vgl. Heinze u. a., S. 23.

58 Moser, S. 143.

59 Ebenda.

60 Ebenda, S. 144; Moser ist sich jedoch selber unsicher, wie seine Frage in der Rezension des Haag-Readers in der Zeitschrift für Pädagogik 5/75, S. 803 zeigt: „Ist es überhaupt möglich, Prozesse der Subjektwerdung rein über Forschungshandeln in die Wege zu leiten, oder sind es nicht gesellschaftliche Prozesse, welche weit über die beschränkten Mittel einzelner Projekte hinausreichen, welche jene Subjektwerdung des Menschen ermöglichen?“

61 Moser, S. 98.

62 Moser, S. 100.

III

Aktionsforschung wird gegenwärtig zwar von dem Selbstverständnis nach fortschrittlichen Sozialwissenschaftlern als Antwort auf die bürgerliche Sozialforschung (die explizit Veränderungen im „Feld“ durch den Forschungsprozeß als zu vermeidende Störung abqualifiziert) forciert in die Diskussion gebracht. Doch ist nicht zu verkennen, daß diese Konzepte von Handlungsforschung einen Reflex der sozialen Stellung linksbürgerlicher Intellektueller darstellen. Dies zeigt sich in der (aus der antiautoritären Studentenbewegung bekannten) Schwerpunktsetzung auf letztlich idealistische Aufklärungsmodelle für Reproduktions- und Randgruppenbereiche und im spontaneistischen, organisationsfeindlichen Praxisbegriff.

In den Konzepten „emanzipatorischer Aktionsforschung“ scheint mit der Überschätzung der Berufsrolle des Sozialwissenschaftlers die Vorstellung der „revolutionären Berufspraxis“ von Einzelkämpfern (hier: Forschern oder Forschergruppen) durch, wobei bestenfalls die einzelnen Projekte und intendierten „Selbstorganisationsgruppen“ lose koordiniert werden sollen⁶³.

Die Ersetzung organisierter politischer Arbeit durch politische Pädagogik erinnert dabei an ähnliche Bemühungen und Hoffnungen um das Projektstudium und bei der politischen Bildung⁶⁴, wobei allerdings diese auf ihren pädagogischen Gegenstandsbereich eingegrenzt waren (Studium, Unterricht), während Aktionsforschung mittels Kommunikation, Diskursen und Aufklärung soziale Gruppen in verschiedensten Bereichen emanzipieren will.

Zu einer Desillusionierung (und damit tatsächlich zu einem „Lernprozeß“, nur für die „action research“-Strategen selber) werden in der Zukunft folgende Entwicklungen führen: Einmal werden die durchgeführten Projektverläufe und ihre Ergebnisse⁶⁵ die Autoren vom Postulatenhimmel auf eine realistischere Ebene herunterholen. Zum anderen dürften die Hoffnungen auf eine Umsetzung der Zielsetzungen enttäuscht werden durch mangelnde oder zurückgezogene Finanzierung fortschrittlicher Projekte⁶⁶, v. a. aber durch die zunehmende Indienstnahme der Handlungsforschung für sozialintegrative Gruppendynamik (vgl. Kap. I). Es ist daran zu erinnern, daß die in den USA aus der human-relations-Bewegung und dem scientific management entwickelte Aktionsforschung dort ihren gegenwärtigen Einsatz für die Bestimmung subjektiver Bedingungen von Arbeitsproduktivität und für die Befriedung sozialer Konflikte⁶⁷ findet – eine Entwicklung, die für die BRD erst noch nachvollzogen wird.

63 Vgl. R. Rehbock, F. Riess, Curricula im Interesse der Lernenden: Basisorientiert und parteilich, in: *pädextra* 12/74, S. 20 und die Vorstellungen des Offenbacher „Sozialistischen Büros“.

64 Vgl. R. Casjens, B. Wilhelmer, Projektstudium als Studienreform, in: *Demokratische Erziehung* 5/75, S. 35–44 und Karin Priester, „Struktur“ und „Konflikt“, in: *Demokratische Erziehung* 4/75, S. 18–30.

65 Vgl. die Projektberichte in *Erziehung* 5/75, S. 28–46; vgl. Mosers Rezension in *ZfP* 5/75, S. 801; vgl. Projektgruppe „Textinterpretation und Unterrichtspraxis“, *Projektarbeit als Lernprozeß*, Frankfurt 1974, S. 89.

66 Vgl. Krüger/Klüver/Haag, S. 20–21; vgl. Vorwort W. Klafki in Heinze u. a., S. 9.

67 Vgl. Müller, S. 251, Anm. 126.

Sollen die Bemühungen um ein fortschrittliches Modell von Aktionsforschung für die demokratische Bewegung fruchtbar gemacht werden, so müssen Stellenwert, Grenzen und Reichweite des Einsatzes aktivierender Sozialforschung für angebbare gesellschaftliche Gruppen bestimmt sein⁶⁸. Dies beinhaltet die Einsicht, daß derartige Forschung per se eben nicht wesentliche Realitätsstrukturen verändert und gesellschaftssprengende Bewußtseinveränderungen bei den Untersuchten entwickelt, sondern bestenfalls a) mittels teilnehmender Beobachtung, qualitativen Interviews, Gruppendiskussionen usw. ergänzendes Forschungsinstrument für die Analyse sozialer Bewegungen und von Aktionsgruppen sein kann und b) durch derartige Untersuchungstätigkeit unterstützende Funktion für fortschrittliche Organisationen gewinnen kann.

D. h. also, daß der Sozialwissenschaftler sich nicht mittels eines Aktionsforschungsprojekts zur Avantgarde politischer Veränderungen machen kann, sondern daß er seine fachlichen Qualifikationen Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zur Verfügung stellt. Denn mit R. Krysmanski wäre allen „spekulativen Bemühungen um ‚Basisdemokratie‘, ‚Gegenmachtstrategien‘ u. ä. . . die Rolle von Organisationen und Parteien“ entgegenzuhalten, „die täglich um einen größeren Spielraum für Handlungsmöglichkeiten zugunsten der erwerbstätigen Bevölkerung bemüht sind“⁶⁹. Nur in derartigen Organisationszusammenhängen sind Überlegungen um eine „Wissenschaft im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“⁷⁰ wirklich ernsthaft mittels politischer Kriterien anzustellen und umzusetzen.

68 Vgl. ebenda, S. 222.

69 Renate Krysmanski, Stadt- und Regionalplanung, in: Krysmanski/Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975, S. 206.

70 Vgl. Facit 36 (1974), „Wissenschaft und Ausbildung im Interesse der Monopole oder der arbeitenden Bevölkerung?“; vgl. auch den Arbeitsplan des Bundes demokratischer Wissenschaftler nach seiner 3. Bundeskonferenz vom Juni 1975, dazu: Deutsche Volkszeitung v. 19. 6. 75, S. 3 „Wissenschaftler und Bürgerinitiativen“ und die BdWi-Briefe Nr. 19 ff.

Ursula Koch

Gesellschaft und Soziologie in der DDR

Von DDR-Soziologen liegt mittlerweile eine Fülle von Forschungsergebnissen zu unterschiedlichen sozialen Bereichen vor. Es soll hier berichtet werden über die Entwicklung der DDR-Soziologie seit etwa Ende der 60er Jahre¹. Welche Aufgabe kann ein solcher Bericht haben? Nach offizieller westdeutscher Bildungspolitik zu urteilen, kann er niemanden nützen. Mit der Ostpolitik der SPD-Regierung zu Anfang der 70er Jahre zog das Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen die Mittel für DDR-Forschung zurück, der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ wurde aufgelöst, und von der Arbeit des statt dessen gegründeten „Arbeitskreises für vergleichende Deutschlandforschung“ hört man wenig, trotz allgemeiner Äußerungen wie diese:

Für politische und wirtschaftliche Verhandlungen mit der DDR, für Handel und Kooperation für Publizistik und Bildungsarbeit, für Ausbildung und Wissenschaftstheorie, für Soziologie und Rechtsentwicklung ist DDR-Forschung unmittelbar wertbar – oder sollte es doch wenigstens sein?²

Wir erfahren aus der Beschreibung spezifischer Probleme und deren Lösungsversuche mit Hilfe soziologischer Untersuchungsergebnisse etwas über die Gesellschaft, die sich soziologischer Forschung bedient. Wenn man davon ausgeht, daß es bei einem gegebenen Stand entwickelter Produktivkräfte ohnehin nicht möglich ist, daß sich soziale Probleme von selbst „wiedereinrenken“, sondern daß sie wissenschaftlich analysiert und gelöst werden müssen, dann liefert die Untersuchung sozialer Probleme in der soziologischen Literatur das Bild einer Gesellschaft, die einerseits spezifische Probleme hervorbringt (z. B. Entwicklung des Lebens auf dem Land unter den Bedingungen genossenschaftlich sozialistischen Eigentums, Fragen der Annäherung der Klassen der Arbeiter und der Genossenschaftsbauern, das Verhältnis von Individuum und Kollektiv) und die andererseits diese Probleme in spezifischer Weise Problemlösungsversuchen zuführt. Die Untrennbarkeit von gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Praxis legitimiert unter erkenntnistheoretischen Gesichtspunkten die Vorgehensweise aus der wissenschaftlichen und erkennenden Praxis wiederum rückschließen zu können auf die Gesellschaft, die bestimmte Erkenntnisse hervorbringt.

Es geht im folgenden darum, auf der Grundlage der realen Produktionsverhältnisse, das heißt auch: unter Berücksichtigung des historischen Entwick-

1 Die Entwicklung der Soziologie in der DDR von ihrer Entstehung bis zum Ende der 60er Jahre ist dargestellt bei: Frigga Haug: Soziologie in der DDR, in: Das Argument 50/1, 1969, S. 43–70.

2 Joachim Nawrocki: Wohin mit der DDR-Forschung? Eine wichtige Sache wird zwischen Arbeitskreisen, Bürokraten und Rechnungsprüfern zerrieben, in: Die Zeit, 19, v. 30. 4. 1976.

lungsstands der DDR zu interpretieren und zu begreifen, welches der reale Gegenstand der DDR-Soziologie ist.

Eine „Entwicklung im Gegenstand (der Soziologie in der DDR, U.K.) ist jedoch nicht primär die Entwicklung von Gedanken über den Gegenstand, so wichtig auch immer klare Gedanken darüber sind. Wir dürfen nicht glauben, dieser Entwicklungsprozeß reduziere sich auf das wachsende intellektuelle Vermögen von Soziologen und anderen Gesellschaftswissenschaftlern, immer bessere Formulierungen über den Gegenstand zu produzieren“³.

Aus den Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in der DDR ist nicht nur die Erforschung sozialer Gesetzmäßigkeiten abzuleiten, sondern auch die Aufforderung, als Hilfsmittel bei der Planung der Gesellschaft aktiv einzutreten für die Durchsetzung der Ziele der Partei der Arbeiterklasse. Stellvertretend für eine Fülle (auch früherer) Ausarbeitungen über die Aufgaben der Soziologie in der DDR sei hier aus der „obersten Instanz“, aus dem Programm der SED zitiert:

„Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften sind das theoretische und politisch-ideologische Instrument der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft . . . Die Gesellschaftswissenschaften erforschen vor allem Gesetzmäßigkeiten und Erfordernisse der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und des allmählichen Übergangs zum Kommunismus in allen Bereichen der Gesellschaft . . . Die gesellschaftswissenschaftliche Forschung, Lehre und Propaganda haben die Aufgabe, wirksam die Vertiefung des sozialistischen Bewußtseins der Werktätigen zu fördern und den Anforderungen des ideologischen Klassenkampfes zu entsprechen“⁴.

Die Soziologie in der DDR soll also die Gesellschaft beschreiben *und* wirksam mithelfen beim Vorantreiben der gesellschaftlichen Weiterentwicklung.

An dieser Stelle kann der Gedanke an die Situation der westdeutschen Soziologie nicht unterdrückt werden. Wurde nicht etwa zu gleichen Zeit (auf den Verhandlungen des 17. Soziologentages 1974 in Kassel) die Möglichkeit soziologischer Arbeit resignativ „als eine immer hinter der realen Entwicklung herlaufende Sinndeutung des sowieso Geschehenden“ bezeichnet, und wurde dort nicht beklagt, daß es im Grunde noch nicht gelungen sei. „die Soziologie als eine empirische Wissenschaft zur systematischen Dauerbeobachtung gesellschaftlicher Prozesse angemessen zu institutionalisieren?“⁵ Das Desaster, das sich für die akademisch verfaßte Sozialforschung durch die wachsende Konkurrenz der stark anwendungsbezogenen kommerziellen Institute ergäbe, sei nicht zu unterschätzen und nötige zu organisatorischen Innovationen und zur „Selbststeuerung ih-

3 Hans Röder: Zu einigen Problemen der Bestimmung, der Funktion, des Gegenstandes und der Aufgaben der marxistisch-leninistischen Soziologie, in: Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.): Informationen zur soziologischen Forschung in der Deutschen Demokratischen Republik. Nr. 4, Jg. 11, 1975, S. 20.

4 Entfällt.

5 Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. IX. Parteitag der SED Berlin, 18. bis 22. Mai 1976. Berlin (DDR) 1976, S. 46-47.

6 M. Rainer Lepsius: Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages: Zwischenbilanz der Soziologie, in: M. Rainer Lepsius (Hrsg.): Zwischenbilanz der Soziologie. Stuttgart 1976, S. 12.

rer Entwicklung“⁷. Ein Gegenbericht hat die Gesamteinschätzung der westdeutschen Soziologie relativiert und auf den Unterschied zwischen „offizieller“ Soziologie und ihren bestehenden fortschrittlichen Alternativen hingewiesen⁸.

In der DDR gibt es nur die offizielle Soziologie, und ihre Probleme sind nicht aufgrund von Konkurrenz und Steuerungslosigkeit entstanden, sondern resultieren aus der planvollen Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Prozesse und aus den Aufgaben, die sich dabei für die Gesellschaftswissenschaften ergeben. Das heißt allerdings nicht, daß die Misere in der westdeutschen Soziologie durch Nachahmung der DDR-Soziologie behoben werden könnte. Es fehlen dazu sowohl die forschungsorganisatorischen Voraussetzungen⁹ wie auch der inhaltliche Konsens über Bewegungsgesetze und Planbarkeit der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Interessen der Arbeiterklasse und ihrer Partei. Beide Aspekte sind zudem nicht beliebig manipulierbar, sondern ergeben sich aus der grundlegenden Differenz zwischen einer kapitalistischen und einer sozialistischen Gesellschaft.

Der Nutzen, den wir aus der Beschäftigung mit der DDR-Soziologie ziehen können, rührt aus der gleichzeitigen Ähnlichkeit und doch totalen Verschiedenheit der Gesellschaften und ihrer Wissenschaften. Bis vor 30 Jahren hatten beide eine gemeinsame Geschichte, und seither haben sie sich zwar unabhängig, aber doch nicht unbeeinflusst voneinander weiterentwickelt: die eine in Fortführung der kapitalistischen Produktionsweise, die andere im Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft. Der Vergleich birgt wesentliche Erkenntnismöglichkeiten:

„Als allgemeine Gesellschaftsform fungiert dabei die sozialistische, indem in ihr das allen Gesellschaften inhaltlich Gemeine unmittelbar die Form bestimmt. Sie hat henristische Funktion für die Gesellschaftswissenschaften, insbesondere für die Analyse der kapitalistischen Produktionsweise“¹⁰.

II.

Mit der Beseitigung der schwerwiegendsten ökonomischen Disproportionalitäten¹¹ konnten etwa ab 1962 auf der Grundlage eines umfassenden Bildungssystems alle gesellschaftlichen Anstrengungen auf den Aufbau einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft gerichtet werden. In der Folge wurden alle gesellschaftlichen Bereiche einer „Feinkritik“ unterworfen – d.h. es wurde verstärkt auf noch bestehende Widersprüche und Disproportionalitäten hingewiesen. In dieser Entwicklungsphase „entstand“ die Soziologie in der DDR aus der Not-

7 a.a.O., S. 13.

8 H. J. Krysmanski, Peter Marwedel (Hrsg.): Die Krise in der Soziologie. Köln 1975 (vgl. die Rezension in diesem Heft).

9 Vgl. die Darstellung des Zusammenhangs zwischen Parteitag der SED, der Formulierung der Zentralen Forschungspläne der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften und den Soziologie-Kongressen bei Ursula Koch: Soziologie in der DDR zwischen 1971 und 1976, in: Soziale Welt, 4, 1976.

10 Wolfgang Fritz Haug: Die Bedeutung von Standpunkt und sozialistischer Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie, in: Das Argument, 74, H. 7/8, 1972, S. 565. Vgl. auch ebd., FN 14.

11 Vgl. die Beiträge in: BRD-DDR Vergleich der Gesellschaftssysteme. Köln 1971.

wendigkeit, die Lenkung sozialer Prozesse (analog und proportional zur Lenkung technischer und ökonomischer Prozesse) *wissenschaftlich* zu betreiben. Eine Fülle soziologischer Veröffentlichungen beweist, daß ein erheblicher Bedarf an der wissenschaftlichen Klärung vor allem auf dem Gebiet der Industrie- und Betriebssoziologie bestand. Daneben wurden besonders Fragen zum Verhältnis von Marxismus und Soziologie diskutiert sowie die Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Soziologie betrieben.

Erst die ökonomische und politische Festigung der DDR zu Anfang der 70er Jahre bildete die objektive Grundlage dafür, die soziologische Forschung nun selbst zum gesellschaftlichen Planungs- und Forschungsobjekt zu machen. Der dem Zentralkomitee der SED zugeordnete Rat für Soziologische Forschung gab 1972 den ersten „Zentralen Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR“ für die Zeit von 1972 bis 1975 heraus¹². Ein zweiter, um einige Forschungsaufgaben erweiterter Plan folgte für die Zeit von 1976 – 1980¹³. Hauptaufgabe für die Soziologen ist es in beiden Plänen, die „Gesetzmäßigkeiten und Erfordernisse der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ zu erforschen und die Ergebnisse in breitem Rahmen den Erforschten (Planungsinstanzen, Parteien, Gewerkschaften, aber auch Einzelbetrieben) zur Verfügung zu stellen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die Erforschung der *Sozialstruktur der DDR*. Objektive Grundlage der bestehenden Sozialstruktur ist einerseits das Fortbestehen von Klassen und Schichten aufgrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung; andererseits haben sich die Eigentumsverhältnisse, die Grundlage der Bildung von Klassen und Schichten gewesen sind, fundamental geändert. Bereits 1960 war die landwirtschaftliche Produktion vollständig auf genossenschaftlicher Ebene sozialisiert, so daß eine neue Klasse entstanden war, „die nahezu eine Million Mitglieder zählte und als Klasse der Genossenschaftsbauern neben der Arbeiterklasse fortan die zweite Grundklasse des sozialistischen Systems bildete“¹⁴. Mit den Eigentumsverhältnissen haben sich die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse verschoben. Ihre Konkretisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen muß jetzt erfolgen, und fundierte Planungsentscheidungen machen eine genaue Analyse der Klassen- und Sozialstruktur erforderlich. Theoretisches Hauptproblem ist die „Auseinandersetzung mit der mechanistischen Gleichsetzung der Arbeiterklasse im Sozialismus mit all den im Bereich des gesamtgesellschaftlichen sozialistischen Eigentums Tätigen einerseits und mit den manuell tätigen Arbeitern andererseits sowie auch mit der lediglich arbeitsfunktionellen Bestimmung der Arbeiterklasse“¹⁵. Es geht allerdings nicht

12 Vgl. Erwin Gutzmann, Werner Szewczyk: Erfahrungen und Probleme der Leitung der gesellschaftswissenschaftlichen Arbeit, in: *Einheit*, 2, 1975, S. 144–153.

13 Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR bis 1975, in: *Einheit* 2, 1972, S. 169–184. Zentraler Forschungsplan der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR 1976–1980, in: *Einheit* 9, 1975, S. 1043–1061.

14 Margarete Tjaden-Steinhauer, Karl H. Tjaden: Die Entwicklung der Sozialstruktur in der BRD und in der DDR, in: *BRD-DDR Vergleich . . .*, a.a.O., S. 193.

15 Rudi Weidig: Aufgaben der marxistisch-leninistischen soziologischen Forschung in der DDR, in: *DZPh* 2, 1974, S. 137.

nur um eine differenzierende Abgrenzung der Arbeiterklasse, sondern, und das ist die eigentliche gesellschaftliche Zielrichtung, zu der die Sozialstrukturanalyse beitragen soll, letztlich um eine Annäherung der Klassen und Schichten in der sozialistischen Gesellschaft. Mit der Übernahme der politischen Macht durch die Partei der Arbeiterklasse sind keineswegs die Auswirkungen der alten gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen Stadt und Land, nach der Stellung einzelner Gruppen zur materiellen Produktion und nach den Unterschieden zwischen Individuen getilgt. Allerdings kann die Arbeiterklasse, zum ersten Mal in der deutschen Geschichte als physisch *und* geistig produktive Klasse sich die Möglichkeiten aneignen, die durch die Ver gesellschaftung der Produktionsmittel freigeworden sind. Dieser Aneignungsprozess der materiellen Bedingungen verläuft nicht komplikationslos und widerspruchsfrei. So gilt es etwa, Führungsaufgaben zu übernehmen, die traditionell der Arbeiterklasse vorenthalten waren. Das bedeutet, daß auch die Bedingungen geschaffen werden müssen, die die Teilnahme aller Gruppen der Arbeiterklasse an Führungsaufgaben ermöglichen. Unter anderem werden genannt: die Notwendigkeit, Arbeitsplätze mit körperlicher Schwerarbeit zu reduzieren; das Problem, daß ein Betrieb „zwar zur Nutzung seiner materiellen und finanziellen Fonds verbindlich verpflichtet ist, aber durchaus nicht mit der gleichen Verbindlichkeit zur Nutzung des vorhandenen Qualifikationspotentials und zur Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Arbeiterklasse“¹⁶; die Schwierigkeit noch bestehende soziale Unterschiede so exakt zu erfassen, daß gezielte sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung bestimmter Gruppen angewandt werden können. Dabei können offenbar wesentliche Ergebnisse noch nicht in einer Form vorgelegt werden, die eine unmittelbare Umsetzung in gesellschaftspolitische Maßnahmen erlauben würde¹⁷.

Konkretere Ergebnisse liegen für den zweiten Hauptschwerpunkt, für die Frage der *Beziehungen einzelner Schichten und Klassen zueinander*, vor. Untersuchungsgegenstand ist hier das Verhältnis der Arbeiterklasse zu der Klasse der Genossenschaftsbauern und zur Intelligenz. Der Weg zur Aufhebung des Widerspruchs zwischen Stadt und Land und damit zwischen Industriearbeiterschaft und Bauern war geebnet mit der Enteignung der Großgrundbesitzer und schließlich der Kooperation aller Bauern in den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Dadurch wurden zunächst einmal die sozialen Beziehungen in den Dörfern selbst grundlegend verändert. Die Größe des Eigentums an Boden – jahrhundertlang Kriterium für Herrschaft und Lebensweise der Menschen – hatte keine Funktion mehr. Der allmähliche Übergang zu industriemäßiger Produktion auf dem Lande ermöglichte spürbare Verbesserungen für den einzelnen: Bildungschancen, Länge des Arbeitstags, Freizeitgestaltung und Le-

16 Ingrid Lötsch: Zur rationellen Nutzung des vorhandenen Qualifikationspotentials bei der Leitung und Planung sozialer Prozesse, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR, Berlin (DDR) 1975, S. 169.

17 Vgl. die Beiträge in dem Band: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft, Berlin (DDR) 1974. Er enthält hauptsächlich Grundpositionen und methodische Vorüberlegungen zur Erforschung der Sozialstruktur.

bensstandard näherten sich immer mehr denen der Industriearbeiter an. Diese Entwicklung hat sozialpsychologische Folgen:

„Der Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden führt dazu, daß der Anteil der Genossenschaftsbauern wächst, deren Arbeit unmittelbar mit Maschinen und Mechanismen verbunden ist, das heißt deren Arbeitsbedingungen sich wesentlich verändern. Auf dieser Grundlage treten im Verhältnis der Genossenschaftsbauern zur Arbeit neue Interessen und Erwartungen in den Vordergrund“¹⁸.

Diese neuen Interessen führen zu einer allmählichen Identifikation mit einem gesamtwirtschaftlichen Agrar-Industrie-Komplex, die wiederum das Zusammenwachsen von Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern ermöglicht und erleichtert.

Die Annäherung an die Lebensformen der Arbeiterklasse bringt, dem Stand der Produktivkräfte entsprechend, nicht nur positive Neuerungen, es müssen auch Nachteile der industriemäßigen Produktionsweise übernommen werden. Problemen der Monotonie und nervlichen Belastung wurde durch Wechsel der Tätigkeiten und „Anreicherung der Arbeit mit geistig-schöpferischen Momenten“¹⁹ entgegengewirkt. Die Bevorzugung technisch-ökonomisch *und* sozial zufriedenstellender Arbeitsplätze hat zur Folge gehabt, daß

„Unterschiede im Entwicklungsniveau der Arbeitskollektive, der Entfaltung des Wettbewerbs usw. häufig eine größere differenzierende Wirkung auf die Ausprägung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen haben als Unterschiede im Inhalt der Arbeit“²⁰.

Die Auswirkungen der Arbeitssituation auf die Entwicklungsmöglichkeiten der Persönlichkeit werden auch im Zusammenhang mit dem Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz relevant. Die Gefahr technizistischer Tendenzen zumal bei Mitgliedern der wissenschaftlich-technischen Intelligenz trete „vor allem bei solchen Gruppen auf, die von der Leitung von Produktionsprozessen, von politischen und sozialen Prozessen relativ entfernt sind“²¹. Da aber in der gegenwärtigen Entwicklungsphase der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit nicht auf eine eigene Intelligenzschicht verzichtet werden kann, treten auch soziale Besonderheiten auf (höherer persönlicher Anteil am gesellschaftlichen Reichtum, soziale Kontakte vorwiegend innerhalb der eigenen Schicht). Eine Annäherung zwischen Intelligenz und Arbeitern wird aber langfristig nicht nur durch gezielte Bildungspolitik (Rekrutierung der Intelligenz aus den Klassen der Arbeiter und Bauern) erreicht werden, sondern auch durch die Entwicklung der Produktivkräfte.

Angehörige der Intelligenz haben die Erfahrung gemacht. „daß die Aufgaben des wissenschaftlich-technischen Fortschritts keineswegs nur in Forschungszentren

18 Kurt Krumbach: Zur Entwicklung der Klasse der Genossenschaftsbauern – Probleme und Ergebnisse soziologischer Forschung, in: Soziologische Probleme . . . , a.a.O., S. 204.

19 a.a.O., S. 196.

20 a.a.O., S. 198.

21 Friedrich Pfefferkorn: Arbeiterklasse und Intelligenz – Bündnis und soziale Annäherung (Konferenzbericht), in: Institut für Gesellschaftswissenschaften . . . , Nr. 1, Jg. 11, 1975, S. 10.

und im Labor gelöst werden können, sondern wesentliche Potenzen für diesen Prozeß durch die aktive Mitwirkung der Produktionsarbeiter zu erschließen sind“²².

Diese Ansätze zur Aufhebung der Trennung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit sind wichtige Schritte bei der Annäherung der Klassen²³. Als ein Indikator wird die Teilnahme der Werktätigen an der Neuererbewegung gesehen. Aber auch hier haben Untersuchungen ergeben, daß der Zirkel der Klassenzugehörigkeit nicht primär durch individuelle Anstrengung zu durchbrechen ist, sondern daß „die Neuerertätigkeit mit steigendem Qualifikationsniveau und steigenden geistigen Anforderungen im Arbeitsprozeß zunimmt“²⁴. Die Konsequenz ist die Forderung an die Planungsinstanzen nach Abbau der Arbeitsplätze mit schwerer körperlicher Arbeit und nach genereller Höherqualifizierung der Arbeiter und Bauern.

Weiterer Schwerpunkt der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung sind Untersuchungen zu einem Komplex, der *Fragen der Lebensweise und Kultur der entwickelten sozialistischen Gesellschaft* beinhaltet. Gegenstände der Analyse und Weiterentwicklung sind diejenigen ideologischen, moralischen und ästhetischen Bestandteile des Lebens, die die Ökonomie der sozialistischen Gesellschaft vollenden. Auf der Grundlage der vergesellschafteten Produktionsmittel wird erst das als erreicht angesehen, was in die Lebensweise des Alltags eingegangen ist. Alle Äußerungsformen des Lebens sollen die erweiterten Möglichkeiten in einer sozialistischen Gesellschaft widerspiegeln. Untersuchungen beziehen sich u. a. auf die Stellung der Frau in der sozialistischen Gesellschaft und auf Fragen der umfassenderen territorialen Planung, sowie auf die „Erforschung sozialistischer Kunstbedürfnisse“, oder das „Verhältnis von Museum und Besucher“²⁵.

Bei dem Schwerpunkt: Analyse und Entwicklung der *sozialistischen Persönlichkeit* geht es sowohl um psychologische Probleme (innerer Antrieb zum Handeln) wie auch um politisch-soziale (bewußte Teilnahme am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, auf gesellschaftlichen Fortschritt gerichtetes Handeln). Grundlegend ist die Kategorie der „gesellschaftlichen Aktivität“, um diejenigen Eigenschaften der Persönlichkeit und des Bewußtseins zu erfassen,

„deren Grad der Entwicklung und qualitativen Ausprägung die Fähigkeit der Arbeiterklasse widerspiegelt, kühn in Neuland vorzustoßen, auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft voranzuschreiten und alle progressiven Kräfte um sich zu vereinigen“²⁶.

22 Gerda Nolepa, Lilo Steitz: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Arbeiterklasse – Schöpfertum. Berlin (DDR) 1975, S. 184.

23 In einem Diskussionsbeitrag warnte S. Grundmann allerdings davor, das Tempo der technischen Entwicklung zu überschätzen. Die Gesellschaft beruhe nach wie vor in bedeutendem Maße auf der körperlichen Arbeit der Werktätigen. Friedrich Pfefferkorn, a.a.O., S. 7.

24 Rudi Weidig: Die Entwicklung der Arbeiterklasse und der Persönlichkeit bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Soziologische Probleme . . . , a.a.O., S. 36.

25 Vgl. Beiträge in dem Band *Lebensweise – Kultur – Persönlichkeit*. Berlin (DDR) 1975.

26 Horst Jetzschmann: Probleme der gesellschaftlichen Aktivität der Arbeiterklasse in der materiellen Produktion, in: *DZPh*, 2, 1974, S. 148.

Als Grundlage für die Entwicklung der erwünschten und notwendigen Persönlichkeitsmerkmale gilt die Fähigkeit des Individuums, die Anforderungen des Kollektivs und der Gesellschaft erst einmal zu erkennen. Dies setzt entwickelte kognitive Fähigkeiten voraus. In einem zweiten Schritt muß das Individuum die gestellten Anforderungen als bindend anerkennen und sich mit ihnen identifizieren. Um diese Identifikation zu erleichtern, werden in zunehmendem Maße Forschungen zur Bedürfnisstruktur und Entstehung von Bedürfnissen durchgeführt²⁷. Diese Arbeiten sind noch nicht sehr weit fortgeschritten. Es werden teilweise psychologische Termine (Motivationsproblematik) vermischt mit einem Bedürfnisbegriff, der eher an volkswirtschaftlichen „Bedarf“ angrenzt, so z. B. in Untersuchungen zum „Kulturbedürfnis“ im Zusammenhang mit der Verwendung der Freizeit²⁸. Wesentlich erscheint jedoch, daß bislang in allen Veröffentlichungen auf die Gestaltbarkeit der menschlichen Bedürfnisstruktur hingewiesen wird – was die Bedürfnisentstehung von vornherein spekulativen Konstrukten über die Natur des Menschen entzieht.

III.

Der Prozeß der Unterordnung der Soziologie in der DDR unter einen Produktionsplan ging nicht widerspruchsfrei vor sich²⁹. Die herkömmliche Struktur wissenschaftlicher Einrichtungen und Arbeitsgewohnheiten mußte eine gewisse Spannung zwischen dem Plan und dem „Schöpfungstum“ bei der Arbeit der Forschungskollektive erzeugen. Diese Spannungen zwischen gesellschaftlichen Anforderungen, Kollektiv und Individuum, haben sich auch in anderen Bereichen gezeigt.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel hat die Bedingungen für neue soziale Beziehungen geschaffen, aber sie hat die neuen Beziehungen nicht automatisch herstellen können. Die Forschungsarbeiten zur Sozialstruktur und zu den Beziehungen zwischen einzelnen Klassen und Schichten zeigen, daß die Annäherung der Klassen in der sozialistischen Gesellschaft mit dem Ziel der klassenlosen Gesellschaft immer noch gesellschaftliche Aufgabe und damit weiterhin Forschungsproblem der Soziologen bleibt. Kurt Hager hatte 1971 deutlich gemacht:

„Der 8. Parteitag hat aus gutem Grunde auf den früher recht oft verwendeten Begriff der Menschengemeinschaft verzichtet . . . Auf den gegenwärtigen Entwicklungsabschnitt des sozialistischen Aufbaus der DDR gewandt, ist er . . . wissenschaftlich nicht exakt, da er die tatsächlich noch vorhandenen Klassenunterschiede verwischt und den tatsächlich erreichten Stand der Annäherung der Klassen und Schichten überschätzt“³⁰.

27 Vgl. Siegfried Grundmann: Arbeiterklasse – Gegenwart und Zukunft. Berlin (DDR) 1975. Außerdem Beiträge in dem Band: Lebensweise – Kultur – Persönlichkeit. Berlin (DDR) 1975.

28 Vgl. hierzu auch die kritische Analyse von Waldhubel/Wenk (Projekt Automation und Qualifikation): Zur Diskussion um die sozialistische Persönlichkeit und ihre Entwicklung in der DDR. In: SoPo 36, 8. Jg. 1976.

29 Vgl. die Beiträge in: Persönlichkeit und Kollektiv in der Forschung. Berlin (DDR) 1972.

30 Kurt Hager: Die entwickelte sozialistische Gesellschaft, in: Einheit 11, 1971, S. 1212.

Viele inzwischen vorgelegte Untersuchungen haben gezeigt, in welchen Bereichen (Bildung, Freizeit, Arbeitskollektiv) und in welcher Art die Annäherung der Klassen geschieht oder geschehen kann. Problempunkte sind dabei hauptsächlich die immer wieder drohende Absonderung der Mitglieder der Intelligenz und die Interessendifferenz zwischen Arbeiterklasse und Genossenschaftsbauern, die für Vorhaben wie gemeinsame industrielle Investitionstätigkeit dringend abgebaut werden muß.

Die Beziehungen zwischen Kollektiv und Leiter unter dem Aspekt des demokratischen Zentralismus werden immer dann angesprochen, wenn es darum geht, die Verbindung zwischen technischen und sozialen Erfordernissen an konkreten Arbeitsplätzen zu sichern. Hier ist die Einsicht der Individuen in die gemeinsamen Ziele notwendig. Die soziologische Forschung spiegelt diesen Tatbestand wider in Forschungsschwerpunkten, die sich mit der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit befassen, d. h. mit der Herausbildung solcher Merkmale, die Motiviertheit und Handlungsfähigkeit wegen der gemeinsamen gesellschaftlichen Ziele erkennen lassen. Diese Ebene – die Ebene der Betroffenheit und des jeweiligen Zustands der Individuen – ist jedoch noch nicht so gut erfaßt wie etwa die der konkreten Beziehungen zwischen Klassen und Schichten.

Die besonderen Probleme der Individuen und ihres Bewußtseins werden deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß sie am stärksten konservativ-familiären Einflüssen sowie ideologischer Beeinflussung durch westliche Medien ausgesetzt sind.

„Natürlich übersehen wir nicht, daß beim gegenwärtigen Stand unserer Gesellschaft auch Denk- und Verhaltensweisen entstehen können, die dem Sozialismus nicht gemäß sind. Das Wirken von Erbübeln der alten, überlebten Gesellschaft erweist sich als sehr zählebig. . . Um so notwendiger ist, nicht auf ‚automatische‘ Wirkungen des Leistungsprinzips zu vertrauen. Sozialistische Wirkungen entstehen nur in Verbindung mit wirksamer ideologischer Arbeit“³¹.

Es ist dies eine deutliche Aufforderung, auch die Entwicklung der Bewußtseinsstrukturen zu *erarbeiten* und sie nicht naturwüchsiger Entwicklung zu überlassen. Noch liegen keine wesentlichen Arbeiten zu diesem Problem vor. Seine Bearbeitung erfolgte bislang recht pauschal³²; teilweise wurden kaum verholten Ansätze bürgerlicher Sozialpsychologen adaptiert, die ja bereits mit einer gewissen Professionalität gesellschaftliche Stabilität mittels individualtherapeutischer Anstrengungen zu sichern suchten³³.

31 Kurt Hager: Der IX. Parteitag und die Gesellschaftswissenschaften. Aus der Rede von Kurt Hager auf der Konferenz der Gesellschaftswissenschaftler der DDR, in: Neues Deutschland, 26. Nov. 1976. S. 3.

32 Z. B. in einem Beitrag von Rudi Weidig: „So erweisen sich im Sozialismus Verantwortungsbewußtsein, sozialistische Einstellung zur Arbeit, Initiative und andere Persönlichkeitsmerkmale immer spürbarer als Quellen des ökonomischen Wachstums und der Höherentwicklung der Arbeiterklasse.“ Rudi Weidig: Die Entwicklung der Arbeiterklasse . . . , a.a.O., S. 36.

33 Vgl. Frigga Haug: Gibt es eine marxistisch-leninistische Rollentheorie?, in: Das Argument 74, H. 7/8, 1972, S. 626–637.

In letzter Zeit erscheinen mehr Einzelbeiträge zu sozialpsychologischen Fragestellungen, die z. B. in den beiden zentralen Forschungsplänen für die Gesellschaftswissenschaften noch fehlen. Persönlichkeitsmerkmale werden als mitkonstitutiv für Klassenzugehörigkeit und Lebensweise erkannt. Mit der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Wissenschaft ist die Übernahme dieser Schwerpunkte in den gesellschaftswissenschaftlichen Forschungsplan abzusehen.

Die Aufforderung an die Genossenschaftsbauern, aus den Erfahrungen der Arbeiterklasse im Zuge der allmählichen Industrialisierung zu lernen, ist Teil eines weiteren Problembereichs: „Grundfragen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, der bis 1980 intensiv bearbeitet werden soll. Dabei geht es sowohl um technische Fragen der Veränderung von Arbeitsplätzen, um Automation und Rationalisierungsvorgänge, wie auch um die Gestaltung der sozialen Beziehungen an diesen Arbeitsplätzen; um Arbeitsinhalt und Arbeitseinsatz. In Vorarbeiten wurde bereits auf den Zusammenhang zwischen optimalen technischen und gleichzeitig sozialen Lösungen hingewiesen:

„In wachsendem Maße muß die weitere Vervollkommnung der materiell-technischen Basis sozialen Orientierungen Rechnung tragen. Es geht darum, daß die Arbeits- und Lebensbedingungen systematisch verbessert und die konkreten Arbeitsinhalte immer mehr zu einem bedeutsamen Arbeitsmotiv werden“³⁴.

Dieser Anspruch ist hoch. Seine Erfüllung bedeutet einen weiteren Schritt aus dem „Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“.

Ein erster Ansatz dazu ist die Erweiterung der wissenschaftlichen Grundlagen der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik³⁵, an der die Soziologen mitarbeiten: Sie soll ein Problem lösen, das mit der traditionellen Trennung von Stadt und Land und mit den entsprechend divergierenden Lebensweisen entstanden ist: Das Problem der Bevölkerungs- und Territorialentwicklung. Solange die Lebensbedingungen auf dem Land sich als ungünstiger erweisen, ergeben sich Probleme des Bevölkerungsoptimums und der Arbeitsplatzfluktuation in einem Ausmaß, das planerische Eingriffe notwendig macht. Außerdem wirkt sich die traditionelle territoriale Trennung von Arbeiterklasse und Bauernschaft nicht günstig auf die Annäherung beider Klassen aus. Genaue Planungsziele müssen allerdings erst noch entwickelt werden:

„Eine der wichtigsten, aber bisher noch völlig ungeklärten Fragen, die mit der Konzipierung des sozialistischen Bevölkerungsoptimums einhergeht, ist die nach den Optimalitätskriterien. Unter ökonomischen, aber auch unter anderen Aspekten können verschiedene Bevölkerungsentwicklungen angestrebt werden, von denen jede, unter einem bestimmten Kriterium gesehen, optimal sein kann“³⁶.

Die DDR-Soziologie spiegelt eine Entwicklungsetappe der DDR wider, in der es nicht mehr nur um die Behauptung als sozialistischer Staat geht, und auch

34 Gerhard Schulz: Die sozialistischen Produktionsverhältnisse planmäßig vervollkommen, in: Einheit 5/6, 1976, S. 638.

35 Rudi Weidig, Kurt Krambach, Joachim Rittershaus: Bilanz und Aufgaben soziologischer Forschung, in: DZPh, 4, 1976, S. 484.

36 Wolfram Ledenig, Dieter Vogeley: Zu einigen Problemen demographischer Forschung in der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 11, 1974, S. 1611.

nicht mehr nur um erste Selbstverständigungsphasen im Sinne einer Abgrenzung von bürgerlichen Ideologien und Annektionsversuchen. Es geht um die *proportionale Entwicklung* der Gesellschaft in allen Bereichen. Dabei lassen sich auch Entwicklungen erkennen, die nicht unbedingt Fortschritte gegenüber bereits Erreichtem darstellen: so in sozialpsychologischen Arbeiten, und durchgängig in der pauschalen Verurteilung bei impliziten Verwendung westdeutscher Arbeitsergebnisse eben aus der Sozialpsychologie.

Die wissenschaftliche Diskussion über Soziologie und Gesellschaft in der DDR ermöglicht es, die Anwendung soziologischer Erkenntnisse für die gesellschaftliche Entwicklung und dabei konkrete Bewältigungsversuche sozialer Probleme zu studieren. Außerdem informiert die wissenschaftliche Diskussion über gesellschaftliche Veränderungen und erweist sich damit als Lebenszeichen des realen Sozialismus.

Tagungsbericht

18. Deutscher Soziologentag

Bielefeld, 28. September bis 1. Oktober 1976

Auf einer Sonderveranstaltung des Soziologentags zum Thema: Berufsverbote – Theorieverbote in den Sozialwissenschaften, erklärte der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, K. M. Bolte:

„Eine gesellschaftliche Ordnung kann bekanntlich prinzipiell durch Zweifel gefährdet werden: einmal durch eine bewußte Brechung, Überschreitung oder Unterminierung ihrer Ordnungsformen; zum anderen durch die einengende oder einseitige Auslegung verfassungsmäßiger Ordnungsformen durch die jeweils Herrschenden in ihrem Sinn, die dann schließlich zu einer faktischen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse gegenüber den ursprünglich konzipierten führt. Hinsichtlich der ersten Gefährdung ist es in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft meines Erachtens nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Regierungsorgane, die Gesellschaft gegen solche zu schützen, die die verfassungsmäßige Ordnung brechen oder gefährden.“

Es ist aber andererseits m. E. das legitime Interesse und die Pflicht der Staatsbürger, darüber zu wachen, daß dabei nicht bewußt oder unbewußt Praktiken ins Spiel kommen, die dann in Richtung der zweiten Gefährdung wirken. In diesem Sinne begrüße ich jede Art von Aktivität, die sich die Wahrung der verfassungsmäßigen Freiheitsräume zum Ziel setzt. Gerade die Soziologie hat im Laufe ihrer Geschichte mehrfach erleben müssen, daß Gesellschaftskritik, die einen wichtigen und legitimen Teil soziologischer Forschung darstellt, unterdrückt und zur staatsfeindlichen Aktion erklärt wurde. Es liegt deshalb meines Erachtens besonders auch im Interesse unserer Wissenschaft, daß immer wieder geprüft und gegebenenfalls offengelegt wird, ob sich und wo sich eventuell Tendenzen finden, die selbst letztlich jene Freiheitsräume, die sie zu schützen behaupten, gefährden. Ich hoffe, daß auch diese Veranstaltung zur Klärung dieser Probleme beiträgt.“

Der hier ausgesprochene Bezug der offiziellen Denkverbote zur wissenschaftsnotwendigen Denkweise, die in der Soziologie zwangsläufig auf Gesellschaft sich richten muß, prägte in unterschiedlicher Weise sowohl den gesamten Soziologentag als auch seine Rezeption in der Presse. Ist die Soziologie an sich eine revolutionäre Wissenschaft? Dies stand als Gretchenfrage unausgesprochen im Raum, als Hindernis, das es in Richtung auf staatliche Aufträge zu überwinden gälte, als Hoffnung – immer noch oder schon wieder – der zahlreich erschienen Studenten. „Zwar gibt es wenig Grund, von einer allgemeinen und ernsthaften Rezeption von Marxismus zu sprechen“ beteuert Scheuch in der WELT (6. 10. 76), gibt aber sogleich zu bedenken: „Vergessen ist durchweg, daß sich die Soziologie als Einzelfach gegen die Globaltheorie von Marx ausbildete . . .“, eine Behauptung, die weniger als historische Konstruktion interessant ist, als wegen der Bestimmung, die damit unter der Hand für die Situation der Soziologie heute gegeben wird. Sind auch die „Marxisten“ der „revolutionären Studentenbewegung“ keineswegs, wie wohl befürchtet wurde, massenhaft auf die Lehrstühle der Soziologie gelangt, so kann man diese Botschaft wohl entziffern, ist doch auf der anderen Seite auch der kämpferisch anti-marxistische Geist in der offiziellen

Soziologie nicht genügend vertreten. Zwar konnte dies daran gelegen haben, daß viele „alte“ Soziologen erst gar nicht erschienen waren – weder Habermas, noch Luhmann, Tenbruck oder König, um nur einige zu nennen. Oder lag es am Arrangement, welches die marxistische Soziologie pluralistisch zuließ als eine Bindestrichsoziologie unter vielen möglichen anderen Partialansichten der Welt? Das Unbehagen scheint jedoch grundsätzlicher zu sein. Seine Wurzeln berühren zugleich die Fragen nach der Wissenschaftlichkeit der Soziologie wie die nach ihrer Effizienz. Was eigentlich muß eine Gesellschaftswissenschaft können, die, wie es in der Sprache der Soziologen heißt, sich „professionalisieren“ will oder, auf deutsch, ihre Notwendigkeit und also Nützlichkeit für staatliches Handeln beweisen will?

Die lange Periode der Ideologieverbreitung – der von Scheuch als der goldenen Zeit nachgetrauert wird, in der „Wissenschaftliche Begegnungen“ stattfanden, bei denen „wissenschaftliche Novizen den Vorträgen einiger großer Namen ihrer Disziplin lauschen“ – hat gewissermaßen in die Studentenbewegung geführt, endete, in soziologischer Zeitrechnung, in Frankfurt 1968.

Taugt also die Soziologie nicht mehr als Gesellschaftsverbrämter, scheint eine Wiedergeburt in der „theoriefreien Zone“ der Empirie und somit eine neue systemdienliche Funktion doch möglich. Hier hört dann zwar mit den großen Gesellschaftstheorien die Zeit der „großen Namen“ auf, aber nur um einer noch größeren Soziologie Raum zu geben.

Aber die Sache hat einen Pferdefuß. Schließlich geht es bei den angestrebten Aufträgen der Ministerien als Aufgaben für die Soziologie auch um Erkenntnis von Wirklichkeit für gesellschaftliche Problemlösungen, für Prognosen. Und es wirft diese Frage nach der Durchdringung der Wirklichkeit eben doch wieder das Problem einer angemessenen Theorie auf. An eben diesem Punkt führt – das zeigte dieser Soziologentag – kein Weg am Marxismus vorbei. So gab es beispielsweise in der Sektion Industrie- und Betriebssoziologie (mit dem Schwerpunkt „Arbeit“), die in mehrfacher Hinsicht als die erfolgreichste der Sektionen zu bezeichnen ist – sowohl was Intensität, Konkretheit, Niveau der Diskussion angeht, als auch in Bezug auf die in den anwesenden Vertretern des Fachs repräsentierten Forschungsaufträge und -institutionen – überhaupt keinen Beitrag, der nicht bis in die Begriffssprache hinein die Kritik der Politischen Ökonomie zur selbstverständlichen Voraussetzung hatte. Unstimmigkeit und Diskussion gab es erst bei der Frage der Umsetzung jener grundsätzlich akzeptierten Voraussetzungen in Empirie – ein in der Tat offenes Problem – welches am Ende als wesentliches Forschungsdesiderat formuliert wurde.

Entsprechend selbstbewußt wurde auf der Schlußveranstaltung vom Sprecher der Schwerpunktgruppe Arbeit (Burkart Lutz) die Notwendigkeit von Theorie für jede Praxis, will sie mehr als bloßer Praktizismus sein, behauptet und der Versuch der Sektion Erziehungs- und Bildungssoziologie zurückgewiesen, die sich entschlossen hatte, nach langer uneiniger Diskussion über das Woher einer gemeinsamen Theorie und das gleichzeitige Woher finanzieller Unterstützung, überhaupt auf Theorie zu verzichten und statt dessen schnell und überhaupt nur „Praxis“ zu betreiben.

Der Applaus, den dieser Vorschlag der Bildungsgruppe aus den Reihen der Studenten erhielt, war wohl nicht zuletzt auf die Arbeit der für die Theorie arbeitsteilig zuständigen Schwerpunktgruppe „Theorievergleich“ zurückzuführen. Dort wurde, Brechts Tui-Vorlage einholend, in atemberaubender Gedankenakrobatik gemessen, welche Theorie die schönste im Lande sei und welche mit wel-

cher sich vereinigen ließe. Kühne Gebäude Max Weberscher Rekonstruktion mit interesselos wohlgefälliger Diskussion über den Stellenwert des Begriffs der charismatischen Herrschaft etwa (ist er ein Fluchtpunkt für den subjektiv gemeinten Sinn des Handelns?), ließen die Studenten erahnen, daß sie noch viele Semester studieren müßten, bis ihre Gedanken zu ähnlichen Höhen aufsteigen könnten. Dabei war die unter der schillernden Oberfläche gleichwohl stattfindende Arbeit der Theoretiker fast unsichtbar – ging es doch auch ihnen um eine Vereinnahmung des Marxismus, letztlich um den Versuch, ihn in eine subjektive Handlungslehre zurückzunehmen. Das Ergebnis, vorgetragen auf der Abschlusssitzung: die Theoretiker ziehen sich noch eine Weile an ihre Schreibtische zurück, ehe sie jene Theorie vorlegen, die als Grundlage dienen soll für die Theorie, die dann der Anwendung in der Empirie harret.

Zunehmend wird von den Soziologen erwartet, daß sie bei aller Vielseitigkeit ihres Faches ein nur sehr einseitiges Interesse haben. So finden die Arbeiten der Sektion grundsätzlich gleichzeitig statt, so daß, wer schon zwischen Bildung, Arbeit und Theorie hin- und herhastet, unmöglich irgend etwas anderes noch hören kann (so nichts über die Schwerpunkte Partizipation und Sozialpolitik, nichts von den Arbeiten der Sektionen Stadt- und Regionalsoziologie, Wissenschaftsforschung, Methoden, Medizinsoziologie, Familiensoziologie usw. usf.). Dabei wurden noch zwei neue Sektionen gegründet: „Soziologie und Sozialpolitik“ und „Soziale Probleme und soziale Kontrolle“. Und es gab eine Initiative für eine Sektion „Frauen“, die starke Unterstützung fand, erlaubt sie es doch, eine Fragestellung, die in alle Arbeitsschwerpunkte gehörte, sich noch einmal arbeitsteilig vom Halse zu schaffen.

Wie üblich fanden die wichtigsten Gespräche auf den Gängen und in den Erfrischungsräumen der beneidenswert urban ausgestatteten Bielefelder Universität statt. Diese Urbanität ist allerdings nicht allein der Architektur und der Verwandlung der Haupthalle in eine Art Ladenstraße mit Cafeteria usw. geschuldet, sondern auch den politisch aktiven Studentengruppen, die Büchertische aufgebaut hatten, Flugblätter und Plakate zu Berufsverboten verbreiteten.

Die Studenten erschienen in größter Anzahl zu den Vorträgen und Diskussionen, die der „marxistischen Soziologie“ galten und als Sonderveranstaltung des Kongresses stattfanden. Die Ungeduld, die sich dort unter ihnen ausbreitete, angesichts der teilweise sehr akademischen und hermetisch formulierten Ableitungen, wurde durch den Beitrag eines Gewerkschafters mehr als eingefangen. Seine Überführung marxistischer Theorie in die ungeduldig geforderte „Praxis“ kam als auffordernde Ausführung zur Frage, wozu die Arbeiterklasse die marxistische Soziologie braucht und in Gestalt konkreter Einzelfragen, deren wissenschaftliche Bearbeitung und Lösung Voraussetzung für richtige gewerkschaftliche Strategie sei. Der große Beifall, den er erhielt, war zugleich der Erleichterung der vielen Soziologen zu verdanken, die bei der Unsicherheit, überhaupt jemals einen Arbeitsplatz zu bekommen, die gleichzeitige Resignation, daß auch ihr fachliches Können zu nichts nütze, kaum mehr ertragen konnten.

Es gibt viel Arbeit für die Marxisten unter den Soziologen.

Frigga Haug (Berlin/West)

Diskussion:

Horst Kurnitzky

Antwort auf Ernest Bornemann: Geld im Patriarchat

Nicht erst im Patriarchat. Seine Vorläufer sind bereits Verkörperungen von Opferverhältnissen. Jedes Opfer immer schon Ersatzopfer. Aber darum ging es mir nicht nur. Im Zentrum stand die Diskussion des gesellschaftlich vermittelten Naturverhältnisses, was mir u. a. im Geld verkörpert zu sein scheint. Die Dialektik von Triebunterdrückung und verdrängten Bedürfnissen, die ständig neue Bedürfnisse schaffend fortschreitet. Darum mit Marx und nicht gegen ihn auf die Ambivalenz dieses Verhältnisses zur äußeren und inneren Natur des konkreten Menschen als gesellschaftlichem Wesen hinweisend. Diese Dialektik zu verlassen, nämlich, daß die repressive Auseinandersetzung des Menschen mit sich und der Natur bisher alle gesellschaftlichen Assoziationsformen bestimmte, führt zu einer gefährlich-trügerischen Konstitution der Hoffnung auf eine der-einst befreite Gesellschaft. Was ist, wenn es doch keine freie, alle Bedürfnisse befriedigende, Kindheit der Menschheit gab? Sind dann die Wünsche nach Befriedigung und Freiheit zusammen mit der sich verflüchtigenden vermeintlich historischen Realität aufgegeben, auch die Träume? Oder sind nicht vielmehr die Erinnerungen an die befriedigende Kindheit Erinnerungen an deren Wünsche und Träume? Jedenfalls den von Marx ausdrücklich auf die kollektiven Eigentumsformen hin gebildeten Begriff des Urkommunismus zugleich als Hinweis auf eine konkrete, sexuell freie oder freiere Gesellschaftsformation zu verstehen, spottet jeder historischen Erkenntnis. Das ist eine Utopie. Tatsächlich ist das Inzesttabu, wie die neueste Forschung beweist, zumindest auf das Verhältnis von Mutter und Sohn bezogen, universell und vermutlich genauso alt wie die Assoziation von Menschen überhaupt. Eher wäre zu fragen, was dem Bedürfnis Ursprünge zu suchen, zugrunde liegt. Die dialektisch-materialistische Darstellungsweise ist gerade gegen ursprungsmythologische Theoriebildungen entwickelt worden. Auch Klaus Ottomeyer hat ja bereits in seiner Auseinandersetzung mit Bornemann auf dessen hilflose Konstitution der Einsetzung des Inzesttabus hingewiesen. Und daß die Formel „Inzesttabu“ über den konkreten Rahmen hinaus zugleich als Metapher eines gesellschaftlich vermittelten Naturverhältnisses zu verstehen ist, das für die Unterdrückung und Verdrängung des „dark continent“ weiblicher Sexualität, auch der im Manne, einsteht, scheint mir einleuchtend. Aber nicht nur das: in der Ontogenese steht das Inzesttabu auch für seine Vorläufer, also die Vorläufer der im Ödipuskomplex unterdrückten Inzestwünsche, die Verdrängung und Unterdrückung oraler und analer Sexualität. Darüber hinaus ist es als Metapher für die Unterdrückung sämtlicher, unter dem Genitalprimat zu subsumierenden, sexuellen Bedürfnisse und Partialtriebe zu verstehen. Diese Ambivalenz wird quantifizierend-entqualifizierend im Geld verkörpert.

Und die im Inzesttabu artikulierte Verdrängung und Unterdrückung der weiblichen Sexualität ist nicht Ausdruck der Unterdrückung der Mutter qua ihrer Funktion als Mutter, die ja selbst Teil an dieser Verdrängung hat, indem sie ihre sexuellen Bedürfnisse zugunsten ökonomischer Leistung opfert: der Geburt und Aufzucht von Kindern. So steht der Begriff Inzesttabu für ein dialektisches Verhältnis ein, das schon in jenen, bereits Opferverhältnisse substituierenden, Vorgängern des Geldes verkörpert wird: den primären Formen gesellschaftlicher Assoziation.

Bornemans Tendenz zu einem vulgären Basis-Überbau-Denken zeigt sich insbesondere dann, wenn er sexuelle Verhältnisse im weitesten Sinne in den Überbau der eigentlichen materiellen Reproduktion verweist. Denn es ist ein Unterschied, wenn Marx z. B. die für ihn analogen Bedürfnisse, wiewohl Bestandteil der Produktionsverhältnisse, z. T. außerhalb der Logik des Kapitels ansiedelt, die als radikale Bedürfnisse gerade diese Logik sprengen sollen oder wenn Borneman sexuelle Bedürfnisse und Hunger völlig trennt, indem er z. B. schreibt: „Ein Mensch, der nicht koitiert, mag Neurosen entwickeln, aber er stirbt nicht“ (p. 461). Wenn ich einmal von dem offenbar von Reich stammenden leistungsorientierten, phallischen Sexualitätsbegriff absehe, so hat die Forschung längst die Unmöglichkeit einer solchen positivistischen Trennung belegt. Spitz hat schon 1954 (Vom Säugling zum Kleinkind) darauf hingewiesen, daß z. B. Heimkinder, trotz ausreichender Ernährung, nur aufgrund des Fehlens emotionaler Kontakte und Beziehungen, also primärer sexueller Realisierungsmöglichkeiten, viel häufiger starben als andere. Wenn man diese Argumente weiter denkt und reflektiert, nämlich, daß die Formen emotionaler Beziehungen, das Bedürfnis nach vereinigender genitaler Sexualität zuletzt, die alle Partialtriebe unter sich subsumiert, später verdrängt und sublimiert auch in den gesellschaftlichen Assoziationsformen erscheint, wird man leicht einsehen, daß auch die Befriedigung von Hunger nur in den organisierten Formen gesellschaftlicher Reproduktion vor sich gehen kann, die als Sublimierungen und Verdrängungen dieser Triebbedürfnisse zu verstehen sind. Daß viele Völker, deren soziale Organisation durch den Kolonialismus zerschlagen wurde, nun dahinvegetieren und z. T. einfach verhungern, ist neben vielen Gründen auch auf deren soziale Organisationslosigkeit zurückzuführen. Eindrucksvoll wird dieser Zusammenhang von Colin Turnbull (The mountain people) am Beispiel der Ik dargestellt. Die Fragen der Ernährung sind von denen sozialer Organisation nicht zu trennen und das schließt die sexuellen Beziehungen mit ein, beide stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander. Eine materialistische Theoriebildung hätte sich bei allen Vergegenständlichungen, Verdinglichungen und Verkörperungen gerade um deren dialektische Auflösung zu bemühen. Mehr habe ich nicht zu sagen versucht.

Bund demokratischer Wissenschaftler

Probleme der Abrüstung und die Aufgabe der Wissenschaftler

Aufruf zur Fachtagung am 6. und 7. Mai 1977 in Darmstadt

Die Entwicklung nuklearer, biologischer und chemischer Waffensysteme hat den Satz vom Krieg als der Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln unwahr werden lassen. Der Einsatz dieser Kriegsmittel würde nicht nur jede sinnvolle Politik, sondern das Leben auf der Erde schlechthin zerstören. Dennoch wird ein zunehmender Teil der Weltproduktion für solche Zwecke in Anspruch genommen. Erst nach vielen Jahren politischer Auseinandersetzung ist die Einsicht in die politischen, ökonomischen und ökologischen Folgen dieser Entwicklung zu einer Grundlage der internationalen Verständigung, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen geworden. Mit der Unterzeichnung der Schluß-Akte auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Helsinki sind die Ost-West-Beziehungen deutlich aus der Phase des Kalten Krieges in eine Phase der Entspannung übergegangen. Der politischen Entspannung sind bisher, trotz aller Rüstungs-Kontrollabkommen, nur ungenügende Maßnahmen der militärischen Entspannung gefolgt.

Zur Lösung dieser Probleme sind verstärkte wissenschaftliche und technische Anstrengungen notwendig. Fragen der Überführung militärischer in zivile Produktion, die Auflösung des militärisch-industriellen Komplexes, Probleme der Arbeitsplatzsicherung im Prozeß der Abrüstung und ähnliche Fragen stellen eine Herausforderung für die Wissenschaftler dar: Sie müssen nicht nur vor den Folgen des verlängerten Rüstungswettlaufs warnen, sondern die Perspektiven und einzelnen Etappen der Abrüstung gegenüber den Politikern und der Öffentlichkeit aufzeigen. Ihnen obliegt die Aufklärung über die Schäden des Wettrüstens und die Konzeption abrüstungsbezogener Strategien. Von ihnen werden Konzepte für eine Friedenserziehung erwartet, die ohne die überkommenen Klischees und Feindbilder auskommt.

Der Bund demokratischer Wissenschaftler möchte mit seiner nächsten Fachtagung an die Ergebnisse vieler internationaler Fachtagungen und Symposien anknüpfen und seine Mitglieder und die Öffentlichkeit über die verschiedenen Aspekte des Problems von Rüstungsverminderung und Abrüstung informieren.

Am Abend des 6. Mai 1977 sollen im Plenum drei Einführungsreferate über die nationalen und internationalen Bedingungen der Abrüstung sowie über die Möglichkeiten und Aufgaben der Wissenschaftler gehalten werden. Am 7. Mai 1977 sollen vier Arbeitsgruppen mit folgenden Themenstellungen tagen:

- I. Politische Voraussetzungen und Möglichkeiten der Abrüstung in der BRD.
- II. Sozio-ökonomische Folgen der Abrüstung in der BRD.
- III. Lehrend-vermittelnde Tätigkeit von Wissenschaftlern und Lehrern: Erfolge der Friedenspolitik.
- IV. Naturwissenschaften und Abrüstung.

Anmeldungen erbitten wir an die Geschäftsstelle des Bundes demokratischer Wissenschaftler e. V., Postfach 1162, 3550 Marburg 1.

Besprechungen

Philosophie

Helberger, Christof: *Marxismus als Methode. Wissenschaftstheoretische Untersuchungen zur Methode der marxistischen politischen Ökonomie.* Fischer Athenäum Verlag, Frankfurt/M. 1974 (228 S., br., 10,80 DM).

In Helbergers Frankfurter Dissertation soll es laut Vorwort um die „Konfrontation der methodischen Aussagen des Marxismus“ mit denen der analytischen Wissenschaftstheorie (AWT) gehen. Ein solches Programm könnte ergiebig sein, weil die AWT eine Herausforderung an den Marxismus darstellt, die eine Reihe wichtiger Ansprüche mit ihm gemein zu haben scheint. Wie vor ihr der Historische Materialismus, beruht sie auf der Absage an traditionelle Philosophie als bloßer „Konstruktion aus dem Kopf“; wie der Marxismus fordert sie konsequente Wissenschaftlichkeit und verwirft alle bloß spekulativen Quellen der Erkenntnis zugunsten praktisch begründeter und auf Praxis zielender Erfahrung und deren wissenschaftliche Verallgemeinerung. Da die AWT aber die Reflexion der Wissenschaft als eines Moments des gesellschaftlichen Lebensprozesses abschneidet, da sie enthistorisierend vorgeht und die Gegenstände aus ihren Wirkungszusammenhängen herauslöst, scheiden sich die Wege fast unmittelbar, wenn irgend eines jener Postulate konkretisiert werden soll. Was im Lichte der dialektisch-materialistischen Erkenntnistheorie gesellschaftlicher Praxis entsprungene Erfahrung ist, deren Verallgemeinerung und allseitige Reflexion den wissenschaftlichen Sozialismus theoretisch fundiert, wird in der AWT verengt auf Beobachtung und Systematisierung beobachtbarer Zustandsfolgen; die Systematisierung erfolgt mittels eines dezisionistisch gesetzten, nicht weiter ableitbaren Regelsystems, das erlauben soll, aus dem Beobachtungsmaterial die Unterlagen für eine „peace-meal technology“ (Popper), eine „Technologie des Stückwerks“ zu begründen.

Eine „Konfrontation“ zwischen AWT und Marxismus, die diesen Namen verdient, findet bei Helberger nicht statt. Vielmehr geht es um das Gericht über den Marxismus vom Standpunkt der AWT. Da Helberger sich umstandslos auf den Standpunkt der AWT stellen möchte, steht das Urteil von vornherein fest: der Marxismus als Methode sei unwissenschaftlich; die einzig wissenschaftliche Methode biete die AWT; mit politischen Zielsetzungen habe das Votum für die AWT nichts zu tun.

Die Arbeit ist so aufgebaut, daß nach einer etwas flüchtigen Darstellung des „methodischen Status des Marxschen Systems“ (I. Teil) die Funktion von „Werturteilen“ (II. Teil), Auffassung und Funktion von „Begriffen“ (Teil III) und von „Theorien und Erklärungen“ (IV. Teil) in der Lehre der AWT sowie in der marxistischen Methode abgehandelt werden.

Allerdings, was hier „Marxismus“ heißt, entpuppt sich dann, wenn man von Marx absieht, hauptsächlich als die gute alte Frankfurter Schule, ergänzt um einige Bezugnahmen auf Sweezy und, seltener, Mandel. „Bewußt unberücksichtigt“ (10) – ohne daß allerdings der bewußte Grund mitgeteilt würde – bleibt die

gesamte wissenschaftstheoretische Literatur und Diskussion aus den sozialistischen Ländern. Der westeuropäische Marxismus wird mit Schweigen übergangen (etwa Althusser).

Die nächste Einschränkung ergibt sich aus Helbergers Rezeption der AWT, auf deren Standpunkt er sich so entschlossen stellen will. Wenn diese Richtung – etwa die Komponente, die als der „Wiener Kreis“ bekannt geworden ist, – etwas Anerkennenswertes hat, so ist es ihr Prozeß permanenter Diskussion und wechselseitiger Kritik, den sie durchlaufen hat und der sich insgesamt wie ein einziger Prozeß der Selbstaufhebung ausnimmt. Angetrieben war er u. a. dadurch, daß die AWT Regeln wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung von einer abstrakten Radikalität formuliert hatte, die mehr potemkinschen Fassaden als einer operationellen Erfassung des wirklichen Wissenschaftsprozesses gleichen. Periodisch machten sich dagegen tatsächlich praktizierte Verfahrensweisen geltend und erzwangen Revision um Revision. – Helberger versucht nun, indem er Ausschnitte aus den Prozeßakten (ohne Rücksicht auf den sich verändernden Stand der Verhandlungen) zusammenstückt, eine kohärente Position darzustellen und zu verkörpern. Aber das Ergebnis bleibt eklektizistisch, voller blinder Stellen und Widersprüche, eben Stückwerk, das nur dem genügen wird, der nicht viel nach dem Zusammenhang fragt. Um einer trügerischen Kohärenz willen wird auf Ableitung und Problematisierung der referierten Definitionen, Theoreme und Regeln weitgehend verzichtet. Dadurch geht der Grad an Reflektiertheit verloren, den man der AWT heute verdanken könnte. Übrig bleiben rein dogmatische Behauptungen.

Sieht man ab von dem pseudomarxistischen Pappkameraden, den Helberger aus Zitaten von Horkheimer etc. zusammenstückt, so hat seine Arbeit von der Anlage her einen Vorzug, der sie vor anderen Schriften auszeichnet. Es findet nämlich nicht nur ein Schattenboxen abstrakter Postulate statt, sondern grundsätzliche Probleme werden am „Kapital“ von Marx exemplarisch behandelt. Damit folgt Helberger den Spuren Poppers, der in der „Offenen Gesellschaft . . .“ Ähnliches (am Beispiel vor allem der Arbeitswertlehre) versucht hatte. Durch diesen konkreten Bezugspunkt werden die Thesen diskutierbar. Zur „Konfrontation“ von analytischer und dialektisch-materialistischer Wissenschaftstheorie kann es so vielleicht doch noch kommen, wenn der Leser aufgrund eigener „Kapital“-Kenntnisse Helbergers Methodenverständnis in dieser Anwendung studiert und überprüft.

Die ganze naive Metaphysik der AWT steckt in dem Dualismus von „Wert“ und „Tatsachen“, von dem Helberger kritiklos ausgeht. Gewiß ist es gerade im Sinne einer Einheit von Theorie und Praxis lebenswichtig, nie den Wunsch zum Vater des Gedankens zu machen, sondern die Dinge zu sehen, wie sie sind. Die AWT übertreibt diesen Grundsatz der alltäglichen Erfahrung zu einem absoluten Gegensatz. In ihren Augen könnte daher die „Kritik der politischen Ökonomie“ nur als logische Kritik falscher Theorien Wissenschaftlichkeit beanspruchen. Alles übrige erscheint ihr als „Wertung“, hat im Reich der Wissenschaft nichts zu suchen. Den Zusammenhang von sozialem Standpunkt und theoretischer Perspektive vermag die AWT nicht zu sehen, folglich auch nicht die unvermeidliche „objektive Parteilichkeit“ bestimmter Sichtweisen. – Damit ist schon in den Teilen I und II von Helbergers Arbeit das Urteil über den Marxismus gesprochen: in seinem Begriff von „Kritik“ vermengte Marx ständig und aus propagandistischen Gründen „deskriptive“ und „präskriptive“ Sprache. Nicht Gründe der Erkenntnis, sondern solche der Werthaltung seien es, die ihn

im „Kapital“ immer wieder bestimmen. So sind es „ethische Gründe“, aufgrund derer er den Profit aus der Mehrarbeit hervorgehen läßt.

Wer an der „Konfrontation“, die hier versprochen wurde, interessiert ist, findet zu seiner Enttäuschung, daß noch nicht einmal der Anspruch auch nur einigermaßen richtig rezipiert wird, demzufolge der Kritikcharakter der „Kritik der politischen Ökonomie“ steht und fällt mit der eigentümlichen Methode der Darstellung. Anfang, Entwicklung und Architektonik werden in ihrer Relevanz nicht gesehen. Daher findet das Gericht über Marx immer woanders statt, als wo in Wirklichkeit gestritten werden müßte. Das Verständnis des Aufbaus beschränkt sich auf ein – eine Sweezy-Äußerung paraphrasierendes – Verständnis von der „Methode der abnehmenden Abstraktion“, was reine Phrase bleibt. Die spezifische Erfindung von Marx, aus der „Zelle“ der Wertform den „Organismus“ der bürgerlichen Gesellschaft nachzuentwickeln, wird überhaupt nicht gesehen. Die Stellungnahme der AWT zu dieser theoretischen Entdeckung wäre aber gerade interessant gewesen. Wo Helberger die Frage nach dem Stellenwert des Anfangs der „Kritik der politischen Ökonomie“ wenigstens streift, winkt er sogleich ab: „ihre Beantwortung wäre keine Aufgabe der Wissenschaftstheorie mehr, sondern erforderte eine inhaltliche Analyse“ (188). Solange solche Aufbaufragen der Wissenschaft nicht in ihrem Rahmen gestellt und beantwortet werden können, kann in der AWT keine Theorie wirklicher Wissenschaft gesehen werden.

U. a. auf Topitsch gestützt, zieht Helberger gegen die Unterscheidung von Wesen und Erscheinung zu Felde. Sie soll als metaphysischer Rest weggesäubert werden. Desgleich alle mit dieser Unterscheidung zusammenhängenden Begriffspaare (wie „innerer Kern“ vs. „Oberfläche“ oder „äußerliche“ Tatsachen etc.). Nun weiß jeder, daß – wie mit allen aufgeladenen Begriffen – auch mit diesen Begriffen Schindluder getrieben wird. Aber kann man auf die Unterscheidung, die mit ihrer Hilfe artikuliert werden soll, verzichten? Für Marx war klar, daß dort, wo Wesen und Erscheinung auseinanderklaffen, Wissenschaft ihre Aufgaben erhält. Helberger will – allerdings halbherzig – Wissenschaft dagegen an eine Sprache binden, die sich möglichst unmittelbar auf Beobachtbares bezieht und Beobachtbares einer Art mit Beobachtbarem anderer Art möglichst quantitativ zu korrelieren erlaubt. Aber dann fällt er (bewußtlos) in den Widerspruch, daß auch er etwas aufgedeckt haben möchte, was er den „inneren Mechanismus der Verursachung“ nennt (144). Die Unterscheidung dieses „inneren Mechanismus“ von der „äußeren Erscheinung“ ist es gerade, was u. a. mithilfe des Begriffspaares Wesen und Erscheinung ausgedrückt werden soll. Helbergers AWT gibt keine bessere Lösung des Problems, sondern den Rückzug vor dem Problem.

Was springt als Ergebnis heraus (neben der Generalverurteilung der marxistischen Methode)? – Zunächst hätte Marx auf die Wert-Begrifflichkeit verzichten sollen sowie auf alles, was darauf aufbaut, insbesondere die Mehrwert-Theorie. Stattdessen sollte er beobachtbare Größen wie Angebot, Nachfrage und Preise quantitativ möglichst genau korrelieren. Helbergers Vorbild ist die Ökonometrie – Auf die qualitative Seite der Werttheorie, auf die Analyse der Wertform, die historische Relativierung einer aus ihr entfalteten Gesellschaft ist zu verzichten, ebenso auf Tendenzgesetze wie das vom tendenziellen Fall der Durchschnittsprofitrate, da sie wissenschaftlich wertlos seien.

Dies alles wird nicht nur vorgetragen im Ton der Neutralität, als Empfehlung an die Sozialisten, um effektiver Strategien willen nach der AWT zu greifen und den Historischen Materialismus fahren zu lassen, sondern noch dazu von je-

mand, der einmal Mitglied des SDS war und sich (im Vorwort) selber als Marxist bezeichnet. – Seine Arbeit kann gleichwohl nützen, indem sie Lücken in der wissenschaftstheoretischen Reflexion des dialektischen Materialismus bewußt macht und ein Bedürfnis nach einer im anderen Sinne „analytischen Wissenschaftstheorie“ des Marxismus weckt. Wolfgang Fritz Haug (Berlin/West)

Halfmann, Jost, u. Tillmann Rexroth: Marxismus als Erkenntnis-kritik. Sohn-Rethels Revision der Werttheorie und die produktiven Folgen eines Mißverständnisses. Carl Hanser Verlag, München und Wien 1976 (169 S., br., 24,80 DM).

In der vorliegenden Arbeit wird der Versuch gemacht, Sohn-Rethels Theorien – den erkenntnistheoretischen Ansatz, die Revision der Werttheorie und die Theorie des Faschismus und Spätkapitalismus – in ihrem Zusammenhang zu untersuchen. Die Herstellung eines solchen Zusammenhangs hat es aber, so wird den Autoren schnell klar, mit einer Reihe von Widersprüchen zu tun, die auch eine wohlwollende Interpretation nicht verringern kann. So wird der Leser auch nach sorgfältiger Lektüre mit der ungeklärten Frage entlassen, ob der Marx'schen Warenanalyse eine erkenntnistheoretische Dimension abzugewinnen sei oder ob die „Formanalyse der Erkenntnisbegriffe“ von Fragen der Warenanalyse „kaum berührt werde“ (74). Sohn-Rethels Programm, dem „Marxismus als Denkstandpunkt“ – eine Formulierung, die von Mannheim stammen könnte – einen „erweiterten Ansatz“ beizugeben (10), der die „gesellschaftlichen Konstituenten der reinen Denkform“ als Gegenstand marxistischer Wissenschaft einbezieht (53 f), wird von den Autoren eher als Versuch einer materialistischen Version der Transzendentalphilosophie denn als erkenntnistheoretische Weiterung des Marxismus gewertet (54). Gegenüber dieser Stellungnahme nimmt sich die Rekonstruktion der einzelnen Argumentationen Sohn-Rethels, die insgesamt um den Zusammenhang von Tausch, Realabstraktion und Denkabstraktion kreisen, wieder recht orientierungslos aus: idealistische Erkenntnistheorie ist die „notwendige Denkform“ auf der Basis „funktionaler Vergesellschaftung“, die im Gegensatz zur naturwüchsigen durch die Auseinandersetzung um das Mehrprodukt, durch Ausbeutung bestimmt ist. Im Ausbeutungsakt „abstrahiert“ der Ausbeuter das Produkt vom Produzenten und stiftet – erstes Problem – den Identitätsgedanken, indem er das Produkt nicht verzehrt, sondern zum Tausch bewahrt. Als „philosophisches“ Resultat tritt hier die Unversehrtheit (Identifizierbarkeit) des – „später“ naturwissenschaftlich gefaßten – Objekts hervor. Der „Verzehr“ des Produkts kann somit die Anschauung der Welt unter der Kategorie des Objekts nicht einleiten.

Diese „Denkformenkritik“, die die „materialistische Analyse der bürgerlichen Wissenschaft“ – zweites Problem – als Analyse der Zirkulation versteht, steht nun vor dem Dilemma – materialistische Version der Transzendentalphilosophie – entweder den „materiellen Ausdruck der Identität“ – Geld – oder aber eine vorgängige, transzendentallogisch gefaßte Handlungsfähigkeit des Individuums – drittes Problem – als Grundlage der Erkenntnistheorie der Naturwissenschaft in Vorschlag zu bringen. Ist also der „Umgang mit der Logik des Geldes“ oder aber eine vorab zu unterstellende rationale Handlungsfähigkeit – auch die bürgerliche Soziologie ist präsent – Ursprung des naturwissenschaftlichen Denkens? Schließlich – viertes Problem – stellt sich hiermit die Frage nach der Transformation der

„Realabstraktion der Warenform“ in die „Denkabstraktion der Begriffsform“. Wie also soll sich die Abstraktionsfähigkeit des handelnden Individuums mit der Abstraktionsfähigkeit des Geldes zur naturwissenschaftlichen Denkform vermitteln? Hier geht die „materialistische Version der Transzendentalphilosophie“ verschlungene Wege, auf denen ihr leider auch die Autoren folgen.

Dieter Hirschfeld (Berlin/West)

Hülsmann, Heinz: Die Anonymität von Dialektik im Reden über Dialektik. Zur Philosophie Karl Poppers. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (169 S., br., 24,- DM).

Hülsmanns Buch verfolgt die Argumentation Poppers in „Was ist Dialektik?“ von 1965. Hier legte Popper seine Auffassung von Dialektik“ als logischer Methode, sowie der Hegelschen und Marxschen Dialektik dar. „Anonymität“ der Dialektik hat in Hülsmanns Buch zwei Bedeutungen. Zum einen meint sie den unbewußt dialektischen Zusammenhang, in dem Popper als „wertneutraler“ Wissenschaftler einerseits, als polemischer Apologet der bürgerlichen Gesellschaft andererseits steht. Zum anderen meint sie das aus dieser Situation notwendig resultierende Unverständnis von Dialektik, also Poppers Definition einer inhaltslos formalen, der Logik unterstellten „Dialektik“.

Am meisten überzeugt Hülsmanns Kritik im ersten Teil, wo er zeigt, wie sich Poppers „Wissenschaftslogik“ nur mit Hilfe von semantischen Verwechslungen, unausgedeuteten Metaphern und der Hinwendung zum „gesunden Menschenverstand“ der Ansprüche der Dialektik erwehren, die Dialektik auf eine der Wissenschaftslogik kongruente Form bringen kann. Die Wissenschaftslogik als Methode ist nach Poppers Auffassung in sich autonom, überhistorisch und eine „nur theoretische“, eine Angelegenheit des Denkens. Dialektik unter diesen Bedingungen wird inhaltsloses Schema, „anonym“. Hülsmann zergliedert die Poppersche Rechtfertigung der Wissenschaftslogik, zeigt ihre verborgene, notwendige Widersprüchlichkeit und zerstört so den Schein von Wertneutralität. Doch entspringt dieser Schein sicher nicht aus der Popperschen Argumentation.

Die bürgerliche Wissenschaft ist gekennzeichnet durch die Trennung von Kopf- und Handarbeit, von theoretischem und Produktionsprozeß. Der Zusammenhang wird erst im Nachhinein wieder vermittelt durch die Verwertbarkeit der wissenschaftlichen Resultate; hier erweist sich erst deren „Wissenschaftlichkeit“. Technologische Machbarkeit der Resultate unter vorgegebenen Bedingungen wird so zum höchsten Kriterium einer Wissenschaft (und nichts anderes meint Poppers Stilisierung von „trial and error“ zum wissenschaftlichen Grundprinzip), für die der logische Charakter ihrer Prämissen freilich keine Rolle mehr spielt. „Wissenschaftlichkeit“ wird identisch mit dem richtigen, überprüfbaren Schlußverfahren. Die Dialektik sowohl der vorausgesetzten Inhalte wie auch der eigenen restringierten Wissenschaftsauffassung bleibt unbewußt. Wichtig ist, das faktische Gewicht zu sehen, das dieser Auffassung zukommt: „Wissenschaft“ funktioniert auch in bürgerlichem Sinne, sie hat „Erfolg“. Ihr logisches System von Sätzen, von Kategorien und Klassifikationen dient nicht nur zur Erstellung von Lehrbüchern, sondern diese mystifizierte Form der Auffassung von natürlicher und sozialer Realität ist auch eine der Grundlagen der materiellen Herrschaftssicherung. So z. B. die Bedeutung der Sozialtechnologie, die diese nur dann besitzt, wenn sie auf ihrer eigenen Restriktion beharrt, die nur dann „erfolgreich“ – spricht: verwertbar – bleibt, wenn sie ihre eigenen Voraussetzungen

ausklammert. Popper weiß sich auf der „richtigen“ Seite im bürgerlichen Herrschaftssystem; Symbol dieses Bewußtseins ist sein zynisches Verhältnis zum „gesunden Menschenverstand“, den er beschwört oder zurückweist, wie es ihm gerade beliebt.

Unzulänglich ist Hülsmanns Argumentation dort, wo sie übersieht, daß das faktische Gewicht der Popperschen Polemik gegen die Dialektik nicht in der mehr oder weniger großen Stringenz der Argumente liegt, sondern in den tagtäglichen „Erfolgen“ eben dieser Wissenschaftsauffassung. Hülsmann widerlegt Poppers Ansichten, er erklärt dessen Fehler und Widersprüche, aber er erklärt nicht, wieso und warum Popper doch gegenüber der Dialektik „Recht“ – vielmehr Macht – behält.

Peter Bähr (Nürnberg)

Büchele, Herwig: Zu einer konkreten Ontologie der Gesellschaft. Der „positive Humanismus“ und das Problem der Universalisierung der Denkform von Karl Marx. Anton Pustet Verlag, München und Salzburg 1974 (251 S., br., 32,- DM).

Die Arbeit ist der Versuch der Entfaltung einer Sozialontologie in theologischer Absicht. Operativer Ansatz ist dabei die Interpretation des jungen Marx als Begründer einer „konkreten Ontologie der Gesellschaft“. Für den Autor ist dem „positiven Humanismus“ der Frühschriften eine universelle Ontologie immanent, die es zu rezipieren gelte. Dabei geht er aus von einer grundlegenden Divergenz des Ansatzes in den Frühschriften und der theoretischen Basis des „Kapitals“. „Der Ansatz des ‚positiven Humanismus‘ . . . wurde von Marx weder theoretisch in seinem Gesamtwerk durchgehalten, noch wurde er faktisch-empirisch durch die Geschichte (durch die marxistische Revolution) verifiziert“ (50).

Enthalten die Frühschriften die Explikation der konkreten Momente des gesellschaftlichen Seins, so dominiere im „Kapital“ eine negativ-dialektische Geschichtsauffassung. Die Herrschaft des Abstrakt-Allgemeinen befördere eine „abstrakte Ontologie“ (12 f.). „Die Marxsche Methode wird zu einer Dialektik, der die Subjektivität entzogen ist. Seine Theorie wird so . . . gerade zu einer idealistisch-allgemeinen Theorie der Revolution, zu einer abstrakten Ontologie aufstilisiert“ (56). Somit übernimmt für Büchele „das ‚Kapital‘ gleichsam die Funktion des absoluten Geistes Hegels. Der Unterschied zwischen der Selbstbewegung des Kapitals und der Selbstbewegung des absoluten Geistes ist der, daß sich das Kapital nicht selbst setzt“ (53).

Nun kommt es aber gerade auf nichts anderes als auf diesen Unterschied an. Daß das Kapital sich „nicht selbst setzt“, drückt nichts anderes aus als die Tatsache, daß es ein gesellschaftliches Verhältnis ist. Bücheles Fehlinterpretation resultiert nicht aus mangelnder Quellenkenntnis – er zeichnet sich im Gegensatz zu den meisten „Marx-Kritikern“ als sorgfältiger Kenner der Materie aus –, sondern liegt in dem Interpretationsansatz der Frühschriften begründet. Denn ausgehend von der Annahme, daß „die postatheistische Positivität des Humanismus . . . die Chance einer Rückfrage in den Grund der Positivität“ eröffnet (226), werden bestimmte Momente des jungen Marx theologisch umgedeutet. Auf der Suche nach einem Ansatzpunkt, bei dem „in Welt und Geschichte die Einheit des Universellen und Konkreten relevant ist“ (49), greift der Autor die Marxsche Position auf als eine „synthetisch-dialektische . . . Position, die weder in der Sphäre der Idealität des reinen Subjektes noch in der Dimension der rein materiellen Wirklichkeit ansetzt, sondern in der Vermittlung von Mensch-(Na-

tur) und Natur-(Mensch) durch den praktisch-historischen Vollzug (als Einheit in Differenz) zumindest anfänglich immer schon geschehen ist“ (95).

Statt die von Marx aufgewiesenen Vermittlungsschritte der Subjekt-Objekt-Dialektik zu rekonstruieren, begnügt sich der Autor mit der Frage nach der „universellen Ordnungsstruktur des Ganzen“, um auf Marxsche Sätze zu rekurrieren, denen ein transzendenter Gehalt unterschoben wird. So wird die Freiheit des gesellschaftlichen Subjektes, die in seiner „Selbsterzeugung“ begründet liegt, nicht nur als Konstitutionsfaktor der Geschichte, sondern als universale und d. h. über den gesellschaftlichen Kontext hinausgehende Sinnggebung begriffen: wenn auch im Raume der historisch-gegenständlichen Vermittlung das Endliche dominiert, so werden dessen Grenzen sichtbar und tritt das Unbedingte im Bedingten hervor (71).

Es soll der theologischen Diskussion die Beantwortung der Frage überlassen bleiben, ob nicht hier die Vorstellung der Existenz eines Unbedingten (was ja wohl nichts anderes als die Annahme eines der Geschichte vorgesetzten Weltprinzips, sei es auch auf die Kategorie „Sinn“ reduziert, heißen kann), nicht die Setzung einer abstrakten Ontologie bedeutet. Bei Marx jedenfalls wird nirgends die Ebene der gesellschaftlich-tätigen Vermittlung überschritten, ist Freiheit und Fortschritt nie anders denn als Resultat menschlichen Tätigseins begriffen. Dagegen fällt jeder Interpretationsansatz, in dem ein gleichwie gearteter „objektiver Geist“ dominiert, hinter den theorie-geschichtlichen Standard der Marxschen Hegelkritik zurück.

Werner Seppmann (Gelsenkirchen)

Bloch, Ernst: *Experimentum Mundi*. Fragen, Kategorien des Herausbringens, Praxis. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (264 S., br., 22,-DM).

Bloch bietet „das Novum eines offenen Systems“ an, in welchem „der Mensch das Unfertige schlechthin“ ist (172). Der Sinn dieser Welt liege selber noch in keiner Vorhandenheit, vielmehr erst im Zustand einer Möglichkeit, die „ein eigener riesiger Seinsmodus rund um uns“ ist (144). Seine Untersuchung könne gar nicht anders als mit marxistischer Parteilichkeit unternommen werden, „denn die objektive Geschichtstendenz selber ist von Anfang bis Ende durchaus engagiert fürs zu bildende Experiment der Geschichte aufs Wohin und Wozu“ (54). Der Positivismus ist „selber üble Parteilichkeit“, hat nichts als bürgerliches Vernebelungsinteresse hinter sich, „während marxistisch-parteilich gerade kühle, sachliche Ratio dermaßen überwiegt, daß mit den andern Fetischismen besonders auch der Tatsachenfetischismus ausgetrieben worden ist, indem die angeblich allein wahrmachenden Tatsachen eben weithin als bloß verdinglichte Prozeßmomente durchschaut sind“ (53). Als nicht minder konservativ als die Positivisten stuft Bloch die Strukturalisten ein; selbst wo sie Fortschritt meinen, stehen ihnen die dauernden Strukturen in der Quere, „der Mensch kann da nichts ändern, es strukturalisiert halt überall, und das höhere Streben des Subjekts bleibt nur ein schöner Zug“ (158). Am Problem des Werdens scheitert die bürgerliche Geschichtswissenschaft. Was Zukunft in der Vergangenheit sein könnte, wird unterschlagen, als „unwiderruflich vergangen“ abgetan. Die Auffassung des Raums als eines „erstabilen Weltkoffers“, in dem die Dinge, ob bewegt oder ruhend, eingepackt sind, sei aufzulösen. „Die den jeweils herrschenden Klassen so nützlichen Losungen von Ruhe und Ordnung fügen sich bequem an und ein, ja fanden im ruhend gesetzten Raum eine Art Schutzmarke“ (108).

Die Raumideologien gegen sog. Chaos (als Synonym für Umbruch) können betrügerisch eingesetzt werden. Im Sinne der neuen Physik sei aber der Raum ein elastischer Rahmen für felddbildende, energetische Entfaltungen. Bloch kritisiert hier die Verabsolutierung der Geborgenheit, wobei das Bewegte, schließlich Produzierende, übersehen wird. Dialektik als Bewegungsgesetz der Geschichte treibe immer wieder Auszugsgestalten neuer Kategorien heraus aus den bisher gewordenen, „wobei vorausgesetzt und sachhaft nötig ist, daß die Andersheiten sich nicht verfestigen, daß eben in jeder Gestalt der Auszug aus ihr selber treibt, zum Umschlag in neue, besser qualifizierte“ (171).

In einem anderen Abschnitt fragt Bloch nach dem Ort des Bösen im offenen System. Der Begriff vom Widersacherischen in der Welt, gar seine Fortdauer, sei einer der am wenigsten durchdachten. Wieso Auschwitz? Und warum die „schwere Geburt des Sozialismus, trotz, ja wegen seines so einleuchtenden Ziels“? (232) Der Reformismus, der sich mit Nahzielen begnügt und das Fernziel ausklammert, sei nur das Pendant zum anarchistischen Putsch, der die Nahziele mit dem Dilettantismus der Ungeduld überfliegt. (Hier wäre auf Rosa Luxemburg hinzuweisen, deren Andenken „Experimentum Mundi“ gewidmet ist.) Ist also die Endzielsuche ganz und gar sinnlos, die Hoffnung kein Weltprinzip? Natürlich bleibt es nicht bei der Frage. „Gäbe es doch überhaupt keinen Prozeß, wenn in der Welt nicht etwas wäre, das nicht sein sollte, das so nicht sein sollte“ (237). Das Vorhandensein des Widersacherischen rufe genau das rebellierend Prometheische hervor. „Es gibt keinen anderen Optimismus als einen militanten“ (238), gezielt auf Mobilisierung des subjektiven Faktors. Bleibt das Problem der Ethik. Wie kategorisch ist der kategorische Imperativ? (Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung als Richtschnur des Handelns). Er ist nach vornhin richtungsweisend, sagt Bloch, d. h. konsequent erst in einer klassenlosen Gesellschaft möglich (189). In der Klassengesellschaft von Herr und Knecht würde der kategorische Imperativ zur Zementierung des Herr-Knecht-Verhältnisses führen, also zum Verrat an der Knecht-Sache. Das Ethische müsse sein Licht aus dem Klassenkampf der Mühseligen und Beladenen, Erniedrigten und Beleidigten erhalten. Das setzt aber das Verschwinden von Herr-Knecht voraus, „weil eben Ethik ohne Eigentum mit Solidarität aller . . . erst klassenlos möglich ist“. Der höchste moralische Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung brauche keine moralische Aufforderung, der „revolutionäre Impetus“ sei dem Fortgang der Geschichte immanent.

Blochs dialektische Kategorienlehre bleibt nicht im Bereich des Humanum stehen, sie erfährt auch (mit Engels) die Dialektik der Natur. Dialektik gebe es in der Natur deshalb, weil sie gleichfalls ein prozeßhaftes, „ja besonders unerledigtes und unfertiges Feld ist“. Blochs hypothetische Suche nach dem „Subjektkern der Natur“ läßt ihn den Terminus „Naturutopie“ wagen. Es gelte, die Natur nicht „als fixen Schauplatz“ (225) anzusehen, vielmehr „prozeßhaft, dialektisch-qualifizierend, morphologisch experimentell, kurz von Umtrieben der Utopie bewegt“ (226). Unsere „objektive kosmische Unwissenheit“ sei dafür Zeugnis, die Kunst eine Chiffre. Diesen Ausführungen liegt, nach Ansicht des Rezensenten, Spekulatives nicht fern. – Das Buch ist, anders als sonst bei Bloch, nicht aus einem Guß, eher wie Bauklötze zu einer fertig gedachten Kathedrale. Wiederholungen dem Neunzigjährigen anzulasten, wäre unfair. Die Sprache Blochs ist wie schwerer Wein, köstlich, aber man bekommt Kopfweh; als Vehikel für seine Gedanken ist sie wenig hilfreich. Dennoch ist Blochs Spätwerk dem an Marx orientierten Denkschüler als Summa einer Philosophie, die ebenso eigenständig wie marxtreu ist, höchst willkommener Lehrstoff.

Bruno Frei (Wien)

Traub, Rainer, und Harald Wieser (Hrsg.): Gespräche mit Ernst Bloch. edition suhrkamp 798, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (326 S., br., 9,- DM).

Einundzwanzig zum großen Teil kaum bekannte Gespräche, dazu zwei Vorträge und eine selbstverfaßte Vita bilden ein kurioses Ganzes, dessen Thematik ohne Ufer ist. Philosophie bis zu Aristoteles hinauf, durchsetzt mit Politik bis zum Zeitungsstoff hinunter. Karl May und Jules Verne figurieren im Personal ebenso wie Kant und Augustin. Den Sinn des Unternehmens erläutern die Herausgeber: es gehe darum, den Zugang zu den gemeinhin als sehr schwierig empfundenen Büchern Blochs zu erleichtern.

Wen Hoffnung enttäuscht, den fragt Bloch: „Wäre das eine Hoffnung, die nicht enttäuscht werden kann?“ (22) Hat die Hoffnung auf den Sozialismus enttäuscht? Gesprächspartner Adelbert Reif: „Kurze Zeit vor seinem Tode äußerte Ernst Fischer einmal, daß er es für nicht sicher halte, daß die historische Entwicklung sich zwangsläufig auf den Sozialismus zu bewege, es seien auch andere gesellschaftliche Modelle zur Selbstverwirklichung des Menschen denkbar“. Bloch: „Nun, warum zeigt er sie dann nicht vor?“ Daran schließt Bloch die Bemerkung, die Schwierigkeiten des Weges seien temporär, das Ziel selber werde dadurch nicht kaputt gemacht. „Wenn es keinen Sozialismus gibt, wenn der nicht zur Konsolidierung kommt, dann können wir freilich einpacken.“ (258) Im Gegensatz zu solcher wissenden Hoffnung – Bloch spricht oft von *docta spes* – gibt es das schlimme Gespräch mit Fritz Vilmar „Über ungelöste Aufgaben der sozialistischen Theorie“. Da ist Bloch auf dem schlüpfrigen Boden der Rußlandkritik ausgerutscht. Eine „exakte und schöpferische Fortentwicklung des Marxismus“ (79) wird gefordert, geliefert aber wird Abgestandenes: „Es gibt einen bürgerlichen Rechtsstaat, es gibt auf der Grundlage eines im übrigen hier verschwundenen Manchesterprinzips immerhin noch das Postulat, daß das Individuum Freiheit haben soll.“ (86) An Stelle „schöpferischer Fortentwicklung des Marxismus“ Rückfall in den Liberalismus, wie gehabt. Das Gespräch ist 1965 geführt worden. Zehn Jahre später wird Blochs Behauptung, Marx habe die Kategorie „Diktatur des Proletariats“ nicht gründlich durchdacht (insofern es sich nicht bloß um eine terminologische Streitfrage handelt), auf eine alles andere als liberale Art aktuell.

Im Gespräch mit den Herausgebern wird die in „Erbschaft dieser Zeit“ (1935) umrissene Kritik an der Parteisprache der Kommunisten wieder aufgenommen. Die Parteisprache sei unzulänglich, weil ungleichzeitig. Zur Weimarer Zeit habe sie sich einen Schmarren um den Zuhörer gekümmert, der für die Sache geworben werden sollte; ihr Vokabular stammte aus dem 20. oder gar 21. Jahrhundert, während so manche Hörer, Fischer, Landarbeiter usw. im 18. Jahrhundert dachten. Die Ungleichzeitigkeit in der Propaganda ist eine aufhebbare Barriere. Auch der Arbeiter in der modernen Industrielwelt könne nicht nur mit den Mitteln der Rationalität angesprochen werden, er reagiere, wie der Erfolg der kirchlichen und weltlichen Antisozialisten zeige, auf Kritik der Unmoral der Herrschenden oft mehr als auf Kritik der ökonomischen Unordnung.

Bloch preist im Marxismus das Detektivische, das Aufspüren und Bewußtmachen von Gründen und Hintergründen, auf daß den Mühseligen und Beladenen das Licht der Revolution leuchte. Aber Bloch findet, daß die Empfindlichkeit gegen Erniedrigung und Beleidigung – er nennt es mißverständlich die „naturrechtliche Emanzipation“ – im Marxismus nicht genügend belichtet sei (123). Beides müsse zusammengehen: ökonomische Befreiung und der aufrechte Gang.

Bruno Frei (Wien)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Hauptenthal, Reinhard (Hrsg.): Plansprachen. Beiträge zur Interlinguistik. Wege der Forschung 325. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1976 (365 S., Ln., 67,- DM, für Mitglieder 38,- DM).

Der Band enthält eine chronologisch geordnete Sammlung von 23 nach Umfang und Qualität recht unterschiedlichen Abhandlungen zum Problem einer geplanten Welthilfssprache bzw. einer darauf bezogenen sprachwissenschaftlichen Disziplin, der „Interlinguistik“. Hierbei handelt es sich um eine Problematik von enormer sozialer Relevanz und entsprechender politischer Brisanz, die von der bisherigen Sprachwissenschaft stiefmütterlich behandelt wurde. Entsprechend verdienstvoll ist diese Zusammenstellung einer Reihe wichtiger, weit verstreuter Aufsätze, die z. T. erstmals in deutscher Sprache erscheinen; der größere Teil der Übersetzungen, u. a. aus dem Esperanto, stammt vom Herausgeber selber, der Lehrbeauftragter für Esperantologie an der Universität Saarbrücken ist. Nützlich ist auch die ebenfalls chronologisch geordnete umfangreiche Bibliographie. Was man vermißt, sind Beiträge einiger besonders renommierter Erfinder von Weltplansprachen wie Schleyer (Volapük), Zamenhof (Esperanto), de Beaufront und Couturat (Ido), Peano (Latino sine flexione), de Wahl (Occidental).

Die Befürworter von Weltplansprachen sind stärker repräsentiert als die Gegner und unter ihnen vor allem die Esperantisten; z. B. fehlt eine von Brugmann und Leskien verfaßte Kritik am Programm einer Weltplansprache überhaupt und am Esperanto speziell, jedoch ist die Replik von de Courtenay aufgenommen. Die Entscheidung für de Courtenay ist unzweifelhaft richtig, wenn man das Kriterium des wissenschaftlichen Niveaus anlegt. De Courtenays Befürwortung einer Weltplansprache gehört zu jenen Beiträgen, die auch für nicht am speziellen Problem Interessierte sehr lesenswert sind. Sie enthüllt die Argumentationsbasis der damaligen Gegner einer Weltplansprache, nämlich ihren obsoleten, teils idealistisch-romantischen, teils darwinistischen Sprachbegriff (Sprache als Ausfluß des Volksgeistes bzw. als lebender Organismus), ihren Nationalismus und ihren professoralen Standesdünkel. Auch die Argumentation der auf anderem Gebiet zweifellos verdienstvollen Junggrammatiker fußt auf solchem Fundament, das von de Courtenay der „Rumpelkammer der längst überwundenen Gelahrtheit“ (64) überantwortet wird. Statt als Organismus versteht er Sprache als „ein Werkzeug und eine Tätigkeit“. „Und der Mensch hat nicht nur das Recht, sondern geradezu die soziale Pflicht, seine Werkzeuge zweckmäßig zu verbessern oder (...) durch andere, bessere zu ersetzen“ (69), und dementsprechend die gewissermaßen naturwüchsig entstandenen Sprachen durch zweckentsprechendere geplante. Die sprachwissenschaftlichen Gegner einer Weltplansprache sind in dem Band repräsentiert durch G. Meyer, auf den sich auch Brugmann und Leskien stützten. Seine Abhandlung enthält sämtliche der genannten Irrationalismen, so den folgendermaßen begründeten Homunculus-Vorwurf, der die Biologisierung der Sprache impliziert: „Volapük aber ist nicht in der lebendigen Umarmung zweier Sprachen gezeugt, sondern auf dem Studiertisch in kühler Berechnung ausgeklügelt. Leben und Wachstum, zwei Begriffe, die man mit Recht auf die Sprache übertragen hat, sind für Volapük unmöglich, weil kein Blut in seinem Körper rollt (...)“ (36). Demgegenüber weist H. Schuchart, der für eine Weltplansprache plädiert, darauf hin, daß auch die nationalen Schriftsprachen nicht ohne geplanten Eingriff entstanden und gerade deshalb verhältnismäßig funktionstüchtig sind (50).

Überhaupt sprechen sich alle übrigen Beiträge mehr oder weniger eindeutig für eine Welthilfssprache aus, um die immer brennender werdenden internationalen Kommunikationsschwierigkeiten und damit verbundenen ökonomischen Lasten abzubauen. Keiner davon zieht dabei eine naturwüchsige einer Plansprache vor, mit Ausnahme M. Mayrhofers, der seine Position hauptsächlich mit ästhetischen Argumenten begründet. Zugunsten einer Plansprache werden vor allem die größere Regelmäßigkeit und leichtere Lernbarkeit sowie die nationale Neutralität vorgebracht. Aber auch unter den Befürwortern einer Weltplansprache gibt es noch dramatische Kontroversen. Soll etwa wenigstens ein gewisses Fundament einer einmal gestarteten Plansprache erhalten bleiben und allenfalls *nach* deren allgemeiner Anerkennung reformiert werden – ein Beispiel dafür ist das „Fundamento“ des Eperanto –, oder die Plansprache weiterhin grundlegenden Reformen unterzogen werden, um eine optimale Struktur zu erzielen? Letzterer Standpunkt wird hier von Jespersen vertreten, der konsequenterweise im Verlauf seines Lebens mehrmals auf andere Plansprachen umstieg und nicht unerheblich zur heutigen Plansprachenvielfalt beitrug.

Die Beiträge von Sapir und Trubetzkoy geben linguistische Hilfestellungen für die Verbesserung der gegenwärtigen Plansprachen, wobei sie unter anderem deren häufig kritisierten Eurozentrismus abzumildern versuchen. Öberg kontrastiert die Suffixe verschiedener Plansprachen, um Vor- und Nachteile einer „naturalistischen“ (auf vorhandene Sprachen bezogenen) gegenüber einer „schematischen“ (vollständig regelmäßigen) Struktur abzuwägen. Enger auf das Esperanto bezogen sind die Befürwortungen von Collinson, der es gegenüber dem Ido verteidigt, von Manders, der seine erwiesene allgemeine kommunikative Tauglichkeit anführt, und von Gregor, der seine literarisch erprobten ästhetischen Qualitäten rühmt. Demgegenüber weist der genannte Beitrag Trubetzkoy auf phonologische Schwächen des Esperanto hin und Mangold auf seine daraus resultierende Untauglichkeit zur maschinellen Spracherkennung.

Zu kurz kommt in dem Band die gesellschaftlich-politische Seite, die ausführlicher nur von Bormann behandelt wird. Er zeigt am Idealfall: „Wenn jeder Mensch neben seiner Muttersprache noch wenigstens *eine allen gemeinsame Sprache* beherrschte“ (279), welche enormen Erleichterungen der ganzen Menschheit zuteil würden. Er sieht richtig, daß die Durchsetzung einer Weltplansprache „nicht Gegenstand wissenschaftlicher Beweisführung“, sondern „Sache politischer Entscheidung“ (287) ist, mit der er die UNO betrauen möchte. Konsequenterweise will er die mit Weltplansprachen befaßte Interlinguistik nicht „der Linguistik im herkömmlichen Sinne“ unterordnen; vielmehr reichen ihre Probleme „mit ihren außerordentlich bedeutsamen politischen und kulturellen Fragen in maßgeblichem Umfange in das Gebiet der Sozialwissenschaften hinein“ (293). Auch bei ihm fehlt allerdings eine politisch-ökonomisch fundierte Analyse, vor allem der bisherigen Erfolglosigkeit der Weltplansprachenbewegung. Hier scheint mir ein Desiderat der Forschung zu liegen, die sich im politisch-ökonomischen Bereich, gemäß der sprachlichen Bedeutung des Wortes „Esperanto“, bisher zu sehr auf das bloße Hoffen verlassen haben mag.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Bibliographie zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der D D R. Zusammenge stellt und kommentiert von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Manfred W. Hellmann. Sprache der Gegenwart 16. Pädag. Verlag Schwann, Düsseldorf 1976 (465 S., br., 40,- DM).

Die Bibliographie verzeichnet im Hauptteil 1471 Veröffentlichungen aus der Zeit von 1949 und Dez. 1973, in einem Nachtrag knapp 250 weitere Titel bis Juli 1975. Ungefähr die Hälfte der Arbeiten, allerdings nur solche, die vor 1972 veröffentlicht wurden, sind kommentiert (Umfang der Kommentare: zwei Zeilen bis eine gute Druckseite). Das Buch enthält außerdem ein Vorwort und eine für das Verständnis der Ziele und der Anlage der Bibliographie wichtige Einführung von M. W. Hellmann; ferner ein Schlagwort- und ein Einzelwort-Register, die es ermöglichen, für spezielle Probleme und einzelne Wörter gezielt die entsprechenden Veröffentlichungen zu finden. – Da der Forschungsbereich „Öffentlicher Sprachgebrauch“ schwer abzugrenzen ist (ein Versuch dazu in der Einführung), kann die Frage nach der Vollständigkeit und Zuverlässigkeit nicht allgemein beantwortet werden. Wer sich für das „Sprachliche Ost-West-Problem“ interessiert, kann sich uneingeschränkt auf die Bibliographie verlassen. Das gleiche gilt, geringfügig eingeschränkt, allgemeiner für die „Sprache der Politik“ (im deutschen Sprachraum). Wer nach Literatur zum Sprachgebrauch in anderen gesellschaftlichen Bereichen sucht (Recht, Wirtschaft, Verwaltung, Massenmedien, Kultur etc.) muß mit verminderter Vollständigkeit rechnen. Neben der wissenschaftlichen Literatur im engeren Sinne sind zusätzlich in großem Umfang didaktische, populärwissenschaftliche und journalistische Arbeiten verzeichnet, jedoch auch in dieser Dimension – beabsichtigt – mit abnehmender Zuverlässigkeit. Als Hilfsmittel wissenschaftlichen Arbeitens ist die kompetent und solide erstellte Bibliographie eine äußerst nützliche Veröffentlichung. Wenn sie darüber hinaus für den, der mit der Entwicklung dieses Forschungsbereichs in Deutschland halbwegs vertraut ist, auch eine spannende Lektüre abgibt, so wegen der Kommentare. In gebotener Kürze weise ich auf zwei Punkte hin:

(1) Die Kommentatoren gehen an ihre Aufgabe durchweg historisch; d. h. sie beurteilen die Arbeiten immer relativ zu der wissenschaftsgeschichtlichen Situation zur Zeit ihrer Entstehung und, eingedenk der Tatsache, daß nicht nur der öffentliche Sprachgebrauch selbst, sondern auch die Beschäftigung mit ihm ein „Politikum“ darstellt, relativ zur politischen Situation. Diese Sehweise hat zur Folge, daß die Kommentare insgesamt auch eine Geschichte dieses Forschungsbereichs (insbes. der Behandlung des sprachlichen Ost-West-Problems) enthalten, geschrieben natürlich von der gegenwärtigen kritischen Position der Kommentatoren aus. Die Frage, was für eine Position das ist, führt zu

(2) Die Kommentatoren sind in ihrer Kritik entschieden, ja massiv und militant. Das hängt z. T. damit zusammen, daß bei der Titelauswahl keine Qualitätsgesichtspunkte eine Rolle gespielt haben, so daß die Kommentatoren – entsprechend der tatsächlichen Verteilung – in ihrer Bibliographie mehr Spreu als Weizen zu besprechen haben. Wie aber werden sie mit dem Politikum fertig? Sie urteilen von einer Vorstellung von „Sachlichkeit“, von der aus sowohl „kommunistische“ als auch „antikommunistische“ Autoren kritisiert werden können, von der aus aber auch kommunistische und antikommunistische Autoren gelobt werden können, obwohl sie kommunistisch oder antikommunistisch sind. Im Interesse der „Sachlichkeit“ wird politische militante Polemik militant-polemisch bekämpft. Jedoch ist die beanspruchte Neutralität nur scheinbar; denn das Prinzip der Sachlichkeit und die Konstruktion des Politischen als etwas Separierbaren, das hinzutreten kann oder auch nicht, ist selbst ein – umstrittenes – Politikum. In der Bibliographie reproduziert sich so ein ungelöstes Problem, das die Erforschung des öffentlichen Sprachgebrauchs in verschiedenen Ausprägungen von Anfang an bestimmt hat, auch wenn die Autoren mit ihrer Kritik im Einzelfall meist recht haben.

Walther Dieckmann (Berlin/West)

Neuland, Eva: Sprachbarrieren oder Klassensprache? Untersuchungen zum Sprachverhalten im Vorschulalter. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (288 S., br., 6,80 DM).

Einleitend stellt Neuland die Verknüpfung der Soziolinguistik als Wissenschaft von der Sprache in ihrer sozialen Determination mit anderen Wissenschaftszweigen dar. Das gilt einmal für die Erziehungs- und Verhaltensforschung, aber auch in ganz besonderem Maße für die Pädagogik. Die emanzipatorische Tendenz in der Soziolinguistik, die selbst in ihrer Spielart als Defizittheorie zu finden ist, wird teilweise durch eine gewisse Zweischneidigkeit der Forschungsergebnisse verschüttet, da jene zur Stabilisierung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse verwertet werden und seltener auf die Bedürfnisse des Kindes ausgerichtet sind. Nach Neuland dagegen muß die Soziolinguistik ansetzen, wo sich kognitive und verhaltensmäßige Strukturen beim Arbeiterkind als gesellschaftliche Bedingungen widerspiegeln.

Ausgehend von der Darstellung der bisherigen soziolinguistischen Untersuchungen, geordnet nach lexikalischer, semantischer und syntaktischer Ebene erörtert sie die Forschungsergebnisse, die den Zusammenhang von Sprache und Denken, Intelligenz und Kreativität untersuchen, und entwickelt den eigenen Forschungsansatz, „der das sozial unterschiedliche Sprachverhalten auf einer relativ frühen Altersstufe vor dem Hintergrund der beiden unterschiedlichen Modelle einer durch defizitäres Sprachverhalten bedingten ‚Sprachbarriere‘ oder einer qualitativ unterschiedlichen, funktional gleichwertigen ‚Klassensprache‘ unterscheiden will“ (21). Hierbei versteht Neuland unter „Klassensprache“ den simplifizierenden Ausdruck ihres Forschungsansatzes, „der die Unterschiede in den Sprechweisen einer Gesellschaft als Widerspiegelung ihrer schicht- und klassenmäßigen Widersprüche begreift, der also Differenzen anstelle von Defiziten untersucht“ (21).

„Das Sprachverhalten von Mittelschicht- und Unterschichtkindern im Vorschulalter ist voneinander verschieden, da es, als gesellschaftliches Gebilde, die jeweilige gesellschaftliche Wirklichkeit der Schicht widerspiegelt“ (89). Neuland versucht, die Sprache von 40 Kindern einer mittleren Großstadt des Ruhrgebiets, die nach Alter (zwischen 5 und 6 Jahren), Geschlecht, Schicht- und Klassenzugehörigkeit im ersten Schritt und dann nach Intelligenz und Kreativität ausgewählt wurden, von drei Seiten her zu erfassen:

Erstens durch eine Bildbeschreibung nach nonverbalem Reizmaterial, zweitens durch Weitererzählen nach einer vorstrukturierten verbalen Vorlage und drittens durch das Weitererzählen von Geschichten, was das Kind in eine relativ freie Redesituation stellt.

Zum Intelligenztest wurde der Davis/Eells-Test (279) herangezogen, der sich als schichtneutral erwies. Vor allem soll in den Tests den Kindern das Gefühl der Angst und des Leistungsdrucks genommen werden, indem der Spielcharakter der Aufgaben betont wird und keine Zeitbegrenzung besteht. Der Kreativitätstest (Maß für schichtunabhängige kognitive Leistungsfähigkeit unabhängig von der Intelligenz), von Neuland neu zusammengestellt und konzipiert, erwies sich ebenfalls als schichtneutral.

So klar wie das einleitende Referat der Theorieansätze ist, so schwerverständlich wird für den in Statistik ungeübten Laien ihre Versuchsauswertung; problematisch ist auch die Klasseneinteilung nach der Arbeitsfunktion in hand- und Kopfarbeit (100).

Neuland kommt bei der Auswertung des Intelligenz- und Kreativitätstests zu dem Schluß, daß sich Unterschicht- und Mittelschichtkinder in der Fülle, dem Variationsreichtum und in der Differenzierung des Wortschatzes sowie in den syntaktischen Grundstrukturen nicht unterscheiden. Der schichtspezifische Anteil beträgt bei den Satzmusterrepertoires über 50 %, bei Bedeutungsmodellen und Wortschatzrepertoires beinahe 50 % (221 ff.). Bei Bildbeschreibung und Kreativitätstest zeigte sich, daß die schöpferische Sprachleistung der beiden Schichten aufgrund ihrer sozialen Wirklichkeit unterschiedlich ist.

Diese Ergebnisse widersprechen deutlich denen Bernsteins und Oevermanns, die Defizite feststellen in der grammatischen Struktur, den Satztypen (233) und dem Gebrauch von Präpositionen (188), und davon eine tendentielle Vorausschaubarkeit der Sprechweise von Unterschichtskindern ableiten. Neuland konstatiert eine *qualitativ unterschiedliche, funktional aber gleichwertige Schichtsprache* (227). Den Begriff „Sprachbarrieren“ möchte sie folgerichtig als verschleiern nicht gebrauchen, eher „Barrieren sozialer Ungerechtigkeit“ (260) als Grundlage für die mangelnden Bildungsmöglichkeiten der Unterschicht anerkennen. Neuland lehnt Versuche der kompensatorischen Erziehung als „systemstabilisierend“ ab und verweist auf das Programm „emanzipatorischer Sprachschulung“ von Gutt/Salfner (rez. Argument 72), in dem Sprechschulung die gesellschaftlichen Schranken erkennen lassen soll (271).

Neulands Buch ist geeignet, dem Studienanfänger einen detaillierten und mit durchdachten Kritiken versehenen Einblick in die Forschungsansätze und -ergebnisse zu geben. Zugleich ist dies Buch eine Weiterführung der Erforschung des Sprachverhaltens mit einer Fülle von differenziertem empirischen Material, das für weitere Studien und Forschungsarbeiten genutzt werden kann.

Marlies Madsack, Kurt Pohl, Ludwig Wolfrum (Marburg)

Jäger, Siegfried (Hrsg.): Probleme der Soziolinguistik. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1975 (VII u. 161 S., br., 26,- DM).

Die Soziolinguistik habe sich „schwerpunktmäßig noch damit zu beschäftigen, die Wirkungen ihrer eigenen Ergebnisse auf die Praxis wieder rückgängig zu machen“ (VII); so formuliert Jäger im Vorwort seine Intention als Herausgeber des Bandes, in dem „theoretisch-allgemeinere, stärker empirische und didaktisch orientierte Arbeiten zur Soziolinguistik“ (ebd.) zusammengefaßt sind. Soziolinguistik solle – durch einen Prozeß der Selbstreflexion – „einen weiteren winzigen Schritt“ zu ihrer eigenen Aufhebung tun, denn: „Soziolinguistik gleich welcher Schattierung ist Beweis dafür, daß unsere Welt nicht in Ordnung ist“ (ebd.).

Auf den Ebenen theoretischer und empirischer Forschung und der Ebene didaktisch-praktischer Anwendung soll demnach soziolinguistisches Arbeiten einer Bestandsaufnahme unterzogen werden, die nicht bei der Konstatierung von Unzulänglichkeiten stehenbleibt, sondern auch neue Perspektiven weist. Die didaktischen Reflexionen bei Dischner (Didaktik und Sozialisationstheorie, 143–144) und Switalla (Zur Einheit der Sprach-, Verstehens- und Handlungskompetenz, 145–161) markieren lediglich Lücken, die theoretische und empirische Arbeit erst noch zu füllen hat, indem sie gleichzeitig auf praktische Anwendungsmöglichkeiten und Ziele reflektiert. Gefüllt werden diese Lücken in beiden Beiträgen nicht einmal ansatzweise, da kein Versuch unternommen wird, theoretisch-verallgemeinernde Begründungen für die offenen Probleme zu finden, kein

Versuch, die Probleme in den realen Zusammenhang zu stellen, den Soziolinguistik aufgreifen und aufarbeiten sollte. Dischner stellt lapidar die Forderung nach einer „Sozialisierungstheorie der Trennung von Kopf- und Handarbeit“ (143); ein solches Programm könne angesichts geltender Lehrpläne „nur praktisch, im Lehr- und Lernexperiment“ (144) verwirklicht werden. Warum gerade Kopf- und Handarbeit zu den Angelpunkten von Sozialisierungstheorie werden sollen, wird nicht weiter ausgeführt. Switalla stellt im Verlauf seiner Überlegungen zwar die Frage „Was ist (a) sprachliches Handeln, (b) sprachliches Verstehen?“ (145), muß aber mangels theoretischer Reflexion auf das Konzept des Rollenhandelns zurückgreifen (vgl. 151 ff.), ohne aufzuweisen, wie sich ein soziologischer Begriff wie Rolle überhaupt legitimieren läßt. Seinen Begriff von „Kompetenz zu sprachlichem Handeln und Verstehen“ nennt Switalla selbst „sehr abstrakt“ (158).

Auch die empirischen Arbeiten vermögen Jägers hohes Ziel der soziolinguistischen Selbstreflexion und des „weiteren winzigen Schrittes“ nicht zu erfüllen: Gumperz/Herasimchuk (*The Conversational Analysis of Social Meaning. A Study of Classroom Interaction*, 79–110) und D. Hartmann (Thesen zum Gebrauch von Anredeformen und Bezeichnungen dritter Personen in der direkten Kommunikation, 111–142) liefern penible empirische Detailstudien mikrosoziologischer Interaktionen in Klassenzimmer und Hochschulgruppierung. Diese Studien verfahren ausschließlich deskriptiv, ohne Überlegungen zum Status empirischen Arbeitens im Rahmen der Soziolinguistik anzustellen. Als erklärende Verallgemeinerungen werden nur vage Aussagen angeboten über die Verbindung zwischen sozialen und sprachlichen Regularitäten: „Our findings suggest the existence of a level of sociolinguistic rules which (. . .) take the output of grammatical and code rules to generate meaningful speech“ (99). Wie auch im vorstehenden Zitat von Gumperz/Herasimchuk zeigt sich in der Untersuchung Hartmanns das fatale Erbe strukturalistischer Methodik: Bei Gumperz/Herasimchuk sind soziolinguistische Regeln lediglich interpretierende, die am output der Grammatik ansetzen; bei Hartmanns Versuch der Formalisierung der Regularitäten von Anredeformen stellt sich die Frage, wieweit Formalisierungen getrieben werden können, ohne daß Erklärungswert und Erkenntnisgewinn dieser Formalisierungen ausdrücklich klargestellt werden müssen. Bei Hartmann haben sich die Formalisierungen der empirisch konstatierten Regelmäßigkeiten derart selbstständig, daß der gemeinte Sachverhalt hinter seiner Formalisierung verschwindet und nur unter großen Schwierigkeiten zu rekonstruieren ist.

Reiben die stärker theoretisch ausgerichteten Arbeiten. Neben Aufsätzen, die zum wiederholten Male den ideologischen Gehalt der Defizithypothese beschwören (so Ziegler: Die verewigte „Mittelschicht“. Zur Ideologiekritik der Code-Theorie, 23–49) polemisiert Hymes (*Der Gegenstandsbereich der Soziolinguistik*, 1–21) gegen soziolinguistisches Arbeiten, etwa, wenn er fragt, „ob die Forschungsgelder nicht implizit dafür da sind, für Söhne und Töchter der Mittelschicht Beschäftigungen zu finden, während man der Konfrontation mit den wirklichen Problemen aus dem Weg geht“ (2). Hymes setzt auf „eine funktional orientierte Linguistik (. . .), die sich letztlich als Sozialwissenschaft“ (18) zu realisieren habe, die Linguistik „als Sprachtheorie (nicht als Grammatiktheorie)“ (15) betreiben soll und die eine „Fundierung von Theorie und Methodologie, die Fragen nach Funktionen miteinbezieht (nicht nur Strukturfragen)“ (ebd.), gewährleistet.

Gemessen am Alter der Beiträge (die jüngsten datieren von 1973), am z. T. liederlichen und fehlerhaften Satz, dem horrenden Preis und besonders daran, wie

wenig Neues man zu lesen bekommt, ist das Buch nicht nur ärgerlich, sondern überflüssig.
Jürgen Ellerbrock (Siegen)

Jäger, Hella: *Naivität. Eine kritisch-utopische Kategorie in der bürgerlichen Literatur und Ästhetik des 18. Jahrhunderts.* Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (334 S., br., 38,- DM).

Jäger verfolgt die Entwicklung des Naiven als Stilpostulat und als Gegenstand der Dichtung in der bürgerlichen Literatur des 18. Jahrhunderts. Sie faßt Naivität als programmatischen Begriff wie als „Reflex auf ein gesellschaftliches Krisenbewußtsein“ (3). Gegen die bislang dominierende Interpretation der Idylle – in welcher das Naive seine bedeutendste Ausdrucksform fand – als Weltflucht oder Panegyrisierung des Bestehenden hebt sie auf den oppositionellen Charakter des Naiven ab: es richtet sich als das „Natürliche“ gegen die „Künstlichkeit“ der feudalabsolutistischen Form von Gesellschaft. Zwar räumt Jäger ein, daß es im einzelnen ambivalente Momente gebe, doch beharrt sie darauf, daß die „Suche nach nichtentfremdeter Menschennatur im Bauern und Hirten“ (6) weitgehend progressive Bedeutung habe: Literatur als erster Kampfplatz des noch schwachen Bürgertums, die Idylle auf diesem Kampfplatz die Ergänzung der in der Tragödie angelegten realen Konfliktgestaltung um das ideale Gegenbild. Die progressive Funktion des Naiven wird einerseits abgesetzt gegen seine Aufhebung in der konkreten Hinwendung des Sturm und Drang zum „Volk“, andererseits gegen seine apologetische Ausprägung in der Wiederbelebung durch das 19. Jahrhundert.

Die Arbeit beschränkt sich auf den Zeitraum von 1750 bis 1800. Schiller ist in vielfältiger Weise der Zielpunkt, doch entwickelt Jäger ihren Gegenstand nicht von der spezifischen Gestalt her, die der Begriff bei Schiller erhielt und die die spätere Rezeption bestimmte. Sie sucht gerade deutlich zu machen, wie Schiller auf einer breit entfalteten literarischen und literaturtheoretischen Bewegung der Aufklärung fußt, über die hinaus und auch gegen die er seine idealistische Ästhetik der deutschen Klassik entwirft.

Im ersten Teil faßt Jäger Naivität unter „stilgeschichtlichem Aspekt“ (11) und zeichnet die Entwicklung des Begriffs vom ersten aristokratisch-großbürgerlichen Aufbrechen der traditionellen Ästhetik – vermittelt durch die Diskussionen in Frankreich – bis hin zur Entfaltung gesellschafts- und dichtungskritischer Dimensionen. Der zweite Teil steht unter dem „inhaltsästhetischen“ (11) Aspekt, unter der Frage nach dem naiven Menschen als Gegenstand der Dichtung. Jäger untermauert ihre Interpretationen von exemplarischen Idyllen (Geßner, Sturm und Drang, Maler Müller und Voß) durch die Einbeziehung der zeitgenössischen Auseinandersetzungen.

Die Bedeutung der Arbeit liegt darin, daß sie einen Beitrag zur Rehabilitierung der Aufklärung als eigenständiger und bedeutsamer Literaturepoche leistet und ihren Gegenstand breit dokumentiert. Kritisch ist zu vermerken, daß es Jäger nicht immer gelingt, ihre den Gegenstand umgreifenden systematischen Fragestellungen in der Einzelinterpretation fruchtbar zu machen, daß sie sich oft auf den einfühlenden Gestus verläßt: „erfrischend unbekümmert, sinnlich-heiter und zuweilen sogar innig“ (40). Dies ist Ausdruck einer weithin immanenten Interpretationsweise, die allerdings nicht Programm, sondern offenbar arbeitsökonomisch begründete Einschränkung ist. Die Arbeit kann als einer der notwendi-

gen ersten Schritte gelten, Vorstufe zu noch ausstehenden vielseitigeren Darstellungen der Literaturentwicklung des 18. Jahrhunderts, auch als Grundlage für einschlägige literaturwissenschaftliche Seminare. Rainer Kawa (Marburg)

Stein, Peter: *Epochenproblem „Vormärz“ (1815–1848)*. J. B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1974 (115 S., br., 9,80 DM).

Stein legt hier einen kritischen Literaturbericht vor, mit dem Ziel, „den Begriff ‚Vormärz‘ als Epochenbegriff materialistisch zu begründen, in die Forschung einzuführen und die Forschungsaufgaben zu entwickeln“ (15). Ansatzpunkt von Bericht und Kritik ist das Problem der literarhistorischen Periodisierung. Daneben wird die Frage der Epochenbezeichnung und einzelne Probleme der literarhistorischen Epochendarstellung behandelt. Bestehende Ansätze werden referiert, kontroverse Standpunkte gegenübergestellt. Das Ganze wird plastisch, indem Stein den eigenen Forschungsstand kritisch von dem referierten abhebt.

Zunächst grenzt er sich von der bürgerlichen Literaturwissenschaft ab, weil die „trotz mannigfacher Versuche“ es nicht geschafft hat, „das Verhältnis von Literatur und Geschichte grundlegend zu bestimmen“ (3). Im zweiten Schritt der Abgrenzung entwickelt er Lenins Theorie von den zwei Kulturen zu einer 3-Kulturen-Theorie. „Eine zweite, wichtige Abgrenzung betrifft den Unterschied zwischen materialistischer Literaturwissenschaft, die in einem kapitalistischen Staat naturgemäß Oppositionswissenschaft ist, und einer Literaturwissenschaft in gesellschaftlichem Auftrag, wie sie in einem sozialistischen Staat definiert wird . . .“ (12). Stein wertet diese Unterscheidung zu zwei grundsätzlich verschiedenen Wissenschaftsauffassungen auf. Das spezifische Erkenntnisinteresse der Literaturwissenschaftler der DDR mache eine kritische Beurteilung ihrer Forschungsergebnisse unbedingt nötig. „Ausgangspunkt war das starke kulturpolitische Interesse des neuen sozialistischen Staates, das fortschrittliche humanistische Kulturerbe nicht nur zu bewahren, sondern im Nachweis ihrer Tradition eine Kontinuität aufzuzeigen, an deren Ende der Staat der DDR steht“ (41).

Sogar dem Österreichischen Vormärz werde von der Forschung in der DDR nur deshalb eine relative Eigenständigkeit gegenüber dem deutschen Vormärz zugebilligt, weil dies „in einem nicht unwesentlichen Zusammenhang steht mit ihrem Interesse am Problem der Herausbildung einer eigenständigen sozialistischen Nationalliteratur in der DDR“ (71).

Diese Darstellung der Literaturwissenschaft der DDR und ihres spezifischen Erkenntnisinteresses ist die Basis seines Vorgehens und bezeichnet den „schmalen Grad“ (13), auf dem er sich als materialistischer Literaturwissenschaftler in der DDR zu bewegen gedenkt. Von hier aus muß er das Konzept R. Rosenbergs zur Periodisierung des „Vormärz“ (1830–1871) ablehnen. 1830 führen industrielle Revolution, Polenaufstand und Julirevolution, als Ensemble, zum Bruch mit der literarischen Tradition von Klassik und Romantik. Die unterschiedliche, aber bei allen Beteiligten sehr heftige Reaktion auf das Ensemble dieser Ereignisse ist Rosenbergs Argument für diesen Periodenbeginn.

In der Kritik an Rosenberg entwickelt Stein Argumente, den Beginn des „Vormärz“ mit 1815 zu datieren. Dabei geht er davon aus, daß bei der materialistischen Begründung des Epochenbegriffs „die Verbindung von gesamtgesellschaftlicher Bewegung und Literaturentwicklung deutlich“ (28) werden müsse. „Die Kongruenz zwischen den geschilderten Basisprozessen und der Literaturentwicklung ist gerade ab 1815 größer als bislang vielfach dargestellt“ (55). Die

Konkretisierung aber, die diese Verbindung deutlich werden ließe, fehlt bei Stein. 1815 als Periodenbeginn bleibt Postulat.

Als weitere Abgrenzung zu Rosenberg argumentiert Stein: „Die spontane und sehr heftige, breite Reaktion der bürgerlichen Intelligenz auf die Julirevolution zeigt, daß sich bereits ein kritisches (wenn auch noch nicht revolutionäres) Potential angesammelt hat . . .“ (55 f.). Nimmt man diese Begründung ernst und datiert man die Periode „Vormärz“ von dem ersten massiven Auftreten einer kritischen bürgerlichen Intelligenz, so ergibt das eine Periode, die mit der ersten Hälfte des 16. Jhd. beginnt.

Rosenberg bewerte auch die Revolution von 1848 als Epocheneinschnitt zu gering, denn schließlich wurde diese Revolution „durch ihren Verlauf und ihr Ergebnis zur entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft . . .“ (29 f.). Obwohl auch hier wieder diese „Weichenstellung“ im literarischen Bereich nicht nachgewiesen wird, setzt er 1848 als Periodenende.

Gegenüber Rosenberg, dem der Klassenkompromiß von 1848/49 lediglich eine Etappe der Großbourgeoisie auf dem Wege zu einem ihrer zentralen Ziele ist: der Reichseinigung von 1871, erscheint Steins Konzept völlig willkürlich. Stein übernimmt im wesentlichen die Argumente Sengles (in: Biedermeierzeit. Deutsche Literatur im Spannungsfeld zwischen Restauration und Revolution 1815–1848. Bd. 1 u. 2, Stuttgart 1971 u. 1972) und suggeriert, indem er Sengles Bezeichnung – Restauration – für diesen Zeitraum mit dem Etikett „Vormärz“ überklebt, habe er das Ganze schon materialistisch gewendet.

Peter Kleiβ (Marburg)

Hinderer, Walter (Hrsg.): Sickingen-Debatte. Ein Beitrag zur materialistischen Literaturtheorie. Sammlung Luchterhand Bd. 141, Darmstadt-Neuwied 1974 (447 S., br., 14,80 DM).

Unter den umfassenden Auseinandersetzungen über materialistische Positionen in der Ästhetik – „Expressionismus-Debatte“, „Eisler-Diskussion“ oder „Kafka-Konferenz“ als einige Stichwörter – hat die (erstmalig von Lukács 1931 so genannte) „Sickingen-Debatte“ schon deswegen einen legendären Ruf, weil Marx und Engels selbst sie mit dem als Literaten eher unbedeutenden Arbeiterführer Ferdinand Lassalle – und zwar über dessen Bauernkriegs-Tragödie „Franz von Sickingen“ geführt haben; auch hat sich um ihren kurzen Briefwechsel von 1859, der schon bisher gut zugänglich vorlag, bis heute eine Reihe teils prominenter Kommentare – so u. a. von Bernstein, Mehring, Lifschitz und Lukács – kristallisiert, deren Zusammenstellung bisher fehlte. Das gesamte Material präsentiert nunmehr eine von Walter Hinderer besorgte Dokumentation, die um einige zeitgenössische Privatbriefe zum Thema und nützliche bibliografische Hinweise ergänzt ist.

Im Mittelpunkt der ursprünglichen Auseinandersetzung steht die Frage nach den Grenzen des Bündnisses zwischen zwei Klassen gegen eine herrschende dritte im Hinblick auf die ästhetischen Probleme, die eine künstlerische Darstellung dieses Themas aufwirft. Politisch geht es dabei in Lassalles Drama um den von ihm als möglich, von Marx und Engels als den Klassen-Interessen nach für undenkbar erklärten Pakt zwischen Rittern und Bauern gegen die Fürsten in der gescheiterten Revolution von 1525 – bezogen auf das „Bündnis“ von Bourgeoisie und Proletariat gegen den Adel in der gescheiterten Revolution von 1848; ästhetisch dreht sich der Streit um die poetische Lebendigkeit und Glaubwürdig-

keit von Figuren und Handlung eines solchermaßen konstruierten dramatischen Geschichtsbildes bzw. um das Problem der Darstellung weltgeschichtlich notwendiger Kollisionen durch die tragische Dichtung überhaupt – deren fundamentale Bindung des Schuld-Sühne-Prinzips an ein relativ freies Individuum in politisch-ökonomischen Gesetzmäßigkeiten an eine Gattung-Grenze stößt. Und obwohl eine Bedeutung der „Sickingen-Debatte“ darin liegt, daß sie diese Kategorien von politischem und ästhetischem Urteil ansatzweise miteinander vermittelt – Wiederentdeckung einer auf „geschichtsmächtige“ Persönlichkeiten fixierten Massenverachtung in „sprachröhrenhaften“ Protagonisten z. B. – werden doch im widersprüchlichen Verhältnis zur Dialektik von klassenmäßiger Determination und persönlicher Willensfreiheit erst die Konturen des geschichtphilosophischen Problems sichtbar, das sich daraus für eine materialistische Ästhetik ergibt. Sichtbar werden aber auch die handfesten Schwierigkeiten einer dezidiert marxistisch orientierten Kunst.

Daß Marx und Engels in ihren Kritiken Grundsätzliches nur angedeutet haben, erweist sich – die herrschende Fixierung auf ihre Autorität in Rechnung gestellt – zwar durchaus als Vorteil, wenn man die im vorliegenden Band versammelten, zwischen solidarischer Negation, kanonisierendem Dogmatismus und antikommunistischer Hetze schwankenden Rezeptionen als Parteigeschichte zu lesen versteht; aber die Beiläufigkeit der Klassiker-Urteile scheint auch die argumentative Stagnation verstärkt zu haben, wie sie an den durch jenen Briefwechsel entzündeten Reflexionen zur politischen Ästhetik – Hinderer hat ein Dutzend zwischen 1892 und 1970 entstandener Aufsätze gut ausgewählt – spätestens seit der Analyse von Lukacs zu beobachten ist! Zu umfassend durchdringt das kleinbürgerliche Klassenbewußtsein des SPD-Ahnen Lassalle literarisch seinen „Sickingen“, als daß sich am Schiller-Epigon auch die Probleme von richtiger Tendenz und zeitgemäßer Technik schon konstruktiv austragen ließen. So kommen bürgerliche wie marxistische Ästhetiker seit Marx und Engels nicht zufällig eigentlich immer weiter vom poetischen Streitgegenstand ab, und auch Hinderers Dokumentation leistet dieser ästhetischen Entstofflichung der politischen Debatte bzw. dem ungeprüften Nachbeten einst konkret gewonnener Maximen leider insofern Vorschub, als sie das zur Debatte stehende Drama nicht einmal auszugsweise vor Augen führt; der Hinweis aufs handliche Reclam-Heft genügt da einfach nicht und das Fehlen jeglicher Auseinandersetzung mit Theater-Qualität und Bühnengeschichte des Stücks – wofür sich bezeichnenderweise Engels sofort interessiert – wirkt in die gleiche Richtung.

Der die Sammlung begleitende Beitrag des Herausgebers zeichnet völlig überflüssigerweise die dokumentierten Aufsätze unter Abgabe anmaßend-unausgewiesener Bewertungen nach und verschenkt die Herausschälung dramentheoretischer Aporien ebenso wie etwa den reizvollen Vergleich mit anderen, z. T. prominenten Bauernkriegs-Stücken (Goethes, Hauptmanns, Wolfs, Fortes usw.). Die nachlässige Übernahme einzelner Arbeiten aus späteren Abdrucken anstelle einer Wiedergabe nach der Quelle ist unakzeptabel, der Anmerkungsstil – z. B. was die Beziehung von Lukacs und Lifschitz um 1930 (Moskau, „Linkskurve“, „Parteilichkeits“-Diskussion) anlangt – lückenhaft und disproportioniert. Die „Sickingen-Debatte“ und ihre Rezeption warten noch auf kundige Ausbeute.

Jürgen Hofmann (Berlin/West)

Steinwachs, Gisela: *Mythologie des Surrealismus oder die Rückverwandlung von Kultur in Natur. Eine strukturelle Analyse von Bretons »Nadja«.* Luchterhand Verlag, Neuwied-Berlin/West 1971 (189 S., br., 8,80 DM).

Die Arbeit ist in der von Hildegard Brenner edierten „collection alternative“ erschienen; damit wird ein Zusammenhang hergestellt zur Zeitschrift „alternative“ und dem von ihr unternommenen Versuch, formalistische und strukturalistische Methoden in der BRD bekanntzumachen und darauf zu überprüfen, ob sie in eine sich materialistisch verstehende Literaturwissenschaft integriert werden können. Gerade wenn man davon ausgeht, daß für eine kritische Literaturwissenschaft dieses Problem von zentraler Bedeutung ist, und wenn man weiterhin der Überzeugung ist, daß das Problem nicht allein auf der Ebene theoretischer Erörterungen zu lösen ist, sondern daß es praktischer Modellanalysen bedarf, gerade dann wird man dem Buch von Steinwachs besondere Aufmerksamkeit schenken.

Es muß zunächst festgestellt werden, daß das Buch die hier angedeuteten Erwartungen enttäuscht. Die marxistische Kritik am Strukturalismus wird kaum gestreift, eine so wichtige Arbeit wie die von A. Schmidt nicht einmal erwähnt (*Der strukturalistische Angriff auf die Geschichte*, in: *Beiträge zur marxistischen Erkenntnistheorie*, hrsg. von A. Schmidt [ed. suhrkamp, 349]. Frankfurt 1969, 194–265.), das Problem, ob der Strukturalismus ein ahistorisches Denken befördere, nicht erörtert. Die Frage einer möglichen Einbeziehung strukturalistischer Methoden in eine kritische Literaturwissenschaft wird nicht gestellt. Die historisch-gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen des Surrealismus kommen der Verfasserin ebensowenig in den Blick wie die politischen Implikationen der Bewegung. (Dazu P. Bürger, *Der französische Surrealismus. Studien zum Problem der avantgardistischen Literatur*. Frankfurt 1971.) Man mag bedauern, daß diese für eine kritische Literaturwissenschaft wichtigen Probleme in dem Buch nicht angeschnitten werden; es wäre jedoch verfehlt, es deshalb zu verurteilen. Wissenschaftliche Kritik hat vornehmlich immanent zu verfahren und ein wissenschaftliches Werk am selbstgesetzten Anspruch des Verfassers zu messen. Auch eine strukturalistische Analyse, die die genannten Probleme ausblendet, kann wichtige Erkenntnisse zutage fördern und zur Vervollkommnung des methodischen Instrumentariums der Literaturwissenschaft beitragen. Die Frage lautet also: Gelingt es der Verfasserin, ein strukturalistisches Instrumentarium auf einen surrealistischen Text so anzuwenden, daß dadurch Erkenntnisse produziert werden und die Analyse Modellcharakter beanspruchen kann?

Was heißt strukturalistisches Instrumentarium? Im ersten Kapitel stellt die Verfasserin einige Grundbegriffe von Saussure zusammen: die Gegensätze von *langue* und *parole*, von Diachronie und Synchronie, die These von der Willkürlichkeit der Zeichen und die Unterscheidung zwischen paradigmatischer und syntagmatischer Ebene (Jakobson) (1–8). Es folgen Bemerkungen zum „zentralen Thema von Lévi-Strauss“, dem „Problem des Übergangs von Natur zur Kultur“ (9). Hier geht es augenscheinlich nicht mehr um das Instrumentarium, sondern um die Probleme, die der Ethnologe Lévi-Strauss mit Hilfe des strukturalistischen Instrumentariums zu lösen versucht. Weiterhin wird noch Lévi-Strauss' Auffassung des Kunstwerks als eines „Modells in verkleinertem Maßstab“ (17) übernommen, wobei die Verkleinerung ein Mehr an Intelligibilität bringen soll. Es wird also nebeneinander auf formale Kategorien (Gegensatz von paradigmatischer und syntagmatischer Ebene), bestimmte, für die strukturalistische Ethno-

logie zentrale Probleme (Natur-Kultur) und auf Randbemerkungen von Lévi-Strauss (Kunstwerk als „Modell in verkleinertem Maßstab“) rekurriert, ohne daß der unterschiedliche Status der aufgeführten Elemente reflektiert würde. In späteren Kapiteln wird u. a. noch R. Barthes' Begriff der *activité structuraliste* eingeführt (Auseinandernehmen und Zusammensetzen sind demzufolge strukturalistische Tätigkeiten); weiterhin ein Aufsatz von Derrida, einem stark von Heidegger beeinflussten Philosophen, referiert (als Kritik am Strukturalismus); schließlich in einem Kapitel die Thesen von Foucaults *Histoire de la folie* zusammengefaßt. Das Problematische eines solchen Vorgehens liegt auf der Hand. Der zugrunde gelegte Begriff des Strukturalismus bezeichnet kein in sich kohärentes Ganzes von wissenschaftlichen Verfahrensweisen und theoretischen Grundannahmen, sondern orientiert sich an Forschungsergebnissen von Autoren, die man gemeinhin als Strukturalisten bezeichnet, ohne daß die Frage der Kohärenz der verschiedenen Ansätze als Problem erkannt wird. Es besteht die Gefahr, daß der Begriff Strukturalismus nur noch dazu dient, um eine Reihe von assoziativen Verbindungen zwischen Motiven und Techniken der Surrealisten mit Themen und Verfahrensweisen aktueller Theoretiker herzustellen.

Dieser Gefahr ist die Verfasserin im Kapitel VI ihrer Arbeit vollständig erlegen. Das ganze Kapitel beruht auf einer einzigen Analogie. Bei der Interpretation eines Mythos stellt Lévi-Strauss einmal fest, daß „alle, selbst pathologische Zustände, auf ihre Art etwas Gutes an sich haben. Das Herabgemindertsein hat Recht, einen vollen Platz im System zu beanspruchen, weil es die einzig denkbare Form des Übergangs zwischen zwei unverminderten Zuständen ist“ (zit. 110). Steinwachs schließt daraus, „*Nadja* sei der Mythos von der Positivität pathologischer Zustände“ (111). Daß es sich dabei jeweils in beiden Fällen um etwa anderes handelt, entgeht der Verfasserin. Breton bewertet den Wahnsinn nicht deshalb positiv, weil er „einen vollen Platz im System zu beanspruchen“ hat, wie bei Lévi-Strauss, sondern weil er für den Surrealisten der einzige Gegenbegriff ist zur zweckrational gewordenen bürgerlichen Gesellschaft, gegen die der Surrealismus protestiert.

Das Beispiel kann für viele stehen: Steinwachs greift zu den verschiedensten Schemata und Theoremen und sucht sie zu Instrumenten der Erkenntnis zu machen. Was dabei herauskommt, ist jedoch oft nur eine beliebige Analogie, der Erkenntniswert kaum zukommt. Das ist um so bedauerlicher, als Steinwachs zumindest stellenweise durchaus bedeutsamen Einsichten auf der Spur ist. Ich meine die dem Kapitel über „paradigmatisches Lesen“ zugrundeliegende Beobachtung, daß in *Nadja* das dominierende Konstruktionsprinzip nicht der Erzählverlauf ist, sondern das Nebeneinander von Reihen (Paradigmen). Ob es sinnvoll ist, diese Paradigmen in Analogie zur Deklination anzuordnen („Begegnung mit lebenden Personen, der Nominativ in der Deklination des objektiven Zufalls“ [82]; Begegnung mit in ihren Werken lebendig gebliebenen Personen, [der] Genitiv in der Deklination des objektiven Zufalls“ [86] etc.), ist zweifelhaft; zutreffend aber ist der Hinweis, daß in *Nadja* ein Typus von Kohärenz vorliegt, der sich radikal von dem Typus der Kohärenz eines traditionellen Erzählwerks unterscheidet. Auch die Beobachtung, die surrealistische Erfahrung bestehe „im Erleben von Kultur als Natur“ (72), ist zutreffend; deutbar aber ist sie nur im Rahmen einer Reflexion auf den historischen Kontext (Erfahrung der destruktiven Gewalt der vom Menschen erzeugten Technik im Ersten Weltkrieg), die die Ambiguität des für die Surrealisten charakteristischen magischen Umgangs mit den Produkten der Kultur zu erfassen erlaubt.

Abschließend noch ein Wort zum Verhältnis von Formalismus, Strukturalismus und Avantgardebewegungen. Der Zusammenhang ist nicht in der Weise zu fassen, daß man die Surrealisten als Strukturalisten *avant-la-lettre* begreift; es wäre vielmehr erforderlich, den Zusammenhang der Entwicklung eines Gegenstandsbereichs und der diesen adäquaten Kategorien theoretisch abzuleiten. Einen möglichen Ausgangspunkt dazu bieten die Überlegungen von Marx in der Einleitung der *Grundrisse zur Kritik der politischen Ökonomie*.

Peter Bürger (Bremen)

Bürger, Peter (Hrsg.): Vom Ästhetizismus zum Nouveau Roman. Versuche kritischer Literaturwissenschaft. Athenäum Fischer Taschenbuch Verlag, 1975 (228 S., br., 13,80 DM).

Der vorliegende Band vereinigt eine Reihe von Studien vornehmlich zur französischen Literatur seit der Jahrhundertwende (darüber hinaus zu Rimbaud und zu Beckett). Die aufgenommenen Arbeiten sind jedoch weniger durch Gemeinsamkeit oder historische Folge der Gegenstände verbunden, wie dies der Titel glauben macht, sondern durch eine – allerdings recht vage – Gemeinsamkeit ihres ideologiekritischen Ansatzes. Bei aller Unterschiedlichkeit der Fragestellungen innerhalb dieses gemeinsamen Rahmens kann der Band Interesse beanspruchen vor allem durch die verschiedenen Versuche, diesen Ansatz gerade an Texten zu konkretisieren, die durch ihre hermetische Struktur geradezu als Musterbeispiel für die Unanwendbarkeit einer ideologiekritischen Hermeneutik herangezogen wurden (vgl. 121 f., auch 193 f.).

In seinem einleitenden Aufsatz versucht Bürger, die theoretischen Prämissen einer ideologiekritischen Literaturwissenschaft zu bestimmen. Er bezieht sich dabei auf den doppelten Gehalt des Marxschen Ideologiebegriffs, demzufolge Ideologie (deutlich am Modell der Religionskritik) als gesellschaftlich notwendiges falsches Bewußtsein zugleich ein „Moment der Wahrheit“ einbegriff (4 f.) und überträgt diese Bestimmung auf die Literatur „als agierend-reagierendes Moment gesellschaftlicher Praxis“ (10). Eine ideologiekritische oder dialektische Literaturwissenschaft (die beiden Begriffe sind für Bürger synonym: 13) hätte danach dann die Aufgabe, den Allgemeinheitsanspruch und zugleich die partikularen Interessen, die in ein Werk eingehen, zu konfrontieren mit dem historisch möglichen Bewußtsein seiner Gesellschaft und Epoche (14 ff., vgl. 9 f.). Dabei sind diese Bestimmungen hermeneutisch aus den im Werk aufweisbaren Intentionen zu entwickeln, sie setzen aber zugleich eine Theorie von der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft voraus (18 u. ö.). Die Forschungsprobleme, die solche allgemeinen Bestimmungen aufwerfen, lassen sich mit aller Deutlichkeit aus den verschiedenen konkreten Untersuchungen des Bandes ablesen, und dies gerade deswegen, weil die verschiedenen Autoren sicher nicht in allen Punkten mit Bürger einig sind. Die Ansätze reichen von einer fast nur textimmanenten Hermeneutik bei Knapp („André Gide: Individualität, Autonomie und anonyme Gesellschaft“, 49–72) und Brockmeier („Revolte und Resignation. Zum Werk Albert Camus“, 92–120) bis zur an der Widerspiegelungstheorie orientierten Beckett-Analyse Metschers (121–162).

Als zentrales Problem, das allen Untersuchungen gemeinsam ist, läßt sich neben anderen vor allem die von Bürger (18) geforderte historisch-gesellschaftliche Konkretisierung der ideologiekritischen Hermeneutik ausmachen. So entwickelt Knapp die ideologischen Brechungen, die den als Identitätssuche gefaßten Auto-

nomieanspruch des Individuums bei Gide bestimmen (55, 61 u. ö.). Zur gesellschaftlichen Bedingtheit dieser Thematik werden dann aber lediglich zwei kurze Verweise auf die Anonymität der gesellschaftlichen Entwicklung angeführt, die den Inhalt der Identitätssuche der Gideschen Protagonisten bedinge (58, 62). Ähnlich wie bei Brockmeier in seiner Kritik an der Revolte-Konzeption Camus' (vgl. 102) bleibt die Kritik und Bewertung Gides letztlich nur geistesgeschichtlich fundiert (so 69). Darüber hinaus dient als Begründungszusammenhang für die immanent entwickelten ideologischen Momente in den Analysen zumeist nur ein sehr allgemeiner Begriff von kapitalistischer Gesellschaft. Das gilt auch für die Untersuchung Metschers. Der geschichtsphilosophische Nihilismus der Stücke Becketts (vgl. 137 ff.) ist für Metscher einfach Widerspiegelung der Verkehrung gesellschaftlicher Verhältnisse, wie sie auch aus der Analyse des Fetischcharakters der Ware bei Marx entwickeln läßt (bes. 151 f.); zugleich spiegele sich darin auch der Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft (ebd.). Solch allgemeine Bestimmungen der gesellschaftlichen Basis für die Ideologiehaltigkeit lassen wohl doch allzusehr die Frage nach der jeweiligen Besonderheit des konkreten literarischen Werkes unbeantwortet. Besonders deutlich wird dies in Bürgers Untersuchung der Ästhetisierung der Wirklichkeit bei Proust, Valéry und Sartre (23–48) Die „Ohnmacht des Einzelnen gegenüber dem Ganzen“ (37), für Bürger die Kristallisierung der Erfahrung des bürgerlichen Individuums unter dem Monopolkapitalismus, scheint doch eine nicht allein zureichende Kategorie zur Erfassung einer Grundposition der bürgerlichen Intelligenz seit der Jahrhundertwende, was Bürger intendiert (35, 37). Vor allem bedürften wohl die Unterschiede zwischen den drei Autoren, die Bürger analysiert, einer genaueren soziologischen und historischen Differenzierung, allein schon wegen der zeitlichen Distanz zwischen den von Bürger herangezogenen Texten.

Die angeführten Einwände sollen nun aber nicht den Eindruck entstehen lassen, es handle sich hier um ein gescheitertes Unternehmen. Es ist nicht möglich, auf die ganze Reihe überzeugender Textanalysen und Beobachtungen einzugehen, die die oben formulierten Überlegungen zur Forschungsproblematik erst möglich machten. Sie geben konkrete Anstöße für eine weitere Differenzierung der Untersuchung, wie sie oft auch im Rahmen eines Aufsatzes gar nicht möglich sind. Außer den schon erwähnten Arbeiten enthält der Band noch Studien zu Saint-Exupéry und zum Nouveau Roman sowie eine Kritik an der von Klöpfer/Oomen versuchten textlinguistischen Interpretation Rimbauds. Dieser Aufsatz von Sanders ist besonders dadurch interessant, daß er ansatzweise deutlich machen kann, welche Einsichten eine geistesgeschichtlich oder werkimmanent orientierte Fragestellung (die Textlinguistik gilt Sanders zu recht als eine leicht modernisierte Variante der Werkimmanenz: 211 f., 217) verhindert bzw. gar nicht erst in den Blick kommen läßt (209 f.). Hartmut Stenzel (Freiburg)

Soziologie

Krysmanski, Hans Jürgen., u. Peter Marwedel (Hrsg.): Die Krise in der Soziologie. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (295 S., br., 11,80 DM).

Während der außergewöhnlich langen, sechsjährigen Pause zwischen dem 16. und 17. Deutschen Soziologentag hat die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) bewußt die argumentative Auseinandersetzung mit den gegen die offiziell-

le Soziologie rebellierenden „linken“ Positionen vermieden. Vielmehr wurde es den staatlichen Organen überlassen – durch verschiedenste Repressionen bis hin zu Berufsverboten – die „Neue Linke“ zu domestizieren.

Der 17. Deutsche Soziologentag, der im November 1974 in Kassel stattfand, konnte somit unter das Motto eines friedlichen Theorievergleichs gestellt werden, zum Thema: „Evolution als eine Art sozialen Wandels“. Dieser Vergleich bestand jedoch eher in einer bloßen Aneinanderreihung der fünf gegenwärtig in der Diskussion befindlichen gesellschaftstheoretischen Ansätze der westdeutschen Soziologie, die nacheinander auf der Eröffnungsveranstaltung Revue passierten: der kommunikationstheoretische Ansatz von J. Habermas, der funktionalistisch-systemtheoretische von N. Luhmann, der phänomenologisch-handlungstheoretische Ansatz von J. Matthes, der verhaltenstheoretische Ansatz von K.-D. Opp und schließlich der historisch-materialistische Ansatz von K. H. Tjaden.

Um den von der DGS wie von der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit weitgehend ignorierten historisch-materialistischen Ansatz der westdeutschen Soziologie, dessen Vertreter mittlerweile bereits massiven staatlichen Sanktionen in Form von Berufsverboten ausgesetzt sind, die Gelegenheit zur öffentlichen Selbstdarstellung zu geben, haben sich die Herausgeber und Autoren des vorliegenden Readers entschlossen, die von ihnen auf dem Soziologentag gehaltenen Referate (z. T. überarbeitet) zu veröffentlichen und eine erste Analyse der Situation der westdeutschen Soziologie im Spiegel ihres Gegenstandsbereiches zu leisten. Grundlegendes Einverständnis aller Autoren ist, eine „Wissenschaftspraxis im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung“ (7) anzustreben. Über die Darstellung von fortschrittlichen theoretischen Ansätzen in den einzelnen Bindestrich-Soziologien sowie Überlegungen zu deren Realisierungsmöglichkeiten hinaus will der Reader insbesondere auch die argumentative Auseinandersetzung mit der „offiziellen Soziologie“ anregen.

Der einleitende Bericht von U. Jaeggi über die wissenschaftspolitische Entwicklung der DGS seit 1968, etwa dem Höhepunkt der Studentenbewegung, läßt die offiziellen Repräsentanten Lepsius, Dahrendorf, Schelsky, die bürgerliche Presse und Fachzeitschriften pointiert zu Wort zu kommen, um auf diese Weise das Selbstverständnis der DGS zu formulieren. Ein weiterer Beitrag (P. Marwedel) gibt einen skizzenhaften, informativen Überblick über die 65jährige Geschichte der DGS, wobei das Verhältnis von gesellschaftspolitischer Entwicklung und soziologisch-theoretischem Reflex derselben im Vordergrund steht. Für die Gegenwart bedeutet dies, zu hinterfragen, wie die jüngste Krise der westdeutschen Gesellschaft von der Soziologie verarbeitet wird. Die Beiträge von T. Neumann und K.-H. Tjaden befassen sich denn auch schwerpunktmäßig mit dem „krisenreflektischen Charakter“ (96) der unterschiedlichen auf dem Soziologentag vertretenen Ansätze. Tjaden läßt sich am ehesten auf einen Theorievergleich zwischen nichtmarxistischen und marxistischen Ansätzen ein und versucht andeutungsweise – über eine Reihe inhaltlicher Grenzziehungen – das Problem der Aufhebung und Aufbewahrung von Befunden nicht-marxistischer Sozialwissenschaft in der historisch-materialistischen Theorie zu skizzieren. Er betont schließlich explizit:

„Insofern die nichtmarxistische Sozialwissenschaft gleichwohl grundsätzlich in der Lage ist, die erfahrbare geschichtliche Gestalt gesellschaftlicher Wirklichkeit und ihre Widersprüchlichkeit sei's zu reflektieren, sei's zu problematisieren, kann die historisch-materialistische Gesellschaftswissenschaft mit ihren bürgerli-

chen Gegenspielern nicht nur diskutieren, sondern selbstverständlich auch von ihnen lernen“ (96).

Die weiteren Beiträge aus verschiedenen Gegenstandsbereichen der westdeutschen Soziologie (Bildungsplanung: B. Dammann, Sozialstruktur: S. Herkommer, Sozialisation: B. Hülsmann, Wissenschaftsforschung: H. J. Krysmansky, Stadt- und Regionalplanung: R. Krysmansky, Staatsanalyse: D. Läßle, Methodenlehre: E. Lawrence und H. Wienold) stellen schließlich den Versuch dar, folgende allgemeine Ansprüche einzulösen:

1. Rückbezug des Standes der Wissenschaft auf den Stand der gesellschaftlichen Entwicklung

2. konstruktiv-inhaltliche Auseinandersetzung mit nicht-marxistischen Ansätzen der jeweiligen Bindestrichsoziologien

3. Konkretisierung und Selbstdarstellung von historisch-materialistischen Ansätzen in den einzelnen Gegenstandsbereichen der Soziologie

4. Aufzeigen der institutionell-politischen Schranken gegenüber der Entwicklung der Marx'schen Theorie wie auch der entsprechenden gesellschafts-politischen Praxis als Angriff auf das demokratisch-pluralistische Selbstverständnis des Grundgesetzes

5. Erarbeitung organisatorisch-politischer Vorschläge zur praktischen Umsetzung theoretischer Erkenntnisse unter erschwerten politischen Bedingungen.

Diese grundlegenden Ansprüche sind in den einzelnen Beiträgen auf recht unterschiedlichem Niveau eingelöst worden. Insbesondere die Entwicklung theoretisch fundierter und zugleich praxisrelevanter marxistischer Ansätze sind teilweise noch recht rudimentär und erfordern weitere intensive Bemühungen. Es wäre zu begrüßen, wenn die vorhandenen historisch-materialistischen Ansätze sowie deren Ausdehnung auf weitere Teilgebiete der Soziologie in einer ähnlichen Form wie der vorliegenden einem möglichst breiten Publikum zugänglich gemacht werden könnte.

Insgesamt ist die Lektüre dieses Buches für Sozialwissenschaftler von Nutzen, weil es viele diskussionswürdige Probleme anspricht. Überblicke über einige Bereiche der westdeutschen Soziologie gibt und Ansätze für eine Weiterentwicklung der Soziologie im Interesse der Allgemeinheit erkennen läßt. Von Nutzen sind ferner die Literaturhinweise am Ende der einzelnen Arbeiten sowie der Abdruck des Programms vom 17. Deutschen Soziologentag.

Eberhard Göbel (Berlin/West)

Wurm, Wolfgang: Abschaffung der Soziologie? Behaviorismus als Ideologie. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1974 (151 S., br., 6,80 DM).

Der Behaviorismus läßt sich heute als radikalste Lösung eines ganzen Satzes von sozialwissenschaftlichen Grundlagenproblemen begreifen: in der Rückführung des intentional geleiteten Handlungszusammenhangs auf einen bloßen Verhaltenszusammenhang werden tierische wie menschliche Handlungsäußerungen gleichermaßen nach dem Muster von Naturvorgängen begriffen. Wie die Einheit des naturwissenschaftlichen Objektbereichs durch einen universal geltenden Kausalitätszusammenhang gesichert sein soll, ist dann der Objektbereich tierischen und menschlichen Verhaltens einheitlich durch mehr oder minder eng gekoppelte Reiz-Reaktions-Abläufe strukturiert. In den Sozialwissenschaften sollen sich gemäß dieser Grundannahme intentionaler Gehalt und subjektiv vermeinter

Sinn des sozialen Handlungszusammenhangs auf mentale und psychische Zustände so zurückführen lassen, daß ihnen beobachtbare Körpervorgänge eindeutig korreliert und so die als bloße Introspektion gedeutete Sinninterpretation unterlaufen werden kann.

Ihr Erklärungsmodell kann dann die behavioristische Soziologie dem kritischen Rationalismus entnehmen, die sozialwissenschaftlichen Meßprobleme in Richtung der traditionellen Beobachtungsmethoden auflösen. Dem gegenüber orientieren sich die Gegentheorien zumeist an einer alternativen Bestimmung des sozialen Handlungszusammenhangs. Diesem Typ von Behaviorismuskritik, deren Ausarbeitungen sich bis heute beinahe geschlossen auf die sprachphilosophischen Arbeiten des späten Wittgenstein zurückbeziehen (vgl. jetzt: R. Wiggershaus (Hrsg.): *Sprachanalyse und Soziologie*, Ffm. 1975), folgt auch die Arbeit Wurms: sie rekonstruiert entlang einigen zumeist vom Behaviorismus selbst gewählten Beispielen die Argumentationen, die gegen die verhaltenstheoretische Soziologie unter Zugrundelegung eines gegenüber intentionalen Handlungszusammenhängen nicht mehr different gehaltenen Kategorienrahmens geltend gemacht werden können. Diese kommunikationstheoretisch orientierten Einwände konvergieren in der These, daß die behavioristische Absehung von sprachlich interpretierten Handlungsnormen die Erklärung einer Handlung selbst nicht zuläßt, sondern eben nur die (soziologisch irrelevante) Beschreibung isolierter Handlungsakte als beobachtbare Ereignisse gestattet; daher muß die verhaltenstheoretische Soziologie in der Erklärung sozialer Handlungszusammenhänge genau den deutenden Vorgriff auf normgeleitete Handlungsinterpretationen ständig vornehmen, den sie im behavioristischen Theorieprogramm methodologisch doch gerade neutralisieren wollte. Wurm erläutert diesen uneingestanden Deutungsvorgriff des Behaviorismus an den zentralen verhaltenstheoretischen Kategorien („Stimuli“, „Response“, „Verstärkung“ usw., vgl. 26–38): um etwa eine Handlungsäußerung überhaupt als reizstimulierte Reaktion interpretieren zu können, muß der soziologische Beobachter immer schon den intentionalen Gehalt dieser Handlung selbst tentativ gedeutet haben; ohne diesen Deutungsvorgriff auf die intersubjektiv herausgebildeten Handlungsnormen könnte der Verhaltenstheoretiker sonst eben kaum ein Wissen über die handlungsrelevante „Bedeutung“ beliebiger Ereignisgruppen in Anspruch nehmen. Die Arbeit Wurms möchte jedoch mehr und anderes: die zentrale Absicht seiner Untersuchung liegt in dem Versuch, die ja selbst im Theoriekontext bürgerlicher Soziologie ausgearbeitete Behaviorismuskritik (vgl. 60–96) nun als marxistische Ideologiekritik durchzuführen. Diese Untersuchungsabsicht nimmt allerdings dann allein die Form einer Übersetzung an: die schon kommunikationstheoretisch treffenden Argumente werden so von einer der Kritik der politischen Ökonomie entnommenen Begrifflichkeit bloß überzogen: der von der sprachlich verfaßten Intentionalität sozialen Handelns abstrahierende Gehalt behavioristischer Grundkategorien wird in dieser Übersetzungsstrategie dann zu deren Warencharakter (Kap. 2), der denkbare Widerspruch verhaltenstheoretischer Hypothesen untereinander gar zum theoretischen Korrelat des Lohnarbeit-Kapital-Widerspruchs (56 ff.). Diese den argumentativen Gehalt der Behaviorismuskritik Wurms wohl kaum zuspitzende Begrifflichkeit verweist allerdings auf ein ihr zugrundeliegendes systematisches Problem: seine Kritik nimmt in ihren entscheidenden Einwänden ja eine Argumentationsebene in Anspruch, die den soziologischen Objektbereich handlungstheoretisch bestimmt und eben darum die Intentionalität eines Handlungszusammenhangs zum methodologischen Mittelpunkt macht. Der Bruch zwischen kommunikationstheoretischer Argumentation und kapital-

theoretischer Begrifflichkeit markiert dann jedoch an marxistischer Theorie ein kaum gelöstes Problem: das des Verhältnisses von sinnverstehender und strukturanalytischer Methodologie, Interaktionstheorie und politischer Ökonomie. Theorieprobleme also, die sich zum Einwand gegen die beide methodologischen Konzepte isoliert in Anspruch nehmende Arbeit Wurms verdichten.

Axel Honneth (Berlin/West)

Berger, Peter L., Brigitte Berger, Hansfried Kellner: Das Unbehagen in der Modernität. Campus Verlag, Frankfurt/M.-New York 1975 (210 S., geb., 29,80 DM).

Der Austroamerikaner Peter Berger, der bisher seinen phänomenologischen Symbol-Interaktionismus wechselweise als „humanistische Soziologie“ (1969), „neue Wissenssoziologie“ (1970) oder als „dialektische Soziologie“ und kritische Religionstheorie (1973) verkauft hat (vgl. *Das Argument* 53, 338 f.; 83, 956 f.; 88, 952–955), steht mit einem halben Dutzend deutscher Übersetzungen hierzulande auf dem Sprung zur Massenleserschaft. Seine glatte Sprache und sein kritisches Pathos haben viel dazu beigetragen. Sie können diesmal, wo er sich mit zwei Koautoren auf die Suche nach den Zusammenhängen zwischen moderner industrieller Entwicklung und individuellem Bewußtsein begeben hat, kaum mehr die Oberflächlichkeit und Hemdsärmeligkeit seiner Sorge um die Erhaltung dieses Gesellschaftssystems verbergen.

Die einzige deutlich soziologische These des Buches dürfte selbst unkritische Leser verwundern. Nach längeren Ausführungen zur Mittelschichtbildung jugendlicher „Gegenkultur“ heißt es: „Wenn Angehörige der oberen Mittelschichten aus Karrieren ‚ausflippen‘, für die ihre klassenmäßige Herkunft sie früher prädestiniert hätte, dann eröffnen sich damit Positionen für Leute aus anderen Klassen. Entmodernisierungsbewegungen in den oberen Schichten des Klassensystems beschleunigen die soziale Mobilität aus den unteren Schichten, wo Entmodernisierungsimpulse schwächer oder überhaupt nicht vorhanden sind. . . Die Entmodernisierung fördert, indem sie die soziale Mobilität erleichtert, indirekt die Lebenskraft der modernen Strukturen, gegen die ihre Auflehnung sich richtet“ (188 f.). Das ist die einzige Stütze der Behauptung, das Schichtungssystem der „modernen“ Gesellschaft sei „mobilisiert“ (91); eine Änderung ihrer Struktur wäre also nicht nötig.

Den schwammigen Modernisierungsbegriff nutzen die Verfasser phänomenologisch, um beiläufig zu zeigen, daß dies auch gar nicht möglich sei. Es „hätte unerhörtes Leiden und sogar den Tod für Millionen von Menschen zur Folge“, wollten wir die „moderne“ Technologie und Bürokratie loswerden (186). Die heutigen innergesellschaftlichen und weltpolitischen Konflikte erscheinen nur als unwichtige Behinderungen des globalen Weges zur „nach-industriellen“ Freizeitgesellschaft (164). Ob solcher Sachzwänge bleibt nur noch die Ebene des subjektiven Bewußtseins als Spielwiese für die Suche nach Alternativen. Hier sind die Autoren in ihrem Element. Zwar ohne große Rücksicht auf die psychologische und soziologische „Modernisierungsforschung“, aber doch beeindruckend ausführlich versuchen sie sich an einer Wesensschau der Verknüpfungen von „modernem Bewußtsein“ und „modernen Institutionen“ (25–101), der Bewußtseinslage in der Dritten Welt (103–154) und der „anti-modernen“ Proteste in den „fortgeschrittenen Industriegesellschaften“ (155–197). Das „moderne Bewußtsein“, hervorgebracht durch technologische Produktion und Bürokratie, stehe

dem in der Dritten Welt und in der anti-modernen „Jugendkultur“ gegenüber wie: Anonymität, „Heimatlosigkeit“, Vereinzelung gegen Gruppenorientierung und Heimatgefühl; Abstraktion gegen Konkretheit; „Komponentialität“ gegen Ganzheit; „Multi-Relationalität“ gegen Einfachheit; Gesellschaft gegen Gemeinschaft; Pluralismus gegen Totalitarismus; Rationalität gegen Irrationalität; affektive Neutralität gegen Affektivität; funktionelle Spezifität gegen Diffusheit; Leistung gegen Qualität; Universalismus gegen Partikularismus und so fort (27 ff., 42 ff., 59 ff., 98 f., 130, 168, 177 ff., 184 Anm. 145). Grotesk mutet die Konkretisierung dieses Schemas an: Castro und Coca-Cola seien gleichermaßen manipulative Modernisierer, F. Fanon, T. Leary, H. Marcuse und W. Reich verkörpern den antimodernen Protest (126, 176).

Dieses theorielose Gestrüpp ordnen die Verfasser voluntaristisch nach den Kategorien Sachzwang und Freiraum. „Entfremdung“ beispielsweise sei zum Teil innere Folge der Technologie: als „Drohung der Sinnlosigkeit“ und als Zwang zur Kompensation beruflicher Identitätsdefizite in der Privatsphäre. Insofern sei das „Unbehagen in der Modernität“ berechtigt und die Bestrebungen nach einer Verringerung des „Heimatlosigkeitsgefühls“ durch Mitbestimmung sinnvoll, wenn dadurch dem Individuum Handlungsspielräume gegen die übermächtigen technologischen und bürokratischen Institutionen erwachsen. Aber: „fühlt der Arbeiter sich vielleicht ‚entfremdet‘, weil ihm die Produktionsmittel nicht gehören“, so sei dies auf „Einwirkungen von außen“ zurückzuführen (36–41, 191, 200 f.). Leider hat Arnold Gehlen seine konservative Kulturkritik nicht mit ins Grab genommen. Traugott Schöfthaler (Berlin/West)

Zinnecker, Jürgen, u. a.: Die Praxis von Handlungsforschung. Berichte aus einem Schulprojekt. Juventa Verlag, München 1975 (332 S., br., 16,80 DM).

Dieser Erfahrungsbericht eines Handlungsforschungsprojekts vermittelt nicht nur Einsichten in die Praxis von Handlungsforschung, wie sie in den letzten Jahren im deutschsprachigen Raum zunehmend versucht wird, sondern erweist sich zugleich als bildungspolitisches Dokument über Entstehung, Höhepunkt und Untergang eines Stückes bundesdeutscher Bildungsreform. Das Projekt wurde nämlich im Rahmen des Bildungstechnologischen Zentrums (BTZ) in Wiesbaden in Zusammenarbeit mit Lehrern und Schülern dreier Schulen aus dem Wiesbadener Raum (einer Gesamtschule, einer Hauptschule und einer kombinierten Haupt- und Realschule) durchgeführt.

Die Geschichte des Projektes wird im ersten Teil des Buches berichtet, während der zweite Teil ausgewählten Problemen der Gruppeninteraktion und der Evaluation der Arbeit gewidmet ist. Bei der ausführlichen aber zeitweise langatmigen Darstellung geht die Übersichtlichkeit oft verloren zugunsten einer – zumindest teilweise – wertvollen Detailbeschreibung von politischen Auseinandersetzungen und alltäglichen Konfliktsituationen, die den Projektablauf bestimmt haben. Es sind diese Aspekte, die das Buch lesenswert machen für einen Leserkreis, der an Handlungsforschung interessiert ist oder entsprechende Projekte durchführen will.

Interaktions- und rollentheoretische Vorstellungen prägen den theoretischen Bezugsrahmen der Projektkonzeption. Allerdings sind die theoretischen Vorstellungen der Autorengruppe nicht in dieser Publikation enthalten, sondern werden in einem weiteren Bande (Handlungsforschung im pädagogischen Feld, Juventa,

München 1975) anhand der wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen und der Verfahren einer handlungsorientierten Schulforschung sowie der politischen Begründung des Projektes diskutiert. Es müßte deshalb auch dieses weitere Buch berücksichtigt werden, wenn man die Frage beantworten möchte, ob die von den Autoren formulierten Ansprüche tatsächlich eingeholt wurden. Ergebnisse in drei Bereichen sollen erzielt worden sein: Im Versuch, den Spielraum sozialen Lernens in der Schule zu erweitern; in der Erprobung eines Modells für schüler- und lehrernahe Curriculumentwicklung; in der konkreten Anwendung von Handlungsforschung als Methode (11).

Wie ein Teil der mitarbeitenden Lehrer in einer Kritik zur Evaluation des Projektes selbst bemerkt (177), kommt der vorliegenden Arbeit eher eine phänomenologisch-beschreibende Bedeutung zu; eine eingehende Analyse von Ursachen und strukturellen Charakteristiken der aufgezeigten Unterrichtsprobleme und -konflikte wird nicht vorgenommen. Dies ist wohl kaum nur ein Darstellungsproblem, sondern hängt auch mit dem Selbstverständnis von Handlungsforschung zusammen, die doch eher auf pragmatische Innovationswirkung ausgerichtet ist als auf Veränderungen, die in einem strukturellen und politisch präziseren Begründungszusammenhang stehen. Am beschriebenen Projekt wird deutlich, wie Aktionsforschung nur mühsam den bürgerlichen Rahmen oberflächlicher Reform sprengen kann: Einmal ist sie durch die direkte offizielle Arbeit im Klassenzimmer äußerst stark der institutionellen Kontrolle und Repression ausgesetzt. Der ständige Druck auf alle Beteiligten wirkt sich ohne Zweifel auf die Aktivität aus: Es bleibt jedoch offen, ob aus dieser integrativen Tendenz bessere Strategien einer progressiven und zugleich praxisgerechten Schulreform hervorgehen können, die den Spielraum kapitalistischer Widersprüche auszunutzen vermögen und nicht an der politischen Realität vorbeigehen.

Aus dem Buch geht eigentlich hervor, daß Aktionsforschung ziemlich schnell die Grenzen des Tolerierten tangiert und dadurch die Repressionsmaschinerie in Gang setzt. Eine andere Problematik ergibt sich aus dem beschränkten Aktionsradius von Handlungsforschung, denn die meistens zeitlich begrenzten und zudem vereinzelt Unternehmungen vermögen kaum die fest verankerten Grundstrukturen des Schulsystems einschneidend anzutasten. Dies wird nicht nur von den Autoren selbstkritisch angemerkt (166), sondern auch von den beteiligten Lehrern wie folgt aufgegriffen: „Wir alle haben eine Menge davon profitiert. . . . Unsere Schwierigkeit ist aber, daß wir kaum in der Lage sind, durch unsere Erfahrungen anderen Kollegen wesentlich weiterzuhelfen. (..) Wahrscheinlich wäre es besser gewesen, wenn das Projekt nicht einen optimalen Unterricht angestrebt hätte (..), sondern wenn man versucht hätte, den Unterricht nur soweit zu verbessern, daß die Lehrer dies auch nach Beendigung des Projektes hätten beibehalten können, ohne dabei andere Aufgaben zu vernachlässigen“ (178). Hierzu sei angemerkt, daß die Autoren einige weiterführende Projekte skizziert haben (93 ff.), die jedoch an den bildungspolitischen Bedingungen gescheitert sind.

Gianni Ghisla (Zürich)

Eberlein, Gerald, Werner Kroeber-Riel und Walter Leinfellner (Hrsg.): Forschungslogik der Sozialwissenschaften. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974 (309 S., br., 34,- DM).

Die Editionsriterien der vorliegenden Textsammlung kann man nur errahnen. Intendiert ist offenbar, die sprachanalytische Philosophie durch formale Anpas-

sung an gegenwärtige *inhaltliche* Neuorientierungen der Sozialwissenschaften zu aktualisieren und dabei noch auf die forschungspraktischen Implikationen einzugehen, konkurrierende Ansätze und auch die Kritik aus den eigenen Reihen jedoch konsequent auszublenden. Abgesehen von der ungeklärten Frage des Adressaten dieses Readers – eine Einführung leistet er sicher nicht – erscheinen im Ergebnis alle Ebenen vermengt und in jedem Beitrag in irgendeiner Form thematisiert. Klassische, leicht erreichbare Texte (z. B. Carnap, Theoretische Begriffe der Wissenschaft, der schon 1956 die Abkehr vom empirischen Reduktionismus ableitet; Albert, Zur Theorie der Konsumnachfrage) stehen neben epigonalen ad-hoc-Beiträgen und recht esoterischen Spezialabhandlungen. Die Verfasser entstammen sämtlich dem Umkreis der Zeitschrift „Theory and Decision“, die einen wichtigen Beitrag zur sozialwissenschaftlichen Anwendung der Resultate analytischer Wissenschaftstheorie geliefert hat. Zusammengehalten werden die Beiträge in Ermangelung eines gemeinsamen Gegenstandes durch den Versuch, über die sprachanalytische Fixierung zu wert- und entscheidungstheoretischen Fragen hinauszugelangen (am deutlichsten in Leinfellners Beiträgen) oder beides miteinander zu verknüpfen (z. B. im Beitrag von Nowakowska über mathematische Motivationskalküle), d. h. auf verschiedene Weise individuelle oder gesellschaftliche Handlungsbezüge einzuarbeiten. Während Nowakowskas Aufsatz um das Problem der Rekonstruktion der Konsistenz von Handlungen und Handlungsprämissen kreist, thematisieren Albert, Kroeber-Riel und Leinfellner – jeweils auf verschiedenen Ebenen – Fragen der Determiniertheit individueller Handlungen, des freien Willens, der „Konsumentenouveränität“. Schließlich wird das Konzept der Forschung selbst übergestülpt, indem (z. B. bei Eberlein) wissenschaftssoziologische mit sprachanalytischen Ansätzen verbunden werden oder Leinfellner gar eine sozialwissenschaftliche Praxeologie von diesen Grundlagen her entwirft.

Hier wird auch die Obsoletheit der Gesamtkonzeption am deutlichsten. Die Kategorien verweisen auf das gestörte Praxisverhältnis einer sprachanalytischen Wissenschaftstheorie, die sich angesichts drängender gesellschaftlicher Anforderungen an Forschungsorganisation und Theoriebildung auf eine axiologisch begründete Forschungsethik zurückziehen muß. Am deutlichsten wird diese Reaktion in Leinfellners Einführung, die in eklektischer Weise neben vulgärpraxeologischen Elementen (Reduktion von Unsicherheit, vgl. 28) solche der Kritischen Theorie in das Gesamtkonzept amalgamiert, wobei der Autor mit einigen Formulierungen in die Nähe Alfred Schmidts rückt. Der Hinweis auf die „realisierende“ (12) Funktion der Sozialwissenschaften – in Abgrenzung vom angeblichen bisherigen „kognitiven Primat“ (11) – und das vermeintliche Faktum der Schaffung sozialer Systeme nach dem Gutdünken der Wissenschaftler dient konsequent dazu, von der Notwendigkeit der Erkenntnis gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten wegzuorientieren. Die formale Gestalt der Theorie erscheint als Hauptbedingung und zugleich als Hindernis ihrer praktischen Umsetzbarkeit. Die Klage über das Prokrustesbett, in das sich die analytische Wissenschaftstheorie in ihrer Orientierung an der klassischen Logik habe zwängen lassen (28), gipfelt in der Denunzierung der Newtonschen Physik und ihrer Prämissen als inhuman; mit dem mechanischen Determinismus wird zugleich auch das „Erkennen dessen, was unabhängig vom Menschen gegeben ist“ (16), verworfen. Sind die daraus von Leinfellner abgeleiteten Anforderungen an die formale Struktur sozialwissenschaftlicher Theorien in Teilbereichen längst vollzogen (Einführung stochastischer Modelle und nicht-deterministischer Beziehungen), so ist doch in den anderen Beiträgen des Bandes kaum schon etwas davon eingeholt worden.

Der einzige anwendungsbezogene Beitrag, der die Brauchbarkeit entsprechend modifizierter semantischer Kalküle plausibel erscheinen läßt, ist der Nowakowskas. Die philosophischen Schlußfolgerungen Leinfellners werden von ihm selbst auf den Nenner: „zurück zu Hume“ (23) gebracht; forschungspraktische Konsequenzen erschöpfen sich in der Forderung nach einem axiologisch begründeten „Letztentscheidungskriterium“ (33) des einzelnen Sozialwissenschaftlers nach Art des hippokratischen Eides. Die Krise der analytischen Wissenschaftstheorie scheint nicht nur Extremformen des subjektiven Idealismus Vorschub zu leisten, sondern begünstigt offenbar auch das Wiederaufleben der heftig kritisierten Reduktionismen.

Hans-Jürgen Weißbach (Berlin/West)

Kreppner, Kurt: Zur Problematik des Messens in den Sozialwissenschaften. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975 (154 S., br., 16,- DM).

Das Unbehagen an den herkömmlichen und in der empirischen Sozialforschung bislang favorisierten Methoden der Datenermittlung und Datenverarbeitung ist in den letzten Jahren beständig gestiegen. „Die trotz der komplizierten Methodik immer deutlichere Sinnarmut der Ergebnisse hat einen Reflexionsprozeß darüber in Gang gebracht, was Messen in den Sozialwissenschaften eigentlich bedeutet und welche Bedingungen erfüllt sein müssen, wenn eine sinnvolle Rückinterpretation der mit Hilfe komplexer Auswertungsverfahren gewonnenen Zahlenwerte in eine soziale Realität möglich sein soll“ (24, ferner 17, 119; vgl. hierzu bereits Cicourel 1964, deutsch 1970). Das Unbehagen an der Ineffizienz der Forschung, an der Unangemessenheit der Forschungsinstrumente wird verstärkt „durch den Verdacht, daß die Auswahl der im Laufe der Zeit untersuchten Phänomene in zunehmendem Maße mehr von der Verfügbarkeit von Methoden und deren Eleganz als von theoretischer und praktischer Relevanz gesteuert wurde“ (14; hierzu vgl. Holzkamp 1972). Damit kündigt sich das Ende einer Epoche in den Sozialwissenschaften an, nämlich die der Herrschaft des Funktionalismus und der empirischen Forschung unter dem Primat des Fragebogens und der repräsentativen Stichprobe (Steinert 1973).

An drei Problemereichen versucht Kreppner, das Unbehagen am herkömmlichen Vorgehen empirischer Sozialforschung zu verdeutlichen. Zu bemängeln sei einmal die Unangemessenheit bzw. die naive Verwendung von Meßverfahren, die den Naturwissenschaften entlehnt wurden. Das, was der Sozialforscher messe, stimme strukturell häufig gar nicht mit dem überein, was zu messen er vermeine. Das Ergebnis des Meßaktes gebe das Gemessene in der Regel verzerrt oder nur in Teilaspekten wieder (21, 143 f., 146). Des weiteren seien Anfang und Ende des Forschungsprozesses, dessen Mitte sich geradezu perfektionistisch ausgebaut und abgesichert darstelle, problematisch. Weder bei der Formulierung der Fragestellung noch bei der Rückübersetzung der Ergebnisse in die soziale Realität gebe es verbindliche Richtlinien, wie die Ebene der Alltagserfahrung und die Ebene der akademisch diskutierten Probleme zu verbinden seien. Zwar gelte eine die Alltagserfahrung einbeziehende Argumentation als unseriös; faktisch aber gehen Alltagserfahrungen, Vorurteile und Orientierungen des Forschers in die Untersuchung mit ein (25). Schließlich sei das Problem der adäquaten Stichprobe bisher zu einseitig betrachtet worden. Die Festsetzung der Größe einer Stichprobe, also derjenigen Anzahl von Fällen, die man konkret untersuchen zu müssen glaubt, um Aussagen über eine bestimmte Grundgesamtheit mit einiger

Sicherheit machen zu können, dürfe sich nicht allein an der Fehlergröße orientieren, die für eine Schätzung der interessierenden Kennwerte der Grundgesamtheit auf Grund der statistischen Kennwerte der Stichprobe noch eben tolerierbar erscheint. Intensive Analysen einer begrenzten Zahl von Einzelfällen können durchaus einen adäquateren empirischen Fundus darstellen als große Stichproben, die – ausgehend von ganz anderen Erkenntnisinteressen – zwangsläufig immer nur eine Untersuchung weniger Merkmale in routinierter Form und ohne Berücksichtigung des jeweiligen Kontextes zulassen. Zwar schaffe das Herausbrechen einzelner Variablen z. B. aus dem Gesamtnetz einer familialen Interaktionsstruktur die Möglichkeit, viele Familien relativ gezielt hinsichtlich der in Frage stehenden Aspekte zu untersuchen; die Wahrscheinlichkeit aber, daß mit Hilfe vieler eng ausgeschnittener Episoden, ohne Wissen um die Bedeutung einzelner Handlungen im Kontext des gesamten Interaktionssystems, die Relevanz und der Allgemeinheitsgrad dieser Handlungen richtig und „phänomenadäquat“ eingeschätzt werden könne, müsse als sehr gering angesehen werden (132 f., 139 f.).

Im Rahmen dieser Überlegungen arbeitet Kreppner zwei hierfür zentrale Bereiche auf: das Problem des Erklärens und Deutens von Handeln (60–101), und zwar am Beispiel Max Webers, Emile Durkheims sowie neuerer US-amerikanischer Autoren; ferner unterschiedliche, in den Sozialwissenschaften gebräuchliche Konzeptionen menschlichen Handelns (31–59), z. B. psychologische, soziologisch-rollentheoretische, strukturalistische (Piaget, Chomsky), kommunikationstheoretische.

Den Ausführungen Kreppners ist im wesentlichen zuzustimmen. Das kann aber nicht bedeuten, daß die herkömmlichen Methoden empirischer Sozialforschung völlig abzulehnen seien. Es kann nicht darum gehen, die generelle Unangemessenheit der herkömmlichen Verfahren in der empirischen Sozialforschung zu behaupten, sondern nur darum, deren Totalitätsanspruch zurückzuweisen.

Arno Bammé (Berlin/West)

Harder, Theodor: *Werkzeug der Sozialforschung*. UTB, Wilhelm Fink Verlag, München 1974 (259 S., br., 9,80 DM).

Harder will den Titel wörtlich verstanden wissen. Damit seine Absicht nicht mißverstanden werde, schließt er das Vorwort mit der folgenden Bemerkung ab: „Denen, die das (Berücksichtigung berufspolitischer Gesichtspunkte in der Methodenausbildung, B. H.) verabscheuen und hinsichtlich des unakzeptablen Zustandes der diversen Welten Verbal- und Formal-Strukturen empirischer Knochenarbeit vorziehen, sei gesagt: Nur ein werkzeug- und arbeitsloser Gesellschaftskritiker ist besser als der berühmte tote Revolutionär.“

Dies heißt nun für Harder nicht, daß er in den folgenden 13 Kapiteln – sie basieren auf überarbeiteten Unterrichtshilfen zu zweisemestrigen und zweistündigen Kursen in Techniken der empirischen Sozialforschung an der WISO-Fak der Uni Köln aus den Jahren 1967/68 – in aller Unschuld Rechentechniken und Erhebungsmethoden vorträgt. Zwar führt er diese in der erforderlichen Form vor, wobei die Klarheit der mathematischen Ableitungen dieses Buch als ein Grundlagen-Repititorium empfehlenswert erscheinen läßt, er läßt bei seinen Lesern jedoch auf der anderen Seite keine Zweifel darüber aufkommen, daß der Gebrauch des Werkzeugs der Sozialforschung in seiner Reichweite entscheidend davon abhängt, *wer es wie* gebraucht. Vor unangemessener Euphorie angesichts der sich

durch die Computertechnik erweiternden theoretischen Möglichkeiten warnt er mit den folgenden Worten: „Diese erweiterten Möglichkeiten – sie beruhen außer auf Datensammlungen auch auf dem Wachstum der Computer – treten nun beim Sozialforscher in einem Moment ins Blickfeld, wo er das Modellieren mit einfachen Kartensätzen noch gar nicht beherrscht“ (154). Das „Werkzeug“, das er vermitteln will, bleibt so Gegenstand der Reflektion. Allerdings muß hier angemerkt werden, daß der Charakter des Textes es Harder nicht gestattet, seine Reflexionen über den Gegenstand in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen zu begründen. Dies bringt es mit sich, daß seine Ausführungen in bezug auf die Werkzeuge der Feldforschung wie z. B. über Befragung und Beobachtung dem Lernenden vergleichsweise von geringerem Nutzen sind als seine Behandlung des statistischen Instrumentariums. Einen Überblick und Problematisierung vermitteln sie jedoch allemal.

Kann man sagen, daß Ableitung und – durch den Anspruch bedingte – immanente Problematisierung des gebräuchlichsten Werkzeugs der Sozialforschung durch Harder den sich nach ihm orientierenden Studierenden „offenhalten“ gegenüber weitergehenden theoretischen Entwicklungen, zeigt seine Verfahrensweise im letzten Kapitel – über „Inhaltsanalyse“ – daß sie eben doch nicht völlig unproblematisch ist. Um diesen Gegenstand in der gebotenen Kürze im Griff zu behalten, muß er mit einem Theoriebegriff arbeiten, die die in dieses Gebiet hineinreichenden Disziplinen wie Linguistik und Kommunikationstheorie, auf die er angewendet werden muß, stark einengen. Zwar kann von ihm nicht verlangt werden, im gegebenen Zusammenhang einen ausführlichen Überblick über die linguistische oder kommunikationstheoretische Diskussion mitzuliefern, aber eine zu starke Identifizierung von beispielsweise der Kommunikationstheorie mit mathematisch darstellbaren Kommunikationsvorgängen könnte Studenten des Grundstudiums dazu verleiten, gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen, die einem kommunikationstheoretischen Ansatz durchaus thematisch sein können, gar nicht erst mit einem solchen in Verbindung zu bringen. Ähnliches gilt natürlich für die Linguistik. Die Offenheit gegenüber übergreifenden theoretischen Problematisierungen, die sonst immer möglich bleibt und von Harders Anspruch auch gar nicht in Frage gestellt ist, gerät hier in Gefahr. Bei diesem Kapitel fällt auch am meisten ins Gewicht, daß die Literaturübersicht, die er – für jedes Kapitel gesondert – anhängt, immer noch auf dem Stande der Kurse der Jahre 67/68 steht.

Bei alledem muß jedoch festgehalten werden, daß das hier besprochene Buch wegen der geschickten didaktischen Darstellung der in ihm behandelten Gegenstände als ergänzende Literatur für Empirie- und Statistik-Kurse empfohlen werden kann, wobei auch der Preis als relativ günstig angesehen werden muß, auch das ist für viele Studenten wichtig.

Burkhard Hoffmann (Berlin/West)

Holm, Kurt (Hrsg.): Die Befragung. Bd. 1 und 2. UTB, Francke Verlag, München 1975 (209 u. 257 S., br., je 17,80 DM).

Bei allem Respekt vor der deutschsprachigen Standardliteratur kann die Erstellung eines alle Aspekte umfassenden Handbuches zur empirischen Sozialforschung immer noch als ein Desiderat gelten. Mit einem auf sechs Bände angelegten Werk über „Die Befragung“ hat Kurt Holm als Herausgeber die Möglichkeit, diese Lücke zu schließen. Die ersten beiden Bände „Der Fragebogen – die

Stichprobe“ sowie „Datenaufbereitung, Tabellenanalyse, Korrelationsmatrix“ lassen bereits ein erstes Urteil zu.

Seine Intention formuliert er wie folgt: „Diese sechsbändige Arbeit soll einen doppelten Zweck erfüllen: Sie soll ein Lehrbuch für den Studenten und ein ‚Arbeitsbuch‘ für den Praktiker der empirischen Sozialforschung sein.“⁽⁷⁾ In Bezug auf den Aspekt „Lehrbuch für Studenten“ sind Zweifel anzumelden. Warum? Auch wenn Holm zuzugeben ist, daß die empirische Sozialforschung „heute einen hohen Wissenstand erreicht hat“ (ebd.), gehört in ein Lehrbuch, das ja einführen soll, unbedingt eine allgemeine Problematisierung des Gegenstandes. Auch ein Student, der lediglich lernen soll, wie ein Fragebogen zu konzipieren ist (92–126), bzw. in welche Arbeitsschritte eine Befragung zweckmäßigerweise aufgelöst wird (9–13), muß über den Stellenwert informiert werden, die der empirischen Sozialforschung in den verschiedenen Theoriepositionen zugemessen wird. Der Sensus für den Charakter der „technischen“ Probleme, die in diesem Bereich allemal zu beachten sind, wird durch eine derartige Problematisierung durchaus nicht verstümmelt. Die Form, sich mit dem gestellten Thema in mehr oder weniger zusammenhängenden Aufsätzen auseinanderzusetzen, wäre der Berücksichtigung eines entsprechenden Beitrages im Rahmen eines sechsbändigen Werkes sogar noch entgegengekommen.

Auch die inhaltliche Darbietung der behandelten Aspekte scheint in diesem ersten Band problematisch. So erhält der Leser fast nirgendwo Auskunft über die Herkunft und Herausbildung des Instrumentariums, das gerade vorgestellt wird, bzw. ob es sich bei der verwendeten Terminologie um gebräuchliche Fachausdrücke handelt oder um Eigenprägungen. Für den Anfänger ist das weitgehende Fehlen von Quellennachweisen mißlich. Wenn man den letzten Aufsatz von Liselotte Wilk über „Die postalische Befragung“ nicht mitrechnet, finden sich in diesem ersten Band knapp zwanzig Querverweise, die zudem oftmals noch unpezifisch sind.

Zu diesen eher noch formalen Mängeln gesellt sich jener, daß Holm et.al. die diskutierten Gegenstände durchaus nicht erschöpfend behandeln, obwohl ihnen aufgrund des großzügigen Rahmens viel Platz zur Verfügung steht. Holm, der über 60 Seiten zur Verfügung hat, sich der „Formulierung der Fragestellung“ (14) sowie den allgemeinen Problemen des Fragenstellens (32–91) zu widmen, gelingt es nicht, die gängige Typisierung „Programmfrage“ herauszuarbeiten. Daß es den Topos „Programmfrage“ in der Umfrageforschung gibt, erwähnen dann von Kirschenhofer-Bozenhardt und Kaplitza in dem Aufsatz „Der Fragebogen“ (92–126). Aber auch ihre Erläuterung: „Dieses (zuvor und danach nicht näher beschriebene, B.H.) Umwandeln der Programmfragen in eine methodisch saubere und abfragbare Form, ist ein langwieriger Prozeß, der nur in Teamarbeit bewältigt werden kann.“ (96) hilft weder den lernwilligen Studenten noch den gleichfalls angesprochenen Praktikern weiter.

Es gibt noch mehr Oberflächlichkeiten und Schnitzer. So teilt Gabriele Kaplitza in einem längeren Aufsatz über „Die Stichprobe“ mit: „Aus methodischen Gründen liefert nur ein mündliches Panel, bei dem die Befragten von Interviewern aufgesucht werden, wirklich zuverlässige Daten.“ (174 f.) In einem Lehrbuch sollte diese Feststellung mindestens durch einen Verweis abgesichert, wenn nicht gar näher erläutert werden. Beides unterbleibt.

Oder: Im Sachregister wird z. B. der Terminus „Clusterauswahl“ der Seite 154 zugewiesen, auf der er selber jedoch nicht vorkommt, so daß der Lernwillige die Wahl zwischen der hier behandelten „Flächenstichprobe“ und dem „Kumulationsverfahren“ hat, sucht er nicht gleich einschlägige Glossarten auf.

Bei derartigen Mängeln kann der erste Band den selbstgestellten Anspruch des Herausgebers nicht erfüllen. Der allgemeine Überblick, den er gibt, ist weder durch Nachweise ausreichend fundiert noch erschöpfend genug, den Studenten von anderer Literatur unabhängig werden zu lassen. Den Rang der Standardliteratur erreicht er auf keinen Fall. Dem Praktiker bringt er nichts.

Die negative Einschätzung des ersten Bandes kann nicht auf den zweiten fortgeschrieben werden. Die allgemeine Form der Darstellung wird zwar nicht aufgegeben, aber den eher mathematisch-statistischen Gegenständen vermag sie eher gerecht zu werden. Die intensive Orientierung auf die elektronische Datenverarbeitung bringt es mit sich, daß der Rahmen der herkömmlichen Literatur deutlich gesprengt wird. Projektgruppen, die bislang nicht daran denken konnten, ihre Forschungsarbeiten mit modernen Rechenanlagen auszuwerten, können durch Zuhilfenahme des 2. Bandes diese Möglichkeit zumindest ins Auge fassen. Die Darstellung mehrerer in der Praxis erprobter Algol- bzw. Fortran-Programme üblicher Auswertungsverfahren sowie das schon im „Vorwort“ des 1. Bandes gemachte Angebot, diese Programme „auch als Lochkartensätze, über den Verlag, vom Herausgeber zum Selbstkostenpreis abzugeben“ (a.a.O. 7), stellen ein bislang ziemlich einmaliges Angebot zur sozialwissenschaftlichen Kooperation dar, das hoffentlich Schule macht. Auch wenn „Programmkritik“ vom Aufwand her mit literarischer Kritik kaum zu vergleichen ist – wobei die Komplexität der Programme selbstverständlich eine entscheidende Rolle spielt – findet die Bitte des Herausgebers um Vorschläge, „die etwa zu einer Verkürzung der Rechenzeit, zu einer Verringerung der benötigten Speicherkapazität, zu einer eleganteren Programmgestaltung oder zur Erhöhung der Fehlerfreiheit führen“ (67) hoffentlich lebhaften Widerhall.

Die Ableitung der gebräuchlichsten Korrelationskoeffizienten, die Christian Schmierer unter dem Stichwort „Tabellenanalyse“ liefert (86–154), oder die „Einführung in die Matrixalgebra“, die Holm auf den letzten 30 Seiten gibt, entziehen sich der Problematisierungsebene, die für den ersten Band geboten schien. Weitere Aufsätze sind Beschreibungen, wie einschlägige Programme geschrieben werden können – nebst deren Vorstellung –, die man zur Kenntnis nehmen muß und allenfalls in der vom Herausgeber erbetenen Weise „kritisieren“ kann. Sie sollten eine nützliche Gedächtnisstütze für Sozialforscher sein, die nicht beständig Umgang mit Rechneranlagen haben. Vielleicht ermutigt das Studium dieses Bandes manchen, EDV-Kurse zu absolvieren, die er selbstverständlich nicht ersetzt, wie übrigens auch statistische Grundkenntnisse von woanders mitgebracht werden müssen. Beides soll nicht als Mangel des Bandes gelten.

Burkhard Hoffmann (Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Faulstich, Peter, u. Hannelore Faulstich-Wieland: *Bildungsplanung und Sozialisation. Soziale und politische Determinanten des Bildungsverhaltens.* Westermann Verlag, Braunschweig 1975 (226 S., br., 28,- DM).

Die Autoren stellen sich die Aufgabe, in einer Sekundäranalyse empirischer Untersuchungen zum „Bildungsverhalten“ nicht nur vorhandene Arbeiten zu

referieren, sondern auch gleichzeitig deren theoretische Prämissen zu kritisieren, um so Ansätze für eine Zusammenfassung solcher Detailanalysen und ihren Einbau in sozialisations- und planungstheoretische Theorienbildung zu finden. Bei diesem Unternehmen liefern sie einen umfassenden Überblick über die Vielzahl der Untersuchungen, die jeweils einzelne Faktoren der gesellschaftlichen Verhältnisse, welche die Bildungsbeteiligung gesellschaftlicher Gruppen bestimmen, empirisch erfaßt haben. Die sehr grobe Gliederung im Inhaltsverzeichnis gibt leider keinen ausreichenden Überblick über die Struktur der Arbeit, während die Gliederung im Text hingegen eine Systematik sichtbar werden läßt. Insgesamt entsteht eine sehr brauchbare Zusammenstellung, von der aus weitere Arbeiten zu diesem Thema angelegt werden können. Dabei ist der umfangreiche Literaturapparat äußerst hilfreich.

Schwierig gestaltet sich die zweite Teilaufgabe, nämlich aus der Kritik solcher partialisierten Empirie theoretische Konzepte voranzutreiben. „Die Fragestellung auf Planung hin macht sowohl eine weitgesteckten Horizont und ein sehr abstraktes Niveau notwendig, aber auch gleichzeitig die Erfassung und Ermittlung einer Vielzahl von Details, die nicht von den vorhandenen Disziplinen konsistent bereitgestellt werden“ (11). Obwohl die Autoren sich der Gefahren ihres methodischen Ansatzes bewußt sind und vor einem „Eklektizismus“ (12) warnen, ist der Versuch, empirisches Material und theoretische Konzepte zusammenzuführen, nicht immer gelungen, allerdings beim gegenwärtigen Stand wissenschaftlicher Diskussion auch nicht durch eine einzelne Arbeit zu leisten. Schon die Kritik an den in den empirischen Analysen immer wieder verwendeten Kategorien „Begabung“ und „Schichtung“ erfordert einen erheblichen theoretischen Aufwand. Am Beispiel des Exkurses über Begabung (93–104) ist dieses Vorhaben an einem Problem ausgezeichnet gelungen. Dabei werden sowohl die verschiedenen Ansätze bei der Diskussion um die individuelle Anlagebestimmtheit, die genetische Bestimmung, die Stammbaumanalyse und die Zwillingsforschung, als auch die faschistoide Tendenz des Begriffs Begabung kritisiert und die dahinterstehenden Interessen aufgezeigt. Die Auseinandersetzung mit den Ansätzen verschiedener disziplinärer Herkunft hat aber auch ihre Schwierigkeiten. So wird der Leser konfrontiert mit einer Terminologie, die den verschiedenen Fachwissenschaften entnommen, stellenweise schwer nachvollziehbar ist, bzw. schon erhebliches Vorverständnis voraussetzt. Im einzelnen werden zunächst die Globalmodelle der Bildungsplanung auf ihre Konsistenz und auf die hinter ihnen stehenden Interessen hinterfragt. „Die vorschnelle Umsetzung einfachster Theorien in Programmierungsmodelle verhindern geradezu die konkretere Analyse realer Prozesse“ (21). „Gegenüber den herkömmlichen Theorieansätzen ist daher eine erweiterte Betrachtungsweise notwendig“ (22). Die Autoren beziehen sich im weiteren dann auf ein Systemkonzept, das (mit Hinweis auf Tjaden) beansprucht, historisch reflektiert zu sein. Da allerdings dieses Konzept nur angedeutet wird, haben einige der Kategorien zur Erfassung des „Bildungssystem als funktionales Subsystem der Gesellschaft“ (23) definitiven Charakter und sind nicht hinreichend klargelegt.

Nach der Zusammenstellung der Untersuchungen zum Bildungsverhalten versuchen die Autoren, dieses Material einzubauen in theoretische Ansätze zur Sozialisation und zur Sozialstruktur. Dabei werden das psychoanalytische und auch das Parsonssche rollentheoretische Konzept einer scharfen Kritik unterzogen. Ebenso werden empiristische und funktionalistische Ansätze zur Erfassung der sozialen Struktur (126) kritisiert und ihre Verkürzungen aufgezeigt. Im Ergebnis wenden sich die Autoren dann Begründungen zu, die an die Marxsche Theorie

anknüpfen, und zwar nicht als vorgegebenem Ausgangspunkt, sondern als Schluß einer Auseinandersetzung, die die Überlegenheit bei der Erklärung gesellschaftlicher Verhältnisse herausgearbeitet hat. Diese Folgerung bleibt allerdings nur angedeutet und wird dann nicht mehr systematisch ausgeführt. Deutlich wird die Notwendigkeit weiterzuarbeiten, sowohl bei der theoretischen Erklärung als auch bei der empirischen Erfassung gesellschaftlicher Realität.

Heide-Marie Koubenec (Berlin/West)

Baumgartner, Alex, u. Dieter Geulen (Hrsg.): *Vorschulische Erziehung*. Bd. 1: Gesellschaftliche Bedingungen und entwicklungspsychologische Voraussetzungen. Bd. 2: Curriculare und methodische Ansätze. Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 1975 (326 und 324 S., br., je 22,- DM).

Die Bände versuchen in der gegenwärtigen Situation eine „Zwischenbilanz“ zur Beurteilung der Curriculumsdiskussion im Bereich der vorschulischen Erziehung, sie wollen eine „Neubesinnung über die Grundlagen der institutionellen und curricularen Gestaltung öffentlicher Vorschulischerziehung“ anregen (Bd. 1/9), weil nach ihrer Ansicht die bisherige Bildungsreform im Bereich der Vorschulischerziehung von falschen Voraussetzungen ausgeht bzw. zu kurz greift. Dies zeigt sich unter folgenden Aspekten: – Vorrangige Orientierung an dem Antrainieren isolierter und spezifischer Fertigkeiten; – Eingeschränkter Begriff von sozialem Lernen im Sinne einer kritiklosen Übernahme von Werten, Einstellungen und Normen; – Fehlende Problematisierung des institutionellen Rahmens der Vorschulischerziehung; – Kompensatorische Erziehung als reiner Ausgleich von Defiziten bei Kindern aus bestimmten sozialen Gruppen; – Notwendigkeit einer Revision des traditionellen Verhältnisses von Wissenschaftlern, Erziehern, Eltern und Kindern mit dem Ziel einer Beteiligung der Betroffenen an den Entscheidungsprozessen (vgl. I/7 f.).

Die Herausgeber beanspruchen in die gegenwärtig breit geführte Diskussion praxisnaher didaktischer Probleme auch die Dimension gesellschaftlicher und psychologischer Grundlagen vorschulischer Erziehung einzubeziehen. Diese Aufgabe erscheint ihnen um so dringlicher, da „eine realistische Curriculumentwicklung auch im Vorschulbereich nicht länger auf einen exklusiven Kreis von ‚Experten‘ beschränkt werden kann“ (I/9). Unter diesem Anspruch stehen sowohl die thematischen Schwerpunkte als auch die Einzelbeiträge der einzelnen Autoren:

– Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen der vorschulischen Erziehung (Beiträge von G. Heinsohn/R. Knieper; G. Heinsohn; I. Haase-Schur); – Untersuchungen über institutionelle Probleme vorschulischer Erziehung (Arbeitsgruppe Vorschulischerziehung am Deutschen Jugendinstitut; H. Rinne; R. Schock); – Darstellung psychologischer und sozialisationstheoretischer Grundlagen (H. Nitsch-Berg; A. Baumgartner; J. Weigl; H. Wudtke); – Curriculumentwicklung im Vorschulbereich (D. Geulen; Arbeitsgruppe am Deutschen Jugendinstitut; K.-P. Hemmer; J. Lipski); – Beiträge zur Didaktik (K.-B. Günther; K. Brändli; A. Hellmich; W. Heckmann); – Ein Beitrag zur Evaluationsproblematik (B. Caesar).

Aus den Beiträgen zu den gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen gegenwärtiger Vorschulischerziehung seien hier drei Aufsätze erwähnt. Der Aufsatz von Heinsohn ist eine Erwiderung auf die gegen seine ursprüngliche politökono-

mische Erklärung vorgetragene „Kritik von links“, in der er nochmals ausführlich die Notwendigkeit einer staatlichen Vorschulreform mit dem Ziel einer grundlegenden Qualifikationsverbesserung herausstellt. In einem gemeinsamen Aufsatz greifen Heinsohn und R. Knieper ergänzend die „Lohnarbeitsthese“ auf und versuchen damit den Nachweis einer tendenziellen Gleichgültigkeit der Erzieher gegenüber den Kindern (vgl. Argument 95, S. 148 ff.) zu belegen. Beide Aufsätze stellen weniger eine empirische Bestandsaufnahme als vielmehr eine Einschätzung der Vergesellschaftungstendenzen der Vorschulerziehung aufgrund globaler theoretischer Annahmen dar, die nicht in dem Maße aktualisiert sind, daß sich aus ihnen eine adäquate Beurteilung der gegenwärtigen Bildungspolitik ableiten ließe.

Die Arbeit von H. Rinne ist demgegenüber sehr informativ und besonders wichtig, weil hier erstmals in dieser Systematik unter den Aspekten von Organisation und Verwaltung die Rahmenbedingungen für die institutionelle Kleinkindererziehung in der BRD herausgearbeitet wurde. Insgesamt besteht ein Mangel der beiden vorliegenden Bände über vorschulische Erziehung im Fehlen eines einheitlichen theoretischen Bezugsrahmens, der als Beurteilungsgrundlage für erzieherisches Handeln dienen könnte. Dies wird besonders deutlich in einer Analyse der Spielpädagogik im Vorschulalter, die in zwei verschiedenen Beiträgen zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen führt.

So schreibt Nitsch-Berg in ihrem Aufsatz, „daß die kindlichen Spiele als abwehrende und kompromißhafte Reaktionen auf Erziehungsanforderungen zu verstehen sind“ (I/183). Daraus leitet sie für das Erziehverhalten die Notwendigkeit ab, „konfliktlösende Spielaktivitäten freizusetzen und ihrer *spontanen und kollektiven Betätigung möglichst weitgehend Raum zu geben*“ (I/209 Hervorh. d. Verf.).

Gegen diese Forderung, psychoanalytische Einsichten im erzieherischen Handeln zu praktizieren, wird von Heckmann grundsätzlich eingewandt, es sei eine „Illusion zu glauben, aus . . . der Psychoanalyse . . . Anleitung für eine emanzipatorische Spielpraxis zu erwarten“ (II/261). Heckmann geht vielmehr davon aus, daß ein Kind im „freien Spiel“ sich die Widersprüchlichkeit der bestehenden Gesellschaft zunächst nur in ihrer verschleierte Form aneignet (vgl. II/270). Um zu einer emanzipatorischen Spielpraxis zu gelangen, fordert er, „daß die Gestaltung des Spiels nicht den ‚spontanen‘, ‚schöpferischen‘ Intentionen der Kinder überlassen, sondern von den Erziehern angeleitet wird“ (II/273). Folgerichtig schlägt sich diese Forderung bei Heckmann im Postulat des ‚bestimmt gestalteten Rollenspiels‘ als der Grundlage einer emanzipatorischen Spielpädagogik nieder: „Im freien Spiel entstehen soziale Motive und Einstellungen, die die Widersprüchlichkeit des Bestehenden widerspiegeln, das bestimmt gestaltete Rollenspiel ermöglicht die Entwicklung sozialer Motive, *die über die bestehenden Verhältnisse hinausweisen*“ (II/275, Hervorh. d. Verf.). Es ist zu befürchten, daß das undiskutierte Nebeneinander der unterschiedlichen theoretischen Vorannahmen, die den beiden genannten Aufsätzen zugrundeliegen, bei dem erklärten Ziel der Herausgeber, sich nicht mehr auf einen „exklusiven Kreis von ‚Experten‘“ beschränken zu wollen, zur Verwirrung gerade derjenigen beiträgt, die eine gewisse Handlungsorientierung in ihrer professionellen pädagogischen Praxis erwarten und nun in bezug auf das Kinderspiel zwischen dem Freispielkonzept der psychoanalytischen Entwicklungslehre bzw. einem auf der materialistischen Theorie des Kinderspiels beruhenden Konzept des „bestimmt gestalteten Rollenspiels“ ohne Orientierungshilfe allein gelassen werden.

Auch andere Beiträge lassen die Umsetzungsmöglichkeit in der erzieherischen Praxis weitgehend ungeklärt. In diesem Sinne ist insbesondere das Sammelreferat von A. Baumgartner zu beurteilen:

Obwohl er mit der Forderung nach einer reformierten Vorschulerziehung, die „Orientierungshilfen und Techniken zu kompetentem Handeln fördern und ... kommunikatives, auf seine eigenen Bedingungen reflektierendes Handeln entwickeln“ soll (I/216), einen fortschrittlichen Anspruch formuliert, leitet er auf der Basis einer vergleichenden theoretischen Analyse der Strukturtheorien kindlicher Entwicklung Lernziele für logisch-mathematisches Denken ab, die nicht im Kontext eines integrierten Curriculums für soziales Lernen diskutiert werden. Demgegenüber betont D. Geulen stärker eine integrierte Curriculumentwicklung für den Bereich der sozialen Handlungsfähigkeit: „Statt Kinder unter spekulativen Annahmen über die wirklichen Lernvoraussetzungen und -mechanismen in Lernzielen, deren Relevanz, psychologische Realität und empirische Zusammenhänge noch völlig unklar sind, zu trainieren, sollte man sie in nach bestimmten Kriterien ausgewählte, möglichst realistische Lebens- bzw. Handlungssituation bringen ...“ (II/57).

Obwohl bereits die handlungspsychologischen Komponenten einer auf die Lebenssituation der Kinder Bezug nehmenden Vorschulerziehung betont und auch perspektivisch umrissen werden (Handlungsziele, Orientierungsrahmen des Handelns, Strategien, „Pläne“), bleibt die notwendige didaktische Konkretisierung auch hier noch offen.

Gerade diese Konkretisierung stellen jedoch die Beiträge für eine praxisnahe Vermittlung wichtiger Medien zur Initiierung sozialer Lernprozesse dar (K.-B. Günther: Rollenspiel, K. Brändli u. a. Puppenspiel, A. Hellmich: Bilderbuchanalyse). Diese Beiträge sind sowohl materialreich als auch anregend und können insofern als besonders nützlich angesehen werden. Trotz der theoretischen Heterogenität und mangelnden Aufeinanderbezogenheit der einzelnen Beiträge findet man so eine wichtige Sammlung gegenwärtig diskutierter Positionen im Bereich vorschulischer Erziehung. Rüdiger Koch u. Georg Rocholl (Emden)

Franz, Udo, u. Michael Hoffmann: H a u p t s c h u l e. Erfahrungen – Prozesse – Bilanz. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1975 (332 S., br., 16,80 DM).

Die Sammlung besteht aus drei Teilen: I. einem Aufsatz von Michael Hoffmann zu den „Historisch-politischen Rahmenbedingungen der Hauptschulentwicklung“, II. aus verschiedenen Länderberichten zur Hauptschulsituation, und III. werden zentrale Probleme der Hauptschule (Lehrersituation, Sozialisation, Probleme der Arbeitslehre, des Betriebspraktikums und der Hauptschulabsolventen) aufgegriffen.

Die Autoren kommen ausnahmslos aus der Lehrerausbildung und sind z. T. selbst Hauptschullehrer, wie u. a. Konrad Wünsche, dem es neben Peter Schneider zu verdanken ist, daß in der oftmals abstrakten Diskussion über die Funktion der Schule im Kapitalismus nunmehr eine Reihe von Büchern und Aufsätzen erschienen sind, die sich konkreter mit Problemen von Lehrersituation, Schulproblemen, Lehrerausbildung etc. im Kapitalismus auseinandersetzen (u. a. Ermer, Kuhlmann, Bamme/Holling, M. Schmidt).

Hoffmann umreißt knapp die Grundlegung der späteren Restauration des dreigliedrigen Schulsystems während der Besatzungszeit sowie den Beitrag konservativer Kräfte (CDU/CSU, Kirchen, Pädagogen, Wissenschaftler) und der Be-

satzungsmächte. Den Ausführungen ist grundsätzlich zuzustimmen, andererseits bleiben sie aber teilweise an der Oberfläche, so daß der Bezug zur sozial-ökonomischen Entwicklung einerseits nicht durchgängig einsichtig wird (warum gerade dieses Schulsystem?) und andererseits Differenzierungen (Schulreformdiskussion innerhalb der SPD, der Gewerkschaften, der KPD etc.) nicht vorgenommen worden sind.

Die Länderberichte beinhalten eine Vielzahl statistischer Materialien zur besonderen Problematik der Hauptschule (Stundentafeln, Versetzungen, Rückläufer, Übergänge auf weiterführende Schulen, Ausländerkinder, soziale Herkunft der Schüler etc.), die eine sinnvolle Ergänzung zu theoretischen Arbeiten über die Funktion der Schule im Kapitalismus und zu den mehr an Praxisproblemen und -schilderungen orientierten Arbeiten darstellen sowie eine notwendige Argumentationshilfe für „bildungspolitische“ Diskussionen sein können. Die Berichte ergeben, daß sich trotz unterschiedlicher Reformansätze, organisatorischer Veränderungen etc. die grundlegenden Probleme (die Hauptschule als „Restschule“ und die damit verbundenen qualifikatorischen und sozialen Defizite) kaum unterscheiden – eine Einsicht, die zwar nicht neu ist, aber mit aktuellem Zahlenmaterial eindrucksvoll unter Beweis gestellt wird.

In den mehr theoretischen Beiträgen zu Einzelproblemen setzen sich die Autoren mit „Karrieren in der Hauptschule“ (Udo Franz), d. h. mit den durch differenzierte Selektionsmechanismen und motivationszerstörende Unterrichtsinhalte und -formen produzierten „Schulversagern“ auseinander, mit der Funktion der defizitären Ausbildung von Hauptschullehrern und ihrer Arbeitsplatzsituation (Klaus Mancke), mit der Problematik der Arbeitslehre und des Betriebspraktikums vor dem Hintergrund mangelnder Qualifikation während der Lehrerausbildung sowie alternativen Möglichkeiten (Norbert H. Weber, K. Wünsche) und den Bedingungen von Hauptschulabsolventen hinsichtlich der o. a. Situation (Schöfer, Spitzley, Zimmermann). – Insgesamt bietet das Buch einen guten Überblick über die Entwicklung, aktuelle Situation und Einzelprobleme der Hauptschule.

Volker Herrmann (Bielefeld)

Warwick, David, u. Rainer Winkel (Hrsg.): Alternativen zur Curriculumreform. Fünf englische Schulen berichten. Quelle & Meyer Verlag, Heidelberg 1975 (144 S., br., 16,50 DM).

Die curricularen Reformbestrebungen seit 1967 (S. B. Robinsohn: „Bildungsreform als Revision des Curriculum“) werden von den Herausgebern als „Reformansätze von oben“ gekennzeichnet, die weitgehend ohne kreativen Einfluß der Betroffenen initiiert wurden. In der BRD wiederholten sich die praxisfeindlichen Schul-Lehrplanreformen aus den USA, die hier als „der großangelegte Versuch . . . , Lehrer, Schüler und Eltern zu entmündigen“ (3), bewertet werden. Die theoretische Überlastung hatte für den Schulalltag die Folge, daß Unterricht aufhörte, „Spaß zu machen“. Die Herausgeber wollen mit dem Buch einen Beitrag zur Rückgewinnung von Spaß am Unterricht leisten und am Beispiel fünf englischer Schulen konkrete Maßnahmen für Unterrichtsneugestaltungen vorschlagen. Die Curriculumreform in England verlief im allgemeinen näher an der Schulpraxis orientiert und unter intensiver Einbeziehung von Eltern, Lehrern und Schülern, vielleicht auch deshalb, weil sie sich „in bewußter Ablehnung jeder verordneten Schulreform“ (9) und als Alternative zur amerikanischen Entwicklung verstanden wissen wollte.

Der Hauptakzent der innerschulischen Innovationsbestrebungen, der sich aus den Berichten der fünf englischen Schulen herauskristallisiert, ist die Verwirklichung eines interdisziplinären Unterrichts, in dem keine strikte Fächertrennung mehr herrscht und in dem thematische Felder in Form von Projekten erarbeitet werden, wobei die Strukturierung des Schulalltages in fixierte Fächerstunden hinfällig wird. Die Auswahl der Lernziele wird von den Schülern mitbestimmt und richtet sich danach, „was sie wirklich interessiert“ (62). Das Prinzip des Jahrgangsklassensystems wird partiell überwunden, und als Kriterium für Leistungsmessungen fungiert nicht mehr das Leistungsniveau, sondern der Leistungszuwachs. Die Einbeziehung der Schüler in die Unterrichtsplanung, die auf Gruppenarbeit und team-teaching angelegte Unterrichtspraxis und die Überantwortung der Entscheidungen über Lerninhalte auf die Schüler machen plausibel, warum die Schüler der im Buch beschriebenen Schulen ein aktives und bejahendes Verhältnis zum Lernen aufbauten.

Gleichwohl scheint das Verständnis der Herausgeber von den beschriebenen Reformansätzen die schon klassisch gewordene Theoriefeindlichkeit, mit der Schulpraktiker Curriculumtheorien kritisieren, zu reproduzieren. Daß die Realisierung der erwähnten Innovationsbestrebungen einen Fortschritt darstellt, daß das englische Schulwesen sich für derartige Bestrebungen als flexibler erwiesen hat, kann nicht vergessen machen, daß die erwähnten Neuansätze – interdisziplinärer Unterricht, Aufhebung des Jahrgangsklassensystems, Reform der Leistungsmessung u. a. – in der BRD sei langem als Forderungen Bestandteil der Curriculumsdiskussion sind. Die Umsetzung der Bildungsreformkonzeptionen scheiterte eher an politischem Widerstand denn an einer grundsätzlich falsch angelegten Curriculumforschung, wie die Herausgeber meinen. Wo aber die Grenzen der derzeitigen Curriculumforschung abzusehen sind, nämlich bei der Weigerung, neue *Inhalte* für den Unterricht zu benennen, da bieten auch die Beispiele der fünf englischen Schulen keine wahre Alternative, insofern der Schwerpunkt der dort vorgestellten Unterrichtsreformen weitgehend auf die Ebene des Unterrichtsorganisatorischen beschränkt bleibt. Die Curriculumsdiskussion in der BRD ist explizit mit der Forderung aufgetreten, eine „Revision von den Inhalten her“ (S. B. Robinsohn) zu initiieren. Insofern scheint die in diesem Buch vorgestellte Alternative nur die eine, notwendige, demokratische Unterrichtsverfahren fördernde Seite zu sein, die der inhaltlichen Fundierung bedarf.

Reinhard Leusing (Bremen)

Giesecke, Hermann: Anleitung zum pädagogischen Studium.
Juventa Verlag, München 1974 (160 S., br., 9,90 DM).

Diese Anleitung soll als Wegweiser für den Pädagogikstudenten dienen. Er soll hier mit seiner Studiensituation, der Bedeutung der Erziehungswissenschaft für seine berufliche Qualifikation, mit Studienplanung, Lehrveranstaltungen und den spezifischen Studienleistungen sowie Prüfungen vertraut gemacht werden. Ein solches Vorhaben ist wichtig angesichts wachsender Desorientierung der Studenten. Giesecke, Hauptvertreter liberaler Emanzipationspädagogik, harmonisiert und verschönt die Situation heutiger pädagogischer Ausbildung allerdings sehr. Aus der verbreiteten Not studentischer Isolierung und Vereinsamung, die häufig zur Abwendung vom Studium führt, macht er eine Tugend: „Der Kern eines wissenschaftlichen Studiums besteht vielmehr in Eigenschulung, also in dem, was man am eigenen Schreibtisch arbeitet“ (79). Dort, wo die Studienver-

hältnisse chaotische Lernprozesse und hohe Raten von Studienabbrechern produzieren, sieht er „durchaus vermehrte Chancen für Selbstbestimmung und Autonomie“ (24). Er verbreitet die Illusion, daß der Student im Besitz der Prüfungsanforderungen sein Studium durchaus „vernünftig planen“ (28) könne. Wo Numerus clausus, Arbeitslosigkeit, Berufsverbote und die rasante Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer und Erzieher die junge pädagogische Intelligenz schon im Studium desorientieren, ist für den Verfasser die Welt noch in Ordnung: „Das wissenschaftliche Studium ist zu einer wichtigen Quelle beruflichen Selbstbewußtseins geworden und zu einem Indiz für einen befriedigenden sozialen Status“ (46).

Auch die Lage der Erziehungswissenschaft wirkt bei Giesecke verschönt. Er sieht gar nicht, daß die Ablösung der geisteswissenschaftlichen Pädagogik durch eine technokratische, positivistische Erziehungswissenschaft der pädagogischen Intelligenz die Bewältigung des Berufsalltags immer mehr erschweren wird. Er glaubt vielmehr, daß die Verwissenschaftlichung der pädagogischen Berufe ein notwendiger Bestandteil „der allgemeinen wissenschaftlichen Zivilisation“ sei (46). Wenn er über Studienplanung, Lehrveranstaltung, wissenschaftliches Arbeiten spricht, so verbleibt er auch hier auf der Ebene idealtypischer Stilisierung. Überfüllte, schlecht vorbereitete Massenseminare ohne Praxisbezug, die heute an den Universitäten und PH's verbreitet sind, scheint es nicht zu geben. Besonders problematisch ist es, daß Gieseckes liberales Postulat, individuelle Autonomie auch im Studium zu üben, ihn daran hindert, gründlich auf die Probleme kollektiver Formen studentischen Lebens, Arbeitens und Lernens einzugehen. Seine verstreuten Anmerkungen über studentische „gleichaltrige Gruppen“ (99 f., 103, 117) unterschlagen die wichtigsten Ergebnisse der Studentenbewegung zur kollektiven Aufhebung von Isolation und Lernstörung. Der junge Student, der mit den realen Problemen des heutigen Studiums zu kämpfen hat, und häufig fragt, wie er angesichts der Arbeitslosigkeit sein Studium finanzieren soll, wird hier eine Hilfe gegen seine Studienängste vergeblich suchen.

Gieseckes Anleitung macht nicht nur große Teile der Studenten ratlos, sie säumt auch jede Auseinandersetzung mit der sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung (als Überblick vgl. W. Nitsch: Die soziale Dynamik akademischer Institutionen, Weinheim 1973). So verbleiben seine Analysen des Funktionswandels der wissenschaftlichen Hochschule zum „Massendienstleistungsbetrieb“, seine Überlegungen zur Trennung von Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis, sein Versuch, berufliche Qualifikationsanforderungen auf den akademischen Qualifikationsprozeß zu beziehen, oberflächlich oder unklar. Das Defizit der Emanzipationspädagogik an gründlichen sozialwissenschaftlichen Kenntnissen schlägt nicht nur hier durch. Der Leser wird auch über die Notwendigkeit der gründlichen Aneignung von Gesellschaftswissenschaft im Pädagogikstudium im Unklaren gelassen.

Trotz dieser Mängel, die einen neuen Versuch einer Anleitung zum pädagogischen Studium rechtfertigen würden, gibt es im Augenblick zu Gieseckes Beitrag auf dem Büchermarkt keine Alternative. Giesecke schreibt, man könne „einen wissenschaftlichen Text nur dadurch bearbeiten, daß man Fragen an ihn stellt“ (103). Hier sollte man primär danach fragen, wo in diesem Buch die heutige Realität des Studiums und der Erziehungswissenschaft geblieben ist.

Lutz von Werder (Berlin/West)

Psychologie

Terrail, Jean-Pierre, und Jean-Louis Moynot: Produktion der Bedürfnisse und Bedürfnisse der Produktion. Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“ Bd. 74. Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M. 1976 (62 S., br., 3,- DM).

Das kleine Buch enthält zwei Aufsätze zu der gegenwärtig in Frankreich geführten Debatte um Bedürfnisentwicklung aus *La Pensée* 1975; es erscheint zugleich in der DDR. – Terrail bemüht sich in seinem Beitrag hauptsächlich um das Abstecken eines marxistischen gesellschaftstheoretischen Rahmens für die Erklärung der Genese und Systembedingtheit der Bedürfnisse. Das Bedürfnis des Kapitals nach lebendiger Arbeit ergibt sich aus der jeweiligen Produktivkraftentwicklung und dem Verwertungsstreben; die Bedürftigkeit der Arbeitskraft nach Reproduktion auf einem konkreten, historisch-moralischen Niveau ist bestimmt aus der besonderen Art der Arbeitskraftverausgabung *und* den Kämpfen der Arbeiterbewegung um die Sicherung ihrer Reproduktionsmittel. Bedürfnisse erscheinen in dieser soziologischen Abhandlung nur als gesamtgesellschaftliche: objektive Bedürfnisse der kapitalistisch organisierten Produktions- und Reproduktionsprozesse und Bedürfnisse der Klassenmitglieder im gesellschaftlichen Durchschnitt, wie sie vermittelt sind durch Arbeits- und Freizeitaufteilung, Konsumtionsmittelangebot, Reproduktionsinstitutionen (Kindererziehungsheime, Bildungswesen, Gesundheitswesen etc.).

Terrail ist bemüht, die sozialhistorische und systemspezifische Vermitteltheit der Bedürfnisse, besonders ihre primäre Bestimmung aus den Erfordernissen der Produktionssphäre, und zwar letztlich der dort verlangten konkret-nützlichen Arbeit und Qualifikation, gegenüber Vorstellungen kritisch abzusetzen, die die Bedürfnisse nur biologisch, subjektiv oder kulturhistorisch bestimmt sehen wollen, er grenzt sich aber auch vom bloßen Soziologismus ab, der kein konkretes Subjekt mehr kennt, sondern nur noch Klassen, Schichten oder das abstrakte Gesamtsubjekt. Die Analyse muß der genetisch-logischen Herausbildung der Bedürfnisse selbst folgen: die Bedürfnisse der Produktion führen zur Produktion von Bedürfnissen, zunächst zu Konsumtionsmitteln und schließlich durch Verinnerlichung zu Konsumgewohnheiten und zur Veränderung der gesamten Lebensweise. Organisierte Klassenkämpfe können die Herausbildung von Bedürfnissen als gesellschaftlichen Forderungen unterstützen: „Die Formulierung der Forderungen der Arbeiter durch die Klassenorganisationen kann die Bedürfnisse nicht *schaffen*: aber sie spielt eine entscheidende aktive Rolle, weil sie das Bewußtsein ihres objektiven Inhalts ermöglicht und den Werktätigen den Zugang zum theoretischen Verständnis ihrer Klassensituation erschließt.“ (19) Das setzt eine empirische Analyse voraus, die ausweist, welche Bedürfnisse gegenwärtig neu entstehen, welche gesellschaftlich notwendig sind, welche nicht hinreichend befriedigt werden, welche mit dem System in Konflikt geraten und eine neue Gesellschaftsordnung erfordern, um befriedigt werden zu können.

Diese Analyse muß auch eine Kritik der *kapitalistischen* Eigenarten des Produktions- und Konsumtionsprozesses enthalten. Die spezifischen Konsumtionsmittel und -formen sowie die verhaltensprägende Werbung dafür sind ideologisch überformt. In der praktischen Kritik kann eine Gegenkultur der Arbeitenden ihren Ausgangspunkt finden und sich entfalten. Es wird nicht verkannt, daß der Kapitalismus erheblich zur Entwicklung und Vermannigfachung der Bedürf-

nisse beigetragen hat, jedoch wird darauf hingewiesen, daß sie auf Schranken stoßen und eine Gesellschaftsordnung fordern, die weiterer Entwicklung Raum gibt. Die im Sozialismus mögliche unbeschränkte Produktivkraftentwicklung werde die konkrete Arbeit verändern und mit ihr die Reproduktionsnotwendigkeiten neu setzen, damit werde eine allgemeine Entwicklung aller Fähigkeiten und Bedürfnisse der Produzenten und die schrittweise Beseitigung der Trennung von körperlicher und geistiger Arbeit nötig.

Moynot behandelt in dem folgenden Aufsatz, „Gesellschaftliche und individuelle Bestimmungen der Bedürfnisse“, die konkrete subjektive Seite der Bedürfnisse der Massen und die individuelle Ausformung in bestimmten historischen Situationen und typischen Biographien der Arbeiter. Auch er sucht die Ableitung der Bedürfnisse aus der Arbeitstätigkeit der Menschen in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen und darüberhinaus und darauf aufbauend aus dem gesamten sozialen Leben. Das Verhältnis objektiver gesellschaftlicher Bedürfnisse zu den subjektiven je individuellen Bedürfnissen veranschaulicht Moynot aus den Erfahrungen gewerkschaftlicher Bildungspraxis in der CGT an den gegenwärtig wichtigsten Bedürfniskomplexen: den Reproduktionsbedürfnissen, die aus der Arbeitsintensität und -belastung entstehen, den Bedürfnissen der Qualifizierung und Bildung sowie schließlich besonders dem Bedürfnis nach Mitwirkung und Demokratie in der Arbeit. „Unter den Bedingungen der jetzigen Entwicklung der Produktivkräfte wird *das fundamentale menschliche Bedürfnis, Herr über die eigene Arbeit zu sein*, durch die gemeinschaftliche Aneignung der Produktionsmittel und die Entwicklung der Freiheiten und der Demokratie zur Wirklichkeit werden.“ (37, CGT-Zitat) Die Bedürfnisse der Menschen im Bereich der Arbeit seien „keine wurzellosen ‚Strebungen‘ oder ‚Motivationen‘. Sie haben mit dem konkreten und gesellschaftlichen Verhältnis (Eigentum) jedes Individuums zu seinen Werkzeugen, zu seinem Produkt, zu den anderen Individuen zu tun.“ (40) Das „Bedürfnis nach Mitwirkung“ (40) wird nicht als allgemein-gesellschaftliches bestimmt; es finde höchst konkret und individuell seinen Ausdruck bei den Arbeitern, wie an einer empirischen Studie über psychische Folgen einer Massenentlassung gezeigt wird. – Die historische Entwicklung und Umkrempe- lung der Bedürfnisse wird verdeutlicht an Überlegungen zur Berufstätigkeit der Frau, ihrer Bildung, Stellung im Reproduktionsprozeß, besonders im Familienleben.

Die Bedürfnisfrage ist in Frankreich, einem Land mit stark entwickelter Arbeiterbewegung, offenbar zu einer aktuellen politischen Frage geworden; Moynot schließt: „Gewiß ist, daß sich Unternehmer und Staatsmacht im heutigen Frankreich ‚für die Bedürfnisse interessieren‘, um sie so zu gestalten, daß in Abhängigkeit von den Profiterfordernissen auf die zahlungsfähige Nachfrage eingewirkt wird, oder um echten Bedürfnissen, deren Befriedigung durch die kapitalistische Ausbeutung untersagt ist, Scheinantworten mit dem konservativen Ziel zu erteilen, daß die Erhaltung der Sozialstrukturen hingenommen wird.“ (58) Diese Praxis setzt der Gewerkschaft ihre politische Aufgabe. Das gilt sicher auch für die BRD. Vieles ist aus den französischen Verhältnissen zu lernen; noch mehr wäre möglich, wenn die Texte konkreter, praktischer gewesen wären.

Holm Gottschalch (Berlin/West)

Hörz, Helga E.: *Blickpunkt Persönlichkeit*. Ein Beitrag der Ethik zu Theorie und Praxis der Persönlichkeitsentwicklung. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin/DDR 1975 (165 S., br., 8,- DM).

Hörz will zur Klärung des Verhältnisses von historischem Materialismus und marxistisch-leninistischer Ethik beitragen. „Da die Moral das Verhalten von Menschen regelt, wendet sich die Ethik als Wissenschaft der Moral vorrangig den Problemen der Persönlichkeitsentwicklung zu.“ (26) Zunächst bestimmt sie den Begriff Persönlichkeit unter Rückgriff auf bekannte Bestimmungen. Die Persönlichkeit wird als soziale Erscheinung gefaßt, sie wird sowohl als Objekt als auch als Subjekt der gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet, und schließlich wird der Mensch auch als Bestandteil der Natur, als biologisches Wesen, anerkannt.

In der anschließenden Ausführung dieser Bestimmungen folgt Hörz sehr eng I. S. Kon, den sie nur an wenigen Punkten kritisiert. Kon schreibt z. B., daß jedes Individuum eine Vielzahl von Positionen einnimmt (Lehrer, Vater, Parteigruppenorganisator usw.). Hörz geht nicht etwa auf die Problematik der Übertragung der Rollentheorie in den historischen Materialismus ein, sondern merkt lediglich an: „Es wäre günstig, wenn Kon eindeutig bestimmen würde, daß es sich hierbei um eine Definition des Wesens sozialistischer Persönlichkeiten handeln soll, da sonst die konsequente Abgrenzung von kapitalistischen Verhältnissen nicht deutlich wird.“ (35) Dies ist keine Kritik der Sache, sondern lediglich die äußerliche, sprachliche und damit unzureichende Abgrenzung von bürgerlicher Wissenschaft. Einen ganzen Abschnitt verwendet Hörz auf den Versuch, das Verhältnis von Sozialem und Biologischem zu klären. Den von ihr referierten Standpunkten gewinnt sie dabei keine neuen Aspekte ab. Die Position der bürgerlichen Psychologie wird anhand P. Lerschs Buch aus dem Jahre 1950 kritisiert. Hier wäre die Kritik aktueller Autoren wesentlich ergiebiger. Dies gilt ebenso für das Verhältnis von „marxistisch-leninistischer Philosophie und Psychoanalyse“, das Hörz an der Kritik Wilhelm Reichs entwickelt.

Interessant ist das Kapitel über das „Verhältnis von objektiven Gesetzen und moralischen Normen bei der Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit.“ (94) Hörz geht davon aus, daß die Moral nichts Willkürliches ist, sondern durch die Lebensverhältnisse der Individuen und damit durch objektive Gesetze bestimmt ist. Diese Gesetze seien erkennbar und moralisches Verhalten sei demgemäß bestimmbar als ein Verhalten, das den Gesetzen seiner Epoche, hier konkret der des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, folge. Erziehung und Bildung in der sozialistischen Gesellschaft müßten die Einsicht in die gesellschaftlichen Gesetze vermitteln, um damit die Interiorisation der moralischen Normen zu unterstützen. Dabei ergeben sich, wie Hörz feststellt, Schwierigkeiten. Sie bemerkt dazu lediglich: „Eine Unterschätzung der Bedeutung der Interiorisation für die Persönlichkeitsentwicklung wäre dabei ebenso folgenschwer wie ihre Überschätzung.“ (115) Hier wird der Leser wieder enttäuscht. Hörz wirft viele Fragen auf, aber die inhaltliche Bearbeitung fehlt.

Jörg Bohnsack (Berlin/West)

Sperling, Eckhard, u. Jürgen Jahnke (Hrsg.): Zwischen Apathie und Protest. Band 1: Studentenprobleme und Behandlungskonzepte einer ärztlich-psychologischen Beratungsstelle. Band 2: Empirische Studien zur psychosozialen Situation der Studenten. Verlag Hans Huber, Bern 1974 (260 S. und 232 S., br., je 16,- DM).

Im Band 1 versuchen die beiden Herausgeber als Autoren theoretische Orientierung, Praxis und Funktion der 1966 in Göttingen eröffneten ärztlich-psycholo-

gischen Beratungsstelle für Studierende darzustellen und diskutieren die bisherigen Arbeitsergebnisse. Band 2 enthält eine empirische Untersuchung zur Prüfungsangst (Buchholz 1969) und über Selbstmord/Selbstmordversuch unter Göttinger Studenten (Friedrich 1972) sowie eine Feldstudie bei Germanistikstudenten, die sich nicht als Patienten definierten (Kuda, nach Schaltenbrand 1971). Beide Bände machen die derzeitige Universität, d. h. die studentischen Lebens- und Arbeitsbedingungen als teilweise pathogene Sozialisationsinstanz und pathogene Sozialisationsbedingungen deutlich. Massenstudium, die Ausklammerung sozial-emotionaler Probleme aus den kognitiven Lernprozessen, fehlende intensive Studienberatung, der mangelnde Bezug der Studieninhalte zur gesellschaftlichen-beruflichen Praxis, die psycho-soziale Übergangssituation als Student . . . zeichnen sich ab in den Leistungs- und Kontaktproblemen, unter denen nicht nur die als Patienten bekannt werdenden Studenten leiden. Die Notwendigkeit von hochschuldidaktischer Arbeit in Zusammenhang mit Hochschulpsychotherapie wird damit unterstrichen.

Leider werden diese Aussagen in bezug auf eine Umsetzung in gesellschaftliches Handeln durch die vorgelegten Ausführungen mehr eingeschränkt als gefördert. Hochschuldidaktische Konsequenzen werden an keiner Stelle zusammengefaßt, sondern müssen den zum Teil mit sehr umfangreichem sozial- und hochschulstatistischem Material und analytischen Überlegungen angefüllten Darstellungen entnommen werden. Konkrete Hinweise werden nicht ausformuliert, so daß z. B. der Wunsch von Studenten nach größerer Überschaubarkeit des Studiums statt nach mehr Kontrolle bloße Feststellung bleibt, ohne einer Interpretation im Sinne noch stärkerer Reglementierung und Fremdbestimmung entgegenzuwirken.

Die entscheidende Begrenztheit der Aussagen ergibt sich aus dem Standpunkt der Autoren/Therapeuten, der allerdings nicht einfach zu fassen ist. Sperling und Jahnke kennzeichnen in dem theoretischen Teil des ersten Bandes ihre Praxis zwar als problemzentriert und methodenoffen, ihren theoretischen Ansatz als soziologisch orientierte Tiefenpsychologie, die ausgehend von den individuellen Erlebnisweisen die übergreifenden gesellschaftlichen Bedingungen der jeweiligen Sozialisation untersuchen will. Dieser Anspruch wird aber nicht konsequent eingelöst. In den Fallberichten sowie den Diskussionen zu einem „Verständnis der psycho- und soziodynamischen Situation bei Studenten“ und dem „Leiden an der Hochschule“ überwiegen die analytischen, auf die primäre Sozialisation gesetzten Akzente. „Die Paritätenfrage an der Universität läßt sich auch unter dem tiefenpsychologischen Aspekt des sozialen Bedürfnisses nach Akzeptiert- und Geliebtwerden betrachten.“ (230)

Zwar betonen die Autoren/Therapeuten, keine Anpassungsbehandlung zu betreiben. Wenn aber dann in bezug auf die Therapieziele festgestellt wird, „daß es für die Therapiesituation analog der des öffentlichen Lebens keine einigermaßen verbindlichen und umfassenden Zielvorstellungen mehr gibt“ (232), kann eine Behandlung im Sinne individueller-gesellschaftlicher Emanzipation nicht angenommen werden. Dementsprechend werden auch die Lösungsmöglichkeiten für Studenten in der derzeitigen Hochschulsituation gesehen: Neben „politischer Solidarisierung im Protest“ und neurotischer/psychosomatischer Symptombildung eine „interaktionale bzw. utopisch ‚gesunde‘ Lösung, bei der die Fähigkeit zur blitzschnellen Wahrnehmung der Situation zur zweckrationalen Anpassung und damit zur Veränderung besteht“. (228). An welche Veränderung bei dieser optimalen Bedürfnisbefriedigung unter gegebenen Bedingungen gedacht wird, bleibt offen. Die gegebenen Bedingungen werden an anderer Stelle als „eine sich egal-

sierende, emanzipierende und technisierende Gesellschaft“ (237) charakterisiert. Welche Veränderung vermutlich ausgeschlossen ist, zeigt auch folgende Einschätzung: Da die bisherigen menschlichen Organisationsformen als erzwungene Institutionalisierung erlebt und abgelehnt würden, wirke „der Schrei nach einem utopischen sozialistischen Staat wie ein Paradoxon: Soll doch staatliche Überreglementierung vor der Willkür schützen.“ (225) Linde Bernath (Göttingen)

Zimmer, Dieter E.: Der Streit um die Intelligenz. Hanser Verlag, München 1975 (139 S., br., 9,80 DM).

Der Feuilletonchef der Zeitung „Die Zeit“ hat sich das Ziel gesetzt, eine angeblich mit Emotionen überladene Diskussion klar, nüchtern, allein von empirischen Untersuchungen ausgehend und vor allem in einer allgemeinverständlichen Sprache so kritisch wie möglich darzustellen. Ausgangspunkt ist Jensens Behauptung, daß 80 % der Intelligenzdifferenzen auf genetische Komponenten zurückgingen und daß es genetisch bedingte IQ-Differenzen zwischen Rassen gäbe. Lang und breit referiert Zimmer die Aussagen von Jensen und seinen Mitstreitern, den Nativisten, so etwa die des Eugenetikers Shokley, der der Meinung ist, „daß es deutliche Parallelen zwischen der Haltung deutscher Intellektueller der Hitler-Zeit und der Weigerung unserer Intellektuellen gibt, der disgenetischen Drohung ins Gesicht zu sehen.“ (15) Eine solche Position wirkt mehr als nur moralisch befremdend. Jensens Gegner – die Environmentalisten – kommen hingegen kaum zu Wort, werden als „ideologisch“ abgekanzelt. Einführungen in die Statistik und die Vererbungslehre vermitteln die Illusion, der vorher ungeschulte Leser sei nun zum Kritiker qualifiziert.

Das Hin- und Herrechnen von Standartabweichungen und IQ-Punktwerten soll höchste mathematische Präzision vortäuschen. Doch hierin liegt die entscheidende Gefahr des Buches: Zimmer ist vollkommen unkritisch gegenüber dem methodischen Vorgehen der Erbtheoretiker und unterschlägt eine Vielzahl von Untersuchungen, die nicht ins Konzept der Erbtheoretiker passen. Er suggeriert dem Leser, daß eine Beschäftigung mit methodischen Fragen von Untersuchungen nur „rein theoretischer“ Natur sei, „die nur von Fachleuten für die hohe Kunst der genetischen Mathematik beurteilt werden können. Wer eine hohe mathematische Begabung hat . . . sollte sie studieren“. (75) Der Rest der Leserschaft, und dieses Buch wendet sich gerade an Nichtfachleute, soll sich mit Zimmers „Kritikbewußtsein“ begnügen.

Daß dieses unzureichend ist, zeigt der Aufsatz „Ist Intelligenz erblich?“ von Köhler u. a. in Argument 96, in dem zentrale methodische Kritikpunkte an den Untersuchungen der Nativisten zusammengestellt sind. Die Zwillingsforschung ist der zentrale und besonders fragwürdige „empirische“ Beleg für die Intelligenz-Vererbungstheorie. Wer die in vielen weiteren Arbeiten sehr weit entwickelte methodische Kritik dem Nichtfachmann vorenthält, einseitig Untersuchungen unterschlägt, kann für sich nicht jenen demokratischen Anspruch reklamieren, die Bevölkerung über wissenschaftliche Erkenntnisse umfassend informiert zu haben, sondern muß sich im Gegenteil den Vorwurf der Manipulation gefallen lassen. Einem solchen Vorwurf kann man sich auch nicht dadurch entziehen, daß man von vornherein „Vereinfachung“ usw. zugibt. Was nützt es, eine Diskussion „aufzuarbeiten“, wenn der Verfasser „sich den subtilen methodischen Detailfragen gegenüber kein eigenes Urteil herausnehmen“ kann (131)

und damit ihre Problematisierung unterschlägt. Mit dem methodischen Vorgehen stehen und fallen jedoch die Ergebnisse solcher Untersuchungen.

Die Frage nach der Vererbung der Intelligenz ist keine scholastisch-theoretische Frage; sie ist eminent politisch, was Zimmer auch zugibt: „Der ‚Jensenismus‘ rückt eine ‚gerechte‘ Weltordnung tatsächlich in größere Ferne; er bringt die Biologie wieder in die Sozialtheorie ein, die sich gerade den ‚Biologismus‘ exorziert und alle Übel und Hoffnung auf ‚die Gesellschaft‘ und ihre Veränderung abgewälzt hatte.“ (15) Dies beweist auch das freudige Aufgreifen seiner Thesen etwa durch das rechtsextreme Hochschulblatt „Deutscher Studentenanzeiger“ oder Springers „Welt“. Zimmer selbst geht nicht so weit, nun alle Erziehungsmaßnahmen als unsinnig und überflüssig anzusehen, er bekennt sich sogar zögernd zur integrierten Gesamtschule. Nicht „sozialdemokratische Bildungsreform“ ist das Ziel seiner Angriffe, sondern es ist sein Anliegen, die Unmöglichkeit des Sozialismus zu beweisen. So erörtert er verschiedene „Sozialismusmodelle“ und kommt zu der Schlußfolgerung, daß es zwar keinen Grund zu der Annahme gäbe, „daß die heutige Ungleichheit diese optimale Balance darstellt“ (111). Andererseits: „Wenn man sich auch hüten muß, IQ gleich Intelligenz und Intellekt gleich gesellschaftlichen Wert zu setzen, so darf man doch annehmen, daß die drei Faktoren in unserer Zivilisation sehr hoch miteinander korrelieren. Und eben hier kommt die genetische Theorie dem Gleichheitsdenken in die Quere.“ (113) Die gesellschaftliche (Gleich-)Wertigkeit findet an der Erbmasse ihre Grenzen.

Hans Schindler (Gießen)

Angermaier, Michael (Hrsg.): Legasthenie. Das neue Konzept der Förderung lese-rechtschreibschwacher Kinder in Schule und Elternhaus. Fischer Taschenbuch-Verlag, Frankfurt/M. 1976 (358 S., br., 8,80 DM).

Da das Buch mehr als praktische Anleitung für Lehrer und Eltern gedacht ist, die mit legasthenischen Kindern zu tun haben, wendet sich Angermaier weniger an den theoretisch orientierten Forscher. So wundert es, daß Angermaier wissenschaftliche Ergebnisse vorstellt (100), die mit dem Laien sicherlich unverständlichen Methoden (etwa der Diskriminanzanalyse) erarbeitet wurden, ohne diese Methoden näher vorzustellen. Den Eltern dürfte kaum bekannt sein, was Fehlerwahrscheinlichkeit bei statistischen Verrechnungen ist; selbst viele Lehrer haben ihre Schwierigkeiten damit. Hier wird bedauerlicherweise an den Betroffenen vorbeigeschrieben. Das ist eine der vereinzelt auftretenden Schwächen des Buches, das in zwei Teilen angelegt ist.

Im ersten Teil werden in aller Kürze die Erscheinungsformen und Ursachen der Legasthenie vorgestellt. Summarisch werden die Definitionen mitgeteilt und die zunehmende Bedeutung dieser Lernstörung in dem Anwachsen der schriftlichen Kommunikation im täglichen Berufsleben gesucht. Als Ursachen der Lese- und Rechtschreibschwäche werden Begabungsmängel, Persönlichkeitsmerkmale, „typische Fehler“, der Linksfaktor bzw. die Lateralität und die angebliche Erbllichkeit (65 ff) diskutiert, gegen die Angermaier im zweiten Teil, in dem Behandlungsmethoden aufgezeigt werden, mit leidenschaftlichem Engagement argumentiert (350 ff).

Die vorgestellten Behandlungs- bzw. Förderungsmethoden reichen von Vorschlägen zur optimalen Unterrichtsorganisation (Einrichtung eines Förderkurses usw.) über Motivationshilfen für den Schüler, trotz häufigen Versagens orthographisch richtig schreiben zu lernen, und speziellen Trainingsmethoden zur

Steigerung der Aufmerksamkeit und Konzentration, zur Beseitigung von Wahrnehmungsfehlern bis hin zur Förderung der emotionalen Stabilität legasthenischer Kinder durch Anwendung gesprächstherapeutischer Methoden auf diese Lernstörung.

Unzufrieden bleibt man dennoch: die Hilfen für das Elternhaus, die im Titel angekündigt sind, beschränken sich auf eines der insgesamt 25 Kapitel. Eltern, die dieses Kapitel gelesen haben, werden das Buch enttäuscht beiseite legen. Es wird ihnen Wärme, Wertschätzung und Akzeptierung ihres Kindes als günstiges Klima für gute Lernerfolge und -motivation ans Herz gelegt, obwohl sie doch fast täglich Schiffbruch mit ihrem Bemühen erleiden. Außerdem dürfte den Autoren bekannt sein, daß sich diese therapeutischen Verhaltensweisen nicht durch Lektüre aneignen lassen, im Gegenteil. Angesichts der Unsicherheit über einzu-schlagende Förderungsmaßnahmen die bislang nicht beseitigt werden konnte (134), sieht man es anscheinend lieber, daß nichts statt Falsches getan wird.

Willi M. Clahsen (Mainz)

Geschichte

Duczynska, Ilona: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt. List Verlag, München 1975 (375 S., br., 28,- DM).

Ein Buch über die österreichische Misere, sie ist eine sozialdemokratische. Die Verfasserin greift zurück auf die verhinderte Revolution von 1918. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat die spontane Erhebung des Jännerstreiks mit großem Raffinement abgewürgt. Den Streikabbruch hat schließlich nicht der Parteivorstand erklärt, sondern ein eigens zu diesem Zweck geschaffener Arbeiterrat. Ein revolutionärer Begriff, der russischen Revolution entlehnt, sollte den Verrat decken. Die SP fürchtete die Revolution. Sie tat alles, um sie zu verhindern.

Ilona Duczynska hätte ihre Beschuldigung noch deutlicher begründen können, hätte sie die Erhebung der Matrosen von Cattaro (1. Februar 1918) gewürdigt. Die Matrosen, im Besitze eines großen Teiles der k. und k. Kriegsmarine, wollten ein Signal setzen. Sie forderten nicht weniger als eine soziale und nationale Revolution im Habsburgerreich. Aber Otto Bauer wollte davon nichts wissen. „Cattaro ist kein Kronstadt“ (vgl. Bruno Frei: „Die Matrosen von Cattaro“, Berlin 1963).

Dieses Argument läßt sich die Autorin leider entgehen. Sie analysiert jedoch überzeugend die Wege der sozialdemokratischen Kapitulationen. Sie zitiert das Wort von Karl Liebknecht „Der Verantwortung für die Tat steht gegenüber die Verantwortung für die Untätigkeit“. Otto Bauer, dessen geglücktes Porträt das Buch bereichert, setzte auf Wahlen und gab die Waffen preis. Die Auslieferung der Arsenalwaffen beantwortete die Seipel-Reaktion mit dem Blutbad vom 15. Juli 1927. Von da an geht es schnurstracks hinein in den Faschismus.

Das Hauptthema des Buches ist der Republikanische Schutzbund. Auf ein reiches Material gestützt, weist Ilona Duczynska nach, daß der Schutzbund, „weltlicher Arm des Gedankengebäudes ‚Linzer Programm‘“, schließlich nur noch als Alibi für die politische Untätigkeit der SP-Führung fungierte. Man übte sich in martialischem Gehabe und täuschte eine Stärke vor, die der Arbeiterschaft ein

trügerisches Sicherheitsgefühl gab. Aber ohne politischen Inhalt diente die Militärspielerei letzten Endes dem Feind, der die fehlende Kampfbereitschaft der SP-Führung richtig einschätzte. Am 12. Februar 1934 war Gerichtstag.

Ein besonderes Verdienst der sachkundigen Verfasserin ist die Entdeckung der Rolle Theodor Körners. Ein General der alten Armee war Sozialist geworden. In der Führung des Schutzbundes vertrat Körner eine völlig abweichende Meinung. Körner, in der Schule von Clausewitz, war dagegen, daß der Schutzbund das Militär nachahme. Nur organisiert in kleinen Gruppen mit bewußter politischer Zielsetzung sei dieser imstande, den Gegner zu zermürben. Selbständiges Denken, Gruppeninitiative sollten an Stelle der Militärspielerei treten. Körner setzte sich gegen den Parteivorstand nicht durch und zog sich zurück. Man holte ihn, als es zu spät war.

Die Verfasserin sieht mit Recht in Körners Lehre von der Gewalt in der politischen Konfrontation ein Vorbild für die neuzeitlichen Guerilla-Kampfgruppen. Im Bürgerkrieg, meint Körner, seien die im großen Krieg gebräuchlichen Kampfmethoden unbrauchbar, gegen die staatliche Gewaltmaschine unwirksam.

Duczynska hat aus einem Archivgrab Körners Clausewitzstudie über „Nationale und Soziale Kriege“ ans Licht gebracht. Auch über die Vor- und Nachgeschichte des Februar enthält das Buch bisher unbekannte Dokumente, so das geheime Abkommen über die Auslieferung der Arsenalwaffen 1927.

Körner soll einmal im Gespräch mit Ernst Fischer bekannt haben: „Ich bin ein demokratischer Bolschewik.“ Mit diesem Wort als Buchtitel will die Verfasserin zum Ausdruck bringen, daß das „Experiment Schutzbund“, emanzipiert von der sozialdemokratischen Kapitulationspolitik, zu einer revolutionären Umgestaltung Österreichs hätte führen können. Ein sozialistisches Österreich, mit Wahrung der demokratischen Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung wäre möglich gewesen. Darin erblickt Iлона Duczynska das Testament Körners. Unter welcher außenpolitischen Konzeption der schöne Traum Wirklichkeit hätte werden können, bleibt allerdings ungesagt.

Das Buch ist in einer engagierten Sprache geschrieben. Die Kommunistische Partei Österreichs wird freilich unfair behandelt. Zur Korrektur dieser Einseitigkeit sei auf die KP-offiziöse Darstellung (Arnold Reisberg: „Der Februar 1934“, Globusverlag Wien) hingewiesen.

Hervorgehoben werden muß das Vorwort von Friedrich Heer, eine brillante Monographie Österreichs; sie spiegelt neben der politischen die literarische Welt zwischen Donaumonarchie und untergehender Republik. Bruno Frei (Wien)

Bartel, Horst, u. a.: Der Sozialdemokrat 1879–1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz. Dietz Verlag, Berlin/DDR 1975 (292 S., Ln., 15,-DM).

Bei der vorliegenden Untersuchung handelt es sich um eine bearbeitete, erheblich erweiterte Fassung der „Nachbemerkung“, die von den Autoren zur originalgetreuen Reproduktion des „Sozialdemokrat“ unter dem Titel „Der Sozialdemokrat“. Entwicklung und historische Stellung“ 1970 in einer sehr exklusiven Ausgabe veröffentlicht wurde. Zentrale Themen der Arbeit sind erstens die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie – bevorzugte Fragestellung aller wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus der DDR, die sich

mit Problemen der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts beschäftigen – und zweitens, wie der Untertitel angibt, die „Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz“. Gleichzeitig versteht sich die Darstellung auch als Beitrag zu einer „speziellen Pressegeschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (10) und reiht sich deshalb ein in bereits vorliegende Studien zur „Neuen Rheinischen Zeitung“, zum „Demokratischen Wochenblatt“ und zum „Volksstaat“ (beides Blätter der „Eisenacher“), sowie zur „Neuen Zeit“ oder zur „Leipziger Volkszeitung“.

Ausführlich werden im 1. Abschnitt die komplizierten Bedingungen behandelt, unter denen die organisierte Arbeiterbewegung nach dem Erlaß des „Sozialistengesetzes“ 1878 weiterarbeiten und -kämpfen mußte. Mangelnde theoretische Klarheit und anfängliche praktische Verwirrung in weiten Kreisen der Partei verzögerten den Neuaufbau eines Zentralorgans um fast ein Jahr. Für die revolutionären Kräfte um Bebel und Liebknecht kam erschwerend der Widerstand der opportunistischen Mehrheit der Reichstagsfraktion hinzu, die zunächst versuchte, ein zu gründendes Blatt in ihre Hand zu bekommen, oder aber, als dies nicht gelang, die Bedeutung des Blatts herunterzuspielen. Bereits hier, bei der Entstehung des „Sozialdemokrat“, spielt die Hilfe von Marx und Engels eine große Rolle: deren „Zirkularbrief“ an die Führer der deutschen Sozialdemokratie vom September 1879 trug entscheidend dazu bei, die kleinbürgerlich-reformistischen Anschauungen von Höchberg, Schramm oder Viereck zurückzudrängen und dem künftigen Parteiorgan eine richtige Orientierung zu geben (vgl. 45–48).

Zunächst unter der Redaktion von Georg v. Vollmar, ab 1881 unter Eduard Bernstein, entwickelte sich „Der Sozialdemokrat“ nach einer Einschätzung von Friedrich Engels zum „besten Blatt, das die Partei je besessen“ (zit. 108). Dieses Urteil, dem sich die Autoren vollständig anschließen, bezieht sich zum einen auf die von Julius Motteler, dem „roten Feldpostmeister“, hervorragend organisierte Expedition und die kontinuierliche Auflagensteigerung und Verbreitung der Zeitung (2. Abschnitt). Zum anderen zielte Engels' Lob auf die revolutionäre Grundhaltung des Blatts in Inhalt, Form und Stil. So wird im 3. Abschnitt gezeigt, wie stark marxistische Anschauungen über die historische Mission der Arbeiterklasse, deren Verhältnis zum Staat und ihre revolutionäre Strategie und Taktik im „Sozialdemokrat“ zur Geltung kamen. Besonders hervorgehoben wird dabei die Hilfe von Engels, der mit eigenen Artikeln und Aufsätzen, mit der Publizierung älterer Werke von Marx und nicht zuletzt aufgrund einer ständigen Korrespondenz mit führenden Sozialdemokraten dafür sorgte, daß die Zeitung auch international zum führenden Organ der sozialistischen Arbeiterbewegung wurde. Grundlegende ökonomische, politische und philosophische Schriften der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus erschienen erstmals im „Sozialdemokrat“ (vgl. 111–125).

In den Abschnitten 4 und 5 wird der marxistisch-revolutionäre Charakter des „Sozialdemokrat“ im einzelnen dargestellt. Eine vertiefende marxistische Behandlung der Staatsfrage (139–141) erleichterte es dem Führungskern um August Bebel, richtige Antworten auf die bis in die Reihen der Partei eindringenden „staatssozialistischen“ Auffassungen zu geben und konkrete praktische Alternativen zur Bismarckschen Sozialpolitik zu entwickeln. Gleichzeitig wurden falsche, von Lassalle stammende Thesen aus dem Gothaer Programm widerlegt (143–150) und somit eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung des marxistischen Programms von Erfurt 1891 gelegt. Dies gilt auch für die Entwick-

lung gegenwartspolitischer Alternativvorstellungen zur Bismarckschen Außenpolitik, vor allem aber für die Aufforderung zum ständigen Kampf gegen den „Moloch des Militarismus“ des preußisch-deutschen Reiches (zit. 168). Dem Anteil des „Sozialdemokrat“ an der Festigung des internationalen Zusammenschlusses der sozialistischen Arbeiterpartei im allgemeinen, an der direkten Vorbereitung des Gründungskongresses der II. Internationale 1889 in Paris im besonderen, ist der umfangreiche 6. Abschnitt gewidmet.

Besonders wertvoll an dieser umfassenden Darstellung des „Sozialdemokrat“ ist der Nachweis der engen Verbindung, die zwischen dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei und deren Mitgliedern bestand. Dies äußert sich in der aktiven Mithilfe sozialdemokratischer Arbeiter bei der illegalen Verteilung der Zeitung in Deutschland, in den Korrespondenzen von Vertrauensmännern, Funktionären und einfachen Mitgliedern der Partei, die vom täglichen Kampf der Arbeiter gegen das Sozialistengesetz berichteten und damit einen wesentlichen Teil der Zeitung gestalteten, und schließlich in der Unterstützung des Zentralorgans gegen Angriffe opportunistischer Kräfte in der Parteiführung. Diese Verbindung zu den Mitgliedern, die marxistische Haltung zu allen wesentlichen weltanschaulichen und politischen Fragen sowie das orientierende Eingreifen in die tagespolitischen Auseinandersetzungen: dies alles machte den „Sozialdemokrat“ zu einem „kollektiven Organisator, Propagandisten und Agitator“ im Leninschen Sinn.

Peter Strutynski (München)

Schwarz, Klaus-Dieter: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1971 (344 S., Ln., 28,- DM).

Klaus-Dieter Schwarz geht von einem Forschungsansatz aus, der Interesse weckt: am Beispiel der größten bayerischen Industriestadt Nürnberg möchte er „die innere, von den großen Militär- und Staatsaktionen abgewandte Problematik des Ersten Weltkrieges“ (13) behandeln und damit zugleich neues Licht auf die Entstehung der Novemberrevolution werfen. Diese Fragestellung führt insofern über die immer noch vorherrschende Konzeption der westdeutschen Weltkriegs- und Revolutionsforschung hinaus, als diese in ihrer traditionellen Fixierung auf die militärische und politische Geschichte des Kriegs sich zumeist damit begnügt hat, die Revolution von 1918 aus ihrer unmittelbaren Vorgeschichte, der militärischen Niederlage und den dadurch ausgelösten Reaktionen, zu erklären.

So neu, wie der Verfasser vorgibt, ist freilich sein Ansatz keineswegs. Im Anschluß an die in den 20er und 30er Jahren erschienenen Bände der Carnegie-Stiftung „Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkriegs (Deutsche Serie)“ hat sich die DDR-Geschichtsschreibung seit langem bemüht, die Gesellschaftsgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg im Sinne einer sozioökonomischen Gesamtinterpretation dieses Zeitraums aufzuarbeiten. Ihren Niederschlag fanden diese Bemühungen in dem repräsentativen dreibändigen Werk „Deutschland im Ersten Weltkrieg“ (1968/69). Es taucht bei Schwarz nicht einmal im Literaturverzeichnis auf, wie er überhaupt die Forschungen der DDR-Historiker souverän mißachtet.

Schwarz trägt manches interessante Detail zur Sozialgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg zusammen, das unsere Kenntnisse über diese wichtige gesellschaftliche Umbruchphase bereichert. Einer sachbezogenen Analyse des aus-

gebreiteten Materials steht freilich entgegen, daß dem Verfasser jedes sozialwissenschaftliche Instrumentarium fehlt, um die durch den Krieg ausgelösten gesellschaftlichen Strukturveränderungen zu erfassen. Sie werden von ihm vorrangig unter dem Aspekt einer „Entfremdung zwischen Volk und Staat“ (156) gedeutet. Die durch den Krieg verschärften sozialen Spannungen hätten „den Volkskörper des Kaiserreichs auseinandergerissen“ (162). In solcher Begrifflichkeit schlägt sich ein organologisches Gesellschaftsverständnis nieder, das sich an einem fiktiven „Gemeinwohl“-Interesse orientiert. Demzufolge kann der Verfasser die Radikalisierung der großstädtischen Massen im Weltkrieg nicht anders als eine Zerfallserscheinung, als „Destruktionsprozeß der bestehenden Zustände“ (155) interpretieren. Dieser Optik bleibt Schwarz grundsätzlich auch dort verpflichtet, wo er beansprucht, Geschichte „aus dem Blickwinkel des einfachen Menschen (zu) betrachten“ (131).

Das Unvermögen des Verfassers, die aus den Quellen erschlossenen Daten und Fakten auf ihren klassengesellschaftlichen Kontext zu beziehen, zeigt sich besonders deutlich in der Darstellung der sozialen Auswirkungen des Krieges auf die Lage der Nürnberger Arbeiterschaft. Aus der Tatsache, daß – im Rahmen einer generell verschärften Ausbeutungs- und Verelendungssituation für die Arbeiterklasse – die von der Rüstungsproduktion profitierenden Industriebetriebe ihre Arbeitskräfte besser entlohnen konnten als die nicht kriegswichtigen Industriezweige, schließt Schwarz unvermittelt auf einen „Auflösungsprozeß der Arbeiterschaft als Klasse“ in zwei „sich deutlich voneinander abhebenden Schichten der Rüstungs- und Nicht-Rüstungsarbeiter“ (174). Dadurch habe der Krieg einen „Beitrag zur Öffnung alter Gesellschaftsstrukturen“ (174) geleistet und die „sozialen Voraussetzungen der Demokratie“ (183) geschaffen. Dieser These einer sozialen Nivellierung der Klassegegensätze im Gefolge der sozialstrukturellen Veränderungen während des Krieges, der im übrigen auch von der modernen bundesrepublikanischen Sozialgeschichtsschreibung widersprochen wird (vgl. vor allem Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973), sucht der Verfasser empirische Evidenz zu verleihen, indem er den Rüstungsarbeitern pauschal eine Disposition für reformistische Mentalitäten zuschreibt, während er Revolutionsbereitschaft am ehesten bei den seiner Ansicht nach ökonomisch am stärksten betroffenen Schichten des Kleinbürgertums ausmachen zu können glaubt. Demgegenüber haben neuere Untersuchungen, darunter auch die Arbeit des Rezensenten über die Hamburger Arbeiterbewegung vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19 (Diss. Phil. Hamburg 1974), eindeutig erwiesen, daß gerade die relativ besser bezahlten Gruppen der Rüstungs-Facharbeiter vor allem in den Zentren der Metallindustrie die Kerne des sozialrevolutionären Protestpotentials innerhalb der Arbeiterschaft bildeten und am entschiedensten gegen die Burgfriedenspolitik der SPD- und Gewerkschaftsführer Front machten. Ihre politische Interessenvertretung erblickten sie zunehmend in der USPD, die laut Schwarz lediglich das Auffangbecken für einige versprengte radikalisierte Kleinbürger gewesen sein soll.

Der prinzipiell mit den integrationsbereiten Kräften in der Arbeiterbewegung sympathisierenden Konzeption des Verfassers entspricht eine Tendenz zur Kriminalisierung aller revolutionären Aktivitäten im Weltkrieg. So wird die Tätigkeit der Spartakusgruppe in Zusammenhang gebracht mit dem Problem der wachsenden Jugendkriminalität im Krieg: „Von der öffentlichen Ruhestörung bis zur kriminellen Gewalttat war der Schritt nicht weit, vor allem dann nicht, wenn der Straßenkrawall mit revolutionärer Legitimation geschah. Die Anhänger

der Spartakisten kamen jedenfalls zum großen Teil aus den Reihen dieser Jugend, und es ist kaum auseinanderzuhalten, ob diese Jugendlichen – man würde heute sagen – kriminelle ‚Halbstarke‘ oder echte Revolutionäre waren“ (174).

Da Schwarz weder die sozioökonomischen Grundlagen des Revolutionierungsprozesses in den Blick bekommt noch die Frage nach dessen Trägerschichten zu klären vermag, muß auch ihm letztlich die Revolution als ein Zufallsprodukt, nicht aber als folgerichtige Konsequenz der Gesellschaftsgeschichte Deutschlands im Ersten Weltkrieg erscheinen: „Die Matrosen meuterten, und die Revolution war nicht mehr zu vermeiden“ (276). Volker Ullrich (Hamburg)

Krause, Hartfrid: *Revolution und Konterrevolution 1918/1919 am Beispiel Hanau*. Scriptor Verlag, Kronberg Ts. 1974 (XVII u. 403 S., br., 35,- DM).

Hartfrid Krauses 1972 entstandene Dissertation versteht sich als ein Beitrag zur lokalen Räteforschung, die nach den Untersuchungen von Eberhard Kolb (1962) und Peter v. Oertzen (1963) über die politische und betriebliche Rätebewegung auch in der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung in Gang gekommen ist. Am Beispiel der mittelgroßen Industriestadt Hanau (1910: 37 472 Einwohner) möchte Krause „nach den Voraussetzungen der Entstehung und nach den Bedingungen des Scheiterns der Rätebewegung“ (V) fragen. Die Studie verspricht, den Stellenwert der lokalen Geschehnisse im Rahmen der Gesamtentwicklung im Reichsgebiet zu überdenken und damit zu einem differenzierten Verständnis von Rolle und Funktion der Räte in der Novemberrevolution beizutragen. Bei der Realisierung seines Arbeitsvorhabens hatte Krause es freilich mit einer Schwierigkeit zu tun, die sich während seiner gesamten Untersuchung immer wieder sehr nachteilig bemerkbar macht. Die Materiallage für eine Geschichte der Revolutionszeit in Hanau ist außerordentlich ungünstig. Im wesentlichen konnte Krause nur auf die beiden in Hanau erschienenen Tageszeitungen und einige amtliche Aktenbestände zurückgreifen. Sitzungsprotokolle des Arbeiter- und Soldatenrats existieren ebensowenig wie private Aufzeichnungen von ehemaligen Hanauer Revolutionsakteuren. Das heißt, daß Krause fast nur solche Ereignisse in den Blick nehmen kann, „die in irgendeiner Weise spektakulär waren, so daß sie entweder in Zeitungen ihren Niederschlag gefunden oder im amtlichen Schriftverkehr . . . Spuren hinterlassen haben“ (VIII). Diese Beschränkung hat zur Folge, daß über die innere Organisation und die Arbeitsweise des Hanauer AuSRs kaum etwas in Erfahrung gebracht wird. So bleibt weitgehend ungeklärt, wieweit es dem Hanauer Räteorgan gelang, eine effektive, auf eine Festigung und Erweiterung der im ersten revolutionären Anlauf errungenen Positionen gerichtete Verwaltungsarbeit auf lokaler Ebene zu entfalten – eine Frage, die z. B. Erhard Lucas' Studie über den Frankfurter AuSR (1969) eindeutig positiv beantwortet hat.

In den Mittelpunkt seiner Analyse stellt Krause den Machtkampf zwischen der überkommenen Administration, dem Hanauer Landratsamt, und dem AuSR. Die vielfältigen Anstrengungen des reaktionären Hanauer Landrats und Polizeidirektors Schmid, die Tätigkeit des Arbeiterrats zu paralysieren und schließlich (seit Januar 1919) durch von außen gesteuerte Unruhen einen Einmarsch von Reichswehrruppen in Hanau zu provozieren – was ihm mit Hilfe der von der SPD geführten Regierung in Berlin Ende Februar 1919 auch gelang –, werden detailreich nachgezeichnet. Allerdings fragt sich, ob Krause aus der

Not nicht eine Tugend macht, wenn er die von den Quellen her gut belegbaren Auseinandersetzungen um das Landratsamt zum „hervorstechendsten Ereignis der Hanauer Revolutionszeit“ (182) erklärt. Durch die Konzentration auf die Hauptfiguren dieses Konflikts verfällt er überdies häufig in eine personalistisch verkürzte Form der Darstellung. Der Verfasser rechtfertigt dieses Verfahren sogar ausdrücklich: „Diese Auseinandersetzungen wurden ad personam geführt und so erscheinen sie auch in der Wiedergabe“ (X).

Indem Krauses Untersuchung so auf der Erscheinungsebene haften bleibt, vermag sie es nicht, die einzelnen Aspekte in einen übergreifenden Zusammenhang einzuordnen und typische und besondere Momente der Revolution in Hanau unter der Perspektive der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Entwicklung im Reich herauszuarbeiten. So läßt sie z. B. unerklärt, warum die USPD gerade in Hanau – im Unterschied zu anderen Industriestädten mit kleingewerblicher Produktion – eine so starke Position erringen konnte, wie sie sich in der führenden Besetzung des Arbeiterrats (21) und den hohen Stimmenanteilen in den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 und zum Stadtverordnetenparlament im März 1919 (110, 112) niederschlug. Für seine These, daß die aktiven Teile der Hanauer Arbeiterbewegung sich „fast zwangsläufig der unabhängig-sozialdemokratischen und danach der kommunistischen Sache verschreiben mußten“ (194 f.), liefert der Verfasser keinen schlüssigen Nachweis. Dazu wäre es notwendig gewesen, die einleitend skizzierte sozioökonomische Struktur Hanaus und ihre Veränderungen im Kriege in ihren Auswirkungen auf die soziale Lage und das Bewußtsein der Hanauer Arbeiterschaft zu reflektieren. Krause beläßt es mit gelegentlich eingestreuten Hinweisen auf eine „wirtschaftliche Entwurzelung“ (16) und „fühlbare Deklassierung“ (197) der alteingesessenen Hanauer Edelmetallarbeiter. Von dem skizzierten Ansatzpunkt aus hätten sich auch zuverlässigere Aussagen über die sozialen Trägerschichten der spontanen Protest- und Widerstandsaktionen in der Hanauer Arbeiterpopulation gewinnen lassen, die sich seit Ende 1918 zunehmend auch gegen die Beruhigungspolitik der linken Führung im Arbeiterrat kehrten. Krause sieht hier nur – in Übereinstimmung mit der Sprache zeitgenössischer Quellen – „halbanarchistische Tendenzen“ (102) und „Vandalismus“ (148) am Werk. Die gründliche Erforschung der zahlreichen von Massenbewegungen getragenen Initiativen und Strömungen, die den etablierten Organisationen und Institutionen der Arbeiterbewegung zuwiderlaufen, stellt eine Aufgabe dar, der sich die lokale Geschichtsschreibung zur Novemberrevolution künftig verstärkt annehmen sollte.

Volker Ullrich (Hamburg)

Niekisch, Ernst: *Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs*. Band I: *Gewagtes Leben 1889–1945*, Band 2: *Gegen den Strom 1945–1967*, mit einer Einleitung von Hans Schwab-Felisch. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1974 (393 S. u. 304 S., br., je 28,- DM).

Niekisch (1889–1967) ist der älteren Generation als eigenwilliger Rebell, keine Tabus kennender Journalist, Theoretiker des „Nationalbolschewismus“ und als Kämpfer bekannt, der die Schrecken einer achtjährigen Zuchthaushaft unter dem Faschismus trotz schwerster körperlicher Schäden ungebrochen überstand. Im Gedächtnis geblieben ist vor allem sein politisches Engagement in zahlreichen zeitgeschichtlichen und geschichtsphilosophischen Schriften, von denen nur die auch heute noch lesenswerten „Legende von der Weimarer Republik“

und „Das Reich der niederen Dämonen“ genannt seien. Der jüngeren Generation sagt der Name Niekisch jedoch wenig oder nichts. Da die Zustände, gegen die sich sein „Widerstand“ (so hieß die von ihm seit 1925 herausgegebene Zeitschrift) richtete, nicht mehr existieren und das vermeintlich Konstruktive, was er zu bieten vermochte, durch die historische Entwicklung ad absurdum geführt worden ist, finden seine „erbarmungslosen Analysen“ und das „Protestlerische seines Geistes“ keinen Widerhall mehr.

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorauszusagen, daß auch Niekischs Memoiren, deren zweiter Band hier erstmals (zusammen mit einer Nachauflage des 1958 erschienenen ersten Bandes) vorliegt, kaum auf jüngere Menschen wirken werden. Die rein geschichtlichen Abschnitte über das Geschehen vom Ende des ersten Weltkrieges bis zur Mitte der 60er Jahre, die nichts Persönliches enthalten, bringen wenig Neues. Dabei sind sie glänzend geschrieben und vermitteln – trotz faktologischer Ungenauigkeiten – Einsichten in so manche Zusammenhänge und Vorstellungen von verschiedenen Ereignissen. Hingewiesen sei z. B. auf die Passagen über Hitlers Verbindungen zur Schwerindustrie, auf die Schilderung der Befreiung des Zuchthaus Brandenburg-Görden durch die Sowjetarmee, auf die Darstellung der Entstehungsgeschichte der BRD.

Verständnislos wird der jüngere Leser vor allem der von Widersprüchen strotzenden „nationalbolschewistischen“ Konzeption Niekischs gegenüberstehen, die dieser bei der Behandlung der 20er Jahre auf 10 Seiten (I, 145–155) darlegt und anderenorts ständig erwähnt. Hier erscheinen die Klassen als Sachwalter der Kontinente (des „bürgerlichen“ Amerikas-Europas und des „proletarischen“ Asiens mit der Vorburg Rußland) aus deren Kampf die als „Ostorientierung“ ausgegebene Hoffnung abgeleitet wird, daß der deutsche Arbeiter („der in Wahrheit nur ein Kleinbürger ist“ – I, 47) „den besten Teil des abendländisch-europäischen Erbes in die neu aufsteigende russisch-asiatische Welt“ einbringen werde. Zugleich heißt es, daß die Führung einer „geistigen Elite“ zukomme, die „mit den Sowjets . . . auf einer Basis der Gleichheit von Macht zu Macht verhandeln und verkehren“ müsse (II, 37). Was Mittel und was Zweck ist, geht völlig unter, wenn postuliert wird, daß der Bolschewismus um einer „gesunden deutschen Existenz“ willen der „preußischen Haut“ bedürfe oder daß der Kampf um die Vernichtung des Privateigentums die Abschaffung der Reparationen und damit die Zertrümmerung des Versailler Systems zum Ziele habe. Letztlich predigt Niekisch, der nach den Worten eines seiner Interviewer 1966 davon träumte, „Prinz Louis Ferdinand von Preußen mit Walter Ulbricht zusammen(zu)bringen, um Deutschland zu retten“ („Die Zeit“, 14. 6. 1974), nichts anderes als den „preußischen Sozialismus“, der von ihm selbst in der Auseinandersetzung mit Spengler, Moeller van den Bruck und Sombart als „demagogische Schale“ entlarvt wird, die „als Kern den arbeitgeberlichen Herr-im-Haus-Standpunkt in sich trug“ (I, 136).

Auch der Bericht über die eigene politische Tätigkeit bestätigt die Unhaltbarkeit der theoretischen Positionen Niekischs. So arbeitete er vor, während und nach der Münchener Räterepublik den rechten SPD-Führern in die Hände, deren Verrat an der Arbeiterklasse er überzeugend anzuprangern versteht. In den 20er und beginnenden 30er Jahren suchte er Verbündete gegen Hitler bei Reaktionsären fast aller Spielarten – bei Winnig und dem Fememörder Killinger, beim Jungdeutschen Orden und der deutschnationalen Jugendorganisation, bei den präfaschistischen Bünden Oberland und Stahlhelm, ja sogar bei Mussolini. Und nach 1945 erkannte er zwar die unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden, durch die „weltpolitische Frontlinie“ getrennten Teilen Deutschlands, jagte aber

als Wanderredner in Ost und West und als Professor der Berliner Humboldt-Universität (1947–1954) dem Phantom eines „gesamtdeutschen Kulturbewußtseins“ nach.

Niekischs Geist war, wie er selbst betont, „zu allen Wagnissen und Abenteuern aufgelegt“ (I, 35), erwies sich jedoch außerstande, bei den Realitäten in die Lehre zu gehen und neue politische Konstellationen konzeptionell zu verarbeiten. Da seine überkommenen Lieblingsgedanken nicht auf die Deutsche Demokratische Republik anwendbar waren, resignierte er und erklärte Deutschland schlechthin zum „Land ohne Hoffnung“ (II, 26). Als Wortführer einer überspitzten Miseretheorie wurde er zum erbitterten Kritiker der BRD, in der sich „in vorsichtiger Form die wesentlichen Tendenzen des Hitlerismus fort(setzen)“ (II, 96), wandte sich aber zugleich – obwohl zeitweilig Mitglied der SED – gegen die DDR und ihre Führung, deren erfolgreiche Politik alle „nationalbolschewistischen“ Konstruktionen in der Praxis wiederlegte. Damit leistete der – das darf nicht vergessen werden – schwerkranke und einsame Mann den kalten Kriegern ungewollte Schützenhilfe und blieb bis zum Schluß, was er von Anbeginn gewesen war: ein aufrechter, aber wirrer deutscher Intellektueller, der mit Unbehagen von jenem gesellschaftlichen Fortschritt fasziniert wurde, den die Sowjetunion verkörperte, der sich aber im eigenen Lande unfähig erwies, den entscheidenden Schritt an die Seite der zukunftssträchtigen Kräfte zu tun.

Wolfgang Ruge (Berlin/DDR)

Soziale Bewegung und Politik

Kaltenbrunner, Gerd Klaus (Hrsg.): Plädoyer für die Vernunft. Herderbücherei Initiative, Bd. 1. Herder Verlag, Freiburg 1974 (190 S., br., 8,90 DM).

Die Reihe, in der alle zwei Monate ein Bändchen vorgelegt wird, soll Positionen der Konservativen übersichtlich, lesbar und begründet darlegen. Als Einstand wird der Begriff der Vernunft gefeiert. Die politische Rechte – wenn man von einigen „Ultras“ absieht – tritt heute nicht mehr im Namen einer Ideologie der Rasse oder ähnlichem an, sondern vertritt nominell den Anspruch der Vernunft. Ilmar Tammelos einleitender Versuch, „Vernunft“ zu bestimmen, bleibt in oberflächlichen Behauptungen stecken, wie der, daß Vernunft einer der „höchsten Werte“ sei, der sich selbst nicht wieder vernünftig begründen lasse. Bestimmt werden kann sie offenbar nur negativ, in Polemik gegen die sogenannte Unvernunft. Diese wird in ausführlichen Beiträgen von E. Topitsch und A. Künzli in der Dialektik identifiziert. Auch hier beschränkt sich die Polemik auf die Wiederholung von Altbekanntem, etwa der Vorwurf einer „quasi-theologischen Erlösungsidee“ (Topitsch) im Marxismus. Zwar kann die theologische Herkunft mancher Gedankenmotive bei Marx nicht bestritten werden, doch ist damit noch nichts gegen ihn ausgesagt. Gegen solche „Rückstände von Metaphysik“ spielen die Autoren dann ihren „bescheidenen“ Vernunftbegriff aus. Immerhin aber sind in den beiden Aufsätzen alle Argumente oder Scheinargumente gegen die Dialektik auf knappem Raum versammelt. Ein weiterer Beitrag von K.-D. Ulke beschwört einen auf den Humeschen Skeptizismus reduzierten Kant als Stammvater des kritischen Rationalismus.

Alle folgenden Essays befassen sich konkreter mit der gegenwärtigen politischen Lage in der BRD – die zwar als durch und durch verdorben gilt, aber mit Chancen der Besserung – und mit Anwendungsmöglichkeiten „aufgeklärter Planung“. Der Titelbegriff aber, die Vernunft, bleibt ungeklärt, wird stattdessen als Wortprügel gegen politische Gegner eingesetzt. Derartige „Vernunft“, die sich auf die Feststellung dessen, was der Fall ist, zu beschränken hat, wie von den Autoren gefordert wird, ist längst in ihr Gegenteil umgeschlagen; vom Standpunkt dieser neuen Unvernunft erscheint die Vernunft als Unvernunft.

Manfred Hinz (Berlin/West)

Deppe, Frank (Hrsg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration. Pahl-Rugenstein, Köln 1976 (368 S., br., 14,80 DM).

Gewerkschaftliche Strategien gegen das international agierende Kapital erfordern nach Auffassung der Autoren des vorliegenden Aufsatzbandes zunächst einmal theoretische Klarheit über den politisch-ökonomischen Charakter und gegenwärtigen Stand des Integrationsprozesses in Westeuropa. Illusionen und Fehlinterpretationen etwa des DGB-Vorsitzenden Vetter, nach denen die EWG die „Traditionen des Internationalismus der Arbeiterbewegung“ (136) verkörpere, setzt Frank Deppe bereits im einleitenden Beitrag, einer sehr detaillierten Bilanz des bisherigen Verlaufs der westeuropäischen Einigung, die These entgegen, daß auch die kapitalistisch bestimmte Internationalisierung der Produktions- und Austauschverhältnisse den Gesetzen des Profits und der Konkurrenz unterlegen hat. Für ihn war die Entwicklung der EWG von der ersten Stunde an durch das doppelte Widerspruchsverhältnis charakterisiert, sowohl als Instrument der Auseinandersetzung des westeuropäischen mit dem anfangs noch weit überlegenen US-Kapital zu dienen und gleichzeitig das Feld abzugeben für die Auseinandersetzung der nationalen westeuropäischen Kapitale und Nationalstaaten um die Hegemonie bzw. um die Funktionalisierung der EWG im Sinne ihrer spezifischen Verwertungsbedürfnisse (66).

Die permanenten Kontroversen schon wegen der konkreten Ausgestaltung der Wirtschafts- und Währungsunion machten sichtbar, daß der demagogischen, den sozialistischen Teil des Kontinents völlig ausblendenden Losung vom „Vereinigten Europa“ die Realität unterschiedlicher wirtschafts- und währungspolitischer Prioritäten der Mitgliedsländer, die erheblich differierende Produktivität und Potenz des Kapitalverhältnisses und nicht zuletzt die Stärke der nationalen Arbeiterbewegung entgegensteht. Ist ein kapitalistischer „Superstaat“ (Heinz-Jürgen Axt) also auch nicht in Sicht, so verweisen Albers, Goldschmidt und Oehlke in ihrer Arbeit auf die Zunahme der konjunkturellen und strukturellen Krisenerscheinungen in den industriell entwickelten Ländern Westeuropas, die zu verstärkten Anstrengungen des Kapitals geführt habe, der drohenden Verminderung der Profitrate durch einen erhöhten Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen zu entgehen. Ihrer Untersuchung zufolge haben die grundlegenden Übereinstimmungen der gegenwärtigen ökonomischen Krise und ihrer Folgen für die soziale Lage der Lohnabhängigen zahlreiche Parallelen in den Widerstandsformen und Streikzielen bewirkt. Solche Gemeinsamkeiten könnten wiederum Voraussetzungen für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen im gewerkschaftlichen und politischen Bereich schaffen (93). Daß es damit bislang aber nicht weit her ist, unter-

streichen Franz Holzberger und Wolfgang Müller in einem Beitrag, der die realen Klassenauseinandersetzungen in einigen westeuropäischen Ländern seit dem Ende der 60er Jahre zum Gegenstand hat. Über den nationalstaatlichen Rahmen hinausreichende Aktionen der Gewerkschaften sind bislang die Ausnahme geblieben. Die wenigen gemeinsam geführten Kämpfe (etwa bei AKZO und Dunlop-Pirelli) richteten sich dabei vor allem gegen die transnationalen Rationalisierungsstrategien multinationaler Konzerne (212). Neben der fortbestehenden ideologischen Spaltung der Arbeiterbewegung geben die Autoren als Ursache für das Fehlen einer „schlagkräftigen Gewerkschaftseinheit“ das ungleichmäßige Entwicklungsniveau der sozialökonomischen Strukturen in den Ländern Westeuropas und die unterschiedliche Kampferfahrung der Arbeiterklasse an. Hans-Jürgen Axt betont jedoch, daß dieser Umstand nicht das Alibi für gewerkschaftliche Untätigkeit im eigenen Lande sein dürfe. So sehr immer wieder auf die Notwendigkeit international abgestimmter Aktionen hingewiesen werden müsse, so wenig dürfe dies dazu verleiten, daraus den Schluß zu ziehen, Demokratisierung und die Nationalisierung von Betrieben könnten nur dann erfolgreich durchgesetzt werden, wenn dies gleichzeitig im westeuropäischen Maßstab geschehe. Der Autor vertritt den Standpunkt, die Möglichkeit, grundlegenden gesellschaftlichen Fortschritt durchzusetzen, hänge letztlich von der Kampfkraft der jeweiligen nationalen Arbeiterbewegung und nicht vom Internationalisierungsgrad des Kapitals ab (139).

Während das Vertrauen der sozialdemokratisch orientierten IBFG-Gewerkschaften in Westeuropa auf die der wirtschaftlichen Integration vermeintlich immanente Sachgesetzlichkeit zur demokratischen Weiterentwicklung der EWG – so Klaus Ruhwedel – erst allmählich dahinschwindet, erläutern Ulrich Wacker und Frank Deppe in zwei Beiträgen am Beispiel der französischen Gewerkschaft CGT und der Kommunistischen Parteien Italiens und Frankreichs, daß diese Kräfte, wenn sie auch zweifellos bisweilen gewisse Verkürzungen bei ihren Beurteilungen der Wirtschaftsgemeinschaft nicht vermeiden konnten, dabei doch stets den gesellschaftlichen Charakter und den Klasseninhalt der Integration als Maßstab ihrer Europa-Politik zugrunde gelegt haben (318). Utopien von der Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ setzten sie seit der Gründung der EWG im Jahre 1958 die nüchterne Parole entgegen: Das Europa der Monopole ist nicht das Europa der Arbeiter (284). Norbert Steinborn (Berlin/West)

Bosch, Gerhard: *Wie demokratisch sind Gewerkschaften?*

Eine empirische Untersuchung der Willensbildung auf den Gewerkschaftstagen 1968 und 1971 der Industriegewerkschaft Metall. Verlag die Arbeitswelt, Berlin/West 1974 (128 S., br., 9,- DM).

Der Obertitel des vorliegenden, aus einer Diplomarbeit hervorgegangenen Bandes ist irreführend: Es geht nicht um die Gewerkschaften insgesamt, auch nicht um ihren demokratischen oder undemokratischen Charakter, sondern nur darum, wie die innergewerkschaftliche Demokratie auf zwei Gewerkschaftstagen, dem höchsten Gewerkschaftsorgan, funktioniert. Der Autor geht von einer These Abendroths aus, nach der innergewerkschaftliche Demokratie sich in der Art der Willensbildung über die Richtungsbestimmung gewerkschaftlicher Politik und über die Auswahl ihrer Repräsentanten ausdrücke, und verzichtet bewußt auf die Diskussion der inhaltlichen Implikationen des Begriffs innergewerkschaftlicher Demokratie. So wird die Frage nach dem Inhalt der Entschei-

dungen ebenso ausgeklammert wie die Frage danach, woran der Inhalt einer Entscheidung als demokratisch oder undemokratisch zu bestimmen sei; ebenso wenig wird diskutiert, ob und nach welchen Kriterien die grundsätzliche Programmatik der Gewerkschaften demokratisch sei (14 ff.). Probleme dieses Typs wären freilich nur anzugehen, wenn der Charakter der Gewerkschaften als bestimmte Organisationsform der Arbeiterklasse in die Fragestellung einbezogen würde. Der Autor legitimiert diese Unterlassungen mit dem Ziel der Arbeit, „wesentliche Indikatoren innergewerkschaftlicher Demokratie für eine empirische Untersuchung zu nennen“ (15).

Mit einer Inhaltsanalyse der Protokolle der 68er- und 71er-Gewerkschaftstage der IGM sowie mithilfe teilnehmender Beobachtung des Gewerkschaftstages 1971 fördert er im wesentlichen eine empirische Bestätigung der Dominanz des Hauptvorstandes und dementsprechend eine Einengung des Diskussions- und Entscheidungsspielraumes der Delegierten zutage, die sich schon in der vorangegangenen Erörterung der Organisations- und „Machtstruktur“ der IGM andeutete. Hinsichtlich der Ausgangsfrage nach demokratischem Charakter und Perspektive der IGM-Gewerkschaftstage stellt Bosch fest, daß jedenfalls die beiden von ihm untersuchten „nur mit erheblichen Einschränkungen als demokratisch“ zu bezeichnen seien (118). Als Bedingungen für eine demokratische Perspektive dieser Organe nennt Bosch erstens die Bereitschaft der Mitglieder, die Interessenvertretung der Kollegen nicht nur an hauptamtliche Funktionäre zu delegieren, sondern sie in eigenständigem Handeln wahrzunehmen. Zweitens sei die Demokratisierung der Gewerkschaftstage davon abhängig, daß die „oppositionellen“ Mitglieder die wichtigsten wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf informeller Ebene, „auch . . . außerhalb der Gewerkschaften“, z. B. auf der „Kooperationsbasis“ der Parteiorganisationen von SPD oder DKP oder um die Zeitung „Expreß International“ herum, gemeinsam anzugehen fähig würden, da sie „die formale Struktur der IG Metall – wenigstens zum gegenwärtigen Zeitpunkt – umgehen müssen“, um überhaupt zur Vereinheitlichung von Konzeption und Politik zu kommen (119).

So sehr der ersten Folgerung zuzustimmen ist, so sehr bleibt die zweite zu kritisieren. Sie abstrahiert vom Charakter der Gewerkschaften als breitesten Klassenorganisationen des Proletariats zwecks Sicherung und Erweiterung der Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft, ungeachtet des politischen Bewußtseinsstandes der Gewerkschaftsmitglieder und ihrer Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Richtungen. Angelegt ist dies schon in der eingangs vorgenommenen Beschränkung des Begriffs innergewerkschaftlicher Demokratie auf das formale *Procedere*, die die Bezugnahme auf strategische Grundpositionen vernachlässigt, die aus einer Diskussion des Organisationstyps Gewerkschaften hätten herausgearbeitet werden müssen. Die von Bosch angesprochene Taktik der innergewerkschaftlichen Fraktionsbildung auf anderer Basis als der der Gewerkschaften selbst mag zwar aufgrund der gesellschaftlichen und innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre als einziger Ausweg aus der weithin integrationistischen Politik der Gewerkschaftsführung erschienen sein. Sie war und bleibt aber gefährlich für eine der wichtigsten historischen Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung: die Einheitsgewerkschaft.

Die mangelnde Diskussion dieser Frage ist auch abzulesen an der punktuellen Nähe zu bürokratiethoretischen Positionen, die ansonsten ausdrücklich verworfen werden. Zu kurz kommt dabei vor allem die den impliziten Zielen der Arbeit eigentlich angemessene Forderung nach Stärkung und Erweiterung der innergewerkschaftlichen Demokratie. Positiv festzuhalten bleibt dagegen das Verdienst,

einen wichtigen Ausschnitt innergewerkschaftlicher Willensbildung erstmals empirisch nachgezeichnet zu haben.
Claudia Stellmach (Bremen)

Löwenthal, Richard: Sozialismus und aktive Demokratie. Essays zu ihren Voraussetzungen in Deutschland. S. Fischer Verlag, Frankfurt/M. 1974 (176 S., Ln., 28,- DM).

In diesem Buch geht es um Bedeutung und Chancen sozialdemokratischer Lösungen für die Probleme kapitalistischer Industriegesellschaften unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands bzw. der Bundesrepublik Deutschland. Die Auseinandersetzung mit diesen Problemen will Löwenthal als „ein um die theoretische Orientierung einer politischen Bewegung bemühter demokratischer Sozialist“ (7) führen. Seine hier gesammelten Reden und Aufsätze der Jahre 1971 bis 1973 lassen sich in drei Gruppen einteilen: 1. Demokratie und Demokratisierung. 2. National- und Geschichtsbewußtsein. 3. Geschichte und Perspektiven sozialistischer Politik. Zum ersten Bereich gehört „Demokratie und Freiheit heute“, eine Auseinandersetzung mit Helmut Schelsky. Hier wird Schelskys These diskutiert, daß die Erweiterung der Demokratie durch verstärkte Massenteilnahme am politischen und sozialen Leben den Freiheitsspielraum des Einzelnen untergrabe. Der Verfasser gibt Schelsky darin recht, daß arbeitsteilige Komplexität und institutionelle Verflechtung in der Tat den Spielraum der passiven Freiheit einengen, gelangt aber sowohl durch Betrachtung der neueren Geschichte als auch der Gegenwart zu der Gegenthese, daß die Freiheit nur durch die Erweiterung der Demokratie erhalten werden könne. Dabei ist sein Hauptargument, daß Schelskys Annahme einer prinzipiellen Autonomie der gesellschaftlichen Lebensbereiche falsch sei: Daß die Autonomie der Wirtschaft dort, wo sie überhaupt bestanden habe, „immer eine Einbahnstraße“ (43) war, daß die Träger wirtschaftlicher Macht auch politische Macht ausübten, während politische Eingriffe in die Wirtschaft als Verstoß gegen liberale Prinzipien galten. Löwenthal spricht sich in dieser Schelsky-Kritik zwar prinzipiell für eine Erweiterung der Demokratie aus, zeigt aber in dem Beitrag über „Demokratie und Leistung“ tiefe Skepsis gegenüber dem „Schlagwort“ von der „Demokratisierung“. Eindeutig bejaht er Möglichkeit und Notwendigkeit demokratischer Entscheidungen da, wo es sich um die Austragung von Konflikten über Werte und Interessen handelt; ebenso eindeutig lehnt er aber eine „Demokratisierung“ funktionaler Zweckmäßigkeitsentscheidungen ab. Solche „Fehl-Demokratisierung“ scheint ihm z. B. gerade durch die Prinzipien der Gruppen-Mitbestimmung in manchen Hochschulgesetzen gegeben zu sein.

Als Alternative zu seiner Meinung nach dysfunktionalen Demokratisierung empfiehlt Löwenthal nun nicht hierarchische Kommandostrukturen, sondern eine Kombination von Konsultation und Dezentralisierung, einem Typ von funktionaler Organisation nach dem Vorbild der amerikanischen Großindustrie. Mit dieser Zurückweisung der Demokratisierung fällt Löwenthal noch hinter das Godesberger Programm der SPD zurück, das immerhin dem „Demokratisierungsprozeß“ positiv gegenübersteht.

Allerdings vertritt er nicht in allen Teilen dieses Buches solch dezidiert konservative Ansichten. So kritisiert er die „formalistische“ Einstellung der SPD von 1918/20 zur demokratischen Revolution und wirft ihr die Unterlassung folgender Maßnahmen vor: Neuaufbau der Armee; Umbesetzung der Beamten einschließlich der Richterschaft; „mindestens“ Enteignung des Großgrundbesitzes

und Kontrolle der Schwerindustrie (102). Auch an anderen Stellen zeigt er realistische Einsichten, z. B. da, wo ihm eine künftige Vereinigung von BRD und DDR in einem deutschen Nationalstaat angesichts der divergierenden sozialen Entwicklung „kaum wahrscheinlich“ scheint (119).

Die Grundhaltung Löwenthals zeigt sich jedoch am klarsten im Aufsatz über die „Zukunft des Sozialismus in demokratischen Industrieländern“. Der Verfasser unterscheidet hier drei Typen sozialistischer Bewegungen: Kommunisten, Sozialdemokraten und Neue Linke. Diesen drei Typen sei das Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung gemeinsam, die sich durch mehr Gleichheit, mehr Sicherheit und stärkeren Vorrang der Gemeinschaftswerte auszeichne „als die spontane Entwicklung einer industriellen Marktwirtschaft unter dem Antrieb des Profitstrebens hervorbringt“ (9). Unterscheidende Kennzeichen dieser Typen seien folgende: Die *Kommunisten* meinten, daß die Realisierung des sozialistischen Ideals nur über die Kollektivierung aller Produktionsmittel möglich sei, und daß dieser Weg die Konzentration diktatorischer Vollmachten in den Händen der Partei für eine bedeutende Periode erfordere. Für die *Sozialdemokraten* dagegen sei die Erhaltung der individuellen Freiheiten nicht minder wichtig als das sozialistische Ziel selbst; daher suchten sie das Ziel durch Reformen zu verwirklichen, zu denen Techniken der Wirtschaftsplanung, Mitbestimmung usw. gehörten. Die *Neue Linke* schließlich ziele eine herrschaftsfreie Gesellschaft an und verstehe die revolutionär-demokratische Selbsttätigkeit der Massen als Weg zum Sturz der kapitalistischen Ordnung wie als politische Form der angestrebten Neuordnung. Diese sozialistischen Bewegungen stehen nun nach Löwenthal einer gewandelten Gesellschaft gegenüber. Das früher eminent wichtige Problem der Massenarbeitslosigkeit bestehe z. B. nicht mehr: „Techniken der Sicherung stabilen Wirtschaftswachstums bei hoher oder annähernd voller Beschäftigung ... sind in der Nachkriegszeit in den fortgeschrittenen Demokratien allgemein geworden“ (14). Jedoch gebe es neue Krisenfaktoren: Die Empörung über Vietnam, die kulturelle Revolte eines Teils der jungen Generation gegen die „Wohlstandsgesellschaft“, die Inflation und periphere „Inseln von Armut“ sowie – „entscheidend für das Schicksal des ‚Systems‘ wie jeder sozialistischen Alternative“ (18) – das Problem der physischen und biologischen Grenzen des Wachstums, das „grundlegend“ (18) von Meadows u. a. angesprochen worden sei. Am besten habe sich die Neue Linke auf diese Probleme einstellen können, jedoch fehle ihr organisatorische und programmatische Geschlossenheit. Die Schwierigkeit der Sozialdemokratie sei die, daß eine „Politik einseitiger Umverteilung zugunsten der industriellen Arbeiterklasse“ (23) sachlich falsch sei, ihre linken Anhänger aber genau dies verlangten. Ähnlich sei das Dilemma der Kommunisten, die bei einer Rückkehr zu „revolutionärer Militanz“ die notwendige Unterstützung der Mittelschichten verlören bzw. nicht bekämen.

In diesem Aufsatz unterlaufen Löwenthal einige bezeichnende Fehler und Auslassungen. Erstens: Schon bei der Formulierung der gemeinsamen Ziele vermeidet er eine Diskussion der unterschiedlichen Begründung dieser Ziele, d. h. vor allem des Verhältnisses von wissenschaftlichem und ethischem Sozialismus. So wird das spezifisch Sozialistische dieser Ziele – die in dieser Weise übrigens auch Biedenkopf vertritt – nicht klar. Zweitens: Seine Typologie ist nicht stimmig. Er geht weder auf die Differenzen zwischen den westeuropäischen kommunistischen noch auf die zwischen den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien genauer ein. Damit umgeht er auch die wichtige Frage der Bedeutung von „Volksfrontbündnissen“ in Westeuropa für die Formulierung demokratisch-sozialistischer Politik und die „Theorie des demokratischen Sozialismus“. Drit-

tens: Der Kapitalismus hat sich tatsächlich keineswegs so gewandelt, wie Löwenthal annimmt. Seine Annahme einer Einheit von Wachstum und Vollbeschäftigung ist global, wie er sie vorträgt, einfach unrichtig und wirkt angesichts des derzeitigen „magischen“ Dreiecks von sinkendem Wachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation grotesk. Insgesamt scheint mir, daß es Löwenthal mit diesem Buch nicht gelungen ist, das Besondere sozialdemokratischer Politik gegenüber konservativen oder liberalen Ansätzen deutlich zu machen. Schließlich kommt Löwenthals Alternativmodell über allgemeine Forderungen wie die nach „aktiver Teilnahme an der demokratischen Gemeinschaft“ nirgendwo hinaus.

Volker Gransow (Bielefeld)

Röglin, Hans-Christian: *Unternehmer in Deutschland. Vivisektion einer Elite.* Econ-Verlag, Düsseldorf-Wien 1974 (84 S., br., 9,80 DM).

Der Autor, bis 1968 führend in Versicherungskonzernen tätig und seitdem Unternehmensberater und public-relations-Mann, legt mit diesem Buch eine Zusammenfassung demoskopischer Untersuchungen mit dem Ziel vor, das Bewußtsein der Unternehmer wie der interessierten Öffentlichkeit „durch ein neues eingängiges Wissen zu ändern“ (5).

Röglins These ist, daß Unternehmer sich in ihrem Verhalten gegenüber der Gesellschaft nicht am *tatsächlichen* Meinungsbild der Öffentlichkeit über sie, sondern am *vermuteten Fremdbild* und der *Selbsteinschätzung als Gruppe* orientieren. Das vermutete Fremdbild jedoch sei stark geprägt durch das Unternehmer-Bild linksextremer Randgruppen, die „im Unternehmer den Feind an sich sehen“ (19). Folge: Der Unternehmer „argumentiert falsch“, der „Dialog zwischen dem Unternehmer und der Gesellschaft droht an permanenten Mißverständnissen zu ersticken“ (21). „Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen“ stellt Röglin „die Analyse der Selbsteinschätzung der Unternehmer hier wesentlich auf die Solidaritätsfrage“ ab (21), „denn im politischen Kampf sind die Erfolgchancen einer Gruppe erheblich von ihrer *solidarischen Haltung* bestimmt“ (21). Zu dieser solidarischen Haltung sei zwar der „einzelne befragte Unternehmer durchaus bereit“, er spricht „seinen Unternehmer-Kollegen jedoch diese Bereitschaft überwiegend“ (zu 61 %) ab (74). Fazit: „Die Chance, die Unternehmer als gesellschaftspolitische Gruppe zu solidarisieren, ist durchaus gegeben“ (79), es fehlt nur „das Wissen um die prinzipielle Solidaritätsbereitschaft, um die *tatsächliche Solidarität* zu erreichen“ (22).

Das Unternehmer-Image in der BRD bezeichnete Röglin als „wesentlich positiv“ (47); es sei „dadurch gekennzeichnet, daß man sie als tüchtige Leute ansieht (77 %)“, ohne die „es keinen Wohlstand“ gäbe (71 %), „die für den Fortschritt der Betriebe wichtig sind (78 %)“ und „großen Anteil an dem Wiederaufbau nach dem Kriege haben (82 %)“ (47).

Andererseits meinen 55 % der Befragten, Unternehmer „leben von der Arbeit anderer“, „sind zu wenig sozial eingestellt (58 %)“, „der Unternehmer lasse sich nicht gern in die Karten gucken“ (zu 85 %), 16 % halten die Unternehmer für „eine generell überflüssige soziale Gruppe“ (48).

Ein „negatives Unternehmer-Bild“ ist „am meisten unter den Arbeitern verbreitet. Beamte und Hausfrauen haben ein relativ neutrales Unternehmer-Bild, die Angestellten ein positives“ (49). Problemlösungskompetenz in wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Fragen wird zwar in erster Linie der Regierung zugeschrieben, aber der „tendenzielle Vorsprung der Unternehmer gegenüber

den Gewerkschaften in den Bereichen Inflationsbekämpfung, Arbeitsplatzsicherung und Umweltschutz beweist, daß (sie) sich durchaus auf ein gewisses Vertrauenspotential in der Öffentlichkeit stützen können. . .“ (84).

Dieses „Vertrauenspotential“ sieht Röglin durch das Verhalten der Unternehmer selbst gefährdet. Darum will er Lernprozesse in Gang setzen, die sie soweit bringen, „politisch für gerade diese Ordnung (Soziale Marktwirtschaft; H. K.) zu kämpfen“ (23), damit nicht bald ein „Gespenst“ in Europa umgeht: „der abservierte Unternehmer auf der Kapitalflucht“ und etwas noch schlimmeres in der „deutschen Wirtschaft“ sein „Unwesen“ treibt: „der etablierte Funktionär“ (25).

Man wird diesem Buch m. E. nicht gerecht, wenn man nur die wissenschaftliche Unhaltbarkeit mancher Annahmen und Erklärungen kritisieren wollte (etwa, daß Röglin die negative Einschätzung Unternehmer lediglich mit dem „Neid-syndrom“ und dem Verlust des Unternehmer-Bildes in der „Ausprägung als Vaterfigur“ [53] erklärt). Vielmehr hat diese Schrift – ähnlich wie die Strategie der Unternehmerverbände seit 1974 – ein doppeltes Ziel: den Prozeß der öffentlichen Meinungsbildung dahingehend zu beeinflussen, daß Unternehmer-Interessen und Gemeinwohl (die neue „Zielidee“ [42]) identisch gesehen werden und den Unternehmern „Entlastung von ideologischem Druck zu bieten“ (76), ihrem hohen „Leitbildbedarf“ Rechnung zu tragen (79), die „Solidarisierung der Unternehmer und ihrer Verbände in prinzipiellen Fragen“ (12) zu fördern.

Helga Karl (Regensburg)

Schoeck, Helmut: Das Geschäft mit dem Pessimismus. Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1975 (124 S., br., 4,90 DM).

Helmut Schoeck, 1948 promoviert bei Spranger, seit 1965 ordentlicher Professor für Soziologie an der Universität Mainz, orient Pessimismus, mehr noch: ein hinterhältiges, Europa und die Welt umspannendes Pessimismussyndrom, eine Verschwörung geradezu. Und wer schwört sich hier unter der Fahne des Pessimismus? Wer sonst als die Linken und Linksliberalen: der Club of Rome, Felix von Cube, H. O. Vetter, der größte Teil publizistischer Medien, Erich Fromm, Ivan Illich etc. etc.; nein, an die Erbschaft der de Lagarde, Langbehn und Moeller van den Bruck ist nicht gedacht. Absichtsvolles Differenzierungsdefizit kocht vom ersten bis zum letzten Kapitel im unempfindlichen Suppentopf des Herrn Schoeck ein linkspolitisches Gebräu auf, dessen geeinte Potenz – wäre es nicht in Wirklichkeit geschmacklos-dümmliche Vermanschung – die zersplitterte Linke schamrot werden ließe, diese Einigungsrezeptur nicht längst entdeckt zu haben. Doch nicht genug damit: ein „Geschäft“ gar wird nach Schoeck mit Pessimismus betrieben, es geht um „die Ausweitung der eigenen politischen Macht, des eigenen wirtschaftlichen Vorteils“ (9) – ein Pessimismussyndikat also; und das solchermaßen in der Vorstellungswelt Schoecks Zurechtgezimmerte gibt ihm genügend Anlaß zu pamphletistischer Bekämpfung. Nicht also Pessimismus als philosophiegeschichtliches Problem, nicht Pessimismus im Lichte einer bis heute florierenden Kulturphilosophie bürgerlicher Dekadenz seit Kierkegaard und Nietzsche oder gar als zutiefst erlebte weltanschaulich-politische Perspektive ent-rechterer, unterdrückter, resignierender Menschen steht für Schoeck zur Diskussion, sondern Pessimismus als kurzum zu linker Agitation und Taktik deklariertes Programmpunkt politischer Werbung.

Vor dem Hintergrund solch obsessionellen Zurechtlegertums des gedanklichen Ausgangs „behandelt“ Schoeck dann im Stile von Erörterungsaufsätzen der Obersekunda („Technik – wie böse?“, „Leistung – wie fragwürdig?“, „Leitbilder und Normen – wie schädlich?“, „Unsere Gesellschaft – wie ungerecht?“) eine Reihe von Themen, die seit Jahren, z. T. Jahrzehnten im Brennpunkt gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung stehen (neben den oben genannten: Arzneimitteldiskussion, zum Verhältnis von Mensch und Ware, Investitionslenkung, Sport und Freizeit, Bildungs- und Erziehungsdiskussion). Wie zuvor pauschal, so bezichtigt Schoeck das kritische Potential innerhalb der Diskussion dieser einzelnen Themen bloßer politischer Miesmacherei als Taktik, an Macht und wirtschaftlichen Vorteilen zu gewinnen. Ihm hält er einen apologetischen Optimismus entgegen, der in seiner Indolenz gegenüber den realen gesellschaftlichen Verhältnissen seinesgleichen sucht. Das liest sich dann z. B. so: „Die Gefahren für einzelne Menschen, die ihnen durch die technisch ständig leichtere Be- lauschbarkeit ihrer Privat- und Geheimsphäre drohen, sind aufgewogen durch die Vorteile, die Möglichkeiten, die jeder für seine Behauptung als Individuum gegenüber dem Staat dank des technischen Fortschritts hat.“ (27, Schoeck über Technik) Oder so: „An sich könnte uns diese Eigenart des wissenschaftlichen Fortschritts optimistisch stimmen: Zu groß kann der Schaden nie werden, zu viele Menschen können auf lange Sicht heute nicht mehr geschädigt werden, weil irgendwann der Alarm ausgelöst wird.“ (33, Schoeck über Arzneimittel) Derartige Ausführungen finden sich zu Hauf. Verteidigt wird allein mit Rundschlägen gegen Skeptiker und Linke, nicht einmal mit der Mühe befaßt, fürsprechende oder/und neue Argumente darzulegen, von Thema zu Thema sackhüpfend die jeweils den herrschenden Verhältnissen dienstlichste Auffassung: Leistung um jeden, Investitionslenkung um keinen Preis. Vor allem sorgt sich Schoeck darum, „wie ungerecht *erlebbar*, wie ungerecht *darstellbar* heute unsere Gesellschaft (ist) . . . in welcher Weise dieser Benachteiligungsverdacht des einzelnen oder mancher Gruppen dann politisch mißbrauchbar und ausdeutbar (ist)“ (99, Hervorhebung W. M.), um schließlich – für alle Fälle – darauf zu verweisen, daß doch dem Bundesbürger jederzeit die Auswanderung offenstehe (104).

Am Werk sind Ton und Ideologie alt-reaktionärer Selbstherrlichkeit und Demokratiefeindlichkeit: ganz dem Dienst der Effektivität von Macht verschrieben, rechtfertigt Schoeck ihre Verteilung in den Händen weniger als „knappe(n) Güter(n) dieser Erde“ (122) und eben deshalb auch als erfreulich wirkungsvoll.

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Ökonomie

Bouvier-Ajam, Maurice, Jésus Ibarrola u. Nicolas Pasquirelli: Dictionnaire Economique et Social. Editions Sociales, Paris 1975 (768 S., br., 59,- Fr.).

Das Lexikon ist am Centre d'Etudes et de Recherches Marxistes entstanden. Es wurde nicht versucht, die unterschiedlichen Standpunkte der Autoren zu vereinheitlichen (10). Die Arbeit gilt als Provisorium: sie wurde veröffentlicht, um sie nach Auswertung der zu erwartenden Kritik weiterzuentwickeln (10).

Der Band enthält über 500 Stichworte mit der ökonomischen Theorie von Marx als Schwerpunkt. Aber auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Wirtschaftsstatistik, die bürgerliche Volkswirtschaftslehre und französische und internationale Wirtschaftsinstitutionen haben einigen Platz. Soziologisches ist knapp, obwohl das „Dictionnaire“ auch „social“ betitelt wurde. So ist zwischendurch von der *société aliénante* die Rede (100), aber nach „Entfremdung“ z. B. schlägt man vergebens nach. Zu jedem Stichwort gibt es eine kurze, fettgedruckte Definition und anschließend eine längere Erläuterung. Die Definitionen sind im allgemeinen wenig hilfreich und gelegentlich nichtssagend. Was ist z. B. damit anzufangen, wenn ein Aktivposten als Positivposten erklärt wird (23)? Die Qualität der Erläuterungen schwankt beträchtlich. Stichworte über eher institutionelle Zusammenhänge sind gut behandelt. Unschärf wird es, wenn die Theorie überwiegt. Ein Beispiel genügt vielleicht. Unter Bezug auf eine rätselhaft definierte Überakkumulation von Kapital ist zu lesen: „Die finanziellen Hilfen des Staates (Kredite, Subventionen, Steuererleichterungen) stellen Überkapital dar, das fast kein Entgelt verlangt. . . . Der Staat trägt der Überakkumulation offen Rechnung und versucht die Zahl der Verdienere des Normalprofits zu drücken, indem er den Profitanteil der nicht-monopolistischen Bourgeoisie schmälert. . . . Um eine maßlose Akkumulation zu vermeiden, muß man den technischen Fortschritt ausnützen, den Wohlstand der Arbeiter steigern und die Produktion entwickeln“ (642 f.).

Es bleibt also zu hoffen, daß die in Aussicht gestellte Überarbeitung dieses Lexikons tatsächlich in Angriff genommen wird.

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Bataille, George: Die Aufhebung der Ökonomie. Hrsgg. von Gerd Bergfleth und Axel Matthes. Verlag Rogner & Bernhard, München 1975 (415 S., Ln., 45,- DM).

Zentraler Untersuchungsgegenstand des vorliegenden Bandes, der den Anfang einer auf zehn Bände geplanten Ausgabe des theoretischen Werks von Bataille bildet, ist der Begriff der „allgemeinen Ökonomie“, den der Autor in negatorischer Absicht dem der „beschränkten Ökonomie“ entgegenhält. Letzterer meint all jene ökonomischen Formationen, deren Produzenten die verfügbaren gesellschaftlichen Ressourcen primär unter dem Aspekt des Mangels, der Knappheit betrachten und demzufolge alles tun, die Knappheit etwa an natürlichen Rohstoffen möglichst rationell und gewinnbringend zu nutzen. Anders gesagt: Für Bataille steht der Kapitalismus ebenso wie die modernen sozialistisch-kommunistischen Systeme unter dem Gesetz der „beschränkten Ökonomie“ insofern, als er das gesellschaftliche Mehrprodukt produktiv verausgabt, d. h. wieder in den ökonomischen Reproduktionsprozeß zurückfließen läßt. Diese Gesellschaften sind, sagt Bataille, weil sie „nie genug“ produzieren, weil in den Köpfen ihrer Mitglieder ständig das Gespenst des Mangels umgeht, geradezu gezwungen, den gesellschaftlichen Reichtum produktiv zu konsumieren; sie stehen unter dem Gesetz des permanenten ökonomischen Wachstums.

Solchen Akkumulationsgesellschaften setzt Bataille ein ökonomisches Modell entgegen, das von der konträren Annahme eines in jeder Gesellschaft vorhandenen Überschusses ausgeht, der unproduktiv konsumiert werden kann. Im Anschluß vor allem an Marcel Mauss' „Essai sur le don“, in dem der rivalisierende Geschenketausch nordamerikanischer Indianer-Sozietäten als eine Form unpro-

duktiver Verausgabung von Ressourcen untersucht wird, entwickelt er eine Theorie der „allgemeinen Ökonomie“, deren Wesensmerkmal darin besteht, daß „das Prinzip des Geschäfts“ (95), die utilitäre Vernutzung von Menschen und Dingen – von Arbeitskraft und Naturgegenständen – suspendiert wird. An die Stelle ökonomischer Rationalität im Sinne der Weberschen Protestantismusthese tritt in Gesellschaften, die dem Gesetz der „allgemeinen Ökonomie“ gehorchen, die festliche Verschwendung des überschüssigen Reichtums, des gemeinsam erwirtschafteten Mehrprodukts: „die gloriose Tat, die nutzlose Konsumtion“ (47). Das Grundprinzip, nach dem jene Gesellschaften funktionieren – Bataille führt z. B. die Azteken und Tibetaner an –, ist das der souveränen Verschwendung, der luxuriösen Vergeudung in der Form des Fests, der Orgie, des Spiels, des Opfers, des Geschenks. „Im Geschenk“, schreibt Bataille, „vermag sich das schenkende Subjekt zu überschreiten, aber im Austausch gegen den verschenkten Gegenstand eignet sich das Subjekt die Überschreitung an: es betrachtet diese Fähigkeit, zu der es die Kraft gehabt hat, als Reichtum, als eine *Macht*, die es von jetzt an besitzt. Es bereichert sich um die Verachtung des Reichtums, und was es jetzt hütet wie einen Besitz, ist die Wirkung seiner Freigebigkeit“ (100 f.).

Es wäre falsch, Batailles Theorie der „allgemeinen Ökonomie“ konkretistisch als praktikables Alternativmodell zur herrschenden Form des Wirtschaftens zu begreifen. Eher wäre sie zu lesen als Einspruch gegen eine ökonomische Formation, die heute offensichtlich an eine Schranke gestoßen ist, hinter der die Katastrophe, d. h. der ökologische Zusammenbruch sichtbar wird. Batailles Attacke gegen die kapitalistischen und sozialistischen „Wachstumsgesellschaften“ mit ihrer Ideologie des Mangels – an einer Stelle des Buches wird ausdrücklich die „Verwandtschaft von Reformation und Marxismus“ (166 ff.), von kapitalistischen und sozialistischen Akkumulationsgesetzen thematisiert – ist zugleich eine gegen die bürgerliche, vom Marxismus großenteils adaptierte Geschichtsphilosophie, die Fortschritt immer nur als akkumulative Naturbeherrschung zu fassen vermochte und vermag. Auch wenn sich Bataille entschieden von all jenen „Kritikern“ des Marxismus absetzt, die ihren Antikommunismus mit Kritik verwechseln (183, 185), so gibt es für ihn doch keinen Zweifel, daß die Folgen der Politik des „Sozialismus in einem Land“ zumindest höchst „zweideutig“ (185) sind. Was für den Kapitalismus gilt, gilt, *cum grano salis*, auch für den existierenden Sozialismus: „Der sowjetische Kommunismus hat sich dem Prinzip der unproduktiven Verausgabung strikt verschlossen“ (195 f.). Nur vor dem Hintergrund dieser Einschätzung wird verständlich, warum Bataille nicht nur jeder Form von Geschichtsphilosophie, sondern auch dem Begriff der Zukunft seine entschlossene Absage erteilt. Die geplante Zukunft ist in Batailles Augen der Verzicht auf das Glück des erfüllten Jetzt, auf das Glück der anarchischen und zuchtlosen Selbstverschwendung des Subjekts, das nur im Akt der Selbstentgrenzung und Selbstüberschreitung, letztlich des Todes, zu realisieren ist: Tod als Negation der Zukunft.

Was Bataille gelungen ist: eine Kritik des Sozialismus in seiner stalinistischen Gestalt, ohne je in eine abstrakt besserwisserische, gar diffamatorische Pose zu verfallen, ist seinem deutschen Herausgeber nicht immer geglückt. Bergfleths langer Begleitessay (289–406) über die „Theorie der Verschwendung“, auf den hier nur pauschal verwiesen werden kann, schießt in seiner „linken“ Marxismuskritik erheblich übers Ziel hinaus. Wo Bataille nüchtern deskriptiv verfährt, schlägt Bergfleth mit dem Dreschflegel um sich: Marx sei „das Opfer seiner eigenen Kritik geworden“ (327), das marxistische Revolutionsverständnis sei „letzten Endes bürgerlich“ (315) und – natürlich – die Natur befinde sich in den

„Klauen des Technokratenpacks“ (360). Resümee dieser Totalkritik: „Die Linke, die sich dem bürgerlichen Glaubensbekenntnis der Emanzipation verschrieben hat, befindet sich also in einer beneidenswerten Lage, denn sie darf zum erstenmal verkünden, was sie immer ersehnte: eine staatstragende Moral“ (359). Als ob es „die Linke“ überhaupt gäbe! Vollends skeptisch wird man, wenn man Bergfleths Revolutionsrezept liest: Es empfiehlt revoltehaftes Aufbegehren, den puren Aufstand der menschlichen Natur (315), „das revolutionäre Opfer“, ja „das Todesfest“ (368), um die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Angesichts solcher Unvermitteltheit von Postulaten und Bedürfnissen, die erst *vermittelt*, d. h. durch die selbstorganisierte Disziplin der kommunistischen Bewegung *transformiert* und so auf die Stufe kollektiv-revolutionärer Erfahrung gehoben, Sprengkraft erhalten, scheint es denn doch angeraten, bis auf weiteres am Marxschen Begriff der Revolution festzuhalten.

Hans-Martin Lohmann (Frankfurt/M.)

Harich, Wolfgang: *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“*. Rowohlt Verlag, Reinbek 1975 (207 S., br., 18,50 DM).

In den in diesem Buch zusammengefaßten Interviews und Briefen geht es Harich um die Folgerungen, die die Arbeiterbewegung aus der „Umweltkrise“ ziehen soll. Er stützt sich wesentlich auf die beiden Studien des *Club of Rome* („Grenzen des Wachstums“ und „Menschheit am Wendepunkt“), in denen die Konsequenzen des „Wachstums“ der Weltwirtschaft und -bevölkerung für Umwelt, Rohstoffvorkommen, generell für das Gleichgewicht der Biosphäre aufgezeigt werden sollen. Harich akzeptiert die empirischen Aussagen dieser Studien und fordert in ihrem Sinne „Nullwachstum“. Von nun an sei „sparsam“ zu wirtschaften. Die Überwindung des Kapitalismus, der sich nur extensiv reproduzieren könne, sei zu einer Frage auf Leben und Tod geworden. Gleichzeitig werde das Konzept des Kommunismus als Überflußgesellschaft hinfällig. Man wird sich im „Fließgleichgewicht“ der Biosphäre einrichten müssen, da der Prozeß der erweiterten Reproduktion auf eine „unaufhebbare Naturschranke“ (112), auf die „letzte, absolute Grenze“ (115) stoße, hinter der „nur noch die Dämonen der Vernichtung des Lebens lauern“ (116). Nur Nullwachstum könne daher die Naturbasis der Menschheit erhalten. Eine „asketische Variante des Kommunismus“ (117) sei die Konsequenz. Der „Gedanke an ein künftiges Absterben des Staates werde illusorisch“ (116). „Diesen letzten Überrest des Anarchismus“ – bezogen noch auf die Erwartung der Überflußgesellschaft – müsse die Arbeiterbewegung „definitiv über Bord werfen“ (161): „In dem endlichen System der Biosphäre, in dem der Kommunismus sich wird einrichten müssen, kann er die menschliche Gesellschaft nur in einen homöostatischen Dauerzustand überführen, der, so wenig er die Dynamik des Kapitalismus oder die des Sozialismus fortzusetzen erlaubt, auch keine schrankenlose Freiheit des Individuums zulassen wird“ (161).

Harichs Argumentation ist in sich schlüssig und deshalb nur an ihren Prämissen anzugreifen. Sein Wachstumsbegriff ist unklar und damit die Rede von einer „unaufhebbaren Naturschranke“ problematisch. „Nullwachstum“ kann heißen: konstante Reproduktion derselben *Gebrauchswertmenge*. Das würde aber den sicheren Untergang der Menschheit bedeuten, da *ceteris paribus* nicht nur die gleiche Menge von Apfelsinen, sondern auch von Autos und rohstofffressenden Maschinen reproduziert werden würde. Nullwachstum kann aber auch heißen: Kon-

stanz des *Wertausdrucks* des Gesamtprodukts. Das wäre in diesem Zusammenhang ohne Signifikanz, denn mit wachsenden Produktivkräften nimmt auch bei wertmäßig konstantem Gesamtprodukt die Masse der Gebrauchswerte und damit der Verbrauch an Rohstoffen etc. zu. Harich fordert immer „Sparsamkeit“, ohne deutlich zu machen, was denn damit genau bezeichnet werden soll. Er überlegt sich nicht, daß mit der weiteren Entfaltung der Produktivkräfte neue Technologien entwickelt werden können, mit denen heute noch unregenerierbare Stoffe regeneriert oder recycled werden könnten, Technologien auch, die eine bedrohte Biosphäre zurück ins Gleichgewicht holen könnten. In Bezug auf solche Technologien ist die Naturschranke sehr wohl relativ bestimmbar. Gleichviel, Harichs Buch ist allein schon wegen der kurzen, aber brillanten Exkurse zur Philosophie- und Begriffsgeschichte unbedingt lesenswert. Vielleicht wäre seine Analyse präziser geworden, wenn er nicht ständig von einem Interviewer unterbrochen worden wäre, der ihn penetrant auf ein paar eingefahrene Vorurteile festzunageln versuchte.

Michael Masuch (Amsterdam)

Kosta, Jiri: Sozialistische Planwirtschaft. Theorie und Praxis. Westdeutscher Verlag, Opladen 1974 (248 S., br., 18,50 DM).

Jiri Kosta, tschechischer Wirtschaftswissenschaftler und seit 1970 Professor für Theorie und Politik sozialistischer Wirtschaftssysteme in Frankfurt, hat in diesem Buch bereits früher veröffentlichte, z. T. überarbeitete Aufsätze zusammengestellt. Von Marx'schen Vorstellungen ausgehend, erörtert er theoretische Probleme einer sozialistischen Planwirtschaft und untersucht Geschichte und heutige Praxis der osteuropäischen „Übergangsgesellschaften“, in denen „eine Reihe von Elementen sozialistischer Planwirtschaft verwirklicht“ sei (12). In seiner Position setzt er sich sowohl von den „Revisionismuskritikern“ im Westen ab, denen er vorwirft, mit abstrakten Kategorien an die Beurteilung der Länder im RGW heranzugehen, als auch von den Befürwortern einer zentral-administrativen Planung in diesen Ländern selbst. Diese Art von Planung, die in der Sowjetunion historisch vielleicht einmal berechtigt gewesen sei, führe auf die Dauer zu neuen Herrschaftsstrukturen, zur Verselbständigung der politisch und ökonomisch führenden Schicht gegenüber den arbeitenden Massen. Kosta geht in diesem Zusammenhang so weit – und dabei unterläßt er die historisch-empirische Begründung –, daß er eine Überwindung der entstandenen gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch „ein Zerschlagen der gesamten politischen Strukturen“ für denkbar hält, weil die „bürokratische Herrschaftselite“ nicht freiwillig auf ihr Machtmonopol verzichte (86–87).

An die Stelle der zentral-administrativen Planung will Kosta nun durchaus nicht einfach einen „Marktmechanismus“ setzen, sondern eine Mischform aus zentraler und dezentraler Planung – Planung als „gesellschaftliches Strukturprinzip“ (56 ff.). Zur Erhärtung seiner Thesen stellt er die bisherigen Ansätze und Erfahrungen mit zentraler und dezentraler Planung in den sozialistischen Ländern dar (1. Kapitel), diskutiert das Problem der Warenproduktion im Sozialismus (2. Kapitel), analysiert die Wirtschaftsreformen in den RGW-Ländern an den Beispielen DDR, Ungarn und CSSR (3. Kapitel), behandelt die Frage der Eigentumsverhältnisse im Sozialismus am Beispiel der Entwicklungen in der Sowjetunion und in der ČSSR (4. Kapitel) und prüft die Rolle der Selbstverwaltung innerhalb einer sozialistischen Planwirtschaft an den Ergebnissen und Konzeptionen in Jugoslawien seit 1948 und in der CSSR 1968/69 (5. Kapitel). Zahlreiche

Tabellen und ein ausführlicher statistischer Anhang ergänzen den Text. – Gerade der letzte Beitrag ist besonders interessant, da er zeigt, daß – wie in Jugoslawien – Arbeiterräte und Dezentralisierung dann zu Atomisierung und Isoliertheit der Betriebe führen, wenn keine Einbettung in die gesamtwirtschaftliche Planung gelingt, sondern den Marktmechanismen allzu freier Lauf gelassen wird (210). Bei den Werktätigenräten in der CSSR wäre, so meint Kosta, möglicherweise diese Tendenz nicht eingetreten, weil hier eine stärkere Verbindung von Betrieb und Gesamtwirtschaft vorgesehen war. Da das Experiment, ohne sich voll entfaltet zu haben, nach kurzer Zeit abgebrochen werden mußte, ist eine Beurteilung natürlich schwierig. Die von Kosta mitgeteilten empirischen Angaben sind auf jeden Fall aber weiterer Diskussionen wert.

Bedauerlicherweise unterläßt es Kosta, die im Zuge der Wirtschaftsreform erweiterten Mitwirkungsmöglichkeiten der Werktätigen (etwa durch die Produktionsberatungen in der Sowjetunion) ebenso zu untersuchen. Liegen hier nicht vielleicht auch Möglichkeiten zu Demokratisierung der Planentscheidungen, die er zu recht als wesentlichen Bestandteil einer sozialistischen Planwirtschaft ansieht? Seine These, daß die Mit- und Selbstentscheidung des einzelnen Produzenten an seinem Arbeitsplatz am größten sein müsse, weil dieser hier am meisten Kenntnisse und Erfahrungen einbringen könne, während auf Werks-, vollends jedoch auf Branchen- oder Volkswirtschaftsebene für ihn eine Mitsprache schwieriger sei (209), hätte auf diese Weise noch umfassender und zugleich konkreter abgehandelt werden können. Die Demokratisierungstendenzen würden dann gestärkt, wenn der Entscheidungsspielraum der Betriebe durch eine weitere Dezentralisierung des Planungssystems ausgedehnt werde. Das setze voraus, daß der zentrale Plan nur einen groben Rahmen gebe und daß der Staat nicht durch detaillierte administrative Vorschriften, sondern mehr durch indirekte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen die Weichen in der Richtung der Planziele stelle. Die Planziele sollten vorweg durch die Offenlegung von Alternativen in der Öffentlichkeit diskutiert und in einem demokratischen Entscheidungsprozeß beschlossen werden (59–60, 212–213). Diese – allerdings noch vagen – Vorstellungen bieten die Möglichkeit, hofft Kosta, die auch durch die (von ihm überwiegend positiv eingeschätzten) Wirtschaftsreformen nicht beseitigten Schwierigkeiten zu überwinden: z. B. unzureichende Flexibilität und Reaktionsfähigkeit (34), den Charakter der Arbeit (98 ff.), „interessenbestimmte“ Verzerrungen betrieblicher Informationen gegenüber der Zentrale (128 u. ö.). Vor allem werde dann die reale Verfügungsgewalt der Werktätigen über ihre Produktionsmittel, die planmäßige Entwicklung der Gesellschaft durch einen „Verein freier Menschen“ (Marx) möglich.

Heiko Haumann (Freiburg i. Br.)

Hoffmann, Manfred: Wohnungspolitik in der DDR – das Leistungs- und Interessenproblem. Verlag Deutsche Wohnungswirtschaft, Düsseldorf 1972 (411 S., br., 25,90 DM).

Nach einer kurzen Skizze der wohnungswirtschaftlichen Ausgangssituation in der SBZ 1945 behandelt die Arbeit Hoffmanns allgemeine Merkmale der „Wohnungszwangswirtschaft“ (1) der DDR und die „Schaffung sozialistischer Wohnverhältnisse als ordnungspolitisches Fernziel der Wohnungspolitik“, erörtert den „Lenkungsapparat der Wohnungswirtschaft“ und die „Lösung des Leistungs- und Interessenproblems in der Wohnungswirtschaft“. Eine Diskussion der „ordnungspolitischen Funktion“ der Wohnraumlentung und -verteilung in der DDR

schließt die Arbeit ab. Rund drei Dutzend nützliche tabellarische Zusammenstellungen und Abbildungen vervollständigen die Untersuchung.

Interessante Details finden sich zunächst über die Wohnungsversorgung unmittelbar nach 1945. Rund 617 000 Wohnungen waren durch Kriegseinwirkung auf dem Gebiet der SBZ völlig zerstört (6); während die Wohnbevölkerung im Jahre 1946 auf 109,6 % des Standes von 1939 angewachsen war, war die Anzahl der benutzbaren Wohnungen im gleichen Zeitraum auf 86,3 % gesunken. Rund ein Fünftel des Wohngebäudebestands im Jahre 1950 war älter als 100 Jahre, über die Hälfte waren älter als 50 Jahre. Hoffmann konstatiert ein „außerordentlich hohes Defizit an bewohnbaren Wohnungen“ (12) von insgesamt 1,2 bis 1,4 Mio. Wohnungen.

Auf den folgenden 400 Seiten jedoch gehen die weiteren Informationen über Wohnungswirtschaft und -wesen in der DDR vollkommen unter im Korsett der theoretischen Vorgaben, die der Auswahl, Verarbeitung und Interpretation dieser Daten zugrunde liegen. Das ökonomische Weltbild Hoffmanns ist von ebenso verblüffender wie gängiger Schlichtheit. Mit der kapitalistischen Restauration in den Westzonen wurde schon frühzeitig der „ökonomischen Vernunft“ in diesem Bereich der Volkswirtschaft der Weg gebahnt (348). Daß dieses schlechthin vernünftige System freilich neuerdings durch eine „unsoziale, betrügerische und somit letztlich verbrecherische Inflationspolitik“ (364) der SPD/FDP-Regierung gefährdet wird, ist nicht zu ändern, hat hierzulande doch der mit „ökonomischen Zusammenhängen wenig vertraute ‚Durchschnittswähler‘ . . . über die Zusammensetzung des Parlaments und damit über die Grundrichtung der Politik leider das letzte Wort“ (364).

Während Hoffmann die „enormen ökonomischen Leistungen im Dritten Reich“ (368) bewundert, die bekanntlich ohne derlei dreiste Einmischung der Bevölkerung in ihre eigenen Angelegenheiten zustande gekommen waren, konzediert er im Falle der SBZ/DDR, daß es dort „trotz aller Fehlleistungen des Systems und einer systembedingten Pervertierung ihrer wirtschaftlichen Interessen“ (368) dank „außerordentlich harter Arbeit der wirtschaftenden Menschen“ (368) zu einigen, vergleichsweise freilich geringen Erfolgen gekommen sei. Die Ursache dafür sieht Hoffmann in einem „wohl insbesondere mit der deutschen Mentalität zu erklärenden unerschütterlichen Leistungsdrang“ (368). Derlei deutschtümelnde Metaphysik hat mit Wirtschaftstheorie und empirischer Realanalyse nichts mehr zu tun.

Hoffmanns Analyse ist formalistisch, unhistorisch und klammert soziostrukturelle Sachverhalte konsequent aus. Über die Wohnverhältnisse der Arbeiterklasse und noch vorhandene Disproportionen erfährt man nichts. Statt dessen stellt er zahlreiche Prognosen auf, die sich mittlerweile als grundfalsch herausgestellt haben. Sein Anliegen reduziert sich zunehmend auf die schlichte Verteidigung bürgerlicher Eigentumsverhältnisse und entsprechender Ideologien. Beredt beklagt er die strukturelle „Diskriminierung und Ausbeutung der Eigentümer von Mietwohnraum durch die Mieter“ (349) und kritisiert mutig die Versuche einer SED, „den Vermietern auch weiterhin rücksichtslos sozialpolitische Verpflichtungen gegenüber den Mietern zu oktroyieren“ (349). Ob derlei skandalöse Praktiken auch Ergebnisse systemimmanenter ökonomischer Unvernunft und undeutscher Neigungen sind?

Rainer Rilling (Marburg)

Blätter für deutsche und internationale Politik

12 '76

Kommentare und Berichte

A. Maske: Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen?

U. Ewers: Kernkraftwerksentsorgung

Hauptaufsätze

K. D. Bredthauer: Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der BRD und ihren Ursachen

L. Knorr: Vor einer qualitativ neuen Phase der Militärpolitik in der Bundesrepublik?

H.-H. Wüstenhagen: Bürgerinitiativen, Atomenergie und Wissenschaft

A. Bartsch, R. Bispinck: Medien unter Druck. Zur Entwicklung der inneren Pressefreiheit

D. Paas: Das „Entwicklungsmodell“ des chilenischen Militärregimes — Anspruch und Wirklichkeit

J. Menschik: Der kleine Unterschied in der Frauenfrage

Medienkritik

H. Walter: Der Wilde Westen als soziales Lernfeld

Wirtschaftsinformationen

J. Goldberg: Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bukarester Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 26. 11. 1976

21. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 12

1 '77

Kommentare und Berichte

O. Cless: „Innerdeutscher“ Nervenkrieg

M. Nishikawa: Japans LDP

L. Q. Yáñez: Chile und die UNO

Hauptaufsätze

G. Matthiessen: Politische und militärische Entspannung — Entwicklung, ideologische Probleme und Ausblick

F. Deppe: Integration und Autonomie. Gewerkschaftspolitik im Zeichen der gesellschaftlichen Krise

J. Priewe: Alternativen der Beschäftigungspolitik. Zum möglichen Abbau von Arbeitslosigkeit

F. Sufra-Friedel, Bettina Gransow: Der Nachlaß des Maoismus und die gegenwärtige Entwicklung der Volksrepublik China

J. J. Hagen: Internationalisierung des Kapitals und Souveränität der Staaten

B. Grimm, F. Siebels: Wissenschaftsverbot und politische Repression. Eine Fallstudie

Medienkritik

H. Walter: „Frühling für Hitler“

Wirtschaftsinformation

Dokumente zum Zeitgeschehen

Vertragsentwurf der Bukarester Konferenz gegen den Ersteinsatz von Kernwaffen

Kommuniqué der NATO-Ministertagung vom 9./10. 12. 1976

22. Jahrgang, Januar 1977, Heft 1

Hg.: W. Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Huffschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. — Red.: K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. Erscheint monatlich. Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,— DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51.

Demokratie und Recht

Vierteljahresschrift Fünfter Jahrgang

4 '76

P. Römer: Verfassungssubstanz und demokratischer Prozeß

V. Neumann: Die innerstaatliche Feinderklärung

H. Hannover: Abschaffung der Verteidigung im politischen Strafprozeß?

J. Heilmann, R. Wahsner: Erwitte und die Rechtsfolgen — Betriebsbesetzung, Streik, Aussperrung

U. Günther, F. Hase: Kongreß der Vereinigung Demokratischer Juristen am 9. 10. 1976 in Ffm.

Juristen am 9. 10. 1976 im Ffm.

U. Mayer, K. Tonner: Kodifizierung des Arbeitskampfrechts?

Entscheidungen

Gingold-Urteil. Zum sog. politischen Mandat

4. Jahrgang, Oktober, November, Dezember 1976, Heft 4

1 '77

K. J. Bieback: Statusschutz und Mobilitätswang im Sozialversicherungsrecht

J. Hallerbach: Grenzen der Natur — Grenzen der Gesellschaft

I. Maus: Zu neueren Tendenzen der Verfassungsinterpretation

S. Edelmann: Zum Verfassungsentwurf der KPF

U. Günther: Zum Rechtsschutz bei Kündigungen

Entscheidungen

Bundesarbeitsgericht zum Bildungsurlaub. Berufsverbote

5. Jahrgang, Januar, Februar, März 1977, Heft 1

Redaktion: Helmut Ridder. — Vierteljährlich. — Einzelheft 7,— DM, im Jahresabo 6,— DM, für Studenten 5,— DM. — Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

Demokratische Erziehung

1 '77

Kommentare und Berichte

K. H. Heinemann: Zum bildungspolitischen Kongreß des DGB

H. H. Lührig: Bildungspolitische Entwicklung der 80er Jahre

Hauptaufsätze

W. Pfaffenberger: Zusammenhang von Wirtschaftskrise und Bildungspolitik

M. Ott, U. Sittermann: Aufstieg und Fall des „Bremer Modells“

W. Keim: Reform der Sekundarstufe I

M. Günther: Disziplinierte Schüler durch Verhaltensmodifikation?

Fünf Jahre Ministerpräsidentenerlaß. Geschichte und Folgen der Berufsverbote

H. Bethge: 5 Jahre Berufsverbote — Bilanz und Perspektive

E. Spoo: Berufsverbote ermuntern rechte und faschistoide Kräfte

E. Roßmann: Berufsverbote — jetzt nur noch verfassungskonform?

I. Kurz: Proteste des Auslands

D. Pariset: Als Kommunist Lehrer in Frankreich

G. Schefer: Politische Verfolgungen im 19. Jh.

D. Krause-Vilmar: Aufziehender Faschismus und Lehrerschaft

S. Gingold: „Wir möchten FrI. Gingold behalten“

H. Holzer: Wissenschaftsfreiheit und Berufsverbote

3. Jahrgang, Januar 1977, Heft 1

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügner. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5,— DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,— DM. — Pahl-Rugenstein Verlag, Vorgebirgstr. 115, 5000 Köln 51

3. WELT MAGAZIN

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

1 '77

S. Amin, P. M. Henry, L. Boissier-Palun: Ausgliederung? Formeln für die Entwicklung der dritten Welt

H. Elsenhans: Konflikte in der OPEC

A. Gordon: Vietnam — wirtschaftliche Entwicklung in beiden Teilen des Landes

Vertrauliches UN-Papier deckt US-Aktivitäten gegen Namibia auf

B. Tobal: Die Saat geht auf. Der Drang des tunesischen Militärs nach verstärkter Einflußnahme

S. Landau, C. Arnson: Jamaika: zweites Chile in der Karibik?

O. Letelier: Wirtschaftliche „Freiheit“. Milton Friedman und die „Chicago-Boys“ in Chile

D. Diner: Das Interesse Israels am Libanon-Konflikt

In Uruguay wächst der Widerstand. Interview mit dem exilierten Gewerkschafter Hugo Cores

3. Jahrgang, Januar 1977, Heft 1

Redaktion: D. Habicht-Penthin, P. Simmer, D. Haude, N. Paech. — 12 Hefte pro Jahr. — Jahresabo 36,— DM, für Schüler 24,— DM. — Verlag Progress Dritte Welt, Buschstraße 20, 5300 Bonn 1

11/12

USA. Südafrika

G. Armanski:
Krise und Klassenkämpfe in den USA

Geschichtliche und gegenwärtige Momente der Entwicklung des Klassenbewußtseins

Industrieller Zyklus und längerfristige Krisentendenzen der US-Ökonomie

Ursachen und Gang der Krise 1974/75

Folgen der Krise für die Arbeiterklasse

Kämpfe der Arbeiter

Steht die Rassengesellschaft Südafrikas vor dem Zusammenbruch?

Sam Mhlongo
Zur Klassenanalyse Südafrikas

4. Jahrgang, November 1976, Heft 11/12

Erscheint unregelmäßig. — Einzelheft 6,— DM, Doppelheft 9,— DM, Dreifachheft 15,— DM; Abonnement (4 Nummern) 21,— DM. — Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

6

Literatur und Gesellschaft im 17. Jahrhundert

L. Mandrou: Legenden und Wahrheiten über das Grand Siècle

H. Duccini: Flugschriftenliteratur des 17. Jahrhunderts

M. Nerlich: Zum politischen Theater Molières

R. Schober: Boileaus „Dissertation sur Joconde“

W. Krauss: Das Verhältnis der Franzosen zu England

Forum

H. U. Gumbrecht: Textpragmatik

G. Goebel: Le signe du Cygne bei Mallarmé

K. Biermann: Baudelaires „Le Cygne“

2. Jahrgang, Februar 1977, Heft 6

Demnächst erscheinen:

7 Gewerkschaftsbewegung
März 1977

8 Aragon
Juli 1977

Herausgeber: Michael Nerlich. — Jährlich 4 Hefte in unregelmäßiger Reihenfolge. Einzelheft 7,— DM. Jahresabo 24,— DM. Studenten 20,— DM. — Verlag Sozialistische Politik GmbH, Postfach 410269, 1000 Berlin 41

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

29

Frauenbewegung und Frauenemanzipation

M. Vincent: Die Kommunisten und die Lage der Frauen in den kapitalistischen Ländern

CGT: Forderungs-Programm der werktätigen Frauen

M. Lorini u. a.: 30 Jahre Kampf der italienischen Arbeiterinnen

I. A. Kedrenowskaja: Zur Entstehung der Frauenbewegung in den USA

J. Hunt: Frauenbewegung und Frauenemanzipation

W. James: Zur Entstehung der „Working Women's Charter“

TUC: „12 Ziele für arbeitende Frauen“

B. Switzer: Die TUC-Charta

H. Smith: Der TUC, die Gewerkschaften und die „Working Women's Charter“

Godelier, Le Jariel, Parturier, Vincent: Diskussion: Wege zur Emanzipation der Frau

N. Jegorowa: Frauenfrage und Neofeminismus

W. Hollitscher: E. Bornemans Anklage gegen die Männerherrschaft

M. Pittman: Frauen im Kapitalismus und im Sozialismus

Anhang: Wirtschaftliche, soziale und politische Daten zur Lage der Frauen in den entwickelten kapitalistischen Ländern

8. Jahrgang, Januar bis März 1977, Heft 1

8. Jahrgang, Januar bis März 1977, Heft 1

Vierteljährlich. — Einzelheft 6,— DM. Jahresabo 22,— DM. Studenten 18,— DM. — Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Liebigstr. 6, 6000 Frankfurt/M.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

1 '77

Monopolinteressen und „sozialer Rechtsstaat“

Kommentare: Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU — Lohnrunde 1977 — Zur Kampagne um Biermann

H. Jung: Zur „Sozialfunktion“ des bürgerlichen Staates der BRD

G. Hautsch: „Abschied von den Reformen“ und seine Ursachen
A. Böpple: Soziale Leistungen in der Krise

G. Siebert: Und wieder einmal: „Vermögensbildung“

K. Böwer: Der demokratische und soziale Rechtsstaat als Verfassungsauftrag

B. Mansel/P. Baumöller: CDU-Sozialausschüsse und tatsächliche Sozialpolitik der CDU

W. Runge: Zur Diskussion in der Sozialdemokratie über den „Wohlfahrts- und Sozialstaat“

W. Becker: Gewerkschaftliche Sozialpolitik

H. Mausbach: Gesundheitspolitik und demokratischer Fortschritt

R. Utikal: Sozialgerichtsbarkeit in der Bundesrepublik

K. Steinhaus: Kohle — die Alternative zur Kernenergie

Th. Neumann: Zum Kampf für eine demokratische Hochschule

15. Jahrgang, Januar/Februar 1977, Heft 1

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. — Red.: F. Krause. — Alle zwei Monate. — Einzelpreis 4,— DM. — Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 76a, 6000 Frankfurt/M. 50

1

Rafael Argullol: Revolución, libertad, verdad. Funciones de la lucha cultural

Manuel Sacristán: Nota sobre el uso de las nociones de razón e irracionalismo por Georg Lukács

Ernesto García: Acotaciones a un debate italiano sobre democracia y socialismo

Robin Blackburn: La teoría marxista de la revolución proletaria

DOCUMENTOS: — La militancia de cristianos en el Partido Comunista.

— Alvaro Cunhal: Intervenção no VIII Congresso do PCP.

Consejo de Redacción: Rafael Argullol, Joan Clavera, Antoni Doménech, Paco Fernández-Buey, Ramón Garrabou, Jacobo Muñoz, Manuel Sacristán, Ernesto García (Pais Valenciano); Javier Pérez-Royo (Sevilla); Juan Trias Bejarano, Daniel Lacalle y Julián Ariza (Madrid); Xesús Alonso Montero y Abel Caballero (Galicia); Equipo de Trabajo del Pais Vasco.

Consejo Editor: Lucio Coletti, Valentino Gerratana, Wolfgang Fritz Haug, Oscar Lopes, David MacLellan, Adam Schaff, Göran Therborn, Jindrich Zelený.

1. Jahrgang 1977, Heft 1

Sechsmal im Jahr. — Einzelheft: 180 Pts., Jahresabo: 1.000 Pts. — Verlag Materiales S. A. de Estudios y Publicaciones, Escipión 21/ático, Barcelona 6, Spanien

psychologie heute

12 '76

Die Unfähigkeit zu feiern

E. Meistermann-Seeger: Die Weihnachtsszene

M. Mahoney: Denkmals-Schändung. Zum Verhalten von Wissenschaftlern

Friedrich Nietzsche als Psychologe

P. Hild, B. v. Onna, G. Weninger: Jugend ohne Beruf und Arbeit

D. B. Cohen: Warum wir unsere Träume vergessen

E. Fromm: Sein ist wie blaues Glas

E. B. Hariton: Wovon Frauen beim Lieben träumen

D. Barkey, D. H. Rost: „Rattentechnologie“ in der Schule (I)

E. Aronson: . . . weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Denkpsychologie

1 '77

Psychopathologische Kraftproben

S. Greif, A. Rieger, N. Semmer: Verhaltenstraining für Betriebsräte

A. Ellis: Übungen zum Erwachsenwerden

C. Eschenröder: Wie Selbstgespräche unsere Gefühle und unser Verhalten beeinflussen. Zu A. Ellis

V. Birtsch, A. Kämmerer: Das Studieren lernen

M. Schuster, H.-D. Dumpert: Von einem der auszog, das Lehren zu lernen. Ein Comic zur Lernpsychologie

R. Fischer: „Ich weiß nicht mehr, was ich gestern gesagt habe, aber ich glaube, es war gut.“

R. Zimmermann: Das Bild des Behinderten in der Presse

G. Reisbeck: Das Bild des psychisch Gestörten in der Presse

D. Cohen: Der Internationale Kongreß über Humor und Lachen Monopoly im Gesundheitswesen: Krankenkassen lehnen Kostenerstattung für Psychotherapie ab

P. Barkey, D. H. Rost: „Rattentechnologie“ in der Schule (II)

4. Jahrgang, Januar 1977, Heft 1

3. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 12

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, A. Roethe Pavel. — Monatlich. — Einzelheft 5,— DM. Jahresabo 45,— DM. — Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim.

NEUES
FORVM

**INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN**

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

276

Die Republik schießt deutsch

H. Haas: Slowenen und Sozialdemokraten in der ersten Republik

G. Nennung: I bin a Tschusch. Kreiskys Verzählungen

Baiser mit Schlag

H. Sobota: Zuhälterhandwerk in Wien

M. Squerciati: Von Machisten gejagt. Eine Amerikanerin in Barcelona

G. Nennung: Antwort an die „Kleine Kommune“

M. Hopp: Praunheims „Sex und Karriere“

USA

J. E. Perlman: Cowboydemokratie. Basisbewegungen in den USA

H. Poll: Was die US-Bürger gewählt hätten, wenn man ihnen die Wahl ließe

China

M. Tatu: Die Revolution frißt ihre Mandarine. Das Ende der Ideologen

Schanghaixpreß. Aufstieg und Fall der „Viererbände“

Christen

A. Krims: Dem Papst geschieht recht. Lefebvre und Franzoni

E. de Carvalho: Ist der Teufel los? Angola, Cuba und die Christen

23. Jahrgang, Dezember 1976, Heft 276

Herausgeber: Günther Nennung. — Redaktion: M. Siegert, F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. — 12 Hefte im Jahr. — Einzelheft 6,50 DM, 44.— ÖS, im Jahresabo 4,41 DM, 30.— ÖS. — Neues Forum, Museumstr. 5, A 1070 Wien

110

Die Kunst findet auch im Museum statt

G. Sprigath: Die Kunst findet auch im Museum statt

U. Bauche: Mitbestimmung im Museum

H. Kopp: Das Historische Museum in Frankfurt/M.

A. Kuntz: Das Römisch-Germanische Museum in Köln

R. Kramer, P. Schirmbeck: Das Museum der Stadt Rüsselsheim

R. Zwing: Das einzige Musäum der Welt

G. Winkler: Das Leipziger Museum der bildenden Künste als sozialistische Lehr- und Bildungsstätte

T. Liebner: Zur Theorie und Praxis des Kunstpädagogischen Zentrums in Nürnberg

Bildende Kunst

G. Sprigath: Die 2. Triennale in Sofia

N. Stratmann: Die Vereinigung demokratischer und sozialistischer Künstler in Westberlin

C. Nissen: Besuch bei J. Scheuffele

C. Carter, A. Akkermann: Nicht gedacht, sondern gemalt. Über W. Colberg

W. Schmitz: Chilenische murales in Bremen

200 Jahre USA

Wie amerikanisch ist Amerika? Karikaturen aus den USA

17. Jahrgang, November-Dezember 1976 Heft 6

Redaktion: H. V. Damnitz, H. Erhart, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. — Erscheint alle zwei Monate. — Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35.— DM. (Stud. 27.— DM). — Damnitz Verlag, Hohenzollernstr. 144, 8000 München 40

ARGUMENT-SONDERBÄNDE – Gesamtverzeichnis

- 50 Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften
- 60 Kritik der bürgerlichen Medizin
- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- AS 1/1 Argument-Reprint 1–17
- AS 1/2 Argument-Reprint 18–21
- AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf
Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa
2. verbesserte Auflage
- AS 3 Vom Faustus bis Karl Valentin / Der Bürger in Geschichte und Literatur
- AS 4 Entwicklung und Struktur des Gesundheitswesens / Argumente für eine soziale Medizin (V)
- AS 5 Hanns Eisler
- AS 6 Zur Theorie des Monopols / Staat und Monopole (I)
- AS 7 Projekt Automation und Qualifikation: Automation in der BRD
Probleme der Produktivkraftentwicklung (II)
2. verbesserte und erweiterte Auflage
- AS 8 Jahrbuch für kritische Medizin, Band 1
- AS 9 Gulliver. Deutsch-englische Jahrbücher / German-English Yearbook,
Band 1
- AS 10 Massen / Medien / Politik
- AS 11 Brechts Tui-Kritik
- AS 12 Lohnarbeit, Staat, Gesundheitswesen

Im April 1977 erscheint:

DAS ARGUMENT 102

Sozialismus-Diskussion (III)

mit Beiträgen von Josef Steinberg, Josef Schleifstein, Raffael de la Vega und Chlodomiro Almeyda

Kontroverse: Intellektuelle und Arbeiterbewegung

mit Beiträgen von Christof Kievenheim und Mathias Tripp

Tagungsbericht:

„Sozialismus in der gegenwärtigen Welt“, Cavtat/Jugoslawien
1976

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

Vorschau auf das Programm für 1977

AS 13

Kritik der Frankreichforschung

Handbuch

AS 14

Humanisierung der Lohnarbeit?

Zum Kampf um die Arbeitsbedingungen

AS 15

Kritische Psychologie (II)

AS 16

Staat und Monopole (II)

Probleme der materialistischen Staatstheorie

AS 17

Jahrbuch für kritische Medizin

Band 2

AS 18

GULLIVER

Deutsch-englische Jahrbücher, Band 2

AS 19

Automationsarbeit (I): Methode

Projekt Automation und Qualifikation

AS 20

Argument-Register 1 – 100

weitere Projekte:

Schule und Erziehung (VI)

Massen / Kultur / Politik

Ansätze materialistischer Kulturtheorie und Kulturpraxis

Gesellschaftsformationen in der Geschichte

GULLIVER 3: USA

Erscheinungsweise, Preise und Bezugsmöglichkeiten:

1977 werden voraussichtlich 10 Argument-Sonderbände erscheinen, darunter auf jeden Fall die Bände AS 13 – AS 20 wie vorstehend angekündigt

Einzelpreise: jeweils 15,50 DM – Studenten und Schüler 11,– DM

Im Abonnement jeweils 12,– DM – Studenten und Schüler 9,– DM

Abo-Bedingungen: Das Abonnement verpflichtet zur Abnahme von drei Bänden nach eigener Wahl aus der AS-Produktion des jeweiligen Jahrgangs; es berechtigt darüber hinaus zum Bezug auch der übrigen Bände des Jahrgangs zum Abo-Preis.

Berufsverbote:

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte haben neu herausgegeben: Stimmen der internationalen Presse. 80 S. 4.- und Dokumente von Berufsverbotsfällen IV. 112 S. 3.-. Außerdem sind lieferbar: Dokumente I, 2.-; Dokumente II, 3.-; Dokumente III, 4.-; Jens A. Brückner, Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot, 2.-; Materialien zum Film "Vera Romeyke ist nicht tragbar", 4.-. Alle Broschüren sind vom "Kirschkern" Buchversand GmbH durch Voreinzahlung des jeweiligen Betrages (plus Porto: 1 Expl. -.70, 2 Expl. 1.20, ab 3 Expl. 2.-) auf das Postscheckkto. Berlin-W. 410561-101 zu beziehen.



DAS ARGUMENT 50

Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften

W. Gottschalch: Lehrfreiheit und Politik · *J. Hirsch*: Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus · *K.-H. Tjaden*: Konservative Gehalte soziologischer Theorien · *F. Haug*: Soziologie in der DDR · *H. Schnädelbach*: Was ist Ideologie? · *K. Th. Schuon*: Typologie und kritische Theorie · *B. Tibi*: Theorien der Konvergenz · *H.-U. Deppe*: Die technische Effizienz bei Schelsky · *Ch. Sigrist*: Herrschaftsbegriff und Anarchieproblem · *J. Kammeler*: Herrschaft und politische Wissenschaft · *R. Saage*: Parteien und Parlament bei C. Schmitt und G. Leibholz · *M. Hahn*: Das „Machen“ von Verfassungen · *G. Göhler*: „Dezisionismus“ in den USA · *S. Herkommer*: Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein · *S. Freud*: Soll Psychoanalyse an den Universitäten gelehrt werden? · *E. Wulff*: Grundfragen transkultureller Psychiatrie · *K. Horn*: Politische und methodologische Aspekte gruppendynamischer Verfahren · *H.-U. Deppe*: Zum „Objekt“ der Medizin · *H. Ritter*: Grenzen der Emanzipation von Sexualität und Familie

DAS ARGUMENT 83

Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien

B. Meurer: Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie · *M. Wetzel*: Wider den soziologischen Behaviorismus · *J. Holmann*: Das Theater mit der Rollentheorie

sozialmagazin

Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik

Protokolle, Materialien, Erfahrungsberichte aus Projekten, Modellen – geschrieben von den Leuten, die sie machen:
Erfahrungen von der Basis

Theorie, die Bedingungen von Erfahrungen benennt. Grenzen von Erfahrungen formuliert und damit ihre Tauglichkeit für die Praxis ausweist
eingreifende, praktische Theorie

Analysen, Daten, Fakten aus traditionellen Arbeitsfeldern, die in anderen Zeitschriften nicht erscheinen (dürfen):
Informationen, die weiter helfen

sozialmagazin

In den ersten Hefen des Sozialmagazins schreiben:
Manfred Liebet, Hedwig Ortmann, Reinhard Wolf, Gunnar Heinsohn, Barbara M. C. Knieper, Christian Matzahn, Udo Maas, Annelie Keil, C. W. Müller, Prodosh Aich, Monika Seifert, Oskar Negt ... u.a.

Außerdem kann man erfahren, wo es unveröffentlichte, aber wichtige Manuskripte gibt – kann man Karteikarten sammeln – kann sich über neue Bücher und Zielgruppenfilme informieren –

Cartoons von Clodwig Poth, Marie Marcks, Jan Tomaschoff u. a.



Heinsohn/Knieper und Monika Seifert über Kindererziehungssitten
Rechtat... für Kinder verboten



Gruppe Kinderschutzzentrum Berlin
Das Elend der Kinder
Protokolle: Analysen Auswege



Hedwig Ortmann über Leben und Lernen an der Hochschule
Das Zutrauen zum eigenen Denken bei der Aufhebung der Knechtschaft



Aikons Diemer über Arbeitslose im Jugendzentrum
Solidarität lernen



Erziehung in Kollektiven: Kindheit in China



Mädchen berichten aus einem katholischen Erziehungshaus
Überwacht, isoliert, totgeschwiegen

Coupon bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an
Beltz Verlag,
Postfach 1120, 6940 Weinheim

Vorzugsangebot zum Kennenlernen

10 12

Einbestellkarton
zum Preis von DM 10,- inkl. Versandkosten und
MwSt. einfügbar in den Bestellschein
bestellt bei SOZIALMAGAZIN

Einbestellkarton
zum Preis von DM 40,- inkl. Versandkosten und MwSt.
einfügbar in den Bestellschein
bestellt bei SOZIALMAGAZIN

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Datum Unterschrift: _____



Nach drei Jahren Kampf um den aufrechten Gang
Tagebuch aus dem Knast



Selbstorganisation im Altenklub
Der (sehr) lange Weg zur Selbstbestimmung

Philosophisches Wörterbuch

2 Herausgeber
Georg Klaus
Manfred Buhr

Georg Klaus/
Manfred Buhr (Hrsg.)
Philosophisches Wörterbuch
11. gegenüber der 10. neu-
bearbeiteten, unveränderte
Auflage.

Begriffswortverzeichnis mit
Autorenangaben, Personen-
register mit Lebensdaten
und Hauptwerken (Biblio-
graphie)

1394 Seiten, Leinen,
2 Bände zus. DM 32,—
ISBN:

Band 1: 3-920 303-35-0

Band 2: 3-920 303-36-9

Das Philosophische Wörterbuch
enthält Darstellungen der Kate-
gorien und Gesetze des dialekti-
schen und historischen Materia-
lismus. Es werden die Haupt-
punkte der Geschichte der Phi-
losophie und der gegenwärtigen
bürgerlichen Philosophie, der
modernen Logik, der allgemei-
nen Methodologie, Wissenschafts-
theorie sowie die philosophisch
relevanten Erkenntnisse der Na-
tur- und Gesellschaftswissen-
schaften, der Kybernetik, der
Semiotik, der Informations- und
der Systemtheorie abgehandelt.



Wolfgang Ruge
Weimar – Republik auf Zeit
388 Seiten, 27 Abbildungen,
Personenregister,
Brosch., DM 14,80
ISBN 3-920 303-69-5

Ruges Abhandlung macht mit
dem liberalen Geschwätz von
der demokratischen „Mitte“, die
zwischen den Extremen von links
und rechts zerrieben wurde,
Schluß und versucht die politi-
sche Entwicklung von der sozial-
ökonomischen Basis her zu be-
greifen. Dabei wird auch mit der
falschen Selbsteinschätzung des
Historismus aufgeräumt, unter
vorgeblicher Objektivität nur zu
schildern, „wie es denn eigent-
lich gewesen sei“. Daß marxisti-
sche Geschichtsschreibung nur
im Sinne einer „Parteilichkeit“
mit dem Proletariat verstanden
werden kann, macht Ruge deut-
lich.

verlag
das
europäische buch **deb**

Knesebeckstraße 3
1 Berlin 12

<i>Halfmann, Jost, u. Tillmann Rexroth: Marxismus als Erkenntniskritik (D. Hirschfeld)</i>	99
<i>Hülsmann, Heinz: Die Anonymität von Dialektik im Reden über Dialektik (P. Bähr)</i>	100
<i>Büchele, Herwig: Zu einer konkreten Ontologie der Gesellschaft (W. Seppmann)</i>	101
<i>Bloch, Ernst: Experimentum Mundi (B. Frei)</i>	102
<i>Traub, Rainer, u. Harald Wieser (Hrsg.): Gespräche mit Ernst Bloch (B. Frei)</i>	104

Sprach und Literaturwissenschaft

<i>Hauptenthal, Reinhard (Hrsg.): Plansprachen (U. Ammon)</i>	105
<i>Bibliographie zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR (W. Dieckmann)</i>	106
<i>Neuland, Eva: Sprachbarrieren oder Klassensprache? (M. Madsack u. a.)</i>	108
<i>Jäger, Siegfried (Hrsg.): Probleme der Soziolinguistik (J. Ellerbrock)</i>	109
<i>Jäger, Hella: Naivität (R. Kawa)</i>	111
<i>Stein, Peter: Epochenproblem „Vormärz“ 1815–1848 (P. Kleiß)</i>	112
<i>Hinderer, Walter (Hrsg.): Sickingen-Debatte (J. Hofmann)</i>	113
<i>Steinwachs, Gisela: Mythologie des Surrealismus (P. Bürger)</i>	115
<i>Bürger, Peter (Hrsg.): Vom Ästhetizismus zum Nouveau Roman (H. Stenzel)</i>	117

Soziologie

<i>Krysmanski, Hans-Jürgen, und Peter Marwedel (Hrsg.): Die Krise in der Soziologie (E. Göbel)</i>	118
<i>Wurm, Wolfgang: Abschaffung der Soziologie? (A. Honneth)</i>	120
<i>Bohnen, Alfred: Individualismus und Gesellschaftstheorie (J. Berger)</i>	56
<i>Vanberg, Viktor: Die zwei Soziologien (J. Berger)</i>	56
<i>Berger, P. L., B. Berger u. H. Kellner: Das Unbehagen an der Modernität (T. Schöjthaler)</i>	122
<i>Haag, F. u. a. (Hrsg.): Aktionsforschung (F. Karl)</i>	67
<i>Moser, Heinz: Aktionsforschung als kritische Theorie der Sozialwissenschaften (F. Karl)</i>	67
<i>Heinze, Th., u. a.: Handlungsforschung im pädagogischen Feld (F. Karl)</i>	67
<i>Zinnecker, Jürgen, u. a. (Hrsg.): Die Praxis der Handlungsforschung (G. Ghisla)</i>	123
<i>Eberlein, Gerald, Werner Kroeber-Riel und Walter Leinfellner: Forschungslogik der Sozialwissenschaften (H.-J. Weißbach)</i>	124
<i>Kreppner, Kurt: Zur Problematik des Messens in den Sozialwissenschaften (A. Bammé)</i>	126
<i>Harder, Theo: Werkzeug der Sozialforschung (B. Hoffmann)</i>	127
<i>Holm, Kurt (Hrsg.): Die Befragung, 2 Bde. (B. Hoffmann)</i>	128
<i>Autorenkollektiv: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR (U. Koch)</i>	79
<i>Autorenkollektiv: Zur Sozialstruktur der sozialistischen Gesellschaft (U. Koch)</i>	79

IX

<i>Nolepa, Gerda, u. Lilo Steitz: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Arbeiterklasse – Schöpferium (U. Koch)</i>	79
<i>Autorenkollektiv: Lebensweise – Kultur – Persönlichkeit (U. Koch)</i>	79
<i>Grundmann, Siegfried: Arbeiterklasse – Gegenwart und Zukunft (U. Koch)</i>	79
<i>Autorenkollektiv: Persönlichkeit und Kollektiv in der Forschung (U. Koch)</i>	79

Erziehungswissenschaften

<i>Faulstich, Peter, und Hannelore Faulstich-Wieland: Bildungsplanung und Sozialisation (H. M. Koubeneč)</i>	130
<i>Baumgartner, Alex, und Dieter Geulen (Hrsg.): Vorschulische Erziehung, 2 Bde. (R. Koch)</i>	132
<i>Franz, Udo, und Michael Hoffmann (Hrsg.): Hauptschule (V. Herrmann)</i>	134
<i>Warwick, David, und Rainer Winkel: Alternativen zur Curriculumreform (R. Leusing)</i>	135
<i>Giesecke, Hermann: Anleitung zum pädagogischen Studium (L. v. Werder)</i>	136

Psychologie

<i>Terrail, Jean-Pierre, und Jean-Louis Moynet: Produktion der Bedürfnisse und Bedürfnisse der Produktion (H. Gottschalch)</i>	138
<i>Hörz, Helga: Blickpunkt Persönlichkeit (J. Bohnsack)</i>	139
<i>Sperling, Eckhard, und Jürgen Jahnke (Hrsg.): Zwischen Apathie und Protest, 2 Bde. (L. Bernath)</i>	140
<i>Zimmer, Dieter E.: Streit um die Intelligenz (H. Schindler)</i>	142
<i>Angermaier, Michael (Hrsg.): Legasthente (W. M. Clahsen)</i>	143

Geschichte

<i>Duczynska, Ilona: Der demokratische Bolschewik. Zur Theorie und Praxis der Gewalt (B. Frei)</i>	144
<i>Bartel, Horst, u. a.: Der Sozialdemokrat 1879 – 1890 (P. Strutyński)</i>	145
<i>Schwarz, Klaus-Dieter: Weltkrieg und Revolution in Nürnberg (V. Ullrich)</i>	147
<i>Krause, Hartfried: Revolution und Konterrevolution 1918/19 (V. Ullrich)</i>	149
<i>Niekisch, Ernst: Erinnerungen eines deutschen Revolutionärs, 2 Bde. (W. Ruge)</i>	150

Soziale Bewegung und Politik

<i>Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hrsg.): Plädoyer für die Vernunft (M. Hinz)</i>	152
<i>Deppe, Frank, u. a.: Arbeiterbewegung in Westeuropa (Steinborn)</i>	153
<i>Bosch, G.: Wie demokratisch sind Gewerkschaften? (C. Stellmach)</i>	154
<i>Löwenthal, Richard: Sozialismus und aktive Demokratie (V. Gransow)</i>	156
<i>Röglin, Hans-Christian: Unternehmer in Deutschland (H. Karl)</i>	158
<i>Schoeck, Helmut: Das Geschäft mit dem Pessimismus (W. Meyer)</i>	159

Ökonomie

<i>Bouvier-Ayam, Maurice, Je'sus Ibarrola und Nicolas Pasquirelli: Dictionnaire Economique et Social (G. Accardo)</i>	160
<i>Bataille, Georges: Die Aufhebung der Ökonomie (H. M. Lohmann)</i> . . .	161
<i>Harich, Wolfgang: Kommunismus ohne Wachstum? (M. Masuch)</i>	163
<i>Kosta, Jiri: Sozialistische Planwirtschaft (H. Haumann)</i>	164
<i>Hoffmann, Manfred: Wohnungspolitik in der DDR (R. Rilling)</i>	165

ARGUMENT-SONDERBÄNDE AS

AS 15

Kritische Psychologie (II)

Fortführung der in den Heften 79, 89 und 91 begonnenen Diskussion. War dort die Therapie alleiniger Schwerpunkt der Hefte, soll jetzt der Versuch unternommen werden, auch andere Bereiche der Psychologie einzubeziehen. So wird die Psycholinguistik (Skinner, Watzlawick) einen Schwerpunkt bilden, ein anderer der Entwicklung einer Persönlichkeitstheorie (Sève, Holzkamp, Osterkamp) gewidmet sein. Dabei wird die begonnene Diskussion um die Therapie mit kritischen Beiträgen zu Psychoanalyse und Verhaltenstherapie fortgesetzt. Schließlich wird die Anwendung therapeutischer Konzepte im pädagogischen Raum analysiert.

Adressaten: Psychologen, Sprachwissenschaftler, Lehrer Philosophen

AS 16

Staat und Monopole (II) Probleme der materialistischen Staatstheorie

Beiträge von Heiko Asseln, Frank Deppe, Willi Riepert, Karin Priester, Hans Rainer Kaiser, Hans Jürgen Axt, Hildegard Caspar, Bernd Güther, Uli Wacker und Helmuth Schütte

u. a. zu folgenden Themen: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus. Entstehung des bürgerlichen Staates – das Absolutismusproblem. Bestimmung von Staatsfunktionen. Die „Staatsfrage“ und die Strategie der Arbeiterbewegung. Gramscis Staatskonzeption. Claus Offes Auffassung „staatlicher Handlungen“. Nationalstaatlichkeit und Supranationalität – am Beispiel der Energiepolitik der EWG nach der „Erdölkrise“ 1973. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Brüning. Staat und Infrastruktur.